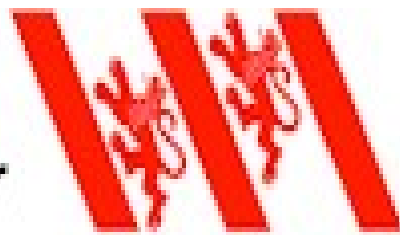


Stadt Winterthur



Voranschlag 2008, Teil B

Globalbudgets
IAFP

Inhaltsverzeichnis

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt	5
Stadtentwicklung	13
Theater Winterthur	22
Bibliotheken	28
Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	35
Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten	43
Rechtspflege	51

Departement Finanzen

Finanzkontrolle	57
Finanzamt	62
Informatikdienste (IDW)	67
Steuerbezug	77
Liegenschaftenverwaltung	84
Städtische Allgemeynkosten/Erlöse	95
Steuern und Finanzausgleich	100

Departement Bau

Tiefbau	105
Entsorgung	114
Vermessung	122
Baupolizei	131
Städtebau	138

Departement Sicherheit und Umwelt

Polizeirichteramt	149
Stadtpolizei	154
Betrieb Parkhäuser und Parkplätze	164
Feuerwehr	170
Zivilschutz	178
Melde- und Zivilstandswesen	185
Umwelt- und Gesundheitsschutz	191

Departement Schule und Sport

Materialverwaltung	199
Familienergänzende Kinderbetreuung	206
Schuldienste	213
Berufsbildung	222
Sportamt	231

Departement Soziales

Vormundschaftsamt	242
Jugend- und Familienhilfe	248
Sozial- und Erwachsenenhilfe	255
Asylwesen	265
Prävention und Suchthilfe	272
Alterszentren	281
Spitex	290
Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich	297
Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)	302

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur	310
Stadtbuss Winterthur	316
FinöV Stadt	326
Forstbetrieb	332
Stadtgärtnerei	339

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei	349
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle	356

Personalamt

Auftrag

Das Personalamt der Stadt Winterthur bearbeitet die personalrechtlichen Fragen für den Stadtrat und bereitet die personalrechtlichen Erlasse vor. Es erfüllt die personalpolitischen, personalrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Querschnittsaufgaben der Personalführung und der Personalentwicklung der Stadtverwaltung. Es ist zuständig für deren rechtsgleichen und einheitlichen Vollzug des Personalrechts. Es unterstützt die Departemente und Bereiche in der Personalarbeit mit geeigneten Instrumenten, Massnahmen und Beratungsleistungen.

Produkte

1 Personalpolitik / Personalrecht

Erstellung bzw. Anpassung der personalpolitischen und personalrechtlichen Grundlagen, Bearbeiten personalpolitischer Projekte, Koordination des Vollzugs des Personalrechts und der Umsetzung der stadträtlichen Personalpolitik, Beratung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen, Bearbeitung von personalrechtlichen Fragen und Rechtsmittelverfahren

2 Zentrales Personalmanagement

Zentrale Personaladministration, Bereitstellung und Bewirtschaftung geeigneter HR-Instrumente, Personalcontrolling, Stellenplanbewirtschaftung und Funktionsbewertung, beratende und unterstützende Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Kaufmännische Lehrlingsausbildung für die ganze Stadtverwaltung. Führen des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste.

3 Personal- und Organisationsentwicklung

Bereitstellung eines zentralen Weiterbildungsangebots, beratende und unterstützende Dienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter

4 Gleichstellung

Beratung und Unterstützung der Departemente, Bereiche und Ämter in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Bearbeitung von gleichstellungspolitischen Fragen, Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen, Projekten und Massnahmen, Mitwirkung und Unterstützung in den Produkten "1 Personalpolitik / Personalrecht" und "2 Zentrales Personalmanagement"

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Personalgesetz vom 27. September 1998 (LS 177.10) sowie Ausführungserlasse dazu (subsidiäre Geltung)
- Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (LS 131.1)
- BG über die Gleichstellung von Mann und Frau vom 24. März 1995 (SR 151), kantonales Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 29. Oktober 2001 (LS 151)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Personalstatut vom 12. April 1999
- Vollzugsverordnung zum Personalstatut vom 9. Juni 1999
- Weitere GGRB und Ausführungserlasse des Stadtrats

Stufe Verwaltungseinheit

- Wartungsverträge, Versicherungen, Mandate für Personalschulung

Verantwortliche Leitung

Fritz Lang

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Das Personalamt erbringt seine Dienstleistungen kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte) <i>Messgrösse:</i> Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF Bei Beratungsanfragen erfolgt der Erstkontakt in der Regel innert sieben Tagen. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Personalamtes <i>Messgrösse:</i> Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme in Tagen	646	687	685
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	85.00	85.00
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität des Angebots, Qualität der administrativen Abwicklung. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Die Stadt bietet eine möglichst hohe Zahl an KV-Ausbildungsplätzen an. <i>Messung / Bewertung:</i> Vorgegebene Mindestzahl an KV-Ausbildungsplätzen <i>Messgrösse:</i> Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	46	50	53
5 Leistungserbringung Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen des Büros für Gleichstellung hinsichtlich der faktischen Umsetzung der Gleichstellung zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Das Büro für Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Gleichstellung von Frau und Mann, Frauenförderung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik Gleichstellung	-	85.00	85.00

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Messgrösse: Anzahl Projekte pro Jahr	5	4	4

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	2'609'648	2'765'584	2'858'000

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Die durch den GGR geforderte Erhöhung der Anzahl KV-Ausbildungsplätze konnte noch nicht erreicht werden.
Dem gegenüber steht die Erhöhung des Kredits Case Management.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Zusätzliche Lehrstellen für 2008 geplant.

Projekt Retro2000 abgeschlossen.

Zusätzliche Plätze Arbeitgeberkrippe, nicht beeinflussbare Schwankungen bei Weiterbildung und Stipendien.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	2'549'907	2'815'784	2'909'879
Sachkosten	831'842	757'300	856'500
Beiträge an Dritte	18'595	25'000	25'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	114'420	117'900	116'500
Übrige interne Kosten	333'730	283'000	314'557
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'848'494</i>	<i>3'998'984</i>	<i>4'222'436</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'848'494	3'998'984	4'222'436
Externe Erlöse	310'327	304'700	338'600
Interne Erlöse	928'519	928'700	1'025'836
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'238'846</i>	<i>1'233'400</i>	<i>1'364'436</i>
Verrechnungen in PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'238'846	1'233'400	1'364'436
Total Nettokosten / Globalkredit	2'609'648	2'765'584	2'858'000
Interne Kosten	448'150	400'900	431'057
Interne Erlöse	928'519	928'700	1'025'836
Total primäre Nettokosten *	3'090'017	3'293'384	3'452'779
Kostendeckungsgrad in % **	32	31	32

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	114'420	117'900	116'500
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	10.0	10.7	10.7
▪ Lehrverhältnisse	46.0	50.0	53.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	13 (7)	13 (7)	14 (8)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Produkt 1: Bereinigung und Erlass der Richtpositionsumschreibungen, definitive Einführung des Case Managements

Produkt 2: Teilnahme am Lohnvergleich der Schweizerischen Konferenz der Personalleiter/innen Öffentlicher Verwaltungen, Weiterausbau Personalhandbuch und Personalcontrolling

Produkt 3: Einführung eines neuen MA-Beurteilungssystems

Produkt 4: Genderstatistik

Produkt 1 Personalpolitik / Personalrecht

Leistungen

- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalpolitischen Grundsätze
- Vorbereitung von personalpolitischen Entscheiden des Stadtrates
- Bearbeitung von personalpolitischen Projekten
- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalrechtlichen Erlasse
- Überwachung des rechtsgleichen und einheitlichen Vollzugs des Personalrechts und Koordination der personalrechtlichen Praxis
- Bearbeitung personalrechtlicher Geschäfte und Mitwirkung in Rechtsmittelverfahren
- Beratung des Stadtrats, der Departemente und Bereiche in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	668'151	556'383	613'800
Erlös	163'547	164'837	181'655
Nettokosten	504'604	391'546	432'145
Kostendeckungsgrad in %	24	30	30

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

s. Massnahmen und Projekte

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl von Mitberichten zu Personalgeschäften des Stadtrats	40	50	70
Anzahl von Personalverfügungen mit Zustimmung des Personalamts	53	80	70
Anzahl von Rechtsmittelverfahren, in denen das Personalamt mitwirkt	3	2	2
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	1	3	5

Produkt 2 Zentrales Personalmanagement

Leistungen

- Führung der zentralen Personaladministration
- Bereitstellung und Bewirtschaftung des HR-Systems PIAS (Lohn, Budget, Stellenplan, Helpdesk usw.)
- Koordination und Bereitstellung des Instrumentariums für das dezentrale Personalmanagement
- Koordination und Unterstützung der dezentralen Personalrekrutierung
- Durchführung des verwaltungsweiten Personalcontrolling
- Leitung der Funktionsbewertung
- Beratung der Linienvorgesetzten und Personalverantwortlichen in Fragen des Personalmanagements, Bereitstellung und Bewirtschaftung der Informationen
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden
- Kaufmännische Lehrlingsausbildung und Koordination des Lehrlingswesens für die ganze Stadtverwaltung
- Führen des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'975'228	2'158'301	2'235'457
Erlös	578'845	563'993	630'893
Nettokosten	1'396'383	1'594'308	1'604'565
Kostendeckungsgrad in %	29	26	28

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Zufriedenheit mit den Dienstleistungen im Bereich zentrales Personalmanagement in %	-	85 %	85 %
Kundenzufriedenheit im Bereich PIAS in %	-	85 %	85 %
Zufriedenheit mit der Qualität der KV-Ausbildung in %	-	85 %	85 %

s. Massnahmen und Projekte

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl begleitete Kaderselektionen	9	4	6
Anzahl Beratungsgespräche der Mitarbeitendenberatung	346	300	350
Anzahl Beratungsgespräche der Beauftragten für Gleichstellung	-	-	100
Anzahl Lohnauszahlungen	68'271	75'000	70'000

Die Beratungen ohne gleichstellungsrelevante Inhalte durch die Beauftragten für Gleichstellung sind in der neuen Leistungsmenge "Anzahl Beratungsgespräche der Beauftragten für Gleichstellung" ersichtlich.

Produkt 3 Personal- und Organisationsentwicklung

Leistungen

- Konzeption und Bereitstellung des zentralen Weiterbildungsangebots (jährliches Weiterbildungsprogramm)
- Konzeption und Durchführung der obligatorischen Führungsschulung
- Konzeption und Durchführung von verwaltungsinternen Kursen, Seminaren und Workshops
- Kursadministration und Bereitstellung der Kursinfrastruktur
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der strategischen und operativen Personalentwicklungsmassnahmen
- Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung
- Beurteilung aller beantragten Stellenschaffungen zuhanden des Stadtrates

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	452'697	512'322	543'314
Erlös	191'644	225'675	238'256
Nettokosten	261'053	286'647	305'058
Kostendeckungsgrad in %	42	44	44

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

s. Massnahmen und Projekte

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Kurse zentrales Weiterbildungsangebot	40	40	40
Anzahl Teilnehmertage zentrales Weiterbildungsangebot	1'231	1'150	1'150

* exkl. BfG und IDW

Produkt 4 Gleichstellung

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Departemente und Bereiche in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeitenden
- Bearbeitung von gleichstellungspolitischen und -rechtlichen Fragen und Vorstössen (zu Gunsten Produkt 1)
- Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen
- Koordination und Bereitstellung eines frauen- und gleichstellungsspezifischen Weiterbildungsangebots (zu Gunsten Produkt 3)
- Koordination und Bereitstellung der Vorgesetztenschulung zu Gleichstellungsthemen
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten (zu Gunsten Produkt 2)
- Erarbeitung und Durchführung von gleichstellungsrelevanten Projekten wie Kinderkrippe, Stipendien für Wiedereinsteigende
- Mitwirkung und Unterstützung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen (zu Gunsten Produkt 1)
- Mitwirkung und Unterstützung bei Personalrekrutierungen (zu Gunsten Produkt 2)
- Leitung der städtischen Arbeitsgruppe Gleichstellung

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	649'949	771'978	829'865
Erlös	304'810	278'894	313'633
Nettokosten	345'139	493'084	516'232
Kostendeckungsgrad in %	47	36	38

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

s. Massnahmen und Projekte

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Beratungen Departemente, Bereiche, Mitarbeitende und Vorgesetzte	301	250	150
Anzahl frauen- und gleichstellungsspezifische Kurse	28	25	25
Anzahl Teilnehmertage an frauen- und gleichstellungsspezifischen Kursen	271	220	240
Anzahl bearbeitete Stipendiengesuche	23	30	25
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	2	3	3
Anzahl Mutationen städtische Plätze Kinderkrippe 'Chäferfäscht'	76	60	70

Verschiebung von 100 Beratungen ohne gleichstellungsrelevante Inhalte von Produkt 4 in Produkt 2.

IAFP Personalamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	3'848	3'998	4'222	4'222	4'222	4'222
Erlös	1'238	1'233	1'364	1'364	1'364	1'364
Nettokosten/Globalkredit	2'609	2'765	2'858	2'858	2'858	2'858
Kostendeckungsgrad in %	32	31	32	32	32	32

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	2'800	1'079	500	250	0	0	0	971
Gesamt	2'800	1'079	500	250	0	0	0	971

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte). Messgrösse: Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF	646.0	687.0	685.0	690	690	690
Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme bei Beratungsanfragen in Tagen	2.0	4.0	4.0	4	4	4
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	85.0	85.0	85	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	85.0	85.0	85	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	46.0	50.0	53.0	53	53	53
5 Leistungserbringung Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen des Büros für Gleichstellung hinsichtlich der faktischen Umsetzung der Gleichstellung zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	85.0	85.0	85	85	85
Das Büro für Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Gleichstellung von Frau und Mann, Frauenförderung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Messgrösse: Anzahl Projekte pro Jahr	5.0	4.0	4.0	4	4	4

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Noch nicht bekannt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Stadtentwicklung

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtentwicklung pflegt und entwickelt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Winterthur und ihrer Quartiere. Sie fördert das Zusammenleben, unterstützt die Vernetzung der verschiedensten Institutionen und begünstigt die Quartier- und Stadtentwicklung. Dadurch erhöht sie die Lebensqualität der Stadt Winterthur.

Produkte

1 Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung hat die Aufgabe, die Steuerkraft der Stadt Winterthur nachhaltig zu verbessern. Sie setzt sich für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Mit einer gezielten Wohnungspolitik soll sich auch die Steuerkraft bei den natürlichen Personen erhöhen. Gleichzeitig soll die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und wo möglich verbessert werden.

Als Mittel dazu dienen eine fachlich fundierte Politikberatung des Stadtrates und des Stadtpräsidenten, die zielgerichtete Koordination/Vernetzung aller Akteure in Stadtentwicklungsfragen, die Konzipierung und Durchführung von Stadtentwicklungsprojekten in allen standortrelevanten Bereichen. Dies sind namentlich die Bereiche Wirtschaftsstandort, Wohnen, Bildungsstandort, Entwicklungsgebiete und Stadtquartiere. Begleitet wird dies von einer aktiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Stadtentwicklung.

2 Integration

Die Integration von Ausländern soll in der Stadt Winterthur gefördert werden. Als Basis dient das städtische Integrationsleitbild. Darin wird Integration als gegenseitiger Prozess von Fördern und Fordern verstanden. Die Ausländer sollen befähigt werden, ihre Rechte und Pflichten gleichermassen wahrzunehmen. Gleichzeitig soll die Chancengleichheit sichergestellt werden. Die Integrationsdelegierte übernimmt in der Integration strategische Aufgaben. So sind die Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes die zentralen Aufgaben. Dazu gehören namentlich die fachliche Beratung von kooperativen Verfahren und Projekten sowie Vernetzungsaufgaben. Die Fachstelle für Integration ihrerseits ist für operative Aufgaben zuständig. Sie bietet niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen, Projektberatungen sowie die Vermittlung von Interkulturellen Übersetzern an.

3 Quartierentwicklung

Förderung und Unterstützung des soziokulturellen Austausches der Quartierbevölkerung, der öffentlichen Freizeit- und Raumgestaltung sowie der partizipativen Quartierentwicklung mit fachlichen und finanziellen Ressourcen und öffentlichen Infrastrukturen:

- Beratung, Unterstützung und Anerkennung der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau- und Entwicklungsaufgaben
- Angebote für die öffentliche Freizeitgestaltung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Integrationsartikel 25a (ANAG, 1.10.1999)
- Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 10.07.2006
- Integrationsleitbild der Stadt Winterthur (2000)
- GGR-Beschluss v. 19.10.70: Schaffung der Geschäftsstelle Quartierkultur und Freizeitaktionen

Stufe Verwaltungseinheit

- Bericht „Auftrag, Führung und Organisation der Koordinationsstelle für Integration“ zuhanden des SR vom 3.3.2003

Verantwortliche Leitung

Mark Würth

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Stadtentwicklung Arbeitsschwerpunkte - eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung) - eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.) - eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen - Wirtschafts- und Bildungsstandort - Wohnen, Wohnstandort - Stadtteilentwicklung - Aussenbeziehungen	1'555 1'060 3'610 560 845 2'205 -	1'500 800 3'900 800 800 2'300 -	1'100 1'100 4'000 800 700 2'350 150
2 Integration Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes - Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) - Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte - Anzahl Teilnehmer am Deutschintegrationskurs 'Leben in Winterthur' - Anteil der Teilnehmenden, welche den Kurs erfolgreich abschliessen in % Vernetzungsaufgaben - Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonale, nationale) Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer - Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes - Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	25 36 14 100 81 1'440 98%	25 - 30 30 - 35 24 90 60 - 70 1'700 95%	25-30 30-35 0*) 0*) 60-70 1'700 95%
3 Quartierentwicklung Quartierförderung - Information, Beratung und Unterstützung der Quartierträgerschaften - Die Arbeit der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften wird gefördert und unterstützt. - Begleitung von Aufbau- und Entwicklungsaufgaben mit Quartierträgerschaften Messgrössen: - Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften - Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung - Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) Öffentliche Freizeitgestaltung - Kostendeckungsgrad Ferienprogramm (inkl. Ferienpass) in % - Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in % - Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	231 6 8 28 87 21	150 - 200 6 5 - 7 24 86 21	200-250 6 6-8 27 86 21

*) ab 01.01.2008 wird Kurs an ECAP per Leistungsbeitrag vergeben

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	3'738'521	3'463'522	4'188'900

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Die Abweichung bei den Personalkosten ist auf die Zunahme bei den Stelleneinheiten (2008: +0.9) sowie die Lohnrunde 2007 zurückzuführen. Die Sachkosten waren im 2007 ausserordentlich tief, da Projekte in der Höhe von Fr. 350'000 über die Investitionen abgewickelt wurden. Da es sich im 2008 bei den meisten Projekten um Konzepte/Studien handelt, gehören diese Projekte im 2008 in die laufende Rechnung. Weitere Mehrkosten entstehen bei den Mietzinsen (mehr Räumlichkeiten für Quartierbüros) sowie bei den Honoraren (grösseres Kursprogramm Ferienprogramm 2008). Die erhöhten Beiträge fallen bei der Quartierentwicklung an. Es sind Beiträge für neue Quartiertreffs (Iberg, Bahnhof Töss, Neuwiesen und Wildbach/Teuchelweiher).

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Die Steigerung bei den Personalkosten ist auf die Zunahmen bei den Stelleneinheiten sowie die Lohnrunde 2007 zurückzuführen. Die Erhöhung der Sachkosten betrifft neue Mietobjekte für Quartierbüros sowie Konzepte/Studien, welche im Zusammenhang mit der Legislaturplanung erstellt werden müssen.

Die Einbusse bei den Erlösen wird durch tiefere Bundesbeiträge sowie dem Wegfall von Lohnrückerstattungen verursacht.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	1'588'882	1'686'303	1'837'257
Sachkosten	1'094'053	740'000	1'188'031
Beiträge an Dritte	539'976	495'000	527'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	533'377	510'000	546'200
Übrige interne Kosten	307'562	286'319	352'398
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'063'849</i>	<i>3'717'622</i>	<i>4'450'886</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'063'849	3'717'622	4'450'886
Externe Erlöse	205'635	179'500	183'000
Interne Erlöse	254	0	4'387
Beiträge von Dritten	119'439	74'600	74'600
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>325'328</i>	<i>254'100</i>	<i>261'987</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	325'328	254'100	261'987
Total Nettokosten / Globalkredit	3'738'521	3'463'522	4'188'900
Interne Kosten	840'939	796'319	898'598
Interne Erlöse	254	0	4'387
Total primäre Nettokosten*	2'897'836	2'667'203	3'294'688
Kostendeckungsgrad in % **	8	7	6

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	521'000	521'000	558'075
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	11.7	12.1	13.0
▪ Lehrverhältnisse	-	-	-
▪ Bestand (davon Teilzeit)	20 (17)	19 (17)	20 (18)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Stadtentwicklung:

Entwicklungsimpuls Töss

Legislaturschwerpunkt (LSP) Aufwertung des Quartiers Töss, Initialprojekte zur Erhöhung der Lebensqualität; Gesamtprojektleitung und Projekte Zürcherstrasse und Bhf Töss: Erarbeitung und Präsentation Vision Zürcherstrasse und anschliessend die Formulierung von konkreten Umsetzungsprojekten; Abklärung Ausbau Lagergebäude Bhf Töss und allfällige Realisierung zum Quartierzentrum
Status laufend

Umsetzung Wohnungsstrategie

LSP mit den drei Teilprojekten qualitativer Neuwohnungsbau, Bestandserneuerung und Förderung spezieller Segmente wie Wohnangebote für Studierende und Wohnen im Alter: 2. Investorentag, Schwerpunkt im Bereich Bestandserneuerung; Bericht zum Wohnungsmarkt
Status laufend

Förderung Entwicklungsgebiet Oberwinterthur

LSP mit dem Ziel einer qualitativ hochwertigen Entwicklung von Oberwinterthur; Ergreifung der notwendigen planerischen und Umsetzungsmassnahmen zusammen mit den Grundeigentümern: Ausbau der Halle 710 in zwei Etappen als Begegnungszentrum, Aktivierungsmassnahmen, Umsetzung der planerischen/rechtlichen Massnahmen zusammen mit AfS, Internetauftritt für OW
Status laufend

Stadtlicht Winterthur

LSP mit dem Ziel, durch gezielten Einsatz von Licht unter Berücksichtigung der Themen Sicherheit, Marketing, Gestaltung und Lichtverschmutzung eine Aufwertung des städtischen Raums zu erzielen: Im Frühjahr/Sommer Schlussbericht Lichtmasterplan, daran anschliessend Umsetzung im Rahmen von ausgewählten Pilotprojekten
Status laufend

Umsetzung Leitbild Zeughaus-Teuchelweiher

Erhalt und Erneuerung der lebendigen Vielfalt des Quartiers; Festsetzung der notwendigen planerischen Massnahmen und gebietsweise Umsetzung des Leitbildes im Rahmen eines Entwicklungskonzepts: Umsetzung der Oberflächengestaltung des Wachterareals nach dem Bau des Parkhauses und Festlegung des Nutzungskonzepts; Entwicklung des Zeughausareals zusammen mit arma-Suisse; verbesserte Zugänglichkeit von Mattenbach und Eulach in verschiedenen Etappen
Status laufend

Wirtschaftspolitik

Förderung der lokalen Wirtschaft, Erhöhung der Arbeitsplätze, bedürfnisgerechte Standortentwicklung für die Wirtschaft: Stärkung der für die Marke Winterthur prägenden Erfolgspositionen durch verschiedene kleinere Projekte; gezielte Förderung der Synergien zwischen Wirtschafts- und Wissensstandort; Förderung von Ansiedlungen zusammen mit der Standortförderung; Vertretung der Interessen Winterthurs im Rahmen der Metropolitankonferenzen
Status laufend

Modellvorhaben Zusammenarbeit Wirtschaftsraum Zürich

Dieses Projekt möchte die Zusammenarbeit zwischen den Städten, Gemeinden und Kantonen innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich verstärken. Metropolitankonferenzen dienen der Schaffung einer gemeinsamen Identität, gemeinsamen Zielen und deren Interessenvertretung in Bern, sowie der Formulierung gemeinsamer Projekte. Die Stadt Winterthur ist durch den Stadtpräsidenten und den Stadtentwickler in der Projektleitung vertreten. Zusammen mit dem Stadtarchitekten vertritt der Stadtentwickler die Interessen Winterthurs im Projekt Städteposition Schweiz, einem Zusammenschluss der grössten Schweizer Städte.
Status laufend

Interkommunalkonferenz Region Winterthur und Umgebung

Im Hinblick auf den Versuchsartikel des Kantons zur Schaffung einer neuen Zusammenarbeitsform innerhalb der Regionen bzw. zwischen den Regionen und dem Kanton prüft ein Lenkungsausschuss aus der RWU die Umsetzung dieses Modells in der Region Winterthur. Die Stadtentwicklung leitet dieses Projekt, in dem auch das Gemeindeamt des Kantons und Vertretende der umliegenden Gemeinden beteiligt sind.
Status laufend

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Strategische Erfolgspositionen

Zusammen mit der Standortförderung und Winterthur Tourismus sollen die strategischen Erfolgspositionen ermittelt werden (2007). Anschliessend gilt es diese im Rahmen von konkreten Projekten mit den entsprechenden Partnern und in der Kommunikation gegen aussen und innen umsetzen (2008ff.).

Status laufend

Quartierentwicklung:

- Projekt Töss: Aufbau der Aussenstelle im Quartierbüro Bahnhof Töss mit der auf zwei Jahre befristeten 50% Stelle bei der Quartierentwicklung.
- Projekt Töss: Umnutzung und Betrieb des Bahnhofs Töss als Gemeinschaftszentrum und Konzipierung der Umnutzung des Güterschuppens.
- Aufbau von Quartiertreffs im Neuwiesenquartier, im Wildbach-Langgasse-Quartier und in Iberg. Unterstützung und Beratung der Quartierträgerschaften
- Quartierentwicklung Hegi: Aufbau der nötigen Infrastrukturen im neu entstandenen Stadtteil, Koordinations- und Vermittlungsrolle innerhalb der Verwaltung und in Zusammenarbeit mit dem Ortsverein Hegi.
- Integrationsprojekte gemäss Integrationsleitbild: Weiterführung und Entwicklung von Integrationsprojekten auf Quartierebene mit dem Ortsverein Hegi und mit dem Verein Gemeinschaftsanlage Steig in Töss.
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung gemäss Leitbild: Dienstleistungen wie Ferienprogramm, Spielverleih, Beratung, Vermittlung, etc. für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich machen.
- Sanierung der Küche und des Bodens in der Freizeitanlage Nägelsee.
- Projektierung der Küchensanierung sowie des Ausbaus des Untergeschosses in der Freizeitanlage Holzlegi.
- Bau eines definitiven Holzunterstands für das Abenteuer Hüttenbau auf der Freizeitanlage Hölzlerli.

Integration:

- Förderung von Projekten für fremdsprachige Vorschulkinder (Alter: 1-5 Jahre)
- Förderung von niederschweligen Elternbildungsangeboten
- Förderung der Partizipation von Migrant/innen bei Quartierprojekten
- Koordination und Förderung des Deutschkursangebotes in der Stadt Winterthur

Produkt 1 Stadtentwicklung

Leistungen

Koordination und Politikberatung:

- Organisation Stadtentwicklungskommission
- Bevölkerungsbefragung

Gebietsentwicklung:

- Koordination Sulzer Stadtmitte
- Koordination Entwicklungsgebiet Oberwinterthur
- Koordination Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher

Projekte:

- Vgl. Liste Wesentliche Massnahmen und Projekte

Aussenbeziehungen:

- Teilnahme an gemeindeübergreifenden Projekten und Einbringen der Interessen der Stadt Winterthur

Grundlagen und Statistik:

- Erhebung bzw. Nachführung von Statistischen Daten
- Beschaffung von Grundlagen in diversen Geschäftsfeldern
- Vertretung der Stadt in gesamtschweiz. Gremien
- Auskünfte an Drittpersonen

Leistungen

Anlaufstelle:

- Gesamtkoordination innerhalb der Stadt bei Anfragen aus Wirtschaftskreisen
- Schnittstelle zur Standortförderung

Öffentlichkeitsarbeit:

- Information der Öffentlichkeit über stadtentwicklungsrelevante Themen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'479'934	1'241'587	1'747'457
Erlös	12'773	0	4'166
Nettokosten	1'467'160	1'241'587	1'743'292
Kostendeckungsgrad in %	1	0	0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Steuerkraftentwicklung absolut	2'207	2'400	2'400
Steuerkraftentwicklung relativ in %	75	78	76
Anzahl erstellte Wohnungen	713	1'000	950
Anteil erstellte Wohnungen in %	100	100	100
- davon Wohnungen im höheren Preissegment	10	10	15
- davon Wohnungen im mittleren Preissegment	52	55	55
- davon Wohnungen im tieferen Preissegment	38	35	30

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl laufende Projekte per 31.12.	13	13	18
Anzahl abgeschlossene Projekte pro Periode	7	10	6
Anzahl geplante Projekte pro Periode	9	6	4

Produkt 2 Integration**Leistungen**

- Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes
- Niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen
- Fachliche Beratung für kooperative Verfahren und Projekte
- Vernetzungsaufgaben Bund, Kanton, Institutionen und Verwaltung (teilweise bundesfinanziert)
- Information und Beratung von Migranten und Institutionen (teilweise bundesfinanziert)
- Vermittlung von interkulturellen Übersetzern und schriftlichen Übersetzern
- Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (teilweise bundesfinanziert)
- Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit (teilweise bundesfinanziert)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	757'496	711'397	727'611
Erlös	120'811	75'500	70'090
Nettokosten	636'686	635'897	657'521
Kostendeckungsgrad in %	16	11	10

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl fachliche Beratungen für Kooperative Verfahren/Projekte	36	30 - 35	30-35
Altersstruktur der beratenen Migranten (bis 20 / 21-50 / 51 und älter)	4/48/48	3/47/50	3/47/50
Geschlecht der beratenen Migranten (männlich / weiblich)	49/51	50/50%	50/50%
Anzahl Beratungen und Begleitungen von Integrationsprojekten (Projektförderung)	70	40-45	40-45
Anzahl durch die Integration berücksichtigter Projektgesuche	25	25-30	25-30
Anzahl Projekte mit Bundes- und/oder Kantonsbeiträgen	15	10-15	10*)
Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste	346	300	400

*) Neues Schwerpunkteprogramm des Bundes mit verändertem Anforderungsprofil

Produkt 3 Quartierentwicklung

Leistungen

Quartierförderung und Freiwilligenarbeit

- Drehscheibe und Anlaufstelle für Information, Beratung und Unterstützung der freiwilligen Quartierträgerschaften
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau- und Entwicklungsaufgaben
- Unterstützung und Beratung der Trägerschaften beim Betrieb der Freizeitanlagen und Quartierlokale, bei der Herstellung der Quartierzeitungen, bei der Führung der Ludotheken und der Pflege der Spielplätze sowie bei neuen Projekten.
- Anerkennung und Förderung der subventionierten Quartierträgerschaften, welche mit dem Büro einen Leistungsauftrag abgeschlossen haben. Die Massnahmen sind Weiterbildung, Freiwilligenfest, Vernetzungsanlässe, Informationsschreiben, Einsatz des Sozialzeitausweises.
- Vernetzung und Information aller Quartier,- Orts- und Bewohnervereine in Winterthur mit Informationsschreiben und Anlässen

Öffentliche Freizeitgestaltung

- Ferienprogramm Winterthur und Beteiligung am Zürcher Sommerferienpass: Ferienaktivitäten für Kinder während den Frühlings-, Sommer- und Herbstferien; sowie einzelne Freizeitangebote in den Quartieren wie Abenteuer Hüttenbau und Spielnachmittage.
- Informationsstelle: Führung einer Informationsstelle für Quartierkultur- und Freizeitbelange
- Musikübungsräume, Spielverleih, Holzwerkstatt, Werkstatt und Töpferei: Vermietung von Musikübungsräumen, Ausleihe von Spielmaterial und Spielbus und Führung der öffentlichen Holzwerkstatt; Unterstützung der Trägerschaften beim Betrieb der Werkstatt und Töpferei.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'813'405	1'764'638	1'975'818
Erlös	191'744	178'600	187'731
Nettokosten	1'621'661	1'586'038	1'788'088
Kostendeckungsgrad in %	11	10	10

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl unterstützte Quartierzeitungen	8	8 - 10	8-10
Anzahl Quartierlokale	21	22	23
Anzahl Ludotheken	3	3	3
Anzahl Verleihungen des Spielbuses	23	30	30
Anzahl Musikübungsräume	42	41	42
Anzahl Teilnehmende an Ferienprogrammen (ohne DWS-Sportkurse und ohne Zürcher Ferienpass, da nicht erfassbar)	1'211	1'000	1'000

IAFP Stadtentwicklung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	4'063	3'717	4'450	4'451	4'451	4'451
Erlös	325	254	261	262	262	262
Nettokosten/Globalkredit	3'738	3'463	4'188	4'189	4'189	4'189
Kostendeckungsgrad in %	8	7	6	6	6	6

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	1'750	0	0	400	1'350	0	0	0
Bewilligt	1'110	0	350	310	0	0	0	450
Gesamt	2'860	0	350	710	1'350	0	0	450

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Stadtentwicklung						
Arbeitsschwerpunkte						
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung	1'555.0	1'500.0	1'100.0	1'100	1'100	1'100
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.)	1'060.0	800.0	1'100.0	1'100	1'100	1'100
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	3'610.0	3'900.0	4'000.0	4'000	4'000	4'000
eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen						
▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort	560.0	800.0	800.0	800	800	800
▪ Wohnen, Wohnstandort	845.0	800.0	700.0	700	700	700
▪ Stadtteilentwicklung	2'205.0	2'300.0	2'350.0	2'350	2'350	2'350
▪ Aussenbeziehungen	-	-	150	150	150	150
Integration						
Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes						
▪ Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	25.0	25 -30	25-30	25-30	25-30	25-30

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte	36.0	30 - 35	30-35	30-35	30-35	30-35
Anzahl Teilnehmer am Deutschintegrationskurs 'Leben in Winterthur'	14.0	24.0	0*)	0*)	0*)	0*)
Anteil der Teilnehmenden, welche den Kurs erfolgreich abschliessen in %	100.0	90.0	0*)	0*)	0*)	0*)
Vernetzungsaufgaben						
Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonal, national)	81.0	60 - 70	60-70	60-70	60-70	60-70
Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer						
Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes	1'440.0	1'700.0	1'700.0	1'700	1'700	1'700
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	98%	95%	95%	95%	95%	95%
Quartierentwicklung						
Messgrössen für Quartierförderung:						
Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften	231	150 - 200	200-250	200-250	200-250	200-250
Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung	6	6	6	6	6	6
Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	8	5 - 7	6-8	6-8	6-8	6-8
Messgrösse Öffentliche Freizeitgestaltung:						
Kostendeckungsgrad Ferienprogramm (inkl. Ferienpass) in %	28	24	27	27	27	27
Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in %	87	86	86	86	86	86
Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	21	21	21	21	21	21

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Stadtentwicklung:

Schwerpunktmässig weitere Umsetzung der vier Vorhaben von zentraler Bedeutung gemäss Legislatorschwerpunkte (LSP) 2006-2010:

- Entwicklungsimpuls Töss
- Umsetzung Wohnungsstrategie
- Förderung Entwicklungsgebiet Oberwinterthur
- Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte

Integration:

Gemäss Integrationsleitbild

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Theater Winterthur

Auftrag

Das Theater Winterthur am Stadtgarten ist ein internationales Gastspieltheater. Es bietet der Bevölkerung der Stadt, der Agglomeration und der Grossregion Nord-Ost-Schweiz Theater in allen Sparten und in mehreren Sprachen. Mehr- und Minderheiten berücksichtigend ist es Teil des Gesamtangebotes der Kulturstadt Winterthur. Das Theater ist zudem ein technisch ausgestattetes und betriebsbereites Zentrum für die Bedürfnisse einer möglichst breiten und kommunikativen Kulturgesellschaft.

Produkte

1 Theateraufführungen

Angebot von hoher kultureller Qualität, bezüglich Bildungs- und Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovationskraft, Ausstrahlung und innerer Stimmigkeit des Spielplans.

2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

In spielfreien Zeiten wird das Haus für Kongresse, Tagungen, weitere Theaterangebote, Konzerte und gastronomische sowie feierliche Ereignisse vermietet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 24.09.1972 - Entscheidung für ein Gastspieltheaterbetrieb

Stufe Verwaltungseinheit

Positionierungspapier "Positionierung 21"

Verantwortliche Leitung

Ernst Jäggli

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Kostendeckungsgrad			
- Theateraufführungen in %	65	60	63
- Vermietungen			
Winterthurer Non Profit Organisationen erhalten Rabatte auf Mieten in %	85	72	83
2 Nutzung und Belegung			
Anzahl der eigenen Aufführungen	114	119	118
Auslastung der Sitzplätze in %	61	60	60
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung	433	437	424
Anzahl Besuchende	49'314	52'000	50'000
Anzahl verkaufte Abonnemente	4'542	4'500	4'300
Anzahl der Vermietungstage	73	75	75
▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	53	50	50
3 Kundenorientierung			
Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden			
Messung / Bewertung:			
1) Publikumsbefragung alle 2 bis 4 Jahre, mit welcher die allgemeine Zufriedenheit mit dem Angebot, der Betreuung und der Infrastruktur gemessen wird.			
Messgrösse:			
Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	Ergebnisse im Juni 07	80	80
2) Kundenbefragung zu den Vermietungen, nach jeder einzelnen Vermietung mittels Fragebogen zu Infrastruktur, Organisation und Servicequalität (Auswertung 1x jährlich).			
Messgrösse:			
Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	100	90	90
4 Theaterangebot			
Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans.			
Messung / Bewertung:			
Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen)			
Messgrösse:			
Beurteilung auf der Skala:			
sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut-sehr gut	gut	gut

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	2'773'505	3'402'881	3'091'204

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Gegenüber dem VO 2007 werden für den Globalkredit 363'000 weniger budgetiert, jedoch mit 437'000 höher budgetiertem Kantonsbeitrag. Die Netto-Differenz von 74'000 (Mehrausgaben) setzt sich wie folgt zusammen:

- Personalkosten: Lohnrunde 2007, Pensum künstlerischer Leiter neu 85%, AHV-Überbrückungszuschüsse für pensionierte Mitarbeiterinnen, diverse Personalnebenkosten (104'900)
- Sachkosten: Höhere Honorarkosten aufgrund der Abwertung des CHF gegenüber dem EUR in den letzten 2-3 Jahren um ca. 10%-15% (120'000), Diverser Minderaufwand (-90'000)
- Interne Kosten: Höhere stadintern verrechnete Administrationskosten (25'800)
- Kalkulatorische Kosten: Tiefere Kalkulatorische Kosten (-16'400)
- Externe Erlöse: Preiserhöhungen Eintritte freier Verkauf/Abonnements, höhere Pachtzinseinnahmen Theaterrestaurant (-85'300)
- Beiträge Dritte: Tiefer budgetierte freiwillige Beiträge der Gemeinden (15'000)

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Der höhere Globalkredit gegenüber der Rechnung 2006 in der Höhe von 266'000 setzt sich wie folgt zusammen:

- Personalkosten: Lohnrunde 2007, Pensum künstlerischer Leiter neu 85%, AHV-Überbrückungszuschüsse für pensionierte Mitarbeiterinnen, diverse Personalnebenkosten (78'000)
- Sachkosten: Höhere Honorarkosten aufgrund der Abwertung des CHF gegenüber dem EUR in den letzten 2-3 Jahren um ca. 10%-15% (120'000)
- Interne Kosten: Höhere stadintern verrechnete Administrationskosten (180'000)
- Externe Erlöse: Preiserhöhungen Eintritte freier Verkauf/Abonnements, höhere Pachtzinseinnahmen Theaterrestaurant (-34'000)
- Beiträge von Dritten: Tiefere Kantonsbeiträge (84'000)

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	2'254'472	2'226'800	2'380'031
Sachkosten	4'944'291	5'033'000	4'903'154
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	1'585'165	1'593'300	1'578'300
Übrige interne Kosten	350'379	329'481	522'364
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'134'308</i>	<i>9'182'581</i>	<i>9'383'849</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'134'308	9'182'581	9'383'849
Externe Erlöse	1'875'280	1'801'700	1'887'000
Interne Erlöse	35'156	25'000	30'645
Beiträge von Dritten	4'450'367	3'953'000	4'375'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'360'803</i>	<i>5'779'700</i>	<i>6'292'645</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'360'803	5'779'700	6'292'645
Total Nettokosten / Globalkredit	2'773'505	3'402'881	3'091'204
Interne Kosten	1'935'544	1'922'781	2'100'664
Interne Erlöse	35'156	25'000	30'645
Total primäre Nettokosten*	873'117	1'505'100	1'021'185
Kostendeckungsgrad in % **	70	63	67

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	1'585'164	1'593'300	1'578'300
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	21.0	21.0	21.1
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	71 (61)	71 (61)	71 (61)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Per Spielzeit 2008-2009 Anbindung an Züri-Ticket (Ticketverbund mit Opernhaus Zürich, Schauspielhaus, u.a.) und Einbindung in Winterthurer Ticketverbund mit Vorverkaufsstelle Winterthur Tourismus.
- Weiterführen der erfolgreichen Blocktage für Schüler der Unter-, Mittel- und Oberstufe. Weiterhin Zusammenarbeit und Koordination mit augenau! und Theaterfrühling.
- Neu: Themenwochen im Mai. In der Spielzeit 2007-2008 sind dies: "miteinander und selbstverständlich", Menschen mit Behinderung im Zentrum. Und "Die 1002. Nacht", Das grosse Orient-Festival.
- In der grossen Oper Versuch mit grösseren westlichen Staatstheater zusammenzuarbeiten. In der Spielzeit 2007-2008 zum Beispiel zum ersten Mal mit dem Nationaltheater Mannheim.

Rückstellungskonto	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Voranschlag 2008
Anfangsbestand Rückstellungskonto	99'797	0	99'797
Mittelverwendung	0	0	
Zahlungen Kanton	0 *)	0	
Saldo Rückstellungskonto per 31.12.	99'797	0	

*) ab VA 2005 budgetiert in: Beiträge von Dritten.

Produkt 1 Theateraufführungen

Leistungen

- Anbieten eines breiten Angebotes an Musik-, Sprech- und Tanztheater

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	6'963'509	7'009'102	7'235'991
Erlös	4'515'135	4'219'620	4'503'154
Nettokosten	2'448'374	2'789'482	2'732'837
Kostendeckungsgrad in %	65	60	62

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Aufwandüberschuss pro Besucher/in in CHF	52	54	54

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Produkt 2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

Leistungen

- Anbieten eines technisch hochstehenden Hauses für Kongresse und Tagungen
- Besondere Berücksichtigung der Winterthurer Vereine und Institutionen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'160'504	2'173'479	2'181'358
Erlös	1'844'920	1'560'080	1'789'481
Nettokosten	315'584	613'400	391'877
Kostendeckungsgrad in %	85	72	82

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind durch die parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

IAFP Theater Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	9'134	9'182	9'383	9'984	9'984	9'984
Erlös	6'360	5'779	6'292	6'893	6'893	6'893
Nettokosten/Globalkredit	2'773	3'402	3'091	3'091	3'091	3'091
Kostendeckungsgrad in %	70	63	67	69	69	69

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	470	0	0	0	470	0	0	0
Bewilligt	1'440	427	650	30	60	0	0	273
Gesamt	1'910	427	650	300	530	0	0	3

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Kostendeckungsgrad						
- Theateraufführungen in %	65.0	60.0	63.0	62	62	62
- Vermietungen Winterthurer Non Profit Organisationen erhalten Rabatte auf Mieten in %	85.0	72.0	83.0	82	82	82
2 Nutzung und Belegung						
Anzahl der eigenen Aufführungen	114.0	119.0	118.0	118	118	118
Auslastung der Sitzplätze in %	61.0	60.0	60.0	60	60	60
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung	433	437	424	424	424	424
Anzahl Besuchende	49'314.0	52'000.0	50'000.0	50'000	50'000	50'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Anzahl verkaufte Abonnemente	4'542.0	4'500.0	4'300.0	4'300	4'300	4'300
Anzahl der Vermietungstage	73.0	75.0	75.0	75	75	75
▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	53.0	50.0	50.0	50	50	50
3 Kundenorientierung Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Publikumsbefragung alle 2 bis 4 Jahre, mit welcher die allgemeine Zufriedenheit mit dem Angebot, der Betreuung und der Infrastruktur gemessen wird. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Kundenbefragung zu den Vermietungen, nach jeder einzelnen Vermietung mittels Fragebogen zu Infrastruktur, Organisation und Servicequalität (Auswertung 1x jährlich). <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	Ergebnisse im Juni 07	80	80	80	80	80
	100	90	90	90	90	90
4 Theaterangebot Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. <i>Messung / Bewertung:</i> Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) <i>Messgrösse:</i> Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut-sehr gut	gut	gut	gut	gut	gut

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Investitionsprojekte: Umbau Foyer (Materiallager, Windfang), Vergrößerung Kassenraum mit Infodesk, Eingangsbereich Kasse

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die langfristige Planung der Indikatoren betreffend Besucherzahlen und Auslastung ist sehr schwierig zu bewerkstelligen. Je nach Anzahl Vorstellungen (Abhängig von den finanziellen Möglichkeiten), Entwicklung des gesellschaftlichen Freizeitverhaltens können sich Besucherzahlen anders entwickeln. Ein höherer Kantonsbeitrag von ca. 600'000 ist bis 2010 anzustreben.

Bibliotheken

Auftrag

Führung eines Bibliotheksnetzes, das die Funktion einer Studien- und Bildungsbibliothek sowie von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken abdeckt. Das Zielpublikum findet zu allen Themenkreisen und kulturellen Gattungen geeignete Medien und für die Arbeit eine geeignete Bibliotheksinfrastruktur.

Produkte

1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Unterstützen der Allgemeinbildung sowie der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung; Förderung der Lesekultur, der Medienkompetenz und des Kulturbewusstseins in allen Bevölkerungsschichten; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Unterstützen der Allgemeinbildung und der Freizeitgestaltung; Förderung der Lesekultur in allen Gruppen und Schichten, vor allem unter den Kindern und Jugendlichen; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

3 Winterthurer Sondersammlung und Nebenprodukte

Beschaffen und vermitteln von historischen und aktuellen Informationen über die Region Winterthur; Pflege und Erhalt des Winterthurer Kulturgutes in Wort und Bild; Anregung und Unterstützung von Publikationen über die Region Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Jährliche Regierungsratsbeschlüsse über kantonale Beiträge an die Stadtbibliothek als überregionale Studien- und Bildungsbibliothek

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über das Öffentliche Bibliothekswesen vom 29. Januar 1996

Reglement über die Öffentlichen Bibliotheken vom 10. April 1996

Benutzungsordnung für die Öffentlichen Bibliotheken vom 1. Januar 2004

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild der Winterthurer Bibliotheken vom Frühjahr 2001

Zusammenstellung der Gebühren und Tarife vom 1. Januar 2004

Finanzkompetenzordnung für das Kader und das Personal der Winterthurer Bibliotheken vom 17. August 2000

Verantwortliche Leitung

Hermann Romer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Kosten Der Betrieb des Winterthurer Bibliotheksnetzes ist kostengünstig <i>Messung/Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen der Produkte 1 und 2 <i>Messgrößen:</i> Bruttokosten pro Ausleihe in CHF Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	6.27 4.9	6.25 2.0	6.71 3.0
2 Bibliotheksnutzung Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in % <i>Messung/Bewertung:</i> Anzahl Nutzer mit Postanschrift in Winterthur (ermittelt anhand der Betriebszahlen) im Verhältnis zur Einwohnerzahl	19.30	>18	>18
3 Kundenorientierung Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fluktuationsrate: Aktive Nutzer des Vorjahres minus Differenz der aktiven Nutzer und der Neuanmeldungen des Berichtsjahres geteilt durch die aktiven Nutzer des Vorjahres, mal 100. <i>Messgrösse:</i> Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	17.50	<20	<20
4 Qualitätssicherung Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. <i>Messung / Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen: Zusammenstellung aus dem SISIS-System (Bibliotheksssoftware) <i>Messgrösse:</i> Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	81.20	>82	>81

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	7'112'458	7'216'273	7'779'572

Zum Anstieg des Globalkredits vgl. die Begründungen im Informationsteil

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Die Abweichung des Globalkredits gegenüber dem Vorjahr beruht im wesentlichen auf folgenden Faktoren: Verschiebung des Hausdiensts der Stadtbibliothek vom Produkt "Kulturbauten" zu den Bibliotheken, Stellenanpassung infolge Postulat von Frau Eva Schlegel, höhere Umlagen von Departements- und Bereichssekretariat und die Lohnmassnahmen 2007. Dieser Mehraufwand wird leicht verringert durch geringere kalkulatorische und EDV-Kosten.

Die Steigerung der Personalkosten beruht insbesondere auf der Verschiebung des Hausdiensts zu den Bibliotheken. Löhne (Fr. 240'000) und Sozialleistungen (Fr. 86'000) werden nicht mehr durch interne Verrechnung, sondern direkt dem Budget der Bibliotheken belastet. Weitere Fr. 300'000 (inkl. Sozialleistungen) fallen für geforderte Stellenanpassungen an (Postulat Schlegel => Novemberbrief 2007). Die Erhöhung der Sachkosten hängt ebenfalls mit der Verschiebung des Hausdiensts zu den Bibliotheken und anfallenden Direktkosten statt internen Verrechnungen zusammen.

Die kalkulatorischen Kosten sind um 36'500.— gesunken und die übrigen internen Kosten sind trotz der Mehrbelastung durch die Departementsumlagen wegen der Übernahme der Abteilung Hausdienst um Fr. 200'000.— gesunken.

Bei den Erlösen sind kaum Veränderungen zu erwarten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Im Vergleich zur Abweichung zwischen den Voranschlägen 2007 und 2008 zeigt die Abweichung zur Rechnung 2006 grundsätzlich einen um 100'000.— höheren Wert. Dieser kann mit den auf das Jahr 2007 gewährten Lohnmassnahmen begründet werden.

Bei den Personalkosten werden die Lohnmassnahmen durch höhere als budgetierte Lohnkosten 2006 kaschiert und erscheinen deshalb nicht in dieser Höhe.

Hinsichtlich der Sachkosten, kalkulatorischen Kosten und der übrigen internen Kosten siehe Begründung zur Abweichung vom Voranschlag 2007.

Die um 20'000.— höheren Erlöse in der Rechnung 2006 basieren auf einem Mehrverkauf von Publikationen, da zwei Neujahrsblätter in den Verkauf gelangten (+15'000.--), und diversen Kleinbeträgen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	4'185'292	4'211'100	4'924'072
Sachkosten	1'701'215	1'684'000	1'720'726
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	1'177'055	1'171'550	1'135'050
Übrige interne Kosten	1'185'236	1'251'623	1'112'437
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'248'798</i>	<i>8'318'273</i>	<i>8'892'285</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	8'248'798	8'318'273	8'892'285
Externe Erlöse	804'779	784'000	785'800
Interne Erlöse	10'126	0	10'913
Beiträge von Dritten	321'434	318'000	316'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'136'339</i>	<i>1'102'000</i>	<i>1'112'713</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'136'339	1'102'000	1'112'713
Total Nettokosten/Globalkredit	7'112'458	7'216'273	7'779'572
Interne Kosten	2'362'291	2'423'173	2'247'487
Interne Erlöse	10'126	0	10'913
Total primäre Nettokosten*	4'760'293	4'793'100	5'542'998
Kostendeckungsgrad in % **	14	13	13

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	1'598'361	1'727'108	1'411'518
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.7	40.7	46.8
▪ Lehrverhältnisse	7.0	7.0	7.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	76(70)	76(67)	80(69)

Die Gebäudekosten setzen sich aus den Direktkosten für den Gebäudeunterhalt, Mieten, kalkulatorischen Kosten und internen Verrechnungen für den Gebäudeunterhalt zusammen. Die Personalkosten werden nicht berücksichtigt. Durch die Verschiebung des Hausdiensts von den "Kulturellen Bauten" zu den Bibliotheken entfällt die interne Verrechnung von Fr. 300'000.-- für den Unterhalt der Stadtbibliothek. Da nur noch die Sachkosten berücksichtigt werden, nicht aber die Personalkosten für den Gebäudeunterhalt, sinken die Kosten um 300'000.--. Die Mehrkosten beim Sachaufwand werden kompensiert durch tiefere kalkulatorische Kosten. Durch die Übernahme des Hausdienstpersonals von den Städtischen Institutionen sowie infolge des Postulates von Frau E. Schlegel steigt die Stellenzahl von 40.76 auf 46,8 Vollstellen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Betriebsreorganisation bei den Betriebsabläufen zur Optimierung der Zusammenarbeit
- Überprüfung und Konzept einer neuen IT-Strategie
- Release einer neuen Website in Zusammenarbeit mit den IDW
- Neues Zeitschriftenmanagement in der Stadtbibliothek
- Spiralcurriculum für die Zusammenarbeit von Bibliotheken und Schulen
- Planung der Erweiterung der Bibliothek Seen
- Planung der neuen Studienbibliothek unter Leitung des Bereichs Kultur
- Mitarbeit beim Konzept eines digitalen Archivs in Zusammenarbeit mit den IDW und dem Stadtarchiv

Produkt 1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Leistungen

- Ausleihe von Sachbüchern, Nachschlagewerken und Zeitschriften aus allen Fachgebieten sowie von literarischen Werken verschiedener Sprachen und Epochen.
- Sicherstellen des Zugangs zu externen Datenbanken und Bibliothekskatalogen.
- Ausleihe von elektronischen Medien zu allen Fachgebieten und Kunstgattungen
- Bereitstellen der notwendigen Infrastruktur für die wissenschaftliche Arbeit in der Stadtbibliothek.
- Interbibliothekarischer Ausleihdienst für die in Winterthur nicht vorhandenen Werke

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	5'463'725	5'512'966	5'986'035
Erlös	853'478	855'283	855'811
Nettokosten	4'610'247	4'657'683	5'130'224
Kostendeckungsgrad in %	16	16	14

Bezüglich der Kostensteigerung kann auf das bei der Produktgruppe Gesagte verwiesen werden.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	80	80	80
Bruttokosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Zahl der Besucherinnen und Besucher	360'466	370'000	362'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	3'217	3'000	3'000

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Zahl der ausgeliehenen Medien	891'903	885'000	890'000
- davon Bücher	478'085	480'000	480'000
- davon CDs	174'209	175'000	175'000
- davon DVDs / Videos	200'384	210'000	215'000
- davon übrige	39'225	20'000	20'000

Produkt 2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Leistungen

- Ausleihe von Büchern, Zeitschriften, audiovisuellen und elektronischen Medien sowie Spielen aus dem Segment der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken
- Angebot literarischer Werke vor allem aus dem Unterhaltungsbereich sowie der Kinder- und Jugendliteratur.
- Betrieb von Quartierbibliotheken mit der Infrastruktur als Quartiertreffpunkt

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'037'507	2'083'304	2'177'114
Erlös	229'289	232'397	238'619
Nettokosten	1'808'218	1'850'907	1'938'495
Kostendeckungsgrad in %	11	11	11

Bezüglich der Kostensteigerung kann auf das bei der Produktgruppe Gesagte verwiesen werden.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	82	85	82
Kosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	4	4	5

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Zahl der Besucherinnen und Besucher	196'559	205'000	200'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	1'382	1'400	1'400
Zahl der ausgeliehenen Medien	418'534	445'000	420'000
- davon Bücher	257'240	270'000	260'000
- davon CDs	43'963	88'000	50'000
- davon DVDs / Videos	72'879	80'000	70'000
- davon übrige	44'452	7'000	40'000

Produkt 3 Winterthurer Sondersammlungen und Nebenprodukte

Leistungen

- Sammeln, erschliessen und vermitteln von Bildmaterial, handschriftlichen Quellen und Familienwappen der Region Winterthur.
- Aufbewahren von kulturell und wissenschaftlich bedeutenden Nachlässen und Archiven von Persönlichkeiten, Familien und kulturellen Vereinigungen der Region Winterthur.
- Mikroverfilmung von wichtigen Winterthurer Handschriften und Druckerzeugnissen.
- Herausgabe des seit 1663 erscheinenden Neujahrsblatts der Stadtbibliothek Winterthur.
- Veröffentlichung der Bibliografie der Region Winterthur im Internet und im Winterthurer Jahrbuch.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	738'346	722'004	729'136
Erlös	36'631	14'320	18'283
Nettokosten	701'715	707'684	710'853
Kostendeckungsgrad in %	5	2	3

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten pro benutztes Dokument in CHF	97	123	124

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Zahl der benutzten Dokumente	5'284	3'200	4'000
Zahl der unterstützten Publikationen	1	1	1
Anzahl verkaufter Neujahrsblätter (inkl. alter Jahrgänge)	1'096	800	700

Der Indikator "benutzte Dokumente" ist hinsichtlich der Leistungsmenge im Jahr 2006 ein positiv von der Reihe abweichender Wert, im Durchschnitt der vergangenen 4 Jahre liegt er bei 3470.

Der Verkauf der Neujahrsblätter im Jahr 2006 korrespondiert mit dem Mehrerlös in diesem Jahr (siehe Begründung vorne).

IAFP Bibliotheken

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	8'248	8'318	8'892	9'300	9'420	9'747
Erlös	1'136	1'102	1'112	1'113	1'105	1'105
Nettokosten/Globalkredit	7'112	7'216	7'779	8'188	8'316	8'643
Kostendeckungsgrad in %	14	13	13	12	12	11

Ob und wie sich die Evaluation eines neuen IT-Bibliothekssystems kostenmässig auswirkt, kann noch nicht beurteilt werden.

Ein Kostensprung ist 2010 zu erwarten, sofern das Projekt Umbau Studienbibliothek an der Museumstr 52 realisiert wird: erwartete Überwälzung von Abschreibung und Verzinsung des Umbaus

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	1'900	0	145	0	400	0	0	1'355
Bewilligt	245	48	78	0	0	0	0	119
Gesamt	2'145	48	223	0	400	0	0	1'474

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Kosten						
Bruttokosten pro Ausleihe in CHF	6.2	6.2	6.7	6.7	6.7	6.7
Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	4.9	2.0	3.0	3.0	3.0	3.0
2 Bibliotheksnutzung						
Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in %	19.3	>18	>18	>18	>18	>18
3 Kundenorientierung						
Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. Messgrösse: Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	17.5	<20	<20	<20	<20	<20

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
4 Qualitätssicherung Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. <i>Messgrösse:</i> Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	81.2	>82	>81	>81	>81	>81

Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Realisierung der Erweiterung der Bibliothek Seen
- Umbau der neuen Studienbibliothek unter Leitung des Bereichs Kultur
- Betrieb eines Provisoriums während Umbau Bibliotheks- und Museumsgebäudes (Studienbibliothek) gemäss Vorgaben Departement (2009-2010)
- Betrieb eines digitalen Archivs in Zusammenarbeit mit den IDW und dem Stadtarchiv
- Betrieb einer virtuellen Bibliothek
- Vorbereitung des Bibliotheks Jubiläums 2010 (350 Jahre Stadtbibliothek)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Der Erfolg der Bibliotheken lässt sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren immer weniger an der Steigerung der Ausleihzahlen messen. Die Erfolgsindikatoren werden bestimmt durch die Leistungsfähigkeit bei der Bereitstellung elektronischer Information (Virtuelle Bibliothek, Zugang zu kostenpflichtigen Datenbanken, digitales Archiv) und qualifizierter Angebote in der Bibliothekspädagogik (Leseförderung, Informationskompetenz, Medienkritik, Sprachförderung bei Fremdsprachigen). Ziel ist es, die hohen Ausleihzahlen zu halten (Winterthurer Bibliotheken haben die vierthöchste Ausleihzahl der Schweiz) und die Angebote und Dienstleistungen im elektronischen Bereich konsequent auszubauen. Mittelfristig ist mit einem Einbruch bei der Ausleihe von Nonbooks zu rechnen (Online-Angebote von Musik und Film zB durch Bluewin, 2006 ist die Video-Ausleihe um 60% eingebrochen ohne Kompensierung durch die DVD-Ausleihe) Die Gefahren in diesem Prozess liegen bei der Kontrolle über die Nutzung digitaler Dokumente durch globale Anbieter wie google, yahoo oder AOL (Bertelsmann) und bei einem bibliotheksfeindlichen Urheberrecht. Eine Aussage über den Einfluss dieser Entwicklung auf die Bibliothekskosten lässt sich aber noch nicht machen.

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Auftrag

Stärkung der kulturellen Attraktivität der Stadt Winterthur und subsidiäre Förderung und Unterstützung des zeitgenössischen Kulturschaffens mit dem Ziel das vielseitige und qualitativ hoch stehende Kulturangebot zu erhalten und im Rahmen der genehmigten Mittel auszubauen.

Produkte

1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Unterstützung privater Initiativen und Institutionen für ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot. Die Unterstützung erfolgt subsidiär. Die Subventionsbeiträge und (teilw.) Infrastrukturleistungen an private Institutionen sind auf der Basis von Leistungsvereinbarungen in den Subventionsverträgen geregelt.

2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Förderung im Bereich der bildenden Kunst mit Kunstankäufen. Ausrichtung von Kulturpreisen (Förderpreise und Kulturpreis der Stadt Winterthur).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Kulturleitbild der Stadt Winterthur
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Volksabstimmung vom 03.12.1939
- Sammlungen Briner und Kern, SR-Beschluss
- Kunstmuseum, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Villa Flora, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kunsthalle Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Museum Lindengut, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Technorama, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Fotomuseum, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Stiftung für Photographie, GGR-Beschluss vom 13.02.2002
- Orchester Musikkollegium, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Musikfestwochen, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Musikverband der Stadt Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Jazz in Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Verein LMK - Live Musik Kultur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Sommertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Marionettentheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kellertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater am Gleis, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater für den Kanton Zürich, GGR-Beschluss vom 08.11.1971
- Verein tanzinwinterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmfoyer Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmbulletin, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Internationale Kurzfilmtage, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Astronomische Gesellschaft Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004

Stufe Verwaltungseinheit

- div. Subventionsbeiträge und Infrastrukturleistungen

Verantwortliche Leitung

Nicole Kurmann, Bereichsleitung Kultur

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	73	83	79
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Museen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	297 682	297 650	297 680
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'116	1'100	1'100
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	403	480	400
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	100	100	100

(1) Einwohner: 98'500 Stand per 31.12.2006 / 96'144 per 31.12.2005

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	7'115'412	7'993'996	7'844'568

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Im Vergleich mit dem VO 2007 rechnet man im 2008 mit weniger baulichen Unterhaltskosten (Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten und Museum Lindengut).

Die Erhöhung unter den "Beiträgen an Dritte" ist auf die folgenden Institutionen zurückzuführen:
Kunstmuseum + Fr. 100'000, Musikkollegium + Fr. 288'000, Rest "Projektbezogene und übrige Beiträge".
Dies ist die direkte Folge der im Jahre 2006 erhaltenen höheren Staatsbeiträge.

Aufgrund der hohen erhaltenen Staatsbeiträge im 2006 hat man für den VO 2008 ebenfalls hohe Kantonsbeiträge budgetiert.
Im VO 2007 ging man von wesentlich tieferen Beiträgen aus.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Die Differenz bei den Personalkosten ist auf Stellenbereinigungen (SRB-Nr. 2006-1006) zurückzuführen. Die Finanzkontrolle sowie das Personalamt haben die Anstellungsbedingungen bei einigen Stellen im Bereich Kulturelles gerügt. Betroffen war das Museum Lindengut sowie die Villa Flora. Es handelt sich hier nicht um eine Mehrschaffung von Stellen, sondern um eine Umwandlung von bereits bestehenden Stellen. Diese Stellen wurden im Rechnungsjahr 2006 via Sachkosten bezahlt bzw. über die Produktgruppe "Personalamt" (Sozialstellen) entschädigt. Im VO 2007 sowie im VO 2008 werden diese Stellen nun über die Personalkosten der PG Subventionen abgehandelt. Die verbleibende Differenz bei den Personalkosten ist auf die übliche Lohnrunde zurückzuführen.

Die Erhöhung unter der Position "Beiträgen an Dritte" ist auf die folgenden Institutionen zurückzuführen:
Kunstmuseum + Fr. 100'000, Musikkollegium + Fr. 288'000, Rest "Projektbezogene und übrige Beiträge"
Dies ist eine direkte Folge der im Jahre 2006 erhaltenen höheren Staatsbeiträge.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	729'778	844'900	868'350
Sachkosten	1'962'162	665'100	493'010
Beiträge an Dritte	8'581'569	8'514'000	9'018'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	564'264	563'300	568'600
Übrige interne Kosten	644'827	785'196	847'896
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'482'600</i>	<i>11'372'496</i>	<i>11'795'857</i>
Verrechnungen innerhalb PG	13'000	0	0
Total effektive Kosten	12'469'600	11'372'496	11'795'857
Externe Erlöse	1'434'943	73'500	74'900
Interne Erlöse	70'246	70'000	70'389
Beiträge von Dritten	3'862'000	3'235'000	3'806'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'367'188</i>	<i>3'378'500</i>	<i>3'951'289</i>
Verrechnungen innerhalb PG	13'000	0	0
Total effektive Erlöse	5'354'188	3'378'500	3'951'289
Total Nettokosten/Globalkredit	7'115'412	7'993'996	7'844'568
Interne Kosten	1'196'092	1'348'496	1'416'496
Interne Erlöse	57'246	70'000	70'389
Total primäre Nettokosten*	5'976'566	6'715'500	6'498'461
Kostendeckungsgrad in % **	43	30	33

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	572'321	563'000	579'600
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	10.3	11.9	11.9
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	39 (38)	47 (45)	55 (54)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Bei den Subventionsbeiträgen beschränken sich die Massnahmen im Wesentlichen auf die Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge (Leistungsvereinbarungen und individuelle Vertragsbestimmungen). Mit den projektbezogenen Beiträgen werden kulturelle Projekte gefördert und das Kulturangebot in allen Sparten substanziell ergänzt.

Die Anstrengungen, durch Vernetzungen der Institutionen Synergien und eine grössere Ausstrahlung zu erreichen, werden fortgeführt.

Produkt 1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Leistungen

Subsidiäre Unterstützung von privaten Institutionen für kulturelle Leistungen. Beiträge und Leistungsaufträge sind für jede Institutionen individuell in Subventionsverträgen geregelt.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	11'635'342	10'594'196	10'905'557
Erlös	5'367'188	3'378'500	3'951'289
Nettokosten	6'268'153	7'215'696	6'954'268
Kostendeckungsgrad in %	46	32	36

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Museen			
Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten	871'699	941'054	871'047
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	888'178	954'454	885'862
- davon Ertrag in CHF	-16'479	- 13'400	- 14'815
Sammlungen Briner und Kern	249'994	326'200	323'500
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	256'224	329'300	326'800
- davon Ertrag in CHF	-6'230	-3'100	- 3'300
Kunstmuseum	348'629	585'500	530'800
- davon Beitrag in CHF	752'862	753'000	853'000
- davon Nebenleistungen in CHF	453'767	523'500	515'800
- davon Ertrag in CHF	-858'000	-691'000	-838'000
Villa Flora	230'351	250'800	290'489
- davon Beitrag in CHF	100'000	100'000	100'000
- davon Nebenleistungen in CHF	130'631	195'800	235'489
- davon Ertrag in CHF	-280	45'000	- 45'000
Kunsthalle Winterthur	76'015	106'500	79'900
- davon Beitrag in CHF	60'000	60'000	60'000
- davon Nebenleistungen in CHF	16'015	46'500	19'900

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Museum Lindengut	242'219	286'842	282'188
- davon Beitrag in CHF	30'000	30'000	30'000
- davon Nebenleistungen in CHF	294'419	338'842	334'254
- davon Ertrag in CHF	-82'200	- 82'000	- 82'066
Technorama	550'000	550'000	550'000
- davon Beitrag in CHF	550'000	550'000	550'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Fotomuseum	320'000	300'000	300'000
- davon Beitrag in CHF	320'000	300'000	300'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Stiftung für Photographie	50'000	50'000	50'000
- davon Beitrag in CHF	50'000	50'000	50'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musik			
Orchester Musikkollegium	1'422'009	1'883'000	1'746'000
- davon Beitrag in CHF	4'206'750	4'207'000	4'495'000
- davon Nebenleistungen in CHF	219'259	220'000	219'000
- davon Ertrag in CHF	-3'004'000	- 2'544'000	-2'968'000
Musikfestwochen	190'000	190'000	190'000
- davon Beitrag in CHF	190'000	190'000	190'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musikverband der Stadt Winterthur	200'000	200'000	200'000
- davon Beitrag in CHF	200'000	200'000	200'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Jazz in Winterthur	75'000	75'000	75'000
- davon Beitrag in CHF	75'000	75'000	75'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein LMK - Live Musik Kultur	240'000	240'000	240'000
- davon Beitrag in CHF	200'000	200'000	200'000
- davon Nebenleistungen in CHF	40'000	40'000	40'000
Theater / Tanz			
Sommertheater	274'760	274'800	274'800
- davon Beitrag in CHF	250'000	250'000	250'000
- davon Nebenleistungen in CHF	24'760	24'800	24'800
Marionettentheater	84'676	115'000	86'800
- davon Beitrag in CHF	70'000	70'000	70'000
- davon Nebenleistungen in CHF	14'676	45'000	16'800
Kellertheater	197'429	195'000	195'900
- davon Beitrag in CHF	170'000	170'000	170'000
- davon Nebenleistungen in CHF	27'429	25'000	25'900
Theater am Gleis	310'000	310'000	310'000
- davon Beitrag in CHF	310'000	310'000	310'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Theater für den Kanton Zürich	74'370	75'000	77'000
- davon Beitrag in CHF	74'370	75'000	77'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein tanzinwinterthur	65'000	65'000	65'000
- davon Beitrag in CHF	65'000	65'000	65'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Film			
Filmfoyer Winterthur	60'000	60'000	60'000
- davon Beitrag in CHF	60'000	60'000	60'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Filmbulletin	20'000	20'000	20'000
- davon Beitrag in CHF	20'000	20'000	20'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Internationale Kurzfilmtage	90'000	90'000	90'000
- davon Beitrag in CHF	90'000	90'000	90'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Übrige Beiträge			
Astronomische Gesellschaft Winterthur	26'000	26'000	26'000
- davon Beitrag in CHF	26'000	26'000	26'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Institutionen für kulturelle Leistungen wird durch Subventionsverträge geregelt.			

Produkt 2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Leistungen

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Ausrichtung von Kulturpreisen. Ankauf von Kunstwerken. Führung des Kunstinventars der Kunstwerke im Besitz der Stadt Winterthur.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	809'095	778'300	890'300
Erlös	0	0	0
Nettokosten	809'095	778'300	890'300
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Diverse Beiträge an Institutionen in CHF	19'350	55'000	75'000
Kulturpreis der Stadt Winterthur in CHF	15'225	20'000	20'000
Kunstankäufe in CHF	52'223	80'800	80'800
Kulturkommissionen (Kunstkommission, Literaturkommission) in CHF	2'040	2'500	2'500
Projektbezogene Beiträge in CHF	720'256	620'000	712'000

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl eingegangener Gesuche	163	210	180
Anzahl bearbeiteter Gesuche	140	208	150
Anzahl unterstützter Gesuche	102	115	115

IAFP Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	12'469	11'372	11'795	11'796	11'796	11'796
Erlös	5'354	3'378	3'951	3'951	3'951	3'951
Nettokosten/Globalkredit	7'115	7'993	7'844	7'845	7'845	7'845
Kostendeckungsgrad in %	43	30	33	33	33	33

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	3'283	0	83	0	1'000	2'000	0	200
Bewilligt	670	108	200	270	0	0	0	92
Gesamt	3'753	108	283	270	1'000	2'000	0	92

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	73	83	79	79	78	77
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Museen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	297	297	297	297	297	297
Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	682	650	680	680	680	680
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'116	1'100	1'100	1'100	1'100	1'100
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	403	480	400	400	400	400
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	100	100	100	100	100	100

(1) Einwohner: 98'500 Stand per 31.12.2006 / 96'144 per 31.12.2005

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Bei den subventionierten Institutionen beschränkt sich die Tätigkeit im Wesentlichen auf die Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge (Leistungsauftrag und übrige individuelle Vertragsbestimmungen). Die projektbezogene Kulturförderung erfolgt nach den im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Kriterien. Diese Projekte bereichern und ergänzen das Kulturangebot in Winterthur substantiell.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Subventionsverträge haben alle eine analoge Laufzeit. D.h. erst ab 2009 kann wieder eine Neubeurteilung und Bestandesaufnahme vorgenommen werden. Für die projektbezogene Kulturförderung gelten die im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Beurteilungskriterien. Die Kulturförderung der Stadt Winterthur reagiert flexibel auf die Initiative von Privaten. Kulturelle Projekte werden primär von Kulturschaffenden definiert. Die Stadt Winterthur unterstützt dieses Schaffen mit subsidiären Beiträgen, Beratungen und Infrastrukturleistungen.

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Auftrag

1. Die städtischen Museen und Sammlungen erfüllen einen Bildungsauftrag und stärken die kulturelle Attraktivität von Winterthur. Sie erschliessen und vermitteln durch besucherfreundliche Ausstellungen und durch Veranstaltungen einer regionalen und überregionalen Öffentlichkeit die materielle Kultur und Umwelt- sowie Naturwissenschaftsthemen. Sie sammeln, konservieren und erforschen Kulturgüter fach- und sachgerecht und erhalten sie für die Zukunft.
2. Das Kulturzentrum Alte Kaserne ist ein bedeutender Ort in der Stadt für Soziokultur und für den kulturellen Austausch.
3. Die Kulturvermittlung und das Veranstaltungsmarketing führen diversen Massnahmen durch, welche dazu dienen, das Kulturangebot der Stadt Winterthur bekannt zu machen und den Zugang und das Verständnis für alle Bevölkerungsgruppen zu erleichtern.
4. Im Aufgabengebiet der Bauten und Ateliers liegt die Substanzerhaltung der städtischen Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung. Betreiben der Infrastruktur, ausgerichtet nach den Bedürfnissen der Benutzer.

Produkte

1 Städtische Museen

Betrieb von städtischen Museen:

- Naturmuseum
- Münzkabinett und Antikensammlung
- Gewerbemuseum und Uhrensammlung
- Schlösser Hegi und Mörsburg

2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Dienstleistungsangebot für externe Veranstalter, eigene Veranstaltungsprogrammierung, soziokulturelle Animation.

3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Bekanntmachung des kulturellen Angebotes mit der Führung eines städtischen Veranstaltungskalenders im Internet, Prospekten und Plakaten. Koordination des übergeordneten Kulturmarketings mit der Herausgabe von Drucksachen und der Koordination und Organisation von Events. Bereitstellung eines umfassenden Angebotes im Bereich der Museumspädagogik für Schulklassen.

4 Bauten

Unterhalt und Wartung der Liegenschaften Bauten mit kulturellen Nutzungen im Hinblick auf eine Substanzerhaltung. Diverse Dienstleistungen und Infrastrukturleistungen für die Benutzer und Betreiber der kulturellen Institutionen. Unterstützung von Künstler-Ateliers in Zusammenarbeit mit privaten Förderungsstellen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.
- Gemäss der UNESCO-Deklaration kommen die Museen der Verpflichtung „Recht auf Bildung“ nach

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 26.10.87, mit Nachtrag v. 01.12.93.
- Verpflichtung zur konservatorischen Betreuung der Uhrensammlung Kellenberger (GGR-Beschluss vom 31.07.1969)
- Volksabstimmung betr. Kultur- und Freizeitzentrum Alte Kaserne vom 02.12.84 und 06.09.87
- Betriebskonzept Alte Kaserne gem. Stadtratsbeschluss vom 13.11.91.
- Vereinheitlichung der Öffnungszeiten bei den Museen vom 19.10.88 sknr 88-1873

Stufe Verwaltungseinheit

- Mietvertrag Waaghaus

Verantwortliche Leitung

Dr. Nicole Kurmann, Bereichsleitung Kultur

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	54	57	61
2 Kundenorientierung Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter (der Rechnung beigelegt) <i>Messgröße:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	0 	- 	-
3 Zugänglichkeit Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> Naturmuseum Münzkabinett und Antikensammlung Gewerbemuseum und Uhrensammlung Schlösser Hegi und Mörsburg Kulturzentrum Alte Kaserne	42 12 45 23.45 101	42 12 45 23.45 96	42 12 45 17 bzw. 33 101
4 Substanzerhaltung Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur (vgl. Auflistung unter Produkt 4) werden werterhaltend betreut. <i>Messgröße:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudewertes	0.25	0.25	0.25
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen Anzahl durchgeführter Führungen für Schulklassen mindestens Anzahl abgelehnter Führungen für Schulklassen höchstens	861 82	790 25	880 50

(1) Einwohner: 98'500 Stand per 31.12.2006 / 96'144 per 31.12.2005

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	5'225'104	5'661'182	6'099'721

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der Rückgang bei den Personalkosten ist auf eine Stellenverschiebung zur Produktgruppe Bibliotheken zurückzuführen. Ebenfalls davon betroffen sind die internen Erlöse, welche nun dafür in geringerem Masse anfallen. Die effektive Reduktion bei den Personalkosten wird dann jedoch wieder stark neutralisiert als Folge des WOV-Postulates, der Stellenanpassung von 10% im Naturmuseum (siehe auch Begründung unten) sowie der im 2008 schlussendlich vollständigen Umsetzung der Stellenbereinigungen (SRB-Nr. 2006-1006 - siehe auch PG Subventionsverträge).

Bei den Sachkosten wurden die Kosten Energie (Stadtwerke) von bisher externen Kosten- auf interne Kostenarten verschoben.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Die Abweichung bei den Personalkosten ist auf eine Stellenschaffung von 50% bei der Museumspädagogik (WOV-Postulat von Eva Schlegel, Frühling 2007) sowie eine Pensumserhöhung im Naturmuseum (SRB 2007-0212 vom 21.02.07) zurückzuführen. Weiter schlägt die Lohnrunde 2007 (Teuerung, Leistungsausgleich, Stufenanstieg) zu Buche.

Die Erhöhung der Sachkosten ist auf die Miete neuer/grösserer Lagerräume (Novemberbrief 2007) sowie auf unterschiedliche Ausstellungsprojekte zurückzuführen, welche auch Unterhaltsarbeiten nach sich ziehen. Ebenfalls zu Buche schlagen bauliche Unterhaltskosten.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	4'128'837	4'303'500	4'344'452
Sachkosten	2'297'646	2'795'700	2'573'490
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	646'884	647'300	634'920
Übrige interne Kosten	953'454	948'082	1'285'646
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'026'821</i>	<i>8'694'582</i>	<i>8'838'507</i>
Verrechnungen innerhalb PG	409'622	0	545'200
Total effektive Kosten	7'617'198	8'694'582	8'293'307
Externe Erlöse	1'476'228	1'405'500	1'452'200
Interne Erlöse	1'286'596	1'614'900	1'273'586
Beiträge von Dritten	38'893	13'000	13'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'801'716</i>	<i>3'033'400</i>	<i>2'738'786</i>
Verrechnungen innerhalb PG	409'622	0	545'200
Total effektive Erlöse	2'392'094	3'033'400	2'193'586
Total Nettokosten/Globalkredit	5'225'104	5'661'182	6'099'721
Interne Kosten	1'190'715	1'595'382	1'375'366
Interne Erlöse	876'973	1'614'900	728'386
Total primäre Nettokosten*	4'911'362	5'680'700	5'452'741
Kostendeckungsgrad in % **	31	35	26

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	667'382	767'300	737'220
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	42.1	44.9	42.5
▪ Lehrverhältnisse	2.0	2.0	2.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	104 (93)	108 (97)	112 (101)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Museen: Diverse spartenspezifische Ausstellungen mit Rahmenprogramm wie Workshops, Führungen, Vorträgen usw.
 Bauten: Überführung der gesamte Materialsammlung des Gewerbemuseums in erweiterter Form als permanente Ausstellung sowie Neueinrichtung des Arbeitsraumes für Schulen (inkl. Realisierung umfangreicher Datenbank im Internet)
 Kulturvermittlung: Permanente Aktualisierung und Ausbau der Internetadresse www.kultur.winterthur.ch und allgemeine übergeordnete Marketingmassnahmen (z.Bsp. Museumsprospekt und Veranstaltungskalender), Organisation der MuseumsTagNacht 2008.

Produkt 1 Städtische Museen

Leistungen

Die Museen gestalten in ihren Bereichen Wechselausstellungen, organisieren Führungen und Veranstaltungen, pflegen und erweitern ihre Sammlungen und das historische Kulturgut. Die Museen sind Bildungsinstitutionen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'893'526	4'073'265	4'344'488
Erlös	353'732	296'300	326'502
Nettokosten	3'539'793	3'776'965	4'017'987
Kostendeckungsgrad in %	9	7	8

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Ausstellungen	18	14	18
Anzahl Veranstaltungen	59	60	60
Anzahl Führungen	216	160	210
Verhältnis der inventarisierten Objekte zur Gesamtzahl der Objekte in %	74	75	75

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Besuchende Naturmuseum	27'323	25'000	27'300
Anzahl Besuchende Münzkabinett und Antikensammlung	2'367	2'500	2'500
Anzahl Besuchende Gewerbemuseum und Uhrensammlung	17'746	25'000	17'700
Anzahl Besuchende Schlösser Hegi und Mörsburg	5'374	4'500	5'300

Produkt 2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Leistungen

- Dienstleistung Raumbenützungen (regelmässige und einmalige) inkl. Veranstaltungs- und Projektberatungen und -begleitungen.
- Eigene Veranstaltungen und Koproduktionen zur Bereicherung und Ergänzung der Kulturvielfalt in der Stadt.
- Gastrobereich mit Bistrobetrieb und –veranstaltungen sowie Catering und Spezialdienstleistungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'457'955	2'398'903	2'549'680
Erlös	991'571	981'400	994'738
Nettokosten	1'466'384	1'417'503	1'554'942
Kostendeckungsgrad in %	40	41	39

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Mindestanzahl belegte Raum/Zeiteinheiten (2,5 Std./Raum) pro Jahr (42 Wochen) durch regelmässige Benutzende	2'700	2'700	2'700

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Mindestanzahl Einzelveranstaltungen pro Jahr	ca. 1500	1'200	1'300
Anteil Eigenveranstaltungen bzw. Koproduktionen an den Einzelveranstaltungen Alte Kaserne in %	5	5 - 10	5

Produkt 3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Leistungen

Dienstleistungen und Vermittlung

- Museumspädagogisches Angebot in den Winterthurer Museen für Schul- sowie Kindergartenklassen
- Führungen für Lehrkräfte und Ausarbeitung von Lehr-Dokumentationen.

Veranstaltungsmarketing

- Der Bereich umfasst Inserate, Publikationen und Werbung im Rahmen des allg. Kulturmarketings. Dazu gehören Veranstaltungskalender (Prospekt, Plakat), Internetauftritt Kulturelles mit Veranstaltungskalender, Inserate für Förderpreise, MuseumsTagNacht usw., sowie Werbemassnahmen wie Museumsprospekt und Inserate. Koordination und Durchführung von Sonderevents.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	307'711	534'514	613'759
Erlös	99'869	87'500	87'546
Nettokosten	207'842	447'014	526'212
Kostendeckungsgrad in %	32	16	14

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Anfragen im Verhältnis zur Anzahl durchgeführten Führungen (in %)	91	97	95

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Internetzugriffe auf den Veranstaltungskalender	28'835	13'500	28'000
Anzahl Winterthurer Schulklassen in % von allen Schulklassen, die mind. 1 Museumsbesuch pro Jahr machen (Minimum)			

Produkt 4 Bauten

Leistungen

Unterhalt, Wartung sowie Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für den Betrieb von städtischen Liegenschaften mit kultureller Nutzung:

- Museums- und Bibliotheksgebäude, Museumstrasse 52
- Waaghaus, Marktgasse 25
- Stadtbibliothek, Obere Kirchgasse 6
- Barockhäuschen, im Stadtgarten
- Kapelle Rossberg, Rossberg
- Musikpavillon, im Stadtgarten
- Ateliers

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'335'241	1'687'900	1'330'580
Erlös	1'356'544	1'668'200	1'330'000
Nettokosten	-21'303	19'700	580
Kostendeckungsgrad in %	102	99	100

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Öffnungszeit Kunstmuseum für Besuchende in Std./Woche	45	45	45
Öffnungszeit Münzkabinett für Besuchende in Std./Woche	12	12	12
Öffnungszeit Naturmuseum für Besuchende in Std./Woche	42	42	42
Öffnungszeit Schlösser Hegi und Mörsburg in Std./Woche	17 bzw. 32	17	17 bzw. 32
Öffnungszeit Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten in Std./Woche	45	45	45

Das Schloss Hegi ist vom November bis Februar geschlossen. Die Mörsburg hat im gleichen Zeitraum reduzierte Öffnungszeiten.

IAFP Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	7'617	8'694	8'293	8'293	8'293	8'293
Erlös	2'392	3'033	2'193	2'194	2'194	2'194
Nettokosten/Globalkredit	5'225	5'661	6'099	6'100	6'100	6'100
Kostendeckungsgrad in %	31	35	26	26	26	26

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	450	0	0	930	0	0	0	-480
Bewilligt	26'349	9'961	2'190	4'210	6'000	5'229	0	-1'241
Gesamt	26'799	9'961	2'190	5'140	6'000	5'229	0	-1'721

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	54	57	61	62	61	61
2 Kundenorientierung Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern <i>Messgrößen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter (der Rechnung beigelegt) <i>Messgröße:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer <i>Messgröße:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	0	-	-	-	-	-
3 Zugänglichkeit Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche <i>Messgrößen:</i> Naturmuseum Münzkabinett und Antikensammlung Gewerbemuseum und Uhrensammlung Schlösser Hegi und Mörsburg Kulturzentrum Alte Kaserne	42 12 45 23.4 101	42 12 45 23.4 96	42 12 45 17 bzw. 33 101	42 12 45 17 bzw. 33 101	42 12 45 17 bzw. 33 101	42 12 45 17 bzw. 33 101
4 Substanzerhaltung Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur (vgl. Auflistung unter Produkt 4) werden werterhaltend betreut. <i>Messgröße:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudewertes	0.2	0.2	0.2	0	0	0
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen Anzahl durchgeführter Führungen für Schulklassen mindestens Anzahl abgelehnter Führungen für Schulklassen höchstens	861 82	790 25	880 50	800 50	800 50	800 50

(1) Einwohner: 98'500 Stand per 31.12.2006 / 96'144 per 31.12.2005

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Die vordringlichsten Aufgaben sind Sanierungs- und Umbauarbeiten im Museums- und Bibliotheksgebäude an der Museumsstrasse, welche sich bis ins 2010 hinziehen. Damit einher geht die Verbesserung der Infrastruktur für den Betrieb des Hauses und die Besucher/innen. Erfüllt werden müssen auch gesetzliche Auflagen der Feuerpolizei.

Weitere Projekte sind das neue Ausstellungskonzept des Museums Lindengut, welches bauliche Massnahmen bis ins Jahr 2010 nach sich zieht.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Rechtspflege

Auftrag

In der Produktgruppe Rechtspflege werden die Dienstleistungen der Stadtammann- und Betreibungsämter sowie des Friedensrichteramtes zusammengefasst. Beide Bereiche erfüllen ausschliesslich gesetzliche Aufgaben.

Produkte

1 Stadtammann- und Betreibungsämter

Vollzug sämtlicher vollstreckungsrechtlicher (betreibungsrechtlicher) Aufgaben im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG).

Vollzug der gestützt auf die Zivilprozessordnung, das Gerichtsverfassungsgesetz sowie die Strafprozessordnung zugewiesenen gerichtsvollzieherischen (stadtammannamtlichen) Aufgaben.

2 Friedensrichteramt

Die Friedensrichterinnen sind Organe der kantonalen Rechtspflege. Sie suchen als Sühnbeamtinnen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten sowie im Ehrverletzungsprozess nach einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Parteien und entscheiden als Richterinnen endgültig zivilrechtliche Streitigkeiten, deren Streitwert 500 Franken nicht übersteigt.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stadtammann- und Betreibungsämter

SchKG, OR, StGB, VZG, ZPO, GVG, StPO, EGzZGB

Friedensrichteramt

ZGB, OR, SchKG, StGB, EGzZGB, ZPO, GVG, StPO u.w.m.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stadtammann- und Betreibungsämter

Die Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter sind gemäss Gemeindeverordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Materiell-rechtlich sind die Stadtammann- und Betreibungsämter der Gerichtsbarkeit (Bezirksgericht / Obergericht / Bundesgericht) unterstellt.

Friedensrichteramt

Das Friedensrichteramt ist gemäss Gemeindeordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Aufsichtsrechtlich sind die Friedensrichterinnen dem Bezirksgericht unterstellt. Friedensrichterinnen werden für eine Amtsdauer von sechs Jahren vom Volk gewählt und sind unabhängig.

Stufe Verwaltungseinheit

Die Stadtammann- und Betreibungsämter sowie das Friedensrichteramt der Stadt Winterthur sind organisatorisch dem Departement Kulturelles und Dienste zugeteilt.

Verantwortliche Leitung

Roland Isler / Yvonne Beutler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Kundenorientierung Bei der Dienstleistungserbringung achten die Mitarbeitenden der Ämter auf eine korrekte und adäquate Behandlung der Klienten <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Stadttammann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden ▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0 0	0 0	0 0
2 Erreichbarkeit Die Ämter sind während den üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar. <i>Messung / Bewertung:</i> telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> ▪ Stadttammann- und Betreibungsämter ▪ Friedensrichteramt	39.50 37.50	39.50 37.50	39.50 37.50

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	102'628	193'433	217'405

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Bei den Personalkosten sind die Abweichungen auf die Lohnrunde 2007 sowie auf Stellenschaffungen von 1,5 Stellen zurückzuführen. Aufgrund der hohen Fallzahlen wurde diese Stellenschaffung nötig.

Bei den Sachkosten wurde bei den "Dienstleistungen Dritter" (+ ca. Fr. 35'000) mehr budgetiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Bei den Personalkosten sind die Abweichungen auf die Lohnrunde 2007, Stellenschaffungen sowie die Rententeuerung zurückzuführen, welche nun bei den Personalkosten aufgeführt wird (Rechnung 2006 bei den internen Kosten).

Bei den Sachkosten sind es vor allem Einsparungen bei der Position "Dienstleistungen Dritter" (ca. Fr. 40'000). In der Rechnung 2006 wurde unter den Sachkosten die Einlage in die Reserven (ca. Fr. 39'000) verbucht.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	3'436'026	3'562'351	3'796'606
Sachkosten	858'526	736'900	778'312
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	67'516	55'900	49'500
Übrige interne Kosten	511'225	328'182	365'132
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'873'294</i>	<i>4'683'333</i>	<i>4'989'550</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'873'294	4'683'333	4'989'550
Externe Erlöse	4'769'992	4'489'900	4'771'200
Interne Erlöse	674	0	944
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'770'666</i>	<i>4'489'900</i>	<i>4'772'144</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'770'666	4'489'900	4'772'144
Total Nettokosten/Globalkredit	102'628	193'433	217'405
Interne Kosten	578'742	384'082	414'632
Interne Erlöse	674	0	944
Total primäre Nettokosten*	-475'440	-190'649	-196'282
Kostendeckungsgrad in % **	98	96	96

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	67'516	55'900	49'500
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	30.0	29.6	31.1
▪ Lehrverhältnisse	2.0	2.0	2.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	41 (15)	40 (14)	38 (14)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Keine

Produkt 1 Stadtmann- und Betreibungsämter

Leistungen

- Betreibungsamt
- Betreibungsverfahren einleiten
 - Pfändungen vollziehen
 - Rechtshilfeverfahren bearbeiten
 - Konkursandrohungen ausstellen
 - Arrest- und Retentionsverfahren durchführen
 - Verwertungen von beweglichen Sachen durchführen
 - Grundpfandverwertungsverfahren durchführen
 - Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit
- Stadtmannamt
- Beglaubigungen vollziehen
 - Privatrechtliche Anzeigen tätigen
 - freiwillige Steigerungen (Auktionen) durchführen
 - Befundaufnahmen (Sachverhalte, Hausdurchsuchungen) vornehmen
 - Gerichtliche Ausweisungen vollziehen
 - Allgemeine Verbote erlassen
 - Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	4'333'261	4'218'338	4'511'769
Erlös	4'635'011	4'367'600	4'648'873
Nettokosten	-301'750	-149'262	-137'104
Kostendeckungsgrad in %	107.0	104.0	103.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Fälle pro Mitarbeitende	1'170	1'155	1'170
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles werden die jährlichen Revisionsberichte des Bezirksgerichtes Winterthur, des Betreibungsinspektorates des Obergerichts des Kantons Zürich und der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur herbeigezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit der Stadtmann- und Betreibungsämter	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene schriftliche Beschwerden im Verhältnis zur Anzahl der Zahlungsbefehle der Betreibungsämter (in %)	0.0	0.1	0.1

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl eingeleiteter Betreibungsverfahren	32'067	32'000	32'000
Anzahl Pfändungsvollzüge	15'700	15'500	15'700
Anzahl Konkursandrohungen	781	730	780
Anzahl ausgestellter Verlustscheine	12'884	14'000	13'000
Anzahl stadtmannamtlicher Geschäfte	662	700	700
- davon Beglaubigungen	426	500	430
- davon amtliche Befundaufnahmen (Befunde, Sachverhalte und Hausdurchsuchungen)	98	80	100
- davon Ausweisungen (Exmissionen)	71	55	70

Produkt 2 Friedensrichteramt

Leistungen

- Fall-Administration
- Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten und Ehrverletzungsklagen führen
- Hauptverfahren in Zivilprozessen bis 500 Fr. Streitwert führen
- Audienzgespräche (formale Auskünfte erteilen)
- Amts-Buchhaltung
- Inkasso Gerichtsgebühren

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	500'672	464'994	477'781
Erlös	135'655	122'300	123'271
Nettokosten	365'017	342'694	354'510
Kostendeckungsgrad in %	27.0	26.0	26.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Fälle pro Friedensrichterin	174	165	165
Anzahl der Fälle, welche durch Verfügung/Urteil erledigt werden konnten, im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (in %)	56	55	55
Anzahl der Fälle, welche nach einer Sühnverhandlung in Anwesenheit beider Parteien durch Verfügung erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (ohne Hauptverfahren) in %	72.2	70.0	70.0
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles wird der Visitationsbericht des Bezirksgerichts herbeigezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit des Friedensrichteramtes	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene Rekurse und Nichtigkeitsbeschwerden im Verhältnis zur Anzahl Fälle des Friedensrichteramtes (in %)	0.0	0.4	0.4

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl behandelter Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten	479	450	450
Anzahl Zivilprozesse bis und mit CHF 500.-- Streitwert	35	35	35
Anzahl Sühnverfahren in Ehrverletzungsprozessen	9	10	10
Anzahl Audienzgespräche	527	450	500

IAFP Rechtspflege

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	4'873	4'683	4'989	4'990	4'990	4'990
Erlös	4'770	4'489	4'772	4'772	4'772	4'772
Nettokosten/Globalkredit	102	193	217	217	217	217
Kostendeckungsgrad in %	98	96	96	96	96	96

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	5'030	0	0	0	0	0	0	5'030
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Kundenorientierung						
▪ Stadttammann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
2 Erreichbarkeit während den üblichen Geschäftszeiten						
telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche						
▪ Stadttammann- und Betreibungsämter	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5
▪ Friedensrichteramt	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklung der Fallzahlen sowie die Komplexität des Einzelfalles sind sehr schwierig voraussehbar und lediglich aufgrund von Erfahrungswerten zu prognostizieren.

Finanzkontrolle

Auftrag

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht der Stadt Winterthur. Sie unterstützt den Grossen Gemeinderat bei der Aufsicht über die Verwaltung und den Stadtrat bei seiner Dienstaufsicht. Sie ist fachlich selbständig und unabhängig.

Die Kernaufgaben der Finanzkontrolle sind:

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons

Zu den Sonderaufgaben der Finanzkontrolle gehören:

- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Produkte

1 Städtische Finanzaufsicht

Wahrnehmung der Finanzaufsicht im Rahmen des obigen Auftrages.

2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Ausübung von externen Revisionsmandaten und Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht als Sonderaufgaben der Finanzkontrolle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesezt und Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 23.9.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt vom 10.10.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über die Haushaltkontrolle der Gemeinden vom 12.9.85

ZGB Art. 84 (Stiftungsaufsicht)

Stufe Stadt (GGR)

Verordnung über die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur vom 18. April 2005

Verantwortliche Leitung

Walter Hubmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit			
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	95	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:			
Externe Revisionsmandate in %	103	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	100	>90	>95

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	637'049	670'777	693'804

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Sachkosten: Mehraufwand für neuen Abteilungsdrucker + Ersatz Büromöbel (Anschaffungen abhängig vom Entscheid Fokus)
- interne Kosten: Tieferer Informatikaufwand (Leasingdauer Hardware verlängert), Mehraufwand Umlage Departementssekretariat
- externe Erlöse: 2 Revisionsmandate weniger
- interne Erlöse: höhere Residualkostenbeiträge

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Mehraufwand Personalkosten: Ausgleich Teuerung, Stufenerhöhung, Leistungsanteil, höhere Rententeuerung
- Mehraufwand: Umlage Departementssekretariat
- Mindererträge: Wegfall externe Revisionsmandate

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	793'105	833'262	848'511
Sachkosten	12'489	15'500	26'500
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	47'165	48'600	48'000
Übrige interne Kosten	67'647	46'715	44'593
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>920'406</i>	<i>944'077</i>	<i>967'604</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	920'406	944'077	967'604
Externe Erlöse	47'758	37'700	26'500
Interne Erlöse	235'599	235'600	247'300
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>283'357</i>	<i>273'300</i>	<i>273'800</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	283'357	273'300	273'800
Total Nettokosten/Globalkredit	637'049	670'777	693'804
Interne Kosten	114'812	95'315	92'593
Interne Erlöse	235'599	235'600	247'300
Total primäre Nettokosten*	757'835	811'062	848'511
Kostendeckungsgrad in % **	31	29	28

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	47'165	48'600	48'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	4.8	4.8	4.8
▪ Lehrverhältnisse	-	-	-
▪ Bestand (davon Teilzeit)	5 (1)	5 (1)	5 (1)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

keine

Produkt 1 Städtische Finanzaufsicht

Leistungen

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons.
- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	871'514	906'314	941'285
Erlös	236'457	236'300	248'000
Nettokosten	635'057	670'014	693'285
Kostendeckungsgrad in %	27.0	26.0	26.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	95	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Volumen des zu beaufsichtigenden Finanzhaushaltes in CHF:			
Laufende Rechnung	1.168 Mia.		
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	89 Mio.		
Investitionsrechnung Finanzvermögen	7 Mio.		
Bilanzsumme	1.146 Mia.		

Produkt 2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Leistungen

- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	45'869	37'763	26'319
Erlös	46'900	37'000	25'800
Nettokosten	-1'031	763	519
Kostendeckungsgrad in %	102.0	98.0	98.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kostendeckungsgrad externe Revisionsmandate in %	103	100	100
Kostendeckungsgrad gesetzliche Aufsichtsmandate in %	100	>90	>95

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Revisionsmandate	9	9	7
Anzahl Aufsichtsmandate	14	14	14

IAFP Finanzkontrolle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	920	944	967	958	979	971
Erlös	283	273	273	263	263	263
Nettokosten/Globalkredit	637	670	693	695	716	708
Kostendeckungsgrad in %	31	29	28	27	27	27

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit						
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	95	90	90	90	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2: Externe Revisionsmandate in %	103	100	100	100	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	100	>90	>95	>95	>95	>95

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

ab 2010 AHV-Überbrückungszuschuss wegen Pensionierung

Finanzamt

Auftrag

- Organisation des städtischen Rechnungswesens.
- Führung der Buchhaltung.
- Organisation des Controllings für den Stadtrat und die Verwaltung.
- Erstellung des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses.
- Einsitz in der Pensionskassenverwaltung.
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen.

Produkte

1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Das Finanzamt ist einerseits für die Bereitstellung und Betreuung der Software (CS/2) für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlich. Andererseits ist das Finanzamt für die Koordination und die Erstellung des Voranschlags, der Rechnung und der Finanzplanung zuständig.

2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Das Finanzamt übernimmt im Auftrag von der Stadt nahe stehenden Organisationen die Führung der Buchhaltung oder auch Beratungsmandate in finanziellen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz

Verordnung über den Gemeindehaushalt

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Peter Barandun, Leiter Finanzamt bis 19.8.2007

Beat Holzer, Leiter Finanzamt ad interim ab 20.8.2007

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Qualitätssicherung Zufriedenheit des Stadtrats und des Gemeinderats bezüglich der zeit- und sachgerechten Buchführung und Zahlungsverkehr. <i>Messgrössen:</i> Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksamt genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine
2 Liquiditätsplanung Bereitstellung einer optimalen Liquidität <i>Messgrössen</i> Höhe der durchschnittlichen Liquidität in Mio. CHF	60	60	60
3 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. <i>Messgrössen</i> Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	102	100	100

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	2'299'839	2'470'503	2'366'503

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der Kostenanteil der städtischen Betriebe an den Residualkosten hat sich erhöht. Somit reduziert sich das Globalkredite um diesen Betrag.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Die wesentlichen Veränderungen ergeben sich vor allem aus den Lohnmassnahmen 2007 und 2008 und der Erhöhung des Kostenanteils der städtischen Betriebe an den Residualkosten.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	1'955'110	2'260'908	2'305'106
Sachkosten	639'049	622'300	617'374
Beiträge an Dritte	21'384	30'000	30'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	84'289	80'800	93'300
Übrige interne Kosten	623'623	477'255	472'623
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'323'456</i>	<i>3'471'263</i>	<i>3'518'403</i>
Verrechnungen innerhalb PG	45'000	45'000	46'000
Total effektive Kosten	3'278'456	3'426'263	3'472'403
Externe Erlöse	278'480	255'000	256'000
Interne Erlöse	745'137	745'760	895'900
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'023'617</i>	<i>1'000'760</i>	<i>1'151'900</i>
Verrechnungen innerhalb PG	45'000	45'000	46'000
Total effektive Erlöse	978'617	955'760	1'105'900
Total Nettokosten/Globalkredit	2'299'839	2'470'503	2'366'503
Interne Kosten	662'912	513'055	519'923
Interne Erlöse	700'137	700'760	849'900
Total primäre Nettokosten*	2'337'064	2'658'208	2'696'480
Kostendeckungsgrad in % **	30	28	32

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	117'901	121'000	133'300
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	15.7	16.2	15.7
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	19(7)	19(6)	18(7)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Vom Jahr 2007 zur Weiterführung zu übernehmende Projekte

Haushaltssanierung 2007 (HS07)

- Gesamtleitung HS07
- Neuverhandlung kantonaler Finanzausgleich
- Überprüfung der Standards von Querschnittsdienstleistungen
- Festsetzung und Steuerung des Investitionsvolumens

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008Weitere Projekte

- EDV-Applikation zur richtigen Darstellung aller internen Erträge im CS/2.
- Intranetapplikation für die Erfassung der Investitionsrechnung
- Einführung der Anlagebuchhaltung in den Produktgruppen
- Weiterentwicklung und Schulung von WoV

Neue Projekte

- Vorbereitung von IPSAS (Definition der Anlagewerte im Verwaltungsvermögen)

Produkt 1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens**Leistungen**

- Organisieren des städtischen Rechnungswesens
- Führen der Buchhaltung
- Organisieren des Controllings
- Erstellen des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'265'194	3'426'263	3'472'403
Erlös	977'826	955'760	1'105'900
Nettokosten	2'287'368	2'470'503	2'366'503
Kostendeckungsgrad in %	30.0	28.0	32.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 1 und 2			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Projekte	13	12	8
Anzahl Mitberichte	350	300	300

Produkt 2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate**Leistungen**

- Führen von externen Buchhaltungen
- Beratung der Pensionskassenverwaltung in finanziellen Angelegenheiten

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	45'000	45'000	46'000
Erlös	45'791	45'000	46'000
Nettokosten	-791	0	0
Kostendeckungsgrad in %	102.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 3			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl verrechneter Stunden	*	300	*

* Die Buchhaltungskosten werden pauschal verrechnet.

IAFP Finanzamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	3'323	3'426	3'518	3'572	3'542	3'572
Erlös	1'023	955	1'151	1'156	1'176	1'206
Nettokosten/Globalkredit	2'299	2'470	2'366	2'417	2'367	2'367
Kostendeckungsgrad in %	30	28	32	32	33	34

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	200	-301	-301	-301	-301	1'004
Bewilligt	0	-3'417	-501	0	0	0	0	3'918
Gesamt	0	-3'417	-301	-301	-301	-301	-301	4'922

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Qualitätssicherung Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksrat genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine
2 Liquiditätsplanung Höhe der durchschnittlichen Liquidität in Mio. CHF	60	60	60	60	60	60
3 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. Messgrösse: Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	102	100	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Begleitung und Überprüfung der Resultate der Haushaltssanierung 07 bis mindestens 2010
- Weiterentwicklung von WoV bis Ende der Legislaturperiode
- Evaluation der Möglichkeit zur Übernahme von Buchhaltungsmandaten von kleinen Gemeinden
- Bei Annahme des Projekts Fokus durch das Volk und den Gemeinderat muss die Organisation des städtischen Rechnungswesens überprüft werden.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Informatikdienste (IDW)

Auftrag

Die Informatikdienste (IDW) sind die ersten und hauptsächlichen Informatik-Dienstleister der Stadtverwaltung. Sie beraten in allen Gebieten der Informatik, der Kommunikation und der Telefonie. Sie koordinieren und planen für die Stadtverwaltung. Sie realisieren Informatik- und Telefonieprojekte und betreiben Anwendungen. Damit sorgen sie für eine optimale Unterstützung der Geschäftsprozesse mit Informatikmitteln.

Produkte

1 Software & Consulting

Beschaffung, Entwicklung, Wartung und Unterhalt von Software, Optimierung von Geschäftsprozessen

2 PC-Benutzerservice

Information und Beratung; Beschaffung und Installation der Arbeitsplatzinfrastruktur, Support, Schulung

3 Kommunikation

Ausbau und Betrieb des städtischen Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

4 Rechenzentrum

Betrieb des Rechenzentrums, Vor- und Nachbearbeitung von Daten und Datenträger, Pflege der Datenbank- und Betriebssysteme, Webmastering für Intranet und Internet

5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Umsetzung und Überprüfung der Informatikstrategie, Informatik-Controlling, Flottenpolitik und Standards, departementsübergreifende Dienstleistungen auf dem Gebiet der IT (Informationstechnologie)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kantonales Datenschutzgesetz vom 6.6.93 (Inkraftsetzung am 1.1.95)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 7.12.94
- Kantonale Informatiksicherheitsverordnung vom 17.12.97

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Informatikstrategie 2005 (SRB Nr. 2006-0080 vom 18.01.2006)
- Rechenzentrumsleistungen für Gemeinden (SRB Nr. 2001-1931 vom 14.11.2001)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Informatikdienste vom Dezember 2000

Verantwortliche Leitung

Walter Ruprecht

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet.	98.60 erfüllt 102.00	> 93 erfüllt > 99	> 95 erfüllt > 99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	96.20 99.90	mind. 85 mind. 90	mind. 85 mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der BenutzerInnen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	-223'255	62'968	130'456

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Höhere Personalkosten wegen Teuerungsausgleich, Stufenanstieg, Leistungsanteil und wegen Stellenerhöhungen: um 10% wegen der Übernahme von MFP, Drucker, Kopierer, Smartphones von der Materialverwaltung (gem. SR-Beschluss); Übernahme von 50 Stellenprozenten vom DSU (Übernahme des MA vom kantonalisierten RAV, bis 2007 vom DSU bezahlt); 1 zusätzliche Stelle für die Betreuung der über 1'000 Schüler/innen PCs, gemäss Vereinbarung mit DSS; frühere Stellenverminderung um 10 % wegen zwischenzeitlicher Weiterbildung wird wieder rückgängig gemacht; 1 zusätzliche Stelle wegen weiteren bezahlten Aufträgen von externen Gemeinden und Werken (sprungfixe Kosten, im Businessplan vorgesehen); vor einem Jahr um 30 % gesenkte Operatingstelle im RZ wird teilweise rückgängig gemacht wegen zusätzlichen Aufträgen vom Stadtwerk. Allen zusätzlichen Aufwendungen stehen entsprechende Erträge gegenüber.
- Höhere Mietkosten von Informatik-Geräten aufgrund des notwendigen Ersatzes der bestehenden Arbeitsplatzausrüstung bei der Stadtpolizei und bei den Primarschulen sowie aufgrund der Übernahme sämtlicher Mietkosten für Kopierer, Druckern, Multifunktionsgeräten und Smartphones (+ CHF 910'000) von der Materialverwaltung. Allen höheren Aufwendungen stehen entsprechende Erträge gegenüber.
- Für die städtische Telefonanlage, 1996 in Betrieb genommen, wurde 2007 die letzte Abschreibungsrate fällig. Die kalkulatorischen Kosten für die gesamte Anlage reduzieren sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um gut CHF 260'000.--. Der interne Verrechnungspreis kann deshalb weiter reduziert werden.
- Im wichtigsten städtischen Kommunikationsknoten muss 2008 die unterbrechungslose Stromversorgung (USV) ersetzt werden. Einmalige Sachkosten von zirka CHF 90'000.00
- Die internen Verrechnungspreise im Rechenzentrum können dank den externen Einnahmen gesenkt werden.
- Höhere externe Einnahmen (Gemeinden und Werke, ca. CHF 140'000).
- Mehreinnahmen auf den stadtinternen Ertragskonten (49-er) von ca. CHF 1'100'000. Demgegenüber stehen die oben erwähnten Mehrausgaben. Siehe Kommentar oben.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Die Personalkosten sind gegenüber der Rechnung gestiegen (Stufenanstieg, Teuerung und oben erwähnte zusätzliche Stellenprozente).
- Höhere Mietkosten von Informatikgeräten: Ersatzbeschaffungen bei der Stadtpolizei und den Primarschulen; Übernahme sämtlicher Mietkosten für Kopierer, Drucker, Multifunktionsgeräte und Smartphones (+ CHF 910'000) von der Materialverwaltung.
- Höhere externe Einnahmen (Gemeinden und Werke).
- Mehreinnahmen auf stadtinternen Ertragskonten (49-er). Siehe die oben beschriebenen Mehrausgaben.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	5'744'698	5'841'687	6'337'394
Sachkosten	5'172'572	5'055'800	6'043'983
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	2'012'259	1'564'200	1'350'600
Übrige interne Kosten	856'243	683'621	724'404
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'785'772</i>	<i>13'145'308</i>	<i>14'456'381</i>
Verrechnungen innerhalb PG	610'298	521'340	511'540
Total effektive Kosten	13'175'474	12'623'968	13'944'841
Externe Erlöse	1'457'278	1'396'100	1'527'489
Interne Erlöse	12'551'749	11'686'240	12'798'436
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'009'027</i>	<i>13'082'340</i>	<i>14'325'925</i>
Verrechnungen innerhalb PG	610'298	521'340	511'540
Total effektive Erlöse	13'398'729	12'561'000	13'814'385
Total Nettokosten/Globalkredit	-223'255	62'968	130'456
Interne Kosten	2'258'204	1'726'481	1'563'464
Interne Erlöse	11'941'451	11'164'900	12'286'896
Total primäre Nettokosten*	9'459'992	9'501'387	10'853'888
Kostendeckungsgrad in % **	102	100	99

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt. ** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	564'343	538'200	542'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	41.1	40.6	43.3
▪ Lehrverhältnisse	4* (1)	4*(1)	4*(1)
▪ Bestand (davon Teilzeit)	41(4)	41(5)	44(4)

*) zusätzlich 1 Praktikantin Informatikmittelschule 4. Lehrjahr

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Erarbeiten Records Management- und Langzeitarchivierungskonzept und erste Umsetzungen.
- Einführung städtische Standardlösung für Dokumentenmanagement und Datenarchivierungssystem.
- Umstellung des über 10-jährigen Content-Managementsystems (CMS) beim Internet-Portal (auf OpenSource-Lösung).
- Erarbeiten Konzept für Registerharmonisierung und entsprechende Umsetzung (für Volkszählung 2010).
- Einführung der neuen Sozialversicherungsnummer des Bundes.
- Weitere Ausbreitung GEVER (Geschäftsverwaltung) in den Ämtern und Bereichen gemäss Anforderung.
- Weitere Virtualisierung von Servern im Rechenzentrum.
- Umstellung der Oracle-Datenbanken auf den neuen Release.
- Schrittweise Erneuerung der städtischen Telefonanlage. Der Wartungsvertrag wurde Mitte 2007 von Swisscom gekündigt.
- Umsetzung Konzept für die Outputoptimierung (Drucker, Multifunktionsgeräte usw.).
- Erarbeiten der Entscheidungsgrundlagen für neues PC-Betriebssystem.
- Optimieren des technischen Datenaufbewahrungssystems.

Produkt 1 Software & Consulting

Leistungen

- Beschaffungsprojekte (Projektcoaching, -leitung und -abwicklung von Informatikvorhaben, Evaluation von Standard-Software)
- Entwicklungsprojekte (Entwickeln von Individual-Software)
- Wartung und Unterhalt von produktiven Applikationen
- Unterstützung der Verwaltungseinheiten bei der Optimierung von Geschäftsprozessen
- Konzeption und Umsetzung von Internetauftritten mit Integration in das Portal von Winterthur
- Koordination von eGov-Aktivitäten sowie Aufzeigen von Möglichkeiten und Einsatzgebieten von eGovernment

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'699'011	2'718'441	2'541'195
Erlös	2'599'017	2'768'813	2'505'283
Nettokosten	99'994	-50'372	35'911
Kostendeckungsgrad in %	96.0	102.0	99.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Verrechenbarer Umsatz pro Mitarbeitende in CHF	200'000	200'000	200'000
Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	96	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl betreute Anwendungen	168	170	170
Stundensätze für interne Dienstleistungen			
▪ Beratung in CHF	150	150	150
▪ Realisierung in CHF	120	120	120
Stundensätze für externe Dienstleistungen (excl. MWST)			
▪ Beratung in CHF	170	170	170
▪ Realisierung in CHF	150	150	150

Produkt 2 PC-Benutzerservice

Leistungen

- Consulting (Information, Beratung und Unterstützung der Benutzenden in IT-Fragen. Konzipieren, beschaffen, installieren und integrieren der Arbeitsplatzinfrastruktur)
- Help-Desk und Support (Entgegennahme und Triage von Störungsmeldungen, Störungsbehebung, Eskalation)
- Betrieb, Überwachung, Wartung, Reparatur der Arbeitsplatzinfrastruktur
- Informatikkurse
- Standards und Richtlinien, Evaluationen und Vertragsverhandlungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'346'317	2'995'164	4'263'887
Erlös	3'553'749	3'075'834	4'471'543
Nettokosten	-207'432	-80'670	-207'657
Kostendeckungsgrad in %	106.0	103.0	105.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Während den Betriebszeiten eingehende Anrufe auf die Hotline werden bedient (in %)	76	> 80%	> 80%
Maximale Anzahl auf Voice Mail gesprochener Anrufe (in %)	7	5	5
Maximal aufgelegte Anrufe während den Betriebszeiten (in %)	22	10	10
Abgearbeitete Probleme innerhalb von 4 Arbeitstagen (in %)	>80	> 80%	> 80
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	93	mind. 85	mind. 85
Grad der Kundenzufriedenheit mit den besuchten Kursen (aufgrund Kursbeurteilung) in %	94	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl stadtweit installierte PC *	2'178	2'100	2'200
Anzahl installierte Schul-PC (Primarschulen)	1'049	1'100	1'100
Informatikschulung für Benutzende			
▪ Anzahl gestarteter E-Learningkurse	468	400	500
▪ Anzahl Personen in E-Learningkursen **	961	300	2'000

*) Kantonalisierung RAV, BIZ, Berufsberatung

**) Im Lernportal eröffnete Benutzerinnen/Benutzer

Produkt 3 Kommunikation

Leistungen

- Ausbauen und Betreiben des verwaltungsweiten Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes
- Betreuen der Kundinnen und Kunden des Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'558'421	3'459'516	3'402'884
Erlös	3'824'873	3'420'107	3'400'075
Nettokosten	-266'452	39'409	2'809
Kostendeckungsgrad in %	107.0	99.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Verfügbarkeit Stadtnetz in %	99	> 99	> 99
Verfügbarkeit der 14 Knoten des zentralen Teilnehmervermittlungssystems in %	99	> 99	> 99
Störungsbehebung im Telefonnetz innerhalb 24 Stunden nach Meldung	97	> 90	> 90
Betriebsbereitschaft wieder hergestellt in %			
Abwicklung von Telefonmutationen innerhalb von 14 Tagen bzw. auf Termin (ohne externe Firmen) in %	>99	> 98	> 98

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Überwachter Betrieb	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30
Aufwand pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	50	48	51
Aufwand pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	44	40	34
Preis pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	41	40	40
Preis pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	46	40	30*
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	95	mind. 85	mind. 85

* Seit Budget 2008 ohne VoiceMail-Service

Produkt 4 Rechenzentrum

Leistungen

- Betreiben eines sicheren Rechenzentrums
- Betreiben der im RZ installierten Server und Informatikapplikationen
- Betreiben der Gemeindesoftware NEST / ABACUS und weiterer Anwendungen für Gemeinden im Kanton Zürich
- Betreiben der Software IS-E und ABACUS für Technische Werke
- Evaluieren und beschaffen der zentralen Hardware und Betriebssysteme
- Webmastering für Intranet und Internet
- Pflegen der Datenbanksysteme
- Durchführen der Datensicherungen und Restores

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'797'140	3'532'188	3'742'620
Erlös	4'021'358	3'817'586	3'913'228
Nettokosten	-224'218	-285'398	-170'608
Kostendeckungsgrad in %	106.0	108.0	105.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Systemverfügbarkeit			
▪ Anwendungen (365 Tage x 24h) in %	99	mind. 98	mind. 98
▪ Server (Unix, Linux, Windows) (365 Tage x 24h) in %	99	mind. 98	mind. 98
Interne Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	98	mind. 85	mind. 85
Externe Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	99	mind. 90	mind. 90

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl zentral und dezentral betreute Rechner			
▪ UNIX (AIX)	4	6	4
▪ Virtuelle Unix-Server	5	5	6
▪ Windows 2000 / 2003	128	90	120
▪ Virtuelle Server Windows 2000 / 2003	45	50	60
▪ Linux	12	9	15
Anzahl registrierter Benutzende *	3'280	2'650	3'500

* Kantonalisierung RAV, BIZ, Berufsberatung (2007)

Produkt 5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Leistungen

- Umsetzen und laufende Überprüfung der Informatikstrategie
- Informatikcontrolling (Machbarkeits-, Projekt- und Nutzencontrolling), Reporting
- Definieren der verwaltungsweiten Flottenpolitik
- Übrige departementsübergreifende Dienstleistungen
 - Einsitz in verschiedenen Fachgremien
 - Behandlung von politischen Vorstössen
 - Evaluation und Adaption von neuen Technologien
 - Standards für Informatiksicherheit
 - Stufengerechtes Informationswesen
 - Internet (E-Government)
 - Intranet
- Submissionsunterstützung, Rahmenverträge mit den Lieferanten
- Leiten / Mitarbeiten in departementsübergreifenden Projekten
- Ausserordentliche Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	350'000	440'000	505'796
Erlös	0	0	35'796
Nettokosten	350'000	440'000	470'000
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	7.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die IDW erbringen Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung. Davon wird ein Grossteil der Kundschaft, d.h. den Aemtern, Bereichen und Betrieben, verrechnet. Es ist jedoch notwendig, eine Basis zu schaffen und zu pflegen, von der die ganze Stadtverwaltung profitieren kann. Diese Grundlagenarbeit kann nicht direkt einem bestimmten "Owner" belastet werden. Es geht vor allem um strategische und departementsübergreifende Dienstleistungen sowie um "Konzernregelungen". Sie sind im Produkt 5 "Zentrale städtische Informatikdienstleistungen" zusammengefasst. Die Definition von Leistungsindikatoren ist hier äusserst schwierig. Deshalb wird darauf verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- geschätzter Zeitaufwand umgerechnet in Stelleneinheiten - Lehrverhältnisse	3 4*(1)	3 4*(1)	3 4*(1)
Kostenaufteilung:			
- Dokumentenmanagement- und Geschäftskontrolle-System für die gesamte Stadtverwaltung in CHF - Intranet für die Stadtverwaltung in CHF - Gesamtstädtische Informatikstrategie und Weiterführung Umsetzung in CHF - Departementsübergreifende Dienstleistungen (siehe Beschreibung Produkt 5) in CHF - Datenschutz und Datensicherheit in CHF - Ausbildung von Lernenden (Basislehrjahr) in CHF - Stadtweite Archivlösung (Langzeitarchivierung und Aufbewahrung) - Datenlogistik, zentrale Datenhaltung - ERV Grundlagen und Konzept elektronische Rechnungsverarbeitung - Registerharmonisierung und neue Sozialversicherungs-Nr.	10'000 70'000 20'000 120'000 30'000 20'000	0 140'000 30'000 100'000 20'000 20'000 50'000 40'000 30'000 10'000	140'000 30'000 100'000 20'000 20'000 100'000 30'000 20'000 10'000

*) zusätzlich 1 Praktikumsstelle Informatikmittelschule 4. Lehrjahr

IAFP Informatikdienste (IDW)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	13'175	12'623	13'944	14'066	14'066	14'066
Erlös	13'398	12'561	13'814	13'894	13'971	13'971
Nettokosten/Globalkredit	-223	62	130	171	94	94
Kostendeckungsgrad in %	102	100	99	99	99	99

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	1'780	0	880	510	390	0	0	0
Bewilligt	1'685	593	460	175	75	0	0	382
Gesamt	3'465	593	1'340	685	465	0	0	382

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet.	98.6	> 93	> 95	> 95	> 95	> 95
	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
	102.0	> 99	> 99	> 99	> 99	> 99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	96.2	mind. 85	mind. 85	mind. 85	mind. 85	mind. 85
	99.9	mind. 90	mind. 90	mind. 90	mind. 90	mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der BenutzerInnen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- In beinahe allen Bereichen sind die geplanten Projekte in hohem Masse abhängig vom ausstehenden Entscheid FOKUS.
- Ablösung PC-Betriebssystem Windows XP.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die Entwicklung ist abhängig vom ausstehenden Entscheid FOKUS.

Steuerbezug

Auftrag

Im Rahmen der Steuergesetzgebung sind die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug der Stadt Winterthur zuverlässig und kundenfreundlich sicherzustellen.

Produkte

1 Steuern natürliche Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

2 Steuern juristische Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

3 Grundsteuern

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) und andere Gemeinden (Grundstückgewinnsteuerveranlagungen) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden (Verkehrswert- und Liegenschaftenbewertungsschätzungen).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Verordnung vom 13.11.1985 über Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3)
- Kantonales Datenschutzgesetz vom 06.06.1993 (Inkraftsetzung am 01.01.1995)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 07.12.1994
- Gesetz über die direkten Steuern vom 08.07.1951 bzw. Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Staats- und Gemeindesteuern vom 29.04.1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild des Steueramtes vom August 1991 / September 2000 / August 2005

Verantwortliche Leitung

Christian Beusch bis 31. Juli 2007

Pius Kuhn, ab 1. August 2007

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug werden wirtschaftlich erbracht <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl der abzuschreibenden Fälle - Betrag der abzuschreibenden Fälle in Tausend CHF * - Anzahl der wiedereingebrachten Fälle - Betrag der wiedereingebrachten Fälle in Tausend CHF * - Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF - Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF - Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF * Gesamtabreibungen Staat und Gemeinden <i>Messgrösse</i> Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	2'786 6'735 183 632 9.32 89.97 1'039.30	1'500 4'800 350 675 8.91 93.18 1'228.87	2'000 5'000 200 600 15.75 96.67 1'258.23
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlich: Kundenumfrage bei den im Steueramt persönlich Erschienenen, mit welcher die Verständlichkeit der Unterlagen, die Bedienungsqualität, die Erreichbarkeit, die Wartezeit sowie die Oeffnungszeiten der Dienststellen nachgefragt werden. <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden **	-	90	90
3 Steuergerechtigkeit Im Rahmen der Gesetzgebung werden alle Kundinnen und Kunden gleich behandelt <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen - Anzahl von Einspracheabweisungen - Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle - Anzahl neu gefundener Steuerfälle - Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle - Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	908 257 46 84 500'755 48 72	1'000 300 60 60 250'000 50 70	1'000 250 60 70 300'000 45 75

** Im Jahr 2006 wurde keine Publikumsbefragung durchgeführt. Die Stadt Winterthur führt dazu ein übergeordnetes Projekt im Bereich KOV.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	2'662'889	2'336'414	2'876'676

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Der Globalkredit steigt seit Jahren erstmals wieder. Dies einerseits wegen des höheren Personalaufwandes und andererseits wegen der PC Ersatzbeschaffung nach über 5 Jahren. Zudem sind leichte Ertragsminderungen hinzunehmen, weil eine Senkung der möglichen selbst erledigten Einschätzungen aufgrund neuer Weisungen eintreten wird.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Es ist eine Steigerung von Fr. 213'787 resp. eine Verschlechterung des Kostendeckungsgrades von 1.62 % zu verzeichnen. Die Veränderungen werden im Wesentlichen von den Personalkosten und der PC Ersatzbeschaffung verursacht. Dank verschiedener Aufwandminderungen und weiteren Ertragssteigerungen kann die Globalkreditzunahme auf einem absoluten Minimum gehalten werden.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	5'540'232	5'716'548	6'153'746
Sachkosten	2'101'799	1'842'600	1'881'615
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	520'008	518'600	514'500
Übrige interne Kosten	1'168'035	1'015'426	1'088'855
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'330'073</i>	<i>9'093'174</i>	<i>9'638'716</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'330'073	9'093'174	9'638'716
Externe Erlöse	6'528'051	6'646'100	6'648'200
Interne Erlöse	139'133	110'660	113'840
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'667'184</i>	<i>6'756'760</i>	<i>6'762'040</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'667'184	6'756'760	6'762'040
Total Nettokosten/Globalkredit	2'662'889	2'336'414	2'876'676
Interne Kosten	1'688'043	1'534'026	1'603'355
Interne Erlöse	139'133	110'660	113'840
Total primäre Nettokosten*	1'113'979	913'048	1'387'161
Kostendeckungsgrad in % **	71	74	70

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	411'996	414'200	413'700
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	54.12	55.47	58.17
▪ Lehrverhältnisse	5	5	5
▪ Bestand (davon Teilzeit)	92 (41)	92 (65)	97 (70)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- E-Government mit interaktiven Möglichkeiten konzipieren.
- Entwicklung EBPP (papierlose Rechnung und Zahlung) vorantreiben.
- Projekt e-Taxes des Kantons unterstützend fördern.
- Der Restausbau des Scancenters vorantreiben und im Ganzen konsolidieren.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Elektronischer Austausch der Steuerdaten mit dem Kanton weiter fördern.
- Die Zahl der Einschätzungen mit guter Qualität den neuen Weisungen anpassen.
- Das Controlling der Kundenorientierung mit den neu geschaffenen Instrumenten der Kundenbefragung umsetzen.
- Die bestehenden und neuen kantonalen Projekte weiterhin aktiv mitgestalten.
- Den internen Ausbildungsstand der Mitarbeitenden weiter fördern und fordern.

Produkt 1 Steuern natürliche Personen**Leistungen**

- Prüfen und einschätzen von Steuererklärungen und Verrechnungsanträgen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren
- Inventarisierung im Todesfall

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	7'204'504	7'080'199	7'492'689
Erlös	6'417'489	6'540'799	6'532'063
Nettokosten	787'014	539'400	960'627
Kostendeckungsgrad in %	89.0	92.0	87.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzung, Steuerbezug und Inventarisierung, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	9.32	8.91	15.75
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug. Beanstandung der Steuerkontrolle in %	0.3	0.3	0.3

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen	59'753	60'500	61'000
Anzahl Pflichtige gemäss Quellensteuerverordnung I	6'957	6'800	7'000
Anzahl Fälle gemäss Quellensteuerverordnung II	850	870	850
Anzahl Inventarisierungen	810	900	900
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	29'387	28'000	29'000
Anzahl Steuererklärungsfristerstreckungen (Anzahl Bewegungen)	15'947	16'000	16'000
Anzahl Betreibungen	2'764	2'300	2'400
Anzahl Einsprachen	1'140	1'250	1'200
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	9	11	10
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	560	520	580
Anzahl passive Steuerauscheidungen	261	250	270
Anzahl Steuerausweise	2'038	1'900	2'000
Anzahl Bescheinigungen Einbürgerungen	317	400	350

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 2 Steuern juristische Personen

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	446'259	435'387	463'368
Erlös	174'424	174'464	183'015
Nettokosten	271'835	260'923	280'352
Kostendeckungsgrad in %	39.0	40.0	39.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzungen und Steuerbezug, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	89.97	93.18	96.67
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug, Beanstandungen der Steuerkontrolle in %	0.3	0.2	0.3

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl steuerpflichtige juristische Personen	2'841	2'800	2'900
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	701	800	750
Anzahl Betreibungen	24	50	30
Anzahl Einsprachen	37	50	40
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	1	5	3
Anzahl aktive Steuerausscheidungen	108	140	140
Anzahl passive Steuerauscheidungen	47	50	50

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 3 Grundsteuern

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Handänderungssteuern
- Registerführung
- Steuerbezug
- Erstellen von Bestätigungen (Ausstehende Grundstückgewinn-/Handänderungssteuern)
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'622'866	1'577'587	1'682'659
Erlös	60'025	41'496	46'962
Nettokosten	1'562'841	1'536'091	1'635'698
Kostendeckungsgrad in %	4.0	3.0	3.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen (ohne Gesamtüberbauungen und Teilverkäufe von Stockwerkeigentum) sind innert 7 Monaten nach dem ordentlichen Abgabetermin der Steuererklärung beschlussfertig vorbereitet und fakturiert. in %	85	90	90
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen werden innert 10 Tagen nach Beschlussfassung fakturiert. in %	100	100	100
Die verbleibenden Einschätzungen der Grundstückgewinnsteuern und die Handänderungssteuern sind vor Ablauf der Verjährungsfrist zu fakturieren. in %	100	100	100
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuerfälle. Nettokosten pro steuerpflichtigem Fall. in CHF	1'039.30	1'228.87	1'258.23

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Grundstückgewinnsteuerfälle	1'444	1'250	1'300
Anzahl Handänderungen	1'260	1'250	1'300
Anzahl Mahnungen	304	300	300
Anzahl Fristerstreckungen von Steuererklärungen (Anzahl Kunden)	187	200	180
Anzahl Betreibungen	1	2	1
Anzahl Einsprachen / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern	8	5	5
Anzahl Rekurse / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern	1	1	1
Anzahl Beanstandungen	39	40	40
Anzahl Restanzen	929	900	900
Anzahl Pfandrechtseintragungen	5	2	2

IAFP Steuerbezug

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	9'330	9'093	9'638	9'949	10'259	10'569
Erlös	6'667	6'756	6'762	6'782	6'802	6'822
Nettokosten/Globalkredit	2'662	2'336	2'876	3'167	3'457	3'747
Kostendeckungsgrad in %	71	74	70	68	66	65

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Steuereinschätzungen und des Steuerbezugs						
▪ Anzahl der abzuschreibenden Fälle	2'786	1'500	2'000	1'800	1'700	1'600
▪ Betrag der abzuschreibenden Fälle in Tausend CHF*	6'735	4'800	5'000	4'000	4'000	3'800
▪ Anzahl der wiedereingebrachten Fälle	183	350	200	180	180	180
▪ Betrag der wiedereingebrachten Fälle in Tausend CHF*	632	675	600	500	500	500
▪ Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF	9.32	8.91	15.75	19.50	23.20	27.00
▪ Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF	89.97	93.18	96.67	102.05	107.55	112.95
▪ Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF	1'039.30	1'228.87	1'258.23	1'303.70	1'349.60	1'395.40
▪ Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	97	95	90	90	90	90
* Gesamtabschreibungen Staat und Gemeinden						
2 Kundenorientierung						
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden.						
Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	90	90	90	90	90
3 Steuergerechtigkeit						
▪ Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen	908	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
▪ Anzahl von Einspracheabweisungen	257	300	250	275	275	275
▪ Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle	46	60	60	60	70	70
▪ Anzahl neu gefundener Steuerfälle	84	60	70	70	70	70
▪ Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle	500'755	250'000	300'000	300'000	300'000	300'000
▪ Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren	48	50	45	45	45	45
▪ Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	72	70	75	73	73	73

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Die in der Konzeptphase befindliche Einführung e-Taxes EBPP (papierlose Rechnung und Zahlung) sowie die Standardisierung der Steuersoftware der Nestgemeinden Kanton Zürich mit der Stadt Zürich werden weitere Mittel benötigen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Planungshorizont für die kantonalen Projekte Züri Primo (IT-Ausbau Kanton) ist immer noch bis ins 2015 ausgerichtet.
- Im Aufbau des kantonalen Steuerregisters sind die Auswirkungen weiterhin nicht erkennbar. Schnittstellenanpassungen zwischen Züri Primo und NEST werden weiter Einfluss auf die Ablauforganisation und die Kosten haben.
- Das Scancenter Winterthur kann konsolidiert werden und muss die laufenden Entwicklungen im e-Tax Bereich kritisch beobachten.
- Die Mitwirkung in den kantonalen Projekten ist weiter anzustreben. Mögliche Entwicklungen sind so frühzeitig erkenn- und beeinflussbar.
- Die Vorstösse und Entwicklungen auf politischer Ebene sind soweit erkennbar, berücksichtigt.
- Die steigende Einwohnerzahl und die Entwicklung bei den juristischen Personen sind realistisch berücksichtigt.

Liegenschaftenverwaltung

Auftrag

Die Aufgaben der Liegenschaftenverwaltung lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben, interne Dienstleistungen und Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung unterteilen.

- Sicherstellung des städtischen Liegenschaftsverkehrs und der strategisch nachhaltigen Bewirtschaftung
- Beschaffung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Beschaffung von Räumen für die Bevölkerung
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Produkte

1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen

2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

3 Zentrale Dienste

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projektarbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Schweizerisches Obligationenrecht (OR)
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Landwirtschaftsgesetz vom 02.09.1979 (Ackerbaustelle/agrarpolitische Massnahmen)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung vom 26.11.1989
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 26.10.1987
- SRB-Nr. 98-0170 vom 28.01.1998 (Verrechnung von kalkulatorischen Mietzinsen und Nebenkosten)
- SRB-Nr. 2004-0354 vom 18.02.2004 (Konzept für das Liegenschaftenportefeuille im Finanzvermögen)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild Departement Finanzen
- Leitbild Liegenschaftenverwaltung
- Arbeitshandbuch und Prozessabläufe der Liegenschaftenverwaltung

Verantwortliche Leitung

Erich Dürig / Beat Fehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Finanzvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte. Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der Pünkten sowie des Betriebes MZA.			
1 Wirkung / Effektivität ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	31	35	38
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	79	78	80
2 Leistung / Volumen ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens <i>Messgröße:</i> Buchwert Total per Stichtag in Mio. CHF Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser in Mio. CHF Buchwert Sozialer Wohnungsbau in Mio. CHF Buchwert Restaurantbetriebe in Mio. CHF Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe in Mio. CHF Buchwert Baurechtsgrundstücke in Mio. CHF Buchwert Unbebaute Grundstücke in Mio. CHF Buchwert unvollendete Bauten in Mio. CHF Buchwert überbewertetes Grundeigentum in Mio. CHF	322.5 153.6 6.6 21.0 6.1 29.3 98.8 4.6 2.5	309.0 157.0 6.0 19.0 6.0 30.0 85.0 3.0 3.0	323.0 157.0 6.0 19.0 6.0 30.0 97.0 5.0 3.0
3 Wirtschaftlichkeit ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	5.00	5.90	6.00
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	8.30	9.60	9.60
4 Kostendeckungsgrad ▪ Verkauf Reberzeugnisse Herstellung und Vertrieb der Produkte werden nicht kostendeckend ausgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Betriebsaufwand in Relation zum Betriebsertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	543.69	0.00	0.00
5 Kundenzufriedenheit ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen Anzahl der Schlichtungsfälle <i>Messgröße:</i>	1 7	1 5	1 5

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl der grundlosen Reklamationen und Schlichtungsfälle	7	100	6

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	-971'655	3'230'412	646'316

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der Voranschlag 2008 basiert, nach Bereinigung der einmaligen Buchgewinn-Faktoren (2,9 Mio.), leicht über dem Vorjahresniveau.

- Der Personalaufwand kann auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.
- Die Sachkosten, welche sich in Sach- und Abschreibungsaufwand gliedern, sind gestiegen. Die höheren Energiekosten (180') sowie der bauliche Unterhalt (560'), welcher erstmals auf das von Wüest und Partner im Projekt ZIM festgestellte erforderliche Niveau angehoben wurde, führte zu einem entsprechend höheren Sachaufwand. Ebenso führt der Zukauf der Halle 710 beim angrenzenden Eulachpark zu einem zusätzlich geplanten Aufwandüberschuss von ca. 430', welcher sich mehrheitlich durch Abschreibungen (310') zusammensetzt.
- Die Abnahme bei den kalkulatorischen Kosten ist vorwiegend auf den Wegfall der internen Verzinsung (300') bei den Arealverkäufen zurückzuführen.
- Die Ertragszunahme bei den externen Erlösen ist auf die Buchgewinne zurückzuführen, welche jährlich einmalig in unterschiedlicher Höhe anfallen (Buchgewinne VO 2007 von 3,6 Mio. und Buchgewinne VO 2008 von 6,5 Mio.). Die Miet- und Pachtzinseinnahmen konnten, aufgrund der Anpassung des mietrechtlich relevanten Hypothekenzinssatzes der Zürcher Kantonalbank von 3,00% auf 3,25% per 01.11.2007, um 300' gesteigert werden.
- Die internen Erlöse führen zu einem leicht erhöhten Mehrertrag (DSS LS Hegfeldstrasse 4a).

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Die ab 2004 umgesetzten WIN03-Massnahmen 18-21 schlagen sich im Voranschlag 2008 erneut, nach Bereinigung der einmaligen Buchgewinn-Faktoren, durch eine Verbesserung des Aufwandüberschusses nieder. Der bauliche Unterhalt (560'), welcher erstmals auf das von Wüest und Partner im Projekt ZIM festgestellte erforderliche Niveau angehoben wurde, führte zu einem entsprechend höheren Sachaufwand. Ebenso führt der Zukauf der Halle 710 beim angrenzenden Eulachpark zu einem zusätzlich geplanten Aufwandüberschuss von ca. 430', welcher sich mehrheitlich durch Abschreibungen (310') zusammensetzt.

Die im Produkt 1 "Bewirtschaftung Finanzvermögen" angegliederte Übersichtstabelle "Grundeigentum im Finanzvermögen" zeigt die Zahlen pro Institution auf.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	3'869'018	4'207'162	4'297'316
Sachkosten	8'263'101	8'159'350	8'137'179
Beiträge an Dritte	740	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	14'308'996	15'248'500	14'921'100
Übrige interne Kosten	864'995	667'440	2'002'162
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>27'306'850</i>	<i>28'282'452</i>	<i>29'357'757</i>
Verrechnungen innerhalb PG	212'110	207'400	203'200
Total effektive Kosten	27'094'741	28'075'052	29'154'557
Externe Erlöse	20'125'478	17'059'490	20'560'471
Interne Erlöse	8'151'776	7'992'550	8'150'970
Beiträge von Dritten	1'251	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>28'278'505</i>	<i>25'052'040</i>	<i>28'711'441</i>
Verrechnungen innerhalb PG	212'110	207'400	203'200
Total effektive Erlöse	28'066'395	24'844'640	28'508'241
Total Nettokosten/Globalkredit	-971'655	3'230'412	646'316
Interne Kosten	14'961'882	15'708'540	16'720'062
Interne Erlöse	7'939'666	7'785'150	7'947'770
Total primäre Nettokosten*	-7'993'871	-4'692'978	-8'125'976
Kostendeckungsgrad in % **	104	88	98

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	138'610	135'100	137'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	44.8	44.4	44.0
▪ Lehrverhältnisse	1.0	0.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	114 (94)	128 (108)	124 (103)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Laufende Ueberprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- Laufende Betriebsoptimierung MZA+
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Projekt ZIM (Zentrales Immobilienmanagement)
- Unterstützung Projekt HS07, insbesondere Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort
- Aufarbeitung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Aufarbeitung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Aufarbeitung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe

Produkt 1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	16'192'909	17'291'798	18'136'702
Erlös	18'441'858	15'557'580	18'990'941
Nettokosten	-2'248'949	1'734'218	-854'239
Kostendeckungsgrad in %	114.0	90.0	105.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	0.8	0.4	2.1

Anstieg infolge umbaubedingter, temporärer Schliessung Restaurant Schloss Wülflingen.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarischen Zielvorgaben' 1 - 3			
▪ Liegenschaftenbestand Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Wohn- und Geschäftshäuser			
- Wohnungsverträge	372	365	380
- Einfamilienhäuser	66	50	46
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	166	170	166
- Garagenverträge	92	93	112
- Parkplatzverträge	137	133	137
Sozialer Wohnungsbau			
- Einfamilienhausverträge	23	23	23
- Garagenverträge	2	2	2
- Parkplatzverträge	21	21	21
Restaurants			
- Restaurants	12	9	9
- Wohnungsverträge	25	23	23
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	8	6	6
- Garagenverträge	0	0	0
- Parkplatzverträge	0	0	0
Landwirtschaftliche Pachtbetriebe			
- Bauernhöfe	10	10	10
- davon nach Bewirtschaftungsform "BIO"	1	1	1
- davon nach Bewirtschaftungsform "ÖLN"	9	9	9
Unbebaute Grundstücke			
- Land in ha	358	356	358
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	520	520	520
Baurechte			
- Baurechte für Wohnbauten	36	40	36
- Baurechte für Industriebauten	43	42	43
▪ Verwaltungsmandate			
Liegenschaften der Pensionskasse			
- Wohnungsverträge	189	189	189
- Einfamilienhausverträge	8	8	8
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	3	3	3
- Garagenverträge	89	89	89
- Parkplatzverträge	44	44	44
Diverse städtische Objekte			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	55	41	55
- Restaurants	4	4	4
- Baurechte	7	7	7
- Parkplatzverträge	73	73	73
Inkassomandat für diverse städtische Objekte			
- Wohnungsverträge	141	141	141
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	19	19	19
- Garagenverträge	29	29	29
- Parkplatzverträge	94	94	94

Übersicht "Grundeigentum im Finanzvermögen"

Institution	Buchwert 01.01.2008	Überbewertetes Grundeigentum 01.01.2008	Unvollendete Bauten 01.01.2008	Total aktiviertes Grundeigentum 01.01.2008	Ertrag 2008	* in %	Int. Kapitalzins 3.75	Übriger Aufwand (Unterhalt, Verwaltung)	Soll 2008 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)	Ist 2006 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)
Wohn- / Gesch. Häuser	153'000'000	1'000'000	4'000'000	158'000'000	8'466'441	5.36	5'847'300	3'636'160	-1'017'019	659'495
Soz. Wohnungsbau	6'000'000			6'000'000	349'500	5.82	246'500	103'216	-216	-5'465
Restaurants	19'000'000	2'000'000	1'000'000	22'000'000	1'101'400	5.01	834'800	988'218	-721'618	-235'611
Landw. Pachtbetriebe	6'000'000			6'000'000	203'400	3.39	240'600	201'305	-238'505	-106'378
Baurechte	30'000'000			30'000'000	1'880'700	6.27	1'110'300	169'600	600'800	98'509
Unbebaute Grundstücke	97'000'000			97'000'000	487'000	0.50	3'795'700	438'375	-3'747'075	-3'413'668
Total	311'000'000	3'000'000	5'000'000	319'000'000	12'488'441	3.91	12'075'200	5'536'874	-5'123'633	-3'003'118
Buchgewinne aus Verkauf FV									6'500'000	
Buchverluste aus Verkauf FV									-300'000	
Grundbuchgeschäfte									-222'128	
Total Nettokosten Bewirtschaftung FV									854'239	

* Bruttorendite (Ertrag x 100 / Anlagewert)

Produkt 2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	10'245'532	10'262'652	10'383'655
Erlös	9'399'159	9'212'460	9'441'700
Nettokosten	846'374	1'050'192	941'955
Kostendeckungsgrad in %	92.0	90.0	91.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	0.5	0.0	0.2

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarische Zielvorgaben' 1 -3			
▪ Liegenschaftsbestand Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Verwaltungsliegenschaften			
- Wohnungsverträge	9	9	9
- Benützungsverträge Stadtverwaltung	99	99	99
- Garagenverträge	24	24	24
- Parkplatzverträge	75	75	75
Betrieb Mehrzweckanlage			
- MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1	1
- Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	1	1	1
- Schiessanlagen (Ohrbühl, Wieshof)	2	2	2
- Objekte (Plätze, Parkplätze etc.)	12	13	12
Uebriege Liegenschaften			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	26	26	26
- Garagenverträge	5	5	5
- Parkplatzverträge	24	24	24
Püntenverwaltung			
- Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	772	772	772

Produkt 3 Zentrale Dienste

Leistungen

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	812'671	728'002	837'400
Erlös	243'169	282'000	278'800
Nettokosten	569'502	446'002	558'600
Kostendeckungsgrad in %	30.0	39.0	33.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Liegenschaftenverwaltung erbringt als Kompetenzzentrum diverse Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung: - Behandlung von politischen Anfragen - Leitung oder Einsitz in Projektorganisationen - Einsitz in verschiedenen Fachgremien - Dienstleistungen als Fachkompetenzzentrum			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte in CHF	569'502	446'002	558'600

Produkt 4 Verkauf Reberzeugnisse

Leistungen

- Herstellung und Vertrieb von Reberzeugnissen für die Bevölkerung

(Keine detaillierten Angaben infolge Verpachtung per 01.09.2005 und Betriebsauflösung per 28.02.2006)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	35'741	0	0
Erlös	194'319	0	0
Nettokosten	-158'577	0	0
Kostendeckungsgrad in %	544.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
siehe "parlamentarische Zielvorgabe"			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
siehe "parlamentarische Zielvorgabe"			

IAFP Liegenschaftenverwaltung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	27'094	28'075	29'154	29'005	28'855	28'705
Erlös	28'066	24'844	28'508	23'388	23'268	23'148
Nettokosten/Globalkredit	-971	3'230	646	5'616	5'586	5'556
Kostendeckungsgrad in %	104	88	98	81	81	81

WIN03-Massnahmen 18-21: Reduktion Aufwandüberschuss um jährlich 30'

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	38'540	0	10'425	19'775	11'325	1'100	985	-5'070
Bewilligt	30'922	13'343	-9'400	1'555	1'630	20	0	23'774
Gesamt	69'463	13'343	1'025	21'330	12'955	1'120	985	18'705

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Finanzvermögen': - Die Messgrössen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte. Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen': - Die Messgrössen beinhalten auch die Werte der Pünten sowie des Betriebes MZA.						
1 Wirkung / Effektivität ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen Messung / Bewertung: Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	31	35	38	38	38	38
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen Messung / Bewertung: Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	79	78	80	80	80	80
2 Leistung / Volumen ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen Messung / Bewertung: Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens Messgrösse: Buchwert Total per Stichtag in Mio. CHF	322.5	309.0	323.0	324.0	325.0	326.0
Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser in Mio. CHF	153.6	157.0	157.0	157.0	157.0	157.0
Buchwert Sozialer Wohnungsbau in Mio. CHF	6.6	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0
Buchwert Restaurantbetriebe in Mio. CHF	21.0	19.0	19.0	19.0	19.0	19.0
Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe in Mio. CHF	6.1	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0
Buchwert Baurechtsgrundstücke in Mio. CHF	29.3	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0
Buchwert Unbebaute Grundstücke in Mio. CHF	98.8	85.0	97.0	97.0	97.0	97.0
Buchwert unvollendete Bauten in Mio. CHF	4.6	3.0	5.0	5.0	5.0	5.0
Buchwert überbew. Grundeigentum in Mio. CHF	2.5	3.0	3.0	4.0	5.0	6.0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
3 Wirtschaftlichkeit						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag						
Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	5.0	5.9	6.0	6	6	6
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen						
Messung / Bewertung: Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag						
Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	8.3	9.6	9.6	9	9	9
4 Kostendeckungsgrad						
Messung / Bewertung: Betriebsaufwand in Relation zum Betriebsertrag						
Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	543.6	0.0	0.0	0	0	0
5 Kundenzufriedenheit						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen	1	1	1	1	1	1
Anzahl der Schlichtungsfälle	7	5	5	5	5	5
Messgrösse: Anzahl der grundlosen Reklamationen und Schlichtungsfälle	7	100	6	6	6	6

2 Leistung/Volumen:

Die geplante Buchwertabnahme von ca. 5 Mio./Jahr durch die WIN03-Massnahme 18-21 kompensiert sich durch neue Investitionen und Gesamtsanierungen im Finanzvermögen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Laufende Ueberprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- Laufende Betriebsoptimierung MZA+
- Laufende Personalentwicklung durch situatives Anbieten von Weiterbildungsmöglichkeiten
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Projekt ZIM (Zentrales Immobilienmanagement)
- Unterstützung Projekt HS07, insbesondere Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einen Standort
- Aufarbeitung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Aufarbeitung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Aufarbeitung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- WIN03-Massnahmen 18-21

Die Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles im Finanzvermögen durch Zu- und Verkäufe wird fortgesetzt.

- Buchgewinne aus Immobilienverkäufen

Im Mehrjahresvergleich der Produktgruppe-Nettokosten sind auch die einmaligen Erträge (Buchgewinne aus Arealverkäufen) aus den Immobilienverkäufen aufgeführt, welche im Produkt 1 separat ausgewiesen werden, was jeweils zu grösseren jährlichen Abweichungen führen kann.

Städtische Allgemeynkosten/Erlöse

Auftrag

Die Städtischen Allgemeynkosten bestehen aus den Sammelkonten für sämtliche städtischen Kosten, welche nicht eindeutig mittels Verrechnungen oder Umlagen an die Bereiche weitergegeben werden können. Es sind dies typischerweise Kosten wie z.B. Versicherungen, Pauschalkorrekturen oder Dividenden, Beiträge von eigenen Anstalten und Betrieben (Erlöse).

Da die städtischen Allgemeynkosten vollständig abhängig sind von den gesamten internen Verrechnungen und Umlagen, können sie nicht aktiv gesteuert werden. Aus diesem Grund sind keine Indikatoren für diesen Bereich definiert.

Die städtischen Allgemeynkosten sind zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, aber sie sind kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die städtischen Allgemeynkosten liegt beim Vorsteher des Finanzamts.

Produkte

Die städtischen Allgemeynkosten weisen nur ein einziges Produkt "Städtische Allgemeynkosten" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesezt

Verordnung über den Gemeindegesezt

Gesezt über den Finanzgesezt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindegesezt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzgesezt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Peter Barandun, Leiter Finanzamt bis 19.8.2007

Beat Holzer, Leiter Finanzamt ad interim ab 20.8.2007

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	33	48	48
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	3.75	3.75	3.75
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	4.8	4.5	4.5

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	21'871'906	18'074'874	23'319'689

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Die Abweichung des Globalkredites von rund CHF 5,2 Mio. (ergebnisverschlechternd) setzt sich im Wesentlichen aus der Veränderung der folgenden Positionen zusammen (siehe auch Tabelle 'Nettokosten/Globalkredit' auf folgender Seite):

Mio. CHF

- 2,4 Personalkosten
- 2,0 Sachkosten
- +0,7 Beiträge an Dritte
- 1,1 Interne Verrechnungen
- 0,3 Externe Erlöse
- 0,1 Rundungen

Begründungen

- Personalkosten: Die Veränderung zum Voranschlag 2007 ist auf den Wegfall der pauschalen Rotationsgewinne, die Erhöhung des Sozialstellenplans und die Kosten der Polizei und Feuerwehr für die EURO08 zurückzuführen.
- Sachkosten: Diese Position wird im Voranschlag 2008 aus den allg. Sachkosten (CHF 0,8 Mio.), den Passivzinsen (CHF 25,1 Mio.) und den Abschreibungen (CHF 39,0 Mio.) gebildet. Die Veränderung zum Voranschlag 2007 erklärt sich mit der Erhöhung der Passivzinsen von rund CHF 1,7 Mio und der höheren Abschreibungen um CHF 1,0 Mio..
- Beiträge an Dritte: Die Kosten der öffentlichen Beleuchtung konnten um CHF 0,6 Mio. reduziert werden.
- Interne Verrechnungen: Der Saldo der internen Aufwendungen und Erträge (kalk. Kosten/Erträge) hat sich um CHF 1,1 Mio. verschlechtert. Diese Veränderung resultiert aus der internen Verzinsung von Vermögen und Betriebsreserven der Betriebe.
- Externe Erlöse: Hauptbestandteil dieser Position sind die Dividendenausüttungen der Zürcher Kantonalbank und sonstige Vermögenserträge.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Der Aufwandüberschuss in der Rechnung 2006 beträgt CHF 21,9 Mio.. Im Voranschlag 2008 geht man von einem benötigten Globalkredit von CHF 23,3 Mio. aus. Die Abweichung beträgt somit CHF 1,4 Mio. und resultiert insbesondere aus der Veränderung der folgenden Positionen:

Mio. CHF

- +5,1 Personalkosten
- 2,2 Sachkosten
- 0,7 Beiträge an Dritte
- 8,2 Interne Verrechnungen
- +0,6 Beiträge von Dritten
- +4,0 Externe Erlöse

Begründungen

- Personalkosten: Die Abweichung resultiert vor allem aus dem Wegfall der Rententeuerung wegen der Veränderung der Buchungstechnik.
- Sachkosten: Die Passivzinsen wurden von CHF 24,4 Mio. (Rechnung 06) auf CHF 25,1 Mio. (Voranschlag 08) erhöht, was eine Veränderung von CHF 0,7 Mio. ergibt. Die budgetierten Abschreibungen betragen für das Jahr 2008 CHF 39,0 Mio., d.h. CHF 2,0 Mio. mehr als in der Rechnung 2006. Der allgemeine Sachaufwand wird im Voranschlag 2008 CHF 0,5 Mio. tiefer geschätzt.
- Beiträge an Dritte: Erhöhung der Kosten der öffentlichen Beleuchtung.
- Interne Verrechnungen: Der Wegfall der Weiterverrechnung der Rententeuerung (siehe oben Position Personalkosten) und die Veränderung des Saldos der internen Verzinsung von Vermögen und Betriebsreserve der Betriebe ergeben im Wesentlichen die Abweichung.
- Beiträge von Dritten: Die Gewinnablieferung des Stadtwerks wurde um CHF 0,6 Mio. erhöht.
- Externe Erlöse: Die Erhöhung der Erlöse ist auf die Aktivierung eines Darlehens und auf die Bildung einer Pauschalkorrektur zurückzuführen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	7'598'861	69'956	2'489'560
Sachkosten	62'785'719	63'013'300	64'991'200
Beiträge an Dritte	2'944'543	4'354'612	3'612'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	5'912'429	6'078'700	28'706'600
Übrige interne Kosten	0	426'620	395'796
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>79'241'552</i>	<i>73'943'188</i>	<i>100'195'156</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	79'241'552	73'943'188	100'195'156
Externe Erlöse	6'403'614	10'715'000	10'371'135
Interne Erlöse	42'339'950	35'792'900	57'246'300
Beiträge von Dritten	8'626'082	9'360'414	9'258'032
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>57'369'646</i>	<i>55'868'314</i>	<i>76'875'467</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	57'369'646	55'868'314	76'875'467
Total Nettokosten/Globalkredit	21'871'906	18'074'874	23'319'689
Interne Kosten	5'912'429	6'505'320	29'102'396
Interne Erlöse	42'339'950	35'792'900	57'246'300
Total primäre Nettokosten*	58'299'427	47'362'454	51'463'593
Kostendeckungsgrad in % **	72.0	76.0	77.0

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Siehe Produktgruppe Finanzamt.

IAFP Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	79'241	73'943	100'195	102'913	110'635	114'601
Erlös	57'369	55'868	76'875	73'453	77'213	78'749
Nettokosten/Globalkredit	21'871	18'074	23'319	29'459	33'422	35'851
Kostendeckungsgrad in %	72	76	77	71	70	69

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	33	48	48	48	48	48
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	3.75	3.75	3.75	3.75	3.75	3.75
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	4.8	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Siehe Produktgruppe Finanzamt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Erwartungen der Wirtschaftsprognostiker zum Thema Wachstum sind für die nächsten Jahren optimistisch. Aus diesem Grund kann bei den Zinssätzen mit einer leicht steigenden Tendenz gerechnet werden. Auch die Gewinnausschüttungen der Zürcher Kantonalbank werden auf hohem Niveau bleiben.

Das Finanzamt erwartet ab 2008 eine Steigerung der Investitionen. Aus diesem Grund wurden höhere Abschreibungen und eine Zunahme der Passivzinsen geplant.

Steuern und Finanzausgleich

Auftrag

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" stellt die Einnahmen der Stadt in ihrer Gesamtheit und mit ihren Untergruppen dar.

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, sie ist aber kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" liegt beim Vorsteher der Steueramts (Einnahmen aus Steuern) und beim Vorsteher des Finanzamts (Einnahmen aus dem Finanzausgleich).

Produkte

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" weist nur ein einziges Produkt "Steuern und Finanzausgleich" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Finanzausgleichsgesetz vom 11.09.1966
- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Gemeindeordnung

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Christian Beusch für Steuern bis 31. Juli 2007

Pius Kuhn für Steuern ab 1. August 2007

Peter Barandun für Finanzausgleich bis 19.8.2007

Beat Holzer für Finanzausgleich ab 20.8.2007

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Steuern Steuerfuss in %	123	123	123

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	-380'874'762	-403'264'000	-417'451'000

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Steuern

- Die Voraussage 'Steuern laufendes Jahr' geht von einer einfachen Staatssteuer von 100% von 198'291 Millionen Franken aus. Dies entspricht einer Zunahme um 5.87% zum Vorjahresbudget. Die Gemeindesteuern zum kantonalen Maximalsatz betragen 123%.
- Bei den Steuern des Vorjahres für natürliche wie auch juristische Personen dürfte tendenziell aufgrund der konjunkturellen Entwicklung ebenfalls mit einer Zunahme gerechnet werden.
- Die punktuellen neuen Liegenschaftsbewertungen führen zu bescheidenen Wertberichtigungen. Die Einschätzungsquote der eigenen Mitarbeitenden wird aufgrund der neuen Weisungen leicht nachgeben.
- Bei den Grundstückgewinnsteuern dürfte erneut mit einer leichten Zunahme gerechnet werden, obwohl die Prognosen für geringere Gewinnabschöpfungen und die Zunahme von Ersatzbeschaffungen kritisch zu beobachten sind.

Finanzausgleich

- Sowohl der Beitrag des Steuerfussausgleichs von CHF 50,0 Mio. als auch der Beitrag des Steuerkraftausgleichs von CHF 60,0 Mio. bleiben gegenüber dem Voranschlag 2007 unverändert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Steuern

- Die wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklungen wirken sich positiv auf den Steuerertrag aus.

Finanzausgleich

- Der Steuerfussausgleichsbeitrag wurde von CHF 45,0 Mio. (Rechnung 2006) auf CHF 50,0 (Voranschlag 2008) erhöht. Die Zunahme des Steuerkraftausgleichsbeitrag beträgt CHF 8,5 Mio. (Voranschlag 2008 CHF 60,0 Mio.). Gesamthaft beträgt der Finanzausgleich im Voranschlag 2008 CHF 110,0 Mio.. Dies widerspiegelt auch die unterschiedliche Steuerentwicklung der Kantongemeinden.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	5'927'173	4'805'000	5'187'000
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'927'173</i>	<i>4'805'000</i>	<i>5'187'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'927'173	4'805'000	5'187'000
Externe Erlöse	386'801'935	408'069'000	422'638'000
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>386'801'935</i>	<i>408'069'000</i>	<i>422'638'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	386'801'935	408'069'000	422'638'000
Total Nettokosten / Globalkredit	-380'874'762	-403'264'000	-417'451'000
Interne Kosten	0	0	0
Interne Erlöse	0	0	0
Total primäre Nettokosten*	-380'874'762	-403'264'000	-417'451'000
Kostendeckungsgrad in % **	6'526.0	8'493.0	8'148.0

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008*Finanzausgleich*

- Im Rahmen des Teilprojekts A, Zentrumslasten der Stadt Winterthur, der Haushaltssanierung HS07 wird eine Darstellung der heute erbrachten Zentrumsleistungen erarbeitet. Das Ziel soll eine vom Finanzausgleich unabhängige Abgeltung seitens des Kantons und der Gemeinden sein, um den Winterthurer Haushalt finanziell von diesen Aufgaben zu entlasten, damit die Stadt nicht von den sehr hohen Schwankungen des Finanzausgleichs abhängig bleibt.

IAFP Steuern und Finanzausgleich

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	5'927	4'805	5'187	5'187	5'187	5'187
Erlös	386'801	408'069	422'638	435'722	447'689	460'555
Nettokosten/Globalkredit	-380'874	-403'264	-417'451	-430'535	-442'502	-455'368
Kostendeckungsgrad in %	6'526	8'493	8'148	8'400	8'631	8'879

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Steuerfuss in %	123.0	123.0	123.0	123	123	123

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung*Steuern*

- Beim Bund werden Familienbesteuerung, Individualbesteuerung wie auch Flattax weiterhin kontrovers diskutiert. Mögliche Auswirkungen lassen aber eine realistische Prognose noch nicht zu.
- Generell bleibt ein starker Druck auf den Steuererträgen.

Finanzausgleich

- Das Teilprojekt A, Zentrumslasten der Stadt Winterthur, der Haushaltssanierung HS07 (siehe Bemerkung 'Wesentliche Massnahmen und Projekte 2007') wird weitergeführt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen*Finanzausgleich*

- Die Zentrumslasten haben vor allem im Bereich Sozial- und Wirtschaftshilfe eine enorme Steigerung in den letzten Jahren erfahren. Daher ist es für die Stadt Winterthur unabdingbar, dass die zentralörtlichen Leistungen in Zukunft abgegolten werden. Mit der neuen Kantonsverfassung ist eine Rechtsgrundlage entstanden, welche diesen Gegebenheiten Rechnung trägt. Im Artikel 128 'Lastenausgleich' der neuen Kantonsverfassung unter Absatz 1 ist folgendes vermerkt:

"Erbringt eine Gemeinde besondere Leistungen für ein grösseres Gebiet oder trägt sie besondere Lasten, so kann das Gesetz dafür unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit eine angemessene Abgeltung vom Kanton oder von anderen Gemeinden vorsehen."

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Dies muss in klarer Abgrenzung vom Artikel 127 'Finanzausgleich' gesehen werden. Dieser ist nämlich wie folgt definiert:

"Der Finanzausgleich: a. ermöglicht den Gemeinden die Erfüllung ihrer notwendigen Aufgaben; b. sorgt dafür, dass die Gemeindesteuerfüsse nicht erheblich voneinander abweichen."

Tiefbau

Auftrag

Die Verkehrswege, die Gewässer und die öffentlichen WC-Anlagen sind nach technischen, wirtschaftlichen, kundenorientierten und ökologischen Gesichtspunkten so zu bauen und zu betreiben, dass sie ihrem Zweck entsprechend sicher und für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können und deren Wert langfristig erhalten bleibt.

Produkte

1 Ingenieur Dienstleistungen

Kompetenzzentrum für Tiefbauten. Planung, Projektierung und Realisierung von Tiefbauvorhaben.

2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Baulicher Unterhalt von Strassen/Werterhaltung. Dienstleistungen für die Städtischen Werke und Dritte.

3 Strassenreinigung

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

4 Winterdienst

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

5 Strassensignalisation

Produktion, Stellen und Aufbringen im Auftrag der Polizei und Unterhalt.

6 Gewässerunterhalt

Bau und Unterhalt

7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Betrieb und Unterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Binnenmarkt vom 6.10.95
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15.09.03
- Submissionsverordnung
- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Strassenverkehrsordnung (VRO)
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Zugangsnormen Kanton Zürich
- Kantonale Signalisationsverordnung
- Kantonales Wasserwirtschaftsgesetz

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Richtlinien für die Ausführung von Unter- und Oberbau von Strassen, Wegen und Trottoirs.
- Verordnung über die Privatstrassen

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro m2 (relative Werte)	3.96	3.89	3.94
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Die direkten Ingenieurdienstleistungen für Verkehrs- und Kanalbauten sind den verursachenden Objekten zu belasten <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten <i>Messgrössen:</i> Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	100.0 99.1	100.0 73.0	100.0 75.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft (Bevölkerung) ist mit den Dienstleistungen der Produktgruppe Tiefbau zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Repräsentative Kundenumfrage 2004/2005 (letzte Umfrage Mai 2001) 2) Statistik Messung der Beschwerdehäufigkeit <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2001 Umfrage Resultat 77% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	Umfrage 07 3 5 5	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der Benutzer und Benutzerinnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58 <i>Messgrössen:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten beim Winterdienst und bei der Behebung von gefährlichen Belagsschäden. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	95.0 0	95.0 0	95.0 0
5 Umweltschutz (Ökologie) Die Verkehrswege, die Gewässer und öffentlichen WC-Anlagen werden so erstellt, betrieben und unterhalten, dass sie für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	10'633'178	10'958'449	10'612'639

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Der Globalkredit reduziert sich im Voranschlag 2008 um rund Fr. 606'000.--. Darin ist eine einmalige Ergebnisverbesserung durch die Vornahme der periodengerechten Abgrenzung eines Staatsbeitrages (Beiträge von Dritten) von Fr. 892'000.-- enthalten.
- Höhere Sachaufwendungen fallen vor allem beim Winterdienst an. Dieser wird nach dem 10-Jahresdurchschnitt budgetiert. Daneben fallen unter anderem die Aufwendungen für Betriebs- und Verbrauchsmaterial in der Signalisation höher aus.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Die Rechnungslegung wird im Voranschlag 2008 wesentlich transparenter dargestellt. So werden die Kosten und Erträge der Vorkostenstellen korrekt auf den zutreffenden Konti umgebucht. Bis und mit der Rechnung 2006 wurden die Kosten und Erträge der Vorkostenstellen über die internen Konti 39 / 49 verbucht.
- Der Globalkredit reduziert sich im Voranschlag 2008 gegenüber der Rechnung 2006 um rund Fr. 280'000.--. Dem erwähnten einmaligen Staatsbeitrag im Jahr 2008 stehen höhere Personalkosten gegenüber. Diese setzen sich aus tieferen Personalaufwendungen im Jahr 2006 im Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung Tiefbau (verzögerte Stellenwiederbesetzungen) und der neuen Verbuchungsmethode der Rententeuerung zusammen (bis im Jahr 2006 in den "übrigen internen Kosten" enthalten).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	1'018'846	12'219'868	12'415'227
Sachkosten	6'230'765	8'298'773	8'344'360
Beiträge an Dritte	17'955	20'000	20'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	0	422'032	510'599
Übrige interne Kosten	14'753'452	1'524'473	1'538'495
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>22'021'019</i>	<i>22'485'146</i>	<i>22'828'680</i>
Verrechnungen innerhalb PG	198'854	489'233	0
Total effektive Kosten	21'822'165	21'995'913	22'828'680
Externe Erlöse	5'531'273	6'026'209	6'013'758
Interne Erlöse	4'735'180	4'372'488	4'175'284
Beiträge von Dritten	1'121'387	1'128'000	2'027'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'387'840</i>	<i>11'526'697</i>	<i>12'216'041</i>
Verrechnungen innerhalb PG	198'854	489'233	0
Total effektive Erlöse	11'188'987	11'037'463	12'216'041
Total Nettokosten/Globalkredit	10'633'178	10'958'449	10'612'639
Interne Kosten	14'554'599	1'457'272	2'049'094
Interne Erlöse	4'536'327	3'883'254	4'175'284
Total primäre Nettokosten*	614'906	13'384'432	12'738'829
Kostendeckungsgrad in % **	51	50	54

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	958'989	1'071'565	1'144'139
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	132.2	138.9	138.1
▪ Lehrverhältnisse	5.0	5.0	5.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	136 (7)	140 (6)	140 (6)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Masterplan Stadtraum Bahnhof
- Projekte Tiefbau (Gleisquerung Stadtmitte, 1. Etappe vor Kesselhaus sowie Radweg Turmhalden- bis Frobergstrasse)
- Strassenunterhalt und Betrieb: Sanierung Revierstützpunkt 77, Oberwinterthur; Provisorium Revierstützpunkt 75 (infolge KVA Umbau); Inbetriebnahme des neuen Revierstützpunktes Auwiesen, Töss; Inbetriebnahme der zentralen Salzsilos beim Revierstützpunkt Auwiesen, Töss

Produkt 1 Ingenieur-Dienstleistungen**Leistungen**

- Planung und Projektierung von Tiefbauobjekten
- Fachliche Führung / Realisierung von Bauvorhaben
- Planung, Projektierung und Realisierung von überkommunalen Projekte vom Kanton gem. Strassengesetz (722.1 / 722.18)
- Beratung und Information von Bauherren und Bevölkerung
- Kompetenzzentrum Tiefbauten

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'687'322	2'297'755	2'363'016
Erlös	1'669'458	1'670'268	1'740'298
Nettokosten	17'864	627'487	622'719
Kostendeckungsgrad in %	99.0	73.0	74.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kostendeckungsgrad der Ingenieur Dienstleistungen der beeinflussbaren Projekte in %	99.1	72.8	75.0
Zustandsbericht der Strassen MSE, Anteil stark beschädigter Strassen mit notwendigen Massnahmen. Geringer oder gleich in %	-	5.0	5.0
Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten	5	10	10

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl ausgeführte Projekte im Strassenbau	14	15	15
Anzahl ausgeführte Projekte im Kanalbau	10	20	20
Anzahl abgerechnete Projekte, Verfügung Dept. Vorsteher	16	20	20
Anzahl abgerechnete Projekte, Bauausschuss	11	15	15

Produkt 2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes**Leistungen**

- Das gesamte öffentliche Strassennetz und Kunstbauten kontrollieren und entsprechende Massnahmen veranlassen.
- Den Wert der Objekte durch entsprechende Bauarbeiten erhalten.
- Vorbeugende Instandhaltungsarbeiten ausführen.
- Kleinbauliche Aufträge von Privaten ausführen.
- Bauvorhaben submittieren, an Unternehmer vergeben und deren Ausführung kontrollieren.
- Grabenaufbrüche kontrollieren und instandstellen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	6'777'237	7'304'733	7'207'423
Erlös	4'767'911	5'129'706	5'798'888
Nettokosten	2'009'325	2'175'027	1'408'534
Kostendeckungsgrad in %	70.0	70.0	80.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Durch einen gezielten baulichen Unterhalt die Werterhaltung des öffentlichen Grundes sicherstellen.			
Keine Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58	0	0	0
Bei Grabenaufbrüchen einen Kostendeckungsgrad von 100% erreichen	100.4	100.0	100.0
Die Anzahl der berechtigten Reklamationen tief halten.	3	10	10
Gefährliche Belagsschäden innerhalb 36 Std. beheben. Mindestens in %	95.0	95.0	95.0
Die Kosten für den baulichen Unterhalt tief halten (Kosten pro m2 unterhaltene Fläche) in CHF.	1.01	1.16	1.15
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für den Belagsunterhalt. Max. in %	14.0	20.0	20.0

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Strassenlänge in m	362'472	358'800	370'000
Gesamte zu unterhaltende öffentliche Strassenfläche in m2	3'019'765	3'007'000	3'046'000

Produkt 3 Strassenreinigung

Leistungen

- Manuelles und maschinelles Reinigen des öffentlichen Grundes.
- Öffentliche Papierkörbe leeren.
- Strassenentwässerung kontrollieren und instandhalten.
- Plätze und Strassen nach öffentlichen Veranstaltungen reinigen.
- Private Reinigungsaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	8'007'115	8'071'971	8'237'561
Erlös	2'893'027	2'931'978	2'893'223
Nettokosten	5'114'088	5'139'993	5'344'338
Kostendeckungsgrad in %	36.0	36.0	35.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Sauberkeit und Hygiene auf öffentlichem Grund sicherstellen.			
Bedürfniskonforme Reinigung der gesamten Strassenfläche			
Die Kundschaft (Bevölkerung) ist der Meinung, die Stadt Winterthur macht genug, um die Stadt sauber zu halten. Zustimmung: 77% Ja	Umfrage 2007	Standard halten	Standard halten
Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten	5	10	10
Die Kosten der Reinigung auf tiefem Niveau halten in CHF.			
- Kosten pro m2 unterhaltene Fläche	2.18	2.18	2.20

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Alle Strassensammler innert 2 Jahren einmal leeren (Anzahl pro Jahr) Zu reinigende öffentliche Strassenfläche in m2	4'055 3'019'765	4'300 3'007'000	4'300 3'046'000

Produkt 4 Winterdienst

Leistungen

- Strassen, Rad- und Gehwege, Plätze und Treppen geh- und fahrsicher halten.
- Den öffentlichen Grund von grösseren Schneemengen freipflügen.
- Private Winterdienstaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'472'067	1'857'830	1'936'084
Erlös	919'931	722'954	666'493
Nettokosten	1'552'136	1'134'876	1'269'592
Kostendeckungsgrad in %	37.0	39.0	34.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Hauptstrassen und Strassen mit öffentlichem Verkehr innert 4 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	95.0	95.0	95.0
Das übrige Strassennetz innerhalb 12 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	95.0	95.0	95.0
Die Kosten des Winterdienstes auf tiefem Niveau halten			
Kosten pro m2 unterhaltene Fläche in CHF	0.77	0.55	0.59

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gesamte öffentliche Strassenfläche in m2	3'019'765	3'007'000	3'046'000

Produkt 5 Strassensignalisation

Leistungen

- Bodenmarkierungen erneuern oder neu erstellen.
- Signalisationstafeln instandhalten und im Auftrag der Stadtpolizei neu erstellen.
- Signalisationen reinigen.
- Umsetzen von Tempo 30 Zonen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'775'446	1'678'227	1'746'992
Erlös	1'049'795	960'134	1'028'391
Nettokosten	725'652	718'093	718'601
Kostendeckungsgrad in %	59.0	57.0	59.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Strassensignalisation und Strassenmarkierung intakt halten und durch regelmässige Reinigungen stets sichtbar halten.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für die Strassenmarkierung. Max. in %	7.2	10.0	10.0

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Schlecht sichtbare Wegweiser und Tafeln instandsetzen in Stk.	1'316	1'000	1'100
Schlecht sichtbare Bodenmarkierungen erneuern in m	50'358	50'000	40'000

Produkt 6 Gewässerunterhalt

Leistungen

- Kies, Sandfänge und Rückhaltebecken leeren.
- Bachbeete reinigen, Gras mähen, Gebüsche zurückschneiden.
- Bauliche Massnahmen für den Hochwasserschutz treffen und realisieren.
- Periodisch Gewässerkontrollen durchführen und geeignete Massnahmen planen und ausführen.
- Sofortmassnahmen bei Ueberschwemmungen veranlassen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	626'765	632'181	652'901
Erlös	24'518	35'534	22'491
Nettokosten	602'247	596'647	630'410
Kostendeckungsgrad in %	4.0	6.0	3.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Hochwasserschutz an den öffentlichen Gewässern sicherstellen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kontrolle der 154 öffentlichen Gewässer, zweimal jährlich	308	308	308
Gewässerböschungen einmal pro Jahr mähen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Produkt 7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Leistungen

- WC-Anlagen und Wartehallen kontrollieren, reinigen und instandhalten.
- Reparaturen ausführen oder veranlassen
- Durch geeignete Massnahmen die Anlagen möglichst sicher und invalidengerecht machen.
- Wartungsarbeiten für Dritte ausführen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	646'380	642'450	684'704
Erlös	54'556	76'124	66'258
Nettokosten	591'824	566'326	618'445
Kostendeckungsgrad in %	8.0	12.0	10.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Betrieb von sauberen und sicheren WC-Anlagen	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Realisierung von WC-Anlagen nach neuem Konzept	1	2	1
Umsetzung WC Konzept 2. Phase, Stilllegung, Rückbau, Umnutzung	1	2	1

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die WC-Anlagen werden pro Jahr desinfiziert	2	3	4

IAFP Tiefbau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	21'822	21'995	22'828	22'879	23'009	22'984
Erlös	11'188	11'037	12'216	11'324	11'324	11'324
Nettokosten/Globalkredit	10'633	10'958	10'612	11'555	11'685	11'660
Kostendeckungsgrad in %	51	50	54	49	49	49

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	45'824	0	2'234	10'330	19'325	17'700	14'090	-17'855
Bewilligt	80'437	24'620	10'201	6'217	3'950	700	0	34'749
Gesamt	126'261	24'620	12'435	16'547	23'275	18'400	14'090	16'894

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten CHF pro m2 (relative Werte)	3.96	3.89	3.94	4.00	4.00	4.00
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten. Messgrösse: Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	100.0 99.1	100.0 73.0	100.0 75.0	100.0 76.0	100.0 76.0	100.0 76.0
3 Kundenorientierung 1) Prozentsatz der auf die Frage "Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?" mit Ja Antwortenden. 2001 Umfrage Resultat 77% Ja	Umfrage 07	Standard halten	Standard halten	Standard halten	Standard halten	Standard halten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
2) Anzahl der berechtigten Beschwerden						
- Baulicher Unterhalt	3.0	10.0	10.0	10	10	10
- Strassenreinigung	5.0	10.0	10.0	10	10	10
- Ingenieur Dienstleistungen	5.0	10.0	10.0	10	10	10
4 Sicherheit Die Sicherheit der BenutzerInnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet.						
1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen. Messgrösse: Einhaltung der Zeitlimiten. Zielerreichungsgrad mind. in %:	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0
2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58. Messgrössen: Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	0	0	0	0	0	0
5 Umweltschutz (Ökologie) Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle. Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Planung und Bau des neuen Revierstützpunkts 75 bei der KVA
- Planen und realisieren von Einzelprojekten im Masterplan Stadtraum Bahnhof Winterthur
- Planung neuer Werkhof Obermühle in Abhängigkeit vom Standort Stadtpolizei

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Entsorgung

Auftrag

Umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von festen und flüssigen Wertstoffen und Abfällen unter Beachtung des Kostendeckungs- und Verursacherprinzips.

Produkte

1 Stadtentwässerung

Ableitung des Abwassers aus dem Stadtgebiet zur ARA

Planung, Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen (exkl. ARA), sowie Aufsicht über die privaten Abwasseranlagen und die industriellen/gewerblichen Abwassereinleitungen.

2 Abfallentsorgung

Sammlung und Entsorgung der Siedlungsabfälle.

Abfallbewirtschaftung, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle, Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen

3 Deponie

Deponieren von Bauabfällen

Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen

Annahme von Kleinmengen brennbarer Abfälle aus Haushalten und Gewerbebetrieben

Deponieunterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Kantonales Abfallgesetz
- Eigenössische Verordnung über Abwassereinleitungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EGSchG)
- Kantonale Verordnung über den Gewässerschutz
- Kantons Wasserwirtschaftsgesetz
- RRB Nr. 161/1991 Rechte und Pflichten zu Abwasser- und Abfallverhältnissen
- RRB Nr. 854/2004 Umsetzung vom generellen Entwässerungsplan (GEP)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VSE)
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Abfallentsorgung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements
- Abfall-Leitfaden

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr			
	1.80	1.80	1.80
	80.00	80.00	80.00
	140.00	140.00	140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Regelmässige Kundenumfrage; alle 2 Jahre ein Betrieb <i>Messgrösse:</i> Zufriedenheitsgrad in %	-	-	-
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	erfüllt 2	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Im Rahmen der Werterhaltung wird der Fremdwasserelimination besonderes Gewicht beigemessen <i>Messung / Bewertung:</i> 2-jährliche Fremdwassermessung in ARA <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Reduktion Fremdwasser 1% pro Jahr (ca. 100000 m3) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. <i>Messung / Bewertung:</i> 2-Jährlicher GEP-Check mit AWEL <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung Fördern des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, trennen, verwerten, umweltgerecht entsorgen) <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der wieder verwendbaren Stoffe halten oder steigern <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze <i>Messgrösse:</i> Audit erfüllt	erst 2007 messbar	46.00	*
	erfüllt	erfüllt	erfüllt
	50.8	50.0	50.0
	erfüllt	erfüllt	erfüllt

* Abklärungen haben ergeben, dass die Messung des Fremdwassers im Kanalsystem nicht möglich ist. Auf das Jahr 2009 wird ein neuer Ökologie-Indikator bestimmt.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	0	0	-1

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Die Produktgruppe Entsorgung setzt sich den den Betrieben Stadtentwässerung, Abfallentsorgung und der Deponie Riet zusammen. Alle diese Betriebe führen eine Betriebsreserve. Jährliche Schwankungen im Betriebsergebnis werden letztlich über die Reserven ausgeglichen. Der Globalkredit weist aus diesem Grunde immer einen Saldo von Fr. 0.-- aus.
- Gegenüber dem Voranschlag 07 fallen die Sachkosten tiefer aus. Die Abnahme steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit geringeren Direktamortisationen von Investitionsvorhaben in der Deponie Riet.
- Die Erträge werden vor allem durch geringere Entnahmen bei der Spezialfinanzierung Deponie Riet und durch höhere Einnahmen zum Ausgleich der Betriebsrechnung Stadtentwässerung beeinflusst.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Die Rechnungslegung wird im Voranschlag 2008 wesentlich transparenter dargestellt. So werden neu die einzelnen Kosten und Erträge der Vorkostenstellen korrekt auf den zutreffenden Konti ausgewiesen. Bis zur Rechnung 2006 wurden die Kosten und Erträge der Vorkostenstellen über die internen Konti 39 / 49 verbucht.
- Der Gesamtaufwand und -ertrag sämtlicher Betriebe erhöht sich zwischen der Rechnung 06 und dem Voranschlag 2008 geringfügig um Fr. 243'000.--. Innerhalb der Betriebe verschieben sich die Aufwendungen zu Lasten der Stadtentwässerung. Die Mehrkosten der Stadtentwässerung setzen sich vor allem aus höheren Einlagen in die Vorfinanzierung von total 2.4 Mio. Franken zusammen. Demgegenüber reduziert sich die Direktamortisation in der Deponie Riet um rund 2.5 Mio. Franken.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	540'566	8'245'049	8'493'005
Sachkosten	16'639'544	19'403'719	16'055'133
Beiträge an Dritte	0	10'000	10'000
Residualkosten	257'181	257'100	324'500
Kalkulatorische Kosten	1'740'712	1'921'668	2'197'101
Übrige interne Kosten	16'762'956	9'753'791	9'148'164
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>35'940'959</i>	<i>39'591'328</i>	<i>36'227'904</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'346'600	5'130'667	4'235'200
Total effektive Kosten	31'594'360	34'460'661	31'992'704
Externe Erlöse	28'535'670	31'625'076	29'102'088
Interne Erlöse	7'405'289	7'966'252	7'125'816
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>35'940'959</i>	<i>39'591'328</i>	<i>36'227'905</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'346'600	5'130'667	4'235'200
Total effektive Erlöse	31'594'360	34'460'662	31'992'705
Total Nettokosten/Globalkredit	0	0	-1
Interne Kosten	14'414'249	6'801'893	7'434'566
Interne Erlöse	3'058'690	2'835'586	2'890'616
Total primäre Nettokosten*	-11'355'560	-3'966'307	-4'543'950
Kostendeckungsgrad in % **	100.0	100.0	100.0

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	430'850	452'277	302'327
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	58.8	58.8	59.0
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	61(5)	60 (3)	60 (2)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Planung und Projektierung der Einstellhalle für Kehrtraktfahrzeuge bei der KVA
- Bewilligung und Einleitung des Ablagerungsplatzes auf der Deponie Riet, Etappe 7
- Anpassen und umsetzen des Generellen Entwässerungsplanes (GEP)

Produkt 1 Stadtentwässerung**Leistungen**

- Dokumentation Kanalnetz
- Planung Werterhaltung und Funktionsverbesserungen öffentliches Kanalnetz und öffentliche Gewässer auf Grundlage GEP
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle Industrieabwasser (Abwasservorbehandlung), Führung Industriekataster
- Betrieb des Kanalnetzes gewährleisten durch Kontrolle, Unterhalt, Reinigung und vorbeugende Massnahmen
- Spezialbauwerke/Pumpwerke (inkl. APW Sennhof) unterhalten und betreiben
- Dienstleistungen für Strassenentwässerung, öffentliche Gewässer und Grundstückentwässerungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	9'003'657	10'741'714	11'469'102
Erlös	9'003'657	10'741'714	11'469'102
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Dokumentation - Ersterfassung Liegenschaftsentwässerung in GIS bis Jahr 2011 abgeschlossen. Jährliche Erfassung in %	13.0	15.0	15.0
Funktionsverbesserung Kanalnetz: - Fremdwasseranteil senken. Reduktion Fremdwasser 1 % pro Jahr	erst 2007 messbar	erreicht	nicht messbar
Liegenschaftsentwässerung: - Anzahl Kanal-TV-Aufnahmen bei Hausanschlüssen	290	220	250
- Kundenzufriedenheit halten	-	erreicht	erreicht
Industrieabwasser: - Qualität Klärschlamm (Schwermetallgehalt SNV-Wert)	nicht mehr aktuell 116	< 0.50 80	nicht mehr aktuell 80
Max. Anzahl Betriebsstörungen bei Spezialbauwerken	2	0	0
Anzahl Entlastungen und Rückstaus infolge Betriebsstörungen im Kanalnetz	5.0	10.0	5.0
Öffentliches Kanalnetz mit Kanal-TV aufnehmen und auswerten in %	21.0	20.0	20.0
Alle 5 Jahre öffentliches Kanalnetz reinigen in %			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Länge öffentliches Kanalnetz in km	330	365	330
Anzahl Spezialbauwerke/Pumpwerke	43	40	40

Netzlänge abnehmend, weil im GIS laufend die neuesten Erkenntnisse in Bezug auf die Besitzverhältnisse nachgetragen werden.

Produkt 2 Abfallentsorgung

Leistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle
- Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen, Annahme von Sonderabfällen
- Betrieb der dezentralen Sammelstellen, Häckseldienst
- Abfallbewirtschaftung, Gebührenadministration (inkl. Verwaltung Sackgebührenverbund)
- Sammeldienst Gemeinden

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	18'789'322	19'667'591	19'162'368
Erlös	18'789'322	19'667'591	19'162'369
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Förderung des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, Verwerten, umweltgerecht entsorgen)			
Prozentsatz der Wertstoffe an der Gesamtabfallmenge. Mind. in %	50.8	50.0	50.0
Der Abfall-Tourenplan wird zu 100% eingehalten, keine Tour fällt aus	100	erfüllt	erfüllt
Effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung			
Verursacherorientierte Finanzierung			
Gebühren Benchmark mit CH-Städten			
Ziel:			
Sackgebühr günstiger als Mittelwert CH-Städte in CHF	1.80	1.80	1.80
Grundgebühr Wohnung pro Jahr in CHF	80.00	80.00	80.00
Grundgebühr Einfamilienhaus pro Jahr in CHF	140.00	140.00	140.00

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Total gesammelte Abfallmengen in Tonnen	35'799	36'000	36'000
Abfallmenge pro EinwohnerIn in kg	366	368	368

Produkt 3 Deponie

Leistungen

- Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen
- Annahme von brennbaren Abfällen
- Deponieunterhalt
- Dienstleistungen für Dritte

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	8'147'980	9'182'023	5'592'434
Erlös	8'147'980	9'182'024	5'592'434
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kostendeckende Bewirtschaftung (Betrieb/Nachsorge) in % Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Kontrolle durch AWEL	100 erfüllt	100 erfüllt	100 erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Deponiertes Material in Tonnen Annahme von brennbaren Abfällen in Tonnen	22'354 6'437	25'000 7'000	25'000 7'000

IAFP Entsorgung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	31'594	34'460	31'992	40'453	42'383	32'553
Erlös	31'594	34'460	31'992	40'453	42'383	32'553
Nettokosten/Globalkredit	0	0	-0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	32'462	0	7'620	10'770	20'950	24'000	15'500	-46'378
Bewilligt	27'280	24'790	5'700	850	0	0	0	-4'060
Gesamt	59'742	24'790	13'320	11'620	20'950	24'000	15'500	-50'438

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten. CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	<= 1.80 80.00 140.00	<= 1.80 80.00 140.00	<= 1.80 80.00 140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden. Messgrösse: Zufriedenheitsgrad in %	-	-	-	-	-	-
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	2.0	0.0	0.0	0	0	0
5 Umweltschutz (Oekologie) Im Rahmen der Werterhaltung wird der Fremdwasserelimination besonderes Gewicht beigemessen. Zielerreichung: Reduktion Fremdwasser 1% pro Jahr (ca. 100000 m3) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werterhaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung: Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie: Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze. Messgrösse: Audit erfüllt.	erst 2007 messbar	46.0	*	*	*	*
	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
	50.8	50.0	50.0	50.0	50.0	50.0
	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

* Abklärungen haben ergeben, dass die Messung des Fremdwassers im Kanalsystem nicht möglich ist. Auf das Jahr 2009 wird ein neuer Oekologie-Indikator bestimmt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Planung und Bau der Erweiterungsetappe 7 auf der Deponie Riet
- Bau der Einstellhalle für Kehr- und Kehrmaschinen bei der KVA
- Erneuerung des Abwassernetzes nach Vorgaben des Generellen Entwässerungsplanes (GEP)
- Planung und Bau von Regenbecken nach Vorgaben des Generellen Entwässerungsplanes (GEP)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Vermessung

Auftrag

- Nachführung und Erneuerung des amtlichen Vermessungswerkes der Stadt Winterthur
- Bauvermessung, Umsetzung der gesetzlichen geometrischen Vorgaben im Hoch- und Tiefbau
- Betrieb des Geographischen Informationssystems (GIS-Winterthur) über Grundstücke, Bauten, Raumplanung, Werkleitungen usw.
- Dienstleistungen im Bereich GIS für städtische und private Stellen
- Plan- und Datenausgabe für städtische und private Bedürfnisse
- Strassenbenennung
- Gebäudeadressierung

Produkte

1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung, Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und der Grundeigentümer, abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen, baupolizeiliche Vermessung, Spezialvermessungen und Terrainaufnahmen

2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Erneuerung des Fixpunktnetzes, Neuvermessungen, Neustrukturierung und Ergänzung der Grundstücksregister, Revision des Inhaltes der amtlichen Vermessung (AV93), Nachführung des Übersichtsplanes

3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS-Winterthur), Datenausgabe und Dienstleistungen

Geschäftsführende Stelle des GIS-Winterthur, Betrieb der zentralen Infrastruktur des GIS-Winterthur, Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der GIS-Daten, Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen, Betrieb einer Auskunftsstelle, Plan- und Datenausgabe, Strassenbenennung, Gebäudeadressierung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- ZGB Art. 950 (Führung der Grundbuchpläne)
- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 18. November 1992; SR 211.432
- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 17. Dezember 1997; LS 255
- Gebührenverordnung über Vermessungsdaten vom 18. Juli 2001; LS 255.1
- Technische Weisungen des Amtes für Raumordnung und Vermessung (ARV)
- PBG, Bauverfahrensverordnung (Anforderungen an die Grundlagen für Baubewilligungen und die Bauvermessung)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das GIS der Stadt Winterthur vom 24. November 1999
- GIS-Betriebsreglement, SRB-Nr. 2004-1073 vom 12. Mai 2004
- Verordnung über die Strassenbenennung und die Gebäudenumerierung vom 9. Dezember 1983
- Verträge zwischen Geodateneigentümern resp. -nutzern und dem Vermessungsamt

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgabe des Departements

Verantwortliche Leitung

Herr Daniel Kofmel

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %. <i>Messung / Bewertung:</i> Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag (betriebliches Rechnungswesen)	106.0	100.0	100.0
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. <i>a) Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der zufriedenen oder sehr zufriedenen Kundschaft <i>b) Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	-	-	75 100.0
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine <i>Messgrösse:</i> - Die GIS-Strategie resp. ein GIS-Leitbild liegt vor. - Die Arbeiten zur "Ersterhebung" der amtlichen Vermessung im Altstadt kern sind in Gang. - Die Gebäudedaten des GWR-ZH, der amtlichen Vermessung und der Applikation GemDat des Baupolizeiamtes sind gegenseitig abgeglichen. - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle. - Der Internetstadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert. - Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor.	als Entwurf erfüllt - -	erfüllt - erfüllt erfüllt	- - - erfüllt erfüllt erfüllt

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	604'131	501'840	695'402

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Sachkosten: Im Voranschlag 2008 ist der Ersatz eines Vermessungsfahrzeuges (Fr. 50'000.--) enthalten. Die Umsetzung diverser Vorhaben (elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch, Ersatz aller City-Pläne auf den Fahrplanwechsel 2008, Vorbereitung eines städtischen Geodatenpools, Erneuerung der WebGIS-Anwendungen, Einführung von Topobase 2009, etc.) erhöht den Sachaufwand zusätzlich.
- Übrige Interne Kosten: Nebst diversen kleineren Positionen sind insbesondere mehr Mittel für die projektbezogene Zusammenarbeit mit den IDW vorgesehen (rd. Fr. 25'000.--).
- Erlöse: Die externen Erlöse aus Dienstleistungen und dem Verkauf von Plänen und Daten sind tiefer veranschlagt. Demgegenüber werden höhere Erlöse aus internen Dienstleistungen erwartet.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Personalkosten: Diese sind gegenüber der Rechnung 06 angestiegen. Infolge der Wiederbesetzung einer vakanten Stelle, der Gewährung eines Lohnanstieges von rd. 1.4% sowie der Neuordnung des Anteils Rententeuerung zu den Personalkosten.
- Sachkosten: Im Jahr 2006 wurden die Feldvermessungsgeräte für rd. Fr. 170'000.-- ersetzt. Die fürs Jahr 2008 geplanten Vorhaben lösen etwas geringere Kosten aus. Der veranschlagte Sachaufwand ist deshalb rd. Fr. 60'000.-- tiefer als der im Jahr 2006 abgerechnete.
- Übrige interne Kosten: Zur Hauptsache lässt sich die Kostenreduktion mit folgenden Veränderungen erklären: 1) Das Steueramt stellt die Nutzung der Grundeigentümeradressen nicht mehr in Rechnung (Fr. 25'000.--). 2) Die Kosten für die Rententeuerung wurden zu den Personalkosten verschoben (rd. Fr. 30'000.--). 3) Infolge vermehrter projektbezogener Zusammenarbeit mit den IDW entstehen Mehraufwendungen.
- Erlöse inkl. Verrechnungen: Im Rechnungsabschluss 2006 sind nicht wiederkehrende Erträge enthalten: u.a. rd. Fr. 50'000.-- Lohnrückerstattungen, rd. Fr. 40'000.-- Rückerstattung für die alten Vermessungsgeräte, rd. Fr. 16'000.-- für den Gehilfeneinsatz in der Stadtentwässerung.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soil 2007	Soil 2008
Personalkosten	2'055'802	2'186'015	2'229'546
Sachkosten	455'988	324'200	394'700
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	277'674	276'200	289'700
Übrige interne Kosten	311'256	230'927	270'256
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'100'720</i>	<i>3'017'342</i>	<i>3'184'202</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'100'720	3'017'342	3'184'202
Externe Erlöse	1'573'218	1'505'300	1'473'400
Interne Erlöse	923'371	910'202	955'400
Beiträge von Dritten	0	100'000	60'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'496'589</i>	<i>2'515'502</i>	<i>2'488'800</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'496'589	2'515'502	2'488'800
Total Nettokosten/Globalkredit	604'131	501'840	695'402
Interne Kosten	588'930	507'127	559'956
Interne Erlöse	923'371	910'202	955'400
Total primäre Nettokosten*	938'572	904'915	1'090'846
Kostendeckungsgrad in % **	81	83	78

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	161'119	161'200	169'800
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.0	16.0	16.0
▪ Lehrverhältnisse	5.0	4.0	4.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	21 (2)	21 (3)	21 (5)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Mit dem Kanton ist eine Dienstanweisung abzuschliessen, welche die Harmonisierung der Gebäudedaten der amtlichen Vermessung mit dem eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister zum Inhalt hat.
- U.a. als Grundlage für die registerbasierte Volkszählung 2010 wird ein zentraler Gebäudestamm mit aktuellen und verlässlichen Gebäudedaten entsprechend den Anforderungen des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters bereitgestellt.
- Infolge hervorragender Auftragslage im Produkt 1 sowie der prioritären Behandlung des Projektes zur Harmonisierung der Gebäudedaten, sind die Ersterhebungsarbeiten im Altstadt kern in Verzug und können entgegen der ursprünglichen Planung im Jahr 2008 nicht abgeschlossen werden. Im Jahr 2008 sind die Arbeiten deutlich zu intensivieren.
- Ein Konzept zur Revision des städtischen Fixpunktnetzes und Überführung des Vermessungswerkes in den neuen Bezugsrahmen der "Landesvermessung 1995" (LV95) ist auszuarbeiten. Dieses wird die Grundlage zur Ausarbeitung einer diesbezüglichen Dienstanweisung mit dem Kanton bilden.
- Im Hinblick auf die nächste Softwaregeneration von Autodesk ist ein Konzept auszuarbeiten und die technische Geodateninfrastruktur soweit vorzubereiten, dass die heutigen GIS-Fachanwendungen, das WebGIS im Intranet und der Internet-Stadtplan allmählich auf die neue Technologie umgestellt werden können.
- Betreffend Weiterverrechnung des allgemeinen Betriebsaufwands der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) ist ein neues Kostenverrechnungsmodell zu erarbeiten.
- Für die Nutzer der Geodateninfrastruktur ist im Intranet eine Informationsplattform aufzubauen. Insgesamt ist die Informationstätigkeit mittels News-Mail, Intranet-Site, Informationsveranstaltungen, Schulungen, etc. zu verstärken.
- Im Rahmen der Vorbereitung und Umsetzung des eidgenössischen und des kantonalen Geoinformationsgesetzes wird die Mitwirkung in ausgewählten Gremien und zukunftsweisenden Projekten auf Stufe Bund und Kanton aktiv gesucht. Dies einerseits um vom Erfahrungsaustausch zu profitieren und andererseits um durch entsprechende Einflussnahme den Interessen der Stadt Winterthur Gehör zu verschaffen.
- Weil Ende Juni 2007 die vom Kanton zu erlassende technische Spezifikation betreffend der elektronischen Schnittstelle "amtliche Vermessung - Grundbuch" noch immer ausstehend ist, wird die Schnittstelle erst im Jahr 2008 in Betrieb genommen (ein Jahr später als geplant).

Produkt 1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Leistungen

- Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung
- Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und des Grundeigentümers
- Abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen
- Allgemeine Ingenieurvermessung und Terrainaufnahmen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'024'391	1'109'258	1'135'422
Erlös	1'084'186	1'163'506	1'157'102
Nettokosten	-59'795	-54'248	-21'679
Kostendeckungsgrad in %	106.0	105.0	102.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Kostendeckungsgrad in % - Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	106.0	100.0	100.0 100.0

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Arbeitsleistung aufgrund kantonaler Honorarsätze (ohne Drittleistungen) in CHF	951'131	1'050'000	1'035'000

Produkt 2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Leistungen

- Unterhalt und Erneuerung des Fixpunktnetzes
- Erneuerung des Vermessungswerkes gemäss den Vorschriften der amtlichen Vermessung 1993 (AV93)
- Unterhalt und Pflege der Bestandteile der amtlichen Vermessung
- Neuvermessungen
- Unterhalt der Grundstücksregister

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	632'318	652'734	661'017
Erlös	124'372	153'420	110'743
Nettokosten	507'945	499'314	550'275
Kostendeckungsgrad in %	20.0	24.0	17.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Dienstanweisung zur Erneuerung des Vermessungswerkes: Mit Ausnahme des Gebiets im Altstadtkern sind die Daten der amtlichen Vermessung vollständig erneuert. - Dienstanweisung zur "Ersterhebung" des Altstadtkerns: Die Arbeiten zur Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadtkern sind angelaufen. - Dienstanweisung zur Erneuerung des Vermessungswerkes: Die Erneuerungsarbeiten inkl. Schlussbericht sind abgeschlossen und das Werk beim Kanton zur Verifikation eingereicht. - Einführung der elektronischen Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch - Ein Konzept zur Einpassung der städtischen Geodaten in das revidierte übergeordnete Fixpunktnetz liegt vor.	erfüllt erfüllt erfüllt -	- - - erfüllt	- - - erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Arbeitsleistung auf Basis der kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen) in CHF	602'085	650'000	640'000

Produkt 3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Leistungen

- Betrieb der Infrastruktur für das GIS-Winterthur
- Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der GIS-Daten
- Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen
- Betrieb einer Auskunftsstelle
- Gebäudeadressierung, Strassenbenennung
- Plan- und Datenausgabe
- Datenbearbeitung und -verwaltung für Dritte
- Diverse Verwaltungsaufgaben

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'433'046	1'255'350	1'387'763
Erlös	1'265'150	1'198'576	1'220'956
Nettokosten	167'896	56'774	166'807
Kostendeckungsgrad in %	88.0	95.0	88.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Technologische Entwicklung: ▪ Der Grunddatensatz der amtlichen Vermessung wird gemäss Datenbeschreibung der amtlichen Vermessung auf die INTERLIS-Schnittstelle ausgegeben. ▪ Die GIS-Strategie resp. das GIS-Leitbild liegt vor. ▪ Baubewilligungen sowie projektierte Bauten und Anlagen sind im GIS ersichtlich. ▪ Die GIS-Strategie resp. das GIS-Leitbild ist dem Stadtrat vorzulegen und anschliessend entsprechend dessen Beschluss umzusetzen. ▪ Im Rahmen des Projektes GIS-Töss ist das Teilprojekt GIS-Töss entsprechend dem noch zu treffenden Beschluss des Stadtrates umzusetzen. ▪ Abgleich der Gebäudedaten zwischen GWR-ZH, amtlicher Vermessung und der Applikation GemDat des Baupolizeiamtes. ▪ Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle. ▪ Der Internet-Stadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert. ▪ Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor. ▪ Im Intranet ist eine Informationsplattform zur Geoinformationsverarbeitung eingerichtet. ▪ Die zentralen Betriebskosten der Geodateninfrastruktur Winterthur werden nach einem neuen Verrechnungs- und Finanzierungsmodell veranschlagt, das einer angemessenen Entlastung der Datenproduzenten von den allg. Betriebskosten Rechnung trägt.	erfüllt als Entwurf erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen, Amortisation und Zinsen) in CHF			
▪ GIS Betriebsführung	584'730	510'000	620'000
▪ Datenausgabe, Auskünfte, Dienstleistungen und allgemeine Verwaltungsaufgaben	558'034	540'000	580'000

IAFP Vermessung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	3'100	3'017	3'184	3'184	3'184	3'184
Erlös	2'496	2'515	2'488	2'409	2'499	2'359
Nettokosten/Globalkredit	604	501	695	775	685	825
Kostendeckungsgrad in %	81	83	78	76	78	74

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	140	0	0	0	150	150	150	-310
Bewilligt	1'350	677	100	80	0	0	0	493
Gesamt	1'490	677	100	80	150	150	150	183

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %.	106.0	100.0	100.0	100	100	100
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. <i>a) Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden <i>b) Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	- 0.0	- 0.0	75.0 100.0	- 100.0	75 100.0	- 100.0
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. Wichtige Meilensteine: ▪ Die Geoinformationsstrategie 2007 liegt vor. ▪ Das erneuerte Vermessungswerk ist beim Kanton zur Verifikation eingereicht.	als Entwurf erfüllt	erfüllt -	- -			

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
- Die Arbeiten zur "Ersterhebung" der amtlichen Vermessung im Altstadtkern sind in Gang - Die Gebäudedaten des GWR-ZH, der amtlichen Vermessung und der Applikation GemDat des Baupolizeiamtes sind gegenseitig abgeglichen. - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Ein Konzept zu Einpassung der städtischen Geodaten in das revidierte übergeordnete Fixpunktnetz liegt vor. - Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle. - Der Internetstadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert. - Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor. - Abschluss der "Ersterhebung" der amtlichen Vermessung im Altstadtkern - Die neue Softwaregeneration "Topobase" ist eingeführt. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur können über das Internet elektronisch bestellt und bezogen werden. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur stehen zur Nutzung mit mobilen Geräten zur Verfügung. - Die Daten der städtischen Geodateninfrastruktur sind in das übergeordnete Fixpunktnetz integriert.	erfüllt	- erfüllt erfüllt	- erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt	 erfüllt	 erfüllt erfüllt erfüllt	 erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur sind mittels Ergänzungsmessungen, Interpolation und Transformation in das vom Kanton revidierte übergeordnete Fixpunktnetz (Bezugsrahmen) einzupassen.
- Entlang der Gemeindegrenze sind die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur mit den umliegenden Gemeinden abzugleichen.
- Die heute mit einem Medienbruch betriebene Schnittstelle zwischen der amtlichen Vermessung und der Applikation GGX des Steueramtes muss automatisiert werden.
- Das kantonale Vertriebsportals für Daten der amtlichen Vermessung ist in die Datenbewirtschaftungs- und -bereitstellungsprozesse des Vermessungsamtes einzubeziehen. Der Datenaustausch mit dem kantonalen GIS ist zu fördern.
- Im Altstadtkern ist die Ersterhebung der amtlichen Vermessung abzuschliessen.
- Eine Revision der Verordnung über die Strassenbenennung und Gebäudeadressierung ist zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.
- Betreffend Unterhalt des städtischen Nivellementnetzes ist ein Konzept und Massnahmenplan auszuarbeiten.
- Das Geografische Informationssystem (High-End-GIS-, Desktop-GIS- sowie Web-GIS-Anwendungen) ist vollständig zu erneuern. Die vorhandenen Geodaten sind in die neue Plattform zu überführen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Das Auftragsvolumen im Produkt 1 kann von Jahr zu Jahr um mehr als Fr. 100'000.-- schwanken. Im Rahmen des Budgetierungsprozesses ist leider weder der Trend noch das Ausmass der Schwankung verlässlich vorhersehbar.
- Auch die Beitragszahlungen von Bund und Kanton an die amtliche Vermessung unterliegen grossen Schwankungen. Diese sind allerdings i.d.R. planbar. Abweichungen von der Planung können sich ergeben, wenn Bund oder Kanton aufgrund von Engpässen eine Zahlung verschieben müssen oder falls das Genehmigungs- und Anerkennungsverfahren bei Bund und Kanton zeitlich anders verlaufen als geplant.
- Ab dem Jahr 2009 ist geplant, die Geodatenproduzenten (Amt für Städtebau, Tiefbauamt, Stadtwerk, etc.) von den allgemeinen Koordinationskosten der Geodateninfrastruktur angemessen zu entlasten. Koordinationsaufwendungen zu Gunsten der gesamten Stadtverwaltung sollen künftig vermehrt dem Globalkredit des Vermessungsamtes belastet werden. Dies wird zu einer deutlichen Erhöhung des Globalkredits führen, wobei es sich hier um innerstädtische Verschiebungen handelt.

Baupolizei

Auftrag

- Speditive Abwicklung der baurechtlichen Bewilligungsverfahren im Rahmen der Organisation Bauaufsicht
- Gewährleistung des (baulichen) Brandschutzes, der Sicherheit der Aufzugsanlagen und der Feuerungskontrolle sowie des technischen Umweltschutzes (Asbest, Lärm, Wärmedämmung, technische Ausrüstungen)
- Energieplanung
- Rechtsberatung und Prozessführung im Planungs-, Bau- und Umweltschutzrecht
- Spezielle Projektleitungen

Produkte

1 Bauaufsicht

Bauberatung, Baubewilligungen und Baukontrolle

2 Technische Bewilligung und Kontrollen

Brandschutz, Feuerungskontrolle, Aufzugskontrolle und Techn. Umweltschutz

3 Spezialaufgaben

Rechtsberatung und Prozessführung, spezielle Projektleitungen, Mutationen und Reklamen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Baubewilligungsverfahren Winterthur

Broschüre, 3. Auflage vom August 2000

Rechtsgrundlagen gemäss Verzeichnis Seite 31 - 34
und den seither eingetretenen Änderungen/Ergänzungen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Baubewilligungsverfahren Winterthur

Broschüre, 3. Auflage vom August 2000

Rechtsgrundlagen gemäss Verzeichnis Seite 35 - 37
und den seither eingetretenen Änderungen/Ergänzungen

Stufe Verwaltungseinheit

Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Dr. Störi Fridolin

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts- Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen <i>Messung / Bewertung:</i> - Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %)	91	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	74 106 65	70 10 83	70 100 83
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen <i>Messung / Bewertung:</i> Baubewilligungen - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	26 53 71 86	30 60 90 100	30 60 90 100
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben <i>Messung / Bewertung:</i> Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	100 100 30	100 100 30	100 100 30
5 Umweltschutz (Ökologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes <i>Messung / Bewertung:</i> - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	80 90 10	80 90 10	80 90 10

Ad 1. Grundsatz, gewonnene Rechtsmittelverfahren: Die gewonnene Rechtsmittelfverfahren werden inkl. formelle Erledigungen gemessen.

Ad 4. Sicherheit, gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: Die gesetzliche Vorgabe für alle Anlagen ist 100 %, auch für die Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	1'439'554	1'623'131	1'754'723

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Der Globalkredit erhöht sich im Voranschlag 2008 geringfügig um rund Fr. 34'000.-- auf 1'657'000.--. Das Ergebnis wird im Wesentlichen durch die Zunahme bei den Personalaufwendungen beeinflusst, die durch höhere Erträge zum grössten Teil kompensiert werden können.
- Der höhere Personalaufwand resultiert aus der zentral budgetierten Positionen "Lohnsteigerung und der Realloohnerhöhung" (im Voranschlag 2007 nicht in der PG enthalten).
- Zugleich erhöht sich der Personalaufwand durch eine zusätzlich budgetierte 50 %-Stelle. Diese Aufstockung steht im Zusammenhang mit zusätzlichen Vollzugsaufgaben im Rahmen der Lärmschutzverordnung (IGW), bei der Energieplanung, bei der Überprüfung und Bearbeitung von Baugesuchen für Mobilfunk-Antennenanlagen sowie bei der Überwachung von Asbestsanierungen.
- Die externe Ertragszunahme ist vor allem auf höhere Gebühreneinnahmen von Dritten und des Kantons Zürich bei der Feuerpolizei zurückzuführen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Zur Rechnung 2006 erhöht sich der Globalkredit um rund Fr. 220'000.--. Die Zunahme des Globalkredits ist auf die zusätzlichen Vollzugsaufgaben im Baupolizeiamt zurückzuführen.
- Die Gesamterhöhung des Personalaufwandes steht zudem im Zusammenhang mit der oben erwähnten, zentral budgetierten Lohnpositionen sowie der Rentensteigerung (im Jahr 2006 unter dem Kto. 39, übrige int. Kosten verbucht).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	4'376'381	4'547'594	4'788'460
Sachkosten	311'148	305'600	342'550
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	302'975	295'600	292'400
Übrige interne Kosten	501'257	353'008	550'413
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'491'761</i>	<i>5'501'802</i>	<i>5'973'823</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'491'761	5'501'802	5'973'823
Externe Erlöse	4'043'502	3'865'450	4'099'100
Interne Erlöse	8'705	13'221	120'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'052'207</i>	<i>3'878'671</i>	<i>4'219'100</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'052'207	3'878'671	4'219'100
Total Nettokosten/Globalkredit	1'439'554	1'623'131	1'754'723
Interne Kosten	804'232	648'608	842'813
Interne Erlöse	8'705	13'221	120'000
Total primäre Nettokosten*	644'027	987'744	1'031'910
Kostendeckungsgrad in % **	74	70	71

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	302'975	295'600	292'400
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	31.2	32.1	32.6
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	35(9)	35 (7)	37 (9)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Übernahme zusätzlicher periodischen Kontrollen vom Kanton Zürich
- Einführung Kontrolle Holzfeuerungen (Vorgabe Kanton)
- Aufarbeitung der Rückstände bei der Aufzugskontrolle
- Vorprojekt Immissionsgrenzwert Sanierung (IGW / Lärmschutz)
- Revision Energieplan (2000 Watt Gesellschaft vorbereiten)

Produkt 1 Bauaufsicht**Leistungen**

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren in allen Bereichen des formellen und materiellen Planungs-, Bau- und Umweltschutzrechts (soweit erforderlich unter Beizug der Spezialisten)
- Konsequente und effiziente Verfahrensleitung in allen baurechtlichen Bewilligungsverfahren
- Erteilung der Baubewilligung im Anzeigeverfahren bzw. Antragstellung in den übrigen Baubewilligungsverfahren so speditiv als möglich, längstens aber innerhalb der gesetzlichen Fristen
- Kontrolle der Bauten und Anlagen während der Bauphase bezüglich Uebereinstimmung mit den bewilligten Plänen und den gesetzlichen Vorschriften sowie bezüglich Sicherheit (Arbeitssicherheit im Auftrag der SUVA)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'908'801	1'983'211	2'111'638
Erlös	2'447'906	2'394'580	2'397'040
Nettokosten	-539'104	-411'369	-285'402
Kostendeckungsgrad in %	128.0	121.0	114.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen			
- Erteilung innert 1 Monat (in %)	26.0	30.0	30.0
- Erteilung innert 2 Monaten (in %)	53.0	60.0	60.0
- Erteilung innert 3 Monaten (in %)	71.0	90.0	90.0
- Erteilung innert 4 Monaten (in %)	86.0	100.0	100.0
Max. 1 % der Baurechtsentscheide müssen aufgehoben werden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Anzeigeverfahren (mit Audienzverfahren)	340	350	350
Anzahl ordentliche Baubewilligungsverfahren	500	450	450
Anzahl Bauabnahmen	690	800	700

Alle Leistungsmengen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 2 Technische Bewilligungen und Kontrollen**Leistungen**

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren im eigenen Fachbereich
- Erteilung der Bewilligungen im Rahmen der delegierten Kompetenzen bzw. Antragstellung zu Händen der verfahrensleitenden Stelle in allen Bewilligungsverfahren
- Umfassende Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit amtlicher Kontrolle bzw. stichprobenweise Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit privater Kontrolle

Leistungen

- Periodische Kontrollen nach den von der Amtsleitung festgelegten Prioritäten
- Weiterführung der Energieplanung

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'350'182	2'276'141	2'429'794
Erlös	1'386'075	1'246'784	1'456'196
Nettokosten	964'107	1'029'357	973'598
Kostendeckungsgrad in %	59.0	55.0	60.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kostendeckungsgrad der Rauchgaskontrolle in %	106.0	100.0	100.0
Kostendeckungsgrad der Aufzugskontrolle in %	65.0	83.0	83.0
Durchführung der gesetzlichen periodischen Kontrollen, Brandschutz (soll 100%):			
- Bauten mit 2-jährigem Kontrollturnus (in %)	100.0	100.0	100.0
- Bauten mit 4-, 6- und 8-jährigem Kontrollturnus (in %)	30.0	30.0	30.0
Durchführung/Überwachung aller Feuerungsanlagen bezüglich Einhaltung von Emissionsgrenzwerten nach Luftreinhalteverordnung (in %)	100.0	100.0	100.0
Überwachung Anforderung BBV I:			
Hygiene, Lärm, Wärmedämmung, Luftreinhaltung, technische Ausrüstungen			
- Stichprobenkontrolle (in %)	10	10	10

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Brandschutz			
Anzahl Vernehmlassungen	494	440	450
Periodische Gebäudekontrollen, Berichte:			
- Anzahl 2-jährig	58	30	50
- Anzahl 4-jährig	34	40	40
- Anzahl 6-jährig	89	95	90
- Anzahl 8-jährig	7	5	5
Kontrollen von Fall zu Fall	133	95	100
Feuerungskontrolle			
- Anzahl Bewilligungen	574	530	530
- Anzahl Sanierungen	36	150	150
- Anzahl Belästigungsklagen	25	10	10
Technischer Umweltschutz			
- Anzahl Vernehmlassungen	1'150	1'150	1'150
- Anzahl Baukontrolle	100	100	100
- Anzahl Stichproben Private Kontrollen	110	110	110

Die Mengen von Vernehmlassungen, Bewilligungen und Sanierungen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 3 Spezialaufgaben

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Baubehörde sowie der Bereiche, Ämter und Abteilungen im Departemen Bau in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts sowie des privaten Baurechts (inkl. Entwurf und Erlass von Verfügungen, Verhandlungsführung, Vertragsausarbeitung etc.)
- Beratung von Privaten in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts
- Führung von Rechtsmittelverfahren und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren
- Rechtsetzung: Erarbeitung von kommunalen Gesetzes-/Verordnungsentwürfen und Verfassen von Vernehmlassungen zu Gesetzes-/Verordnungsvorlagen des Kantons bzw. des Bundes
- Erteilung der Bewilligungen für Grenzänderungen und Reklamen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'198'784	1'242'450	1'432'391
Erlös	218'225	237'307	365'864
Nettokosten	980'559	1'005'143	1'066'527
Kostendeckungsgrad in %	18.0	19.0	26.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gewonnene Rechtsmittelverfahren (inkl. formelle Erledigungen) in % Max. 2 % der Baurechtlichen Entscheide zu den Reklamebewilligungen und Mutationen müssen aufgehoben werden	91 erfüllt	90 erfüllt	90 erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Rechtsmittelverfahren:			
- Anzahl erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren *	46	70*	50*
- Anzahl gewonnener und formell erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren **	42	63**	45**
- Anzahl erledigter Submissionsbeschwerden *	3	4*	3*
- Anzahl erledigter Strafverfahren (inkl. Einstellungen, Strafverfügungen und Überweisungen an Statthalter) **	16	30**	25**
Baurechtliche Entscheide:			
- Anzahl Reklamen *	128	120*	120*
- Anzahl Mutationen *	68	80*	80*

*) nicht beeinflussbare Leistungsmengen

**) nur bedingt beeinflussbare Leistungsmengen

IAFP Baupolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	5'491	5'501	5'973	5'979	6'004	6'014
Erlös	4'052	3'878	4'219	4'239	4'251	4'263
Nettokosten/Globalkredit	1'439	1'623	1'754	1'740	1'753	1'751
Kostendeckungsgrad in %	74	70	71	71	71	71

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	-10'681	0	0	0	0	0	0	-10'681
Bewilligt	11'451	207	80	300	0	0	0	10'864
Gesamt	770	207	80	300	0	0	0	183

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts- Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen. Messung: Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %) 	91	90	90	90	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in % 	74 106 65	70 10 83	70 100 83	70 100 95	70 100 100	70 100 100
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Baubewilligungen: - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %) 	26 53 71 86	30 60 90 100	30 60 90 100	30 60 90 100	30 60 90 100	30 60 90 100
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen (soll 100%): - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %) 	100 100 30	100 100 30	100 100 30	100 100 30	100 100 30	100 100 30
5 Umweltschutz (Oekologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes: - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %) 	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Projekt Fokus: Umzug
- Sanierung der Strassen mit Immissionsgrenzwert-Überschreitung, IGW (bis Jahr 2018)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Städtebau

Einleitung

Auftrag

Schaffen der raumplanerischen Voraussetzungen für eine gedeihliche Stadtentwicklung auf der Basis eines zukunftsgerichteten, effizienten und ressourcenschonenden Umgangs mit dem Boden. Bereitstellung von Grundlagen zur Förderung des optimalen stadtverträglichen Verkehrs in Verbindung mit einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Erstellung, Erneuerung und Unterhalt stadteigener Bauten unter Beachtung von Ökologie und Nachhaltigkeit. Abstimmung der Interessen zwischen Bauherrschaften und Bevölkerung. Erhaltung und Pflege der bestehenden Baukultur und Förderung einer innovativen städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der Stadt.

Produkte

1 Raum- und Verkehrsplanung

Bereitstellen von Planungsgrundlagen (inkl. Verkehrsdaten); Richt- und Nutzungsplanung (inkl. Bau- und Niveaulinien) sowie Sondernutzungsplanungen (Gestaltungspläne, Sonderbauvorschriften, Quartier- und Erschliessungspläne) gemäss den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung; Prüfung von Bauvorhaben hinsichtlich Übereinstimmung mit Planungszielen und -vorgaben; Planung und Steuerung der Verkehrsinfrastruktur.

2 Denkmalpflege

Bereitstellen von Unterlagen, Beauftragen von Schutzabklärungen und Beratung bei der Renovation von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses im kommunalen Inventar der schutzwürdigen Kulturdenkmäler sowie bei Neu- und Umbauten in Ortsbildschutzzonen; Führen der Fachgruppe Denkmalpflege; Beraten und Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Fragen der Erhaltung von Baudenkmälern.

3 Stadtgestaltung, Wettbewerbe

Bereitstellen von Unterlagen und Beratung von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses; Gestalterische Begutachtung von Baugesuchen (private und städtische); Führen der Fachgruppen Stadtgestaltung; Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben.

4 Hochbauten

Planen, Bauorganisation, Begleitung der städtischen Hochbauten und Unterhalt optimiert nach funktionalen, konstruktiven, ökonomischen, ökologischen und gestalterischen Vorgaben. Umsetzung von Kunst am Bau.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Raumplanungsgesetz (RPG) und Raumplanungsverordnung (RPV)
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich (PBG) inkl. Verordnungen
- Besondere Bauverordnung (BBV)
- Kantonale Richtpläne (Siedlung und Landschaft; Verkehr; Versorgung; Entsorgung; Öffentliche Bauten und Anlagen)
- SIA Normen, VSS Normen
- Strassenverkehrsrecht (Bund); Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) inkl. Verordnungen
- Eidgenössische Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)
- Luftreinhalteverordnung (LRV); Lärmschutzverordnung (LSV)
- Energiegesetz (EnG) inkl. Verordnung (EnV)
- Brandschutzrichtlinien, Vereinigung kantonaler Feuerungsversicherungen (VKF)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Richtpläne Siedlung und Landschaft, Verkehrspläne
- Sondernutzungspläne
- Allg. Bedingungen der Stadt Winterthur für die Ausführung von Bauarbeiten vom 4.3.83
- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Energieplan für die Stadt Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- SRB über die Nachhaltigkeit: Energieoptimierung öffentlicher Bauten
- Inventar der schutzwürdigen Bauten von kommunaler Bedeutung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Michael Hauser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Grundlagen <u>1.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Erstellen des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter <u>1.2 Denkmalpflege</u> Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen) Anzahl erarbeitete Projekte <u>1.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele) Anzahl erarbeitete Grundlagen			Erfüllt 20 5
2 Vernetzen und informieren <u>2.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund Anzahl Veranstaltungen <u>2.2 Denkmalpflege</u> Anzahl Veranstaltungen und Führungen daraus erreichte Besucherzahl <u>2.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse			8 6 1'000 6.00
3 Beraten und Beurteilen <u>3.1 Denkmalpflege</u> Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in % <u>3.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben. Anzahl Aktivitäten Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in % <u>3.3 Hochbauten</u> Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	5	5	80 10 80 5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren <u>4.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen Planung von Strassenräumen und Plätzen Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen <u>4.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren Anzahl Verfahren <u>4.3 Hochbauten</u> Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in % Kostendeckungsgrad Bauherreneigenleistungen in % vom Gesamtaufwand			Erfüllt Erfüllt 10 100.0 40.00
5 Nachhaltigkeit fördern <u>5.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung. Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten <u>5.2 Denkmalpflege</u> Anzahl Schutzobjekte konstant halten Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen <u>5.3 Hochbauten</u> Reduktion des Energieverbrauchs bei sanierten Heizungsanlagen in %	21.8	15.0	20 136 3 10.0

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten (zertifiziert)			
▪ Anzahl Neubauten			1
▪ Anzahl Renovationen			1

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	6'269'750	6'129'938	6'292'841

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Die PG Städtebau ist die Folge der Organisationsentwicklung Planung / Hochbau und tritt ab dem Jahr 2008 in Kraft. Diese setzt sich aus der Konsolidierung der PG Stadtplanung und PG Hochbau zusammen (gültig bis Ende 2007). Zur Darstellung der Nettokosten/Globalkredit wurden die Daten der heute bestehenden Produktgruppen zusammengezogen.
- Der Globalkredit der neuen PG Städtebau erhöht sich um rund Fr. 50'000.--. Die geringeren Sachkosten sowie die tieferen Erträge stehen vor allem im Zusammenhang mit der Heiz- und Nebenkostenabrechnung der Liegenschaft Brühlgut, die nicht mehr in der PG Städtebau erstellt wird. In der Folge entfallen die entsprechenden Kosten sowie die kostendeckenden Erträge.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Gegenüber der Rechnung 2006 verbessert sich der Globalkredit im Voranschlag 2008 um rund Fr. 90'000.--. Die Ergebnisverbesserung wird durch den Wegfall eines Beitrages der Denkmalpflege sowie geringere Personalkosten erzielt. Dabei ist zu beachten, dass die Personalkosten im Voranschlag 08 eine Rententeuerung von rund Fr. 220'000.-- beinhalten. Dieser Sachverhalt wurde bis anhin als übrige interne Kosten verbucht.
- Die Veränderungen im Sachaufwand und Ertrag ist auf die oben erwähnte Heiz- und Nebenkostenabrechnung zurückzuführen. Der Ertrag aus Quartierpöden fiel im Jahr 2006 durch die Vornahme diverser Abrechnungen einmalig hoch aus.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	5'619'923	5'649'851	5'735'985
Sachkosten	871'977	888'900	772'638
Beiträge an Dritte	128'773	79'000	80'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	470'225	467'700	477'000
Übrige interne Kosten	629'332	391'908	431'918
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'720'230</i>	<i>7'477'359</i>	<i>7'497'541</i>
Verrechnungen innerhalb PG	21'900	21'900	11'900
Total effektive Kosten	7'698'330	7'455'459	7'485'641
Externe Erlöse	1'404'793	1'298'800	1'179'300
Interne Erlöse	45'687	48'621	25'400
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'450'480</i>	<i>1'347'421</i>	<i>1'204'700</i>
Verrechnungen innerhalb PG	21'900	21'900	11'900
Total effektive Erlöse	1'428'580	1'325'521	1'192'800
Total Nettokosten/Globalkredit	6'269'750	6'129'938	6'292'841
Interne Kosten	1'077'657	837'708	897'018
Interne Erlöse	23'787	26'721	13'500
Total primäre Nettokosten*	5'215'880	5'318'951	5'409'323
Kostendeckungsgrad in % **	19	18	16

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	468'298	467'700	475'700
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	36.1	37.1	37.1
▪ Lehrverhältnisse	0.0	2.0	2.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	38 (8)	40 (8)	40 (9)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Konsolidierung der neuen Amtskultur zusammen mit allen Mitarbeitenden (Erarbeiten und Kommunikation von Amtszielen; Fördern gemeinsamer, abteilungsübergreifender Erfahrungen etc.).
- Umsetzung der neuen Sekretariatsorganisation (Sekretariatspool anstelle von Amts- und Abteilungssekretariaten).
- Schulung der Grundsätze einer prozess- und projektorientierten Arbeitsweise.
- Durchführung der Auszeichnung für baukulturelle Leistungen in Zusammenarbeit mit Dritten.
- Erarbeitung einer Verkehrsstrategie mittels Zukunftsszenarien unter Einbezug der Stadtratsebene.
- Überprüfen von Rolle und Arbeitsweise der Fachgruppen Denkmalpflege und Stadtgestaltung.
- Stadtgestaltung / Wettbewerbe: Ausrichtung der Beratung in Hinblick auf kommende Herausforderungen (Grossprojekte, Entwicklungsgebiete, PPP-Projekte).
- Hochbauten: Aufbau der Fachkompetenz Projektentwicklung (Szenarien erarbeiten und zum Entscheid bringen, Planerwahlverfahren durchführen, Einhaltung von Qualitätszielen bei der Umsetzung, Kommunikation).
- Hochbauten: Formulierung von Massnahmen aufgrund der aktualisierten Haustechnik-Aufgaben und schrittweise Umsetzung gemeinsam mit den intern und extern beteiligten Personen.

Produkt 1 Raum- und Verkehrsplanung**Leistungen**

- Richt- und Nutzungsplanung gemäss Begehren aus Politik, Verwaltung und Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung.
- Erarbeitung und Antragstellung von öffentlichen Sondernutzungsplanungen
- Beratung bei Planungsinstrumenten
- Beratung und Koordination in Verkehrsfragen
- Erheben von Verkehrsdaten

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten			1'780'436
Erlös			112'500
Nettokosten			1'667'936
Kostendeckungsgrad in %			6

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Prozesse gestalten, leiten und moderieren Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen			Erfüllt
▪ Messung: Erarbeitung von Standardabläufen / -terminen Planung von Strassenräumen und Plätzen			Erfüllt
▪ Messung: Erarbeitung von Standardabläufen / -terminen			
Nachhaltigkeit fördern Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung			20
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten			1
Massnahmen zur baulichen Verdichtung			3
▪ Anzahl erstellte Massnahmen			
▪ Anzahl laufende Massnahmen			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Nicht Bauzone gesamt in ha			4'934.7
▪ Bauzone gesamt in ha			1'872.5
Bauzone überbaut			
▪ Bauzone überbaut gesamt in ha			1'688.9

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Bauzone nicht überbaut			
▪ Bauzone nicht überbaut gesamt in ha			184.3
▪ davon rechtskräftig erschlossen in ha			130.2
▪ davon nicht erschlossen in ha			54.1
▪ Anzahl laufende Quartierpläne, Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften			8
▪ Anzahl Strassen- und Platzprojekte			2

Produkt 2 Denkmalpflege

Leistungen

- Bereitstellung von Grundlagen für die Erhaltung des baulich kulturellen Erbes
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit im Umgang mit historischer Bausubstanz
- Mitwirkung in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich Denkmalpflege und Ortsbildschutz

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten			665'430
Erlös			5'500
Nettokosten			659'930
Kostendeckungsgrad in %			1

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Grundlagen			
Erarbeiten von Artikeln und Publikationen			
▪ Anzahl erstellte Artikel und Publikationen			1
Vernetzen und informieren			
Vernetzung mit anderen Städten			
▪ Anzahl Veranstaltungen, Anlässe			4

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anzahl inventarisierte Objekte absolut			1'156
▪ Anzahl inventarisierte Objekte in % des gesamten Gebäudebestandes			6.3
▪ Anzahl Schutzobjekte absolut			136
▪ Anzahl Schutzobjekte in % des gesamten Gebäudebestandes			0.7
▪ Fläche der Kernzone im Verhältnis zu sämtlichen Bauzonen			5.7
Geschäftsfälle			
▪ Geschäftsfälle Gesamt			300
▪ davon Anzahl Baugesuche zu Inventar- und Schutzobjekten			70
▪ davon Anzahl Baugesuche in Kernzonen			30

Produkt 3 Stadtgestaltung / Wettbewerbe

Leistungen

- Bereitstellen von Grundlagen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadt mit städtebaulicher und gestalterischer Qualität
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit in Fragen der Stadtgestaltung und des Umgangs mit der bestehenden Bausubstanz
- Mitwirken in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich der Stadtgestaltung
- Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten			932'591
Erlös			1'800
Nettokosten			930'791
Kostendeckungsgrad in %			0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Grundlagen Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen ▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen			5
Prozesse gestalten, leiten und moderieren Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Anliegen			10

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anzahl begleitete Studien und Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl selbst durchgeführte Studien und Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Baugesuche ▪ Anzahl Berichte in der Tages- und Fachpresse			7 3 650 6

Produkt 4 Hochbauten

Leistungen

- Führen der Planung und Realisierung von städtischen Hochbauvorhaben in der Investitionsrechnung (Neu- und Umbauten sowie Sanierungen) im Auftrag des Stadtrates
- Führen der baulichen und haustechnischen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten aller städtischen Liegenschaften im Auftrag der Eigentümer (Nutzerdepartement)
- Bereitstellen von Entscheidungsgrundlagen zur optimalen Erhaltung und Entwicklung der städtischen Liegenschaften

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten			4'119'084
Erlös			1'084'900
Nettokosten			3'034'184
Kostendeckungsgrad in %			26

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Beraten und beurteilen			
▪ Begleiten durch den politischen Prozess. Anzahl Projektverstellungen (BA, SR, GGR, Öffentlichkeit)			10
▪ Bauherrenaufwand in der laufenden Rechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)	192	210	210
▪ Bauherrenaufwand in der Investitionsrechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)	46	65	65

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Betreute Liegenschaften von der Stadt Winterthur	556	556	556
▪ Anzahl Anträge für den Stadtrat	40	30	30
Projekte im Rahmen der laufenden Rechnung			
▪ Anzahl laufende Projekte	812	800	800
▪ Bauvolumen (Total Zahlungen in CHF)	5'548'000	5'500'000	5'500'000
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	6'800	6'800	6'800
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung unter 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	84	100	95
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	1'076'000	1'253'000	1'164'000
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung über 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	8	10	10
Investitionen gesamt			
▪ Gesamtes Bauvolumen in der Investitionsrechnung (Total Zahlungen in CHF)	29'861'000	32'000'000	32'000'000

IAFP Städtebau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	7'698	7'455	7'485	7'606	7'511	7'486
Erlös	1'428	1'325	1'192	1'193	1'193	1'193
Nettokosten/Globalkredit	6'269	6'129	6'292	6'413	6'318	6'293
Kostendeckungsgrad in %	19	18	16	16	16	16

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	-150	0	0	0	100	0	0	-250
Bewilligt	720	0	0	570	0	0	0	150
Gesamt	26'350	1'255	1'200	1'570	800	800	500	20'225

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Grundlagen						
<u>1.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
▪ Erstellung des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter			Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1.2 Denkmalpflege Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen) ▪ Anzahl erarbeitete Projekte			20	20	20	20
1.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele) ▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen			5	5	5	5
2 Vernetzen und informieren 2.1 Raum- und Verkehrsplanung Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund ▪ Anzahl Veranstaltungen			8	8	8	8
2.2 Denkmalpflege ▪ Anzahl Veranstaltungen und Führungen ▪ daraus erreichte Besucherzahl			6 1'000	6 1'000	6 1'000	6 1'000
2.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe ▪ Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse			6.0	6	6	6
3 Beraten und Beurteilen 3.1 Denkmalpflege ▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %			80	80	80	80
3.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben. ▪ Anzahl Aktivitäten ▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %			10 80	10 80	10 80	10 80
3.3 Hochbauten ▪ Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	5	5	5	5	5	5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren 4.1 Raum- und Verkehrsplanung Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen ▪ Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen Planung von Strassenräumen und Plätzen ▪ Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen			Erfüllt Erfüllt	Erfüllt Erfüllt	Erfüllt Erfüllt	Erfüllt Erfüllt
4.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Verfahren			10	10	10	10
4.3 Hochbauten ▪ Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in % Kostendeckungsgrad ▪ Bauherrneigenleistungen in % vom Gesamtaufwand			100.0 40.0	100.0 40	100.0 40	100.0 40
5 Nachhaltigkeit fördern 5.1 Raum- und Verkehrsplanung Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung. Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele ▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten			20	20	20	20

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
<u>5.2 Denkmalpflege</u>						
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten			136	136	136	136
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen			3	3	3	3
<u>5.3 Hochbauten</u>						
▪ Reduktion des Energieverbrauchs bei sanierten Heizungsanlagen in % Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten (zertifiziert)			10.0	10.0	10.0	10.0
▪ Anzahl Neubauten			1	0	0	1
▪ Anzahl Renovationen			1	1	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Nach der Konsolidierung vom neuen Amt für Städtebau steht in den folgenden Jahren die Vernetzung im Vordergrund. Das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Bedeutung von Städtebau und Architektur als langfristige Standortqualität von Winterthur soll geschärft werden. Die überkommunale Vernetzung (Positionierung der Städte etc.) bildet für die effiziente Weiterentwicklung des Amtes für Städtebau (Wissensübertragung) und für das Sicherstellen von Innovationen ein zentrales Fundament.
- Stetige amtsinterne Schulung
- Durchführung einer Veranstaltung "Stadtlandschaft Winterthur"
- Ständige Weiterentwicklung einer für Kunden, Eigentümer- und Nutzervertretern transparente, annimierende, nachvollziehende und verbindliche Beratung.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Polizeirichteramt

Auftrag

Rechtmässige und sachgerechte Bearbeitung der eingehenden Verzeigungen mittels Erlass von Verfügungen (Strafverfügungen, Einstellungen, Abtretungen). Bearbeitung der Einsprachefälle, gegebenenfalls mittels Durchführung von Strafuntersuchungen einschliesslich abschliessender Verfügungen. Vollzug der rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide (Inkasso, Nachentscheide betreffend gemeinnützige Arbeit, Bussenumwandlungen, Vollzugsaufträge). Leisten von Rechtshilfe für andere Amtsstellen.

Produkte

1 Übertretungsstrafverfahren

Erledigung der im Rahmen des Auftrages anfallenden Arbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Strafgesetzbuch, Jugendstrafgesetz
- weitere bundesrechtliche Erlasse (SVG, BetmG, TG, ANAG usw.)
- Gerichtsverfassungsgesetz des Kantons Zürich
- Strafprozessordnung des Kantons Zürich
- (kantonale) Verordnung über die Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht des Bundes
- weitere kantonale Erlasse

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnung des Stadtrates
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- weitere städtische Erlasse
- Stadtratsbeschlüsse

Stufe Verwaltungseinheit

- interne Bussenlisten

Verantwortliche Leitung

Heiner Graf

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit Akzeptanz der Bussen-/Strafverfügungen durch die Gebüssten <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis Einsprachen/Bussen-/Strafverfügungen in % Verhältnis Einspracherückzüge/Einsprachen in %	5.41 47.03	7.00 58.00	6.00 52.00
2 Erledigung der Fälle Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis Erledigungen / Verzeigungen in % Verhältnis Erledigungen / Einsprachen in %	88.75 82.92	90.00 85.00	90.00 85.00

Verzeigungen und Einsprachen = Pendenzen Anfang Jahr + Zugänge

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	-1'622'170	-1'598'134	-1'799'813

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Im Voranschlag 2007 konnten die positiven Auswirkungen der im Jahr 2006 angefallenen höheren Geschäftslast (massiver Anstieg der neu eingehenden Verzeigungen) bzw. des dadurch bewirkten hohen Anstiegs bei den erlassenen Bussenverfügungen auf das Jahresergebnis 2006 noch nicht berücksichtigt werden. Sie fanden jedoch Eingang in das Arbeitsbudget 2007, welches trotz Mehraufwand bei den Personalkosten eine Verbesserung des Jahresergebnisses um rund Fr. 142'000 vorsieht. Dieser Trend wird nun auch dem Voranschlag 2008 zugrunde gelegt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Im Vergleich zum Geschäftsgang des Jahres 2006 kann nochmals mit einem gewissen Anstieg der Fallzahlen gerechnet werden. Dies lässt eine erneute Verbesserung des Jahresergebnisses erwarten. Im Übrigen wird verwiesen auf die Begründung zur Abweichung Voranschlag 2007/2008.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	869'577	877'489	910'698
Sachkosten	1'022'325	305'100	336'906
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	16'395	19'100	16'600
Übrige interne Kosten	71'919	56'577	70'624
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'980'216</i>	<i>1'258'266</i>	<i>1'334'828</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	1'980'216	1'258'266	1'334'828
Externe Erlöse	3'602'386	2'856'400	3'134'000
Interne Erlöse	0	0	641
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'602'386</i>	<i>2'856'400</i>	<i>3'134'641</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'602'386	2'856'400	3'134'641
Total Nettokosten / Globalkredit	-1'622'170	-1'598'134	-1'799'813
Interne Kosten	88'314	75'677	87'224
Interne Erlöse	0	0	641
Total primäre Nettokosten*	-1'710'484	-1'673'811	-1'886'396
Kostendeckungsgrad in % **	182	227	235

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	59'000	61'900	60'600
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	7,5	7,5	7,5
▪ Lehrverhältnisse	0,0	0,0	0,0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	7,5 (1,5)	7,5 (1,5)	7,5 (1,5)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Ersatz der mehr als fünf Jahre alten EDV-Geräte, insbesondere der PCs und Bildschirme an den Arbeitsplätzen.

Produkt 1 Uebertretungsstrafverfahren

Leistungen

- Beurteilung der zur Anzeige gebrachten Fälle aus dem Bereich des Übertretungsstrafrechts des Bundes (Allgemeines Strafrecht, Strassenverkehr, Betäubungsmittelkonsum, Benützung öffentlicher Verkehrsmittel usw.), des Kantons Zürich (Gastwirtschaftswesen, Gesundheitswesen usw.) und der Stadt Winterthur (Allgemeine Polizeiverordnung, Einwohnermeldewesen, Benützung des öffentlichen Grundes usw.).
- Durchführung von Strafuntersuchungen in Einsprachefällen
- Auskünfte an Beteiligte im Rahmen hängiger Verfahren einschliesslich Einschätzung der Chancen und Risiken bei Weiterführung des Verfahrens
- Rechtshilfe für andere Amtsstellen (meistens Einvernahmen von in Winterthur wohnhaften Personen)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'980'216	1'258'266	1'334'828
Erlös	3'602'386	2'856'400	3'134'641
Nettokosten	-1'622'170	-1'598'134	-1'799'813
Kostendeckungsgrad in %	182.0	227.0	235.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Verhindern des Anstiegens der Pendenzenzahlen (Pendenzen/Einsprachen).	1'455/118	1'100/100	1'455/118

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Verzeigungsfälle			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	1'146	1'100	1'455
▪ Neueingänge	11'792	9'500	12'400
▪ Bussenverfügungen/Strafverfügungen	10'804	8'750	11'600
▪ Sonstige Erledigungen	679	750	800
▪ Pendenzen Ende Jahr	1'455	1'100	1'455
Einsprachen			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	107	100	118
▪ Neue Einsprachen	584	612	696
▪ Rückzüge	239	300	309
▪ geänderte Bussenverfügungen/Strafverfügungen	86	107	114
▪ Aufhebungen	109	80	120
▪ Überweisung an Bezirksgericht	23	25	28
▪ Sonstige Erledigungen	116	100	125
▪ Pendenzen Einsprachen Ende Jahr	118	100	118
Beurteilung der überwiesenen Fälle durch Bezirksgericht			
▪ Verurteilungen (Schuldsprüche)	16	16	16
▪ Freisprüche	10	10	10
erledigte Rechtshilfegesuche	2	2	2

IAFP Polizeirichteramt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	1'980	1'258	1'334	1'419	1'519	1'519
Erlös	3'602	2'856	3'134	3'250	3'400	3'450
Nettokosten/Globalkredit	-1'622	-1'598	-1'799	-1'831	-1'881	-1'931
Kostendeckungsgrad in %	182	227	235	229	224	227

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	276	186	0	0	0	0	0	90
Gesamt	276	186	0	0	0	0	0	90

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit						
Akzeptanz der Bussen-/Strafverfügungen durch die Gebüssten						
Messung / Bewertung:						
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung						
Messgrössen:						
Verhältnis Einsprachen/Bussen- /Strafverfügungen in %	5.4	7.0	6.0	6	6	6
Verhältnis Einspracherückzüge/Einsprachen in %	47.0	58.0	52.0	52	52	52
2 Erledigung der Fälle						
Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle						
Messung / Bewertung:						
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung						
Messgrössen:						
Verhältnis Erledigungen / Verzeigungen in %	88.7	90.0	90.0	90	90	90
Verhältnis Erledigungen / Einsprachen in %	82.9	85.0	85.0	85	85	85

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Seit längerem befinden sich die vom Polizeirichteramt genutzten Räumlichkeiten an drei verschiedenen Standorten in der Stadt Winterthur. Dies behindert die Arbeitsabläufe und die interne Kommunikation. Daher sollen in den nächsten Jahren alle Arbeitsräume des Amtes und das Archiv an einem einzigen Standort zusammengelegt werden, sei dies im Rahmen des gesamtstädtischen Projekts FOKUS oder im Rahmen einer anderen Lösung.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

In den letzten paar Jahren ist beim Polizeirichteramt ein anfänglich relativ mässiger, zuletzt jedoch sprunghafter Anstieg der eingehenden Verzeigungen zu verzeichnen. Eine Umkehr dieser Tendenz ist nicht auszumachen, weshalb nicht nur für das Jahr 2007, sondern auch für die folgenden Jahre mit einer anhaltend hohen Geschäftslast gerechnet werden muss. Ob diese auch künftig mit dem seit mittlerweile sieben Jahren unveränderten Personalbestand bewältigt werden kann, erscheint fraglich.

Stadtpolizei

Auftrag

- Sicherheitspolizeidienst und Mitwirkung beim Kriminalpolizeidienst
- Verkehrspolizeidienst
- Verwaltungspolizeidienst

Produkte

1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Sichtbare Präsenz der Polizei; periodische Kontrollen an öffentlichen Orten; Angebot eines bevölkerungsfreundlichen Kontakts zur Polizei (Quartierpolizei); Schutz gefährdeter Objekte durch Einsatz von Technik und/oder Personal der Polizei; sämtliche Massnahmen, die einen geordneten, möglichst unfallfreien Verkehrsfluss sicherstellen; Erteilung und Kontrolle von Bewilligungen

2 Ereignisbewältigung

Intervention bei Verkehrsunfällen (Sicherung, Rettung, Tatbestandsaufnahme, Erstbetreuung von Ereignisbetroffenen); Einsatz bei Grossanlässen (z.B. Albanifest, Fasnacht, Sportanlässe, Demonstrationen); Intervention bei Delikten; schneller und verhältnismässiger Einsatz bei Konflikten; Bewältigung von Grossereignissen und Katastrophenfällen

3 Ermittlung/Aufklärung

Suchen von Personen und Gegenständen (ohne kriminalistische Fahndung); Ermittlung bei Delikten; Festhalten von Sachverhalten (z.B. Verlustanzeigen von Ausweisen, Aufnahme von Verlustprotokollen bei Fahrzeugdiebstählen); Personen- und Sachfahndung bei Vermutung bzw. Vorliegen eines kriminellen Hintergrundes; Erstellen von Ermittlungsrapporten zu Händen dritter Stellen

4 Information/Schulung

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; Prävention; Ausbildung von Dritten; Verkehrsschulung

5 Polizeinahe Dienstleistungen

Gewähren von Rechtshilfe; Ausführen von Transporten; Betreiben eines Fundbüros; Erstellen von Gutachten, Beratungen; Lebensraumschutz (Flurpolizei); Verkehrstechnik; Betrieb der Verkehrsregelungsanlagen; Inkasso für den ärztlichen Notfalldienst; Foto- und Kopierarbeiten für Amtsstellen und Dritte; Lärmmessungen für Dritte; Vermietung von Signalisationsmaterial und mobilen Lichtsignalanlagen; Durchführen von Wochen-, Jahr-, Floh- und Kunsthandwerkmärkten

6 Kontrolle ruhender Verkehr

Nachtparkieren; Bewirtschaften öffentlicher Parkplätze; Parkraumüberwachung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bund unter anderem: Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG)

Kanton unter anderem: Gesetz betreffend den Strafprozess (Strafprozessordnung) vom 4. Mai 1919; Polizei-Organisationsgesetz vom 29. November 2004

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur vom 26. April 2004; Organisations- und Dienstreglement der Stadtpolizei Winterthur (Polizeireglement) vom 19. Dezember 1986; Dienstkleiderreglement Polizeikorps vom 30. November 1984; Zuständigkeitsordnung der Stadt Winterthur zur kantonalen Verordnung über den Vollzug des Strassensignalisationsrechts des Bundes vom 12. November 1980 vom 4. November 1981; Verordnung betreffend die Ausnahmbewilligungen zur signalisierten Strassenverkehrsvorschriften vom 22. Juni 1988; Vorschriften über das unbeschränkte Parkieren in blauen Zonen (Parkkartenvorschriften) vom 17. Juni 1987; Verordnung betreffend das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 31. Mai 1965; Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken vom 8. Juni 1979; Ladenschluss-Verordnung vom 12. November 1973; Verordnung über das Taxiwesen vom 11. Januar 1989; Tarifordnung für das Taxiwesen der Stadt Winterthur vom 13. März 2002; Winterthurer Marktordnung vom 12. Oktober 1983; Vollzugsvorschriften zur Gesetzgebung über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken vom 4. April 1990; Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 26. Oktober 1987

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

[illegible]

* 5 Minuten für Funkstreife; 10 Minuten für Alarmpikett

Kosten pro Einwohner/in 2006: 95'482 Personen (31.12.2004)

Kosten pro Einwohner/in 2007: 96'144 Personen (31.12.2005)

Kosten pro Einwohner/in 2008: 98'500 Personen

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	19'955'346	22'209'572	19'847'152

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Das Ergebnis des Voranschlags 2008 ist rund CHF 2'500'000 besser als das Ergebnis des Voranschlags 2007. Nach Abschluss der Polizeischule 2007 wird 2008 keine Polizeischule geführt. Die Kosten für die Grundausbildung entfallen. In den Sachkosten des Voranschlags 2007 sind einmalige Posten enthalten, die 2008 nicht mehr anfallen.

Die Bussenerträge wurden auf Grund der Einnahmen 2006 für das Jahr 2008 neu geschätzt. Die Schätzung für den Voranschlag 2007 war zu tief.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Die Abweichung des Voranschlags 2008 gegenüber der Rechnung 2006 entspricht einer Kostenreduktion von rund CHF 100'000. Nach Abschluss der Polizeischulen 2006 und 2007 wird im Jahr 2008 keine neue Polizeischule geführt. Dies führt zu Einsparungen im Bereich der Grundausbildung.

Die Busseneinnahmen werden auf Grund der erwarteten Inbetriebnahme neuer Rotlichtüberwachungsanlagen höher geschätzt.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	28'265'573	30'289'030	29'990'060
Sachkosten	4'415'118	4'545'800	3'850'698
Beiträge an Dritte	3'450	3'350	3'400
Residualkosten	9'285	9'200	43'600
Kalkulatorische Kosten	537'903	533'000	536'000
Übrige interne Kosten	2'374'638	1'871'592	2'021'780
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>35'605'967</i>	<i>37'251'972</i>	<i>36'445'537</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	8'000	0
Total effektive Kosten	35'605'967	37'243'972	36'445'537
Externe Erlöse	15'227'870	14'690'800	16'128'600
Interne Erlöse	343'908	301'600	369'786
Beiträge von Dritten	78'842	50'000	100'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'650'620</i>	<i>15'042'400</i>	<i>16'598'386</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	8'000	0
Total effektive Erlöse	15'650'620	15'034'400	16'598'386
Total Nettokosten/Globalkredit	19'955'346	22'209'572	19'847'152
Interne Kosten	2'921'826	2'405'792	2'601'380
Interne Erlöse	343'908	293'600	369'786
Total primäre Nettokosten*	17'377'428	20'097'380	17'615'558
Kostendeckungsgrad in % **	44	40	46

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	344'964	332'600	337'600
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	222.2	232.8	231.4
▪ Lehrverhältnisse (Polizeiaspirantinnen/Polizeiaspiranten)	17.4	20.0	2.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	278 (102)	283 (89)	292 (83)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Bewältigung Euro 08
- Weiterführung WINPOL
- Einführung POLYCOM
- Planung eines neuen Polizeigebäudes
- Umsetzung des neuen Polizeigesetzes
- Ersatz IT-Hardware
- Zur Verfügung stellen eines neuen KV-Lehrplatzes

Produkt 1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung**Leistungen**

- Präventive Präsenz
- Objekt- und Personenschutz
- Bearbeitung des fliessenden Verkehrs
- Polizeiliche Bewilligungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	13'560'976	13'036'001	13'326'210
Erlös	7'793'393	8'478'983	8'647'982
Nettokosten	5'767'583	4'557'017	4'678'228
Kostendeckungsgrad in %	57.0	65.0	65.0

Nicht direkt den Produkten zuweisbare Kosten werden auf Grund der Zeitaufschreibung auf die Produkte verteilt. Die Stunden für 2006 wurden geschätzt, die Stunden für 2007 auf Grund bereits erfasster Monate hochgerechnet.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Patrouillen und Kontrolltätigkeit in Prozent der effektiven Arbeitszeit	30	30 %	30
Übertretungsquote bei Geschwindigkeitskontrollen in Prozent	7	< 10 %	10

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gesamtstunden sichtbare Präsenz	48'000	54'000	54'000
Anzahl Stunden für Objekt- und Personenschutz	243	240	160
Anzahl Rotlichtkameras	4	5	5
Anzahl stationäre Geschwindigkeitsmessgeräte	4	4	4 + 5
Kontrollstunden Überwachung des fliessenden Verkehrs	30'759	2'000	30'000
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	5'586	5'000	5'000
Anzahl Gastwirtschaften	459		450
Anzahl Patente für Verkauf alkoholischer Getränke	150		150
Anzahl saisonale Strassencafés	74		70
Anzahl Lärmmessungen	51		50

Die Leistungsmengen Anzahl Gastwirtschaften, Patente für Verkauf alkoholischer Getränke, saisonale Strassencafés und Lärmmessungen werden ab Voranschlag 2008 geführt. Soll-Werte für den Voranschlag 2007 sind keine definiert worden.

Produkt 2 Ereignisbewältigung**Leistungen**

- Intervention bei Delikten
- Intervention bei Verkehrsunfällen
- Übrige Interventionen/Konfliktbewältigung
- Einsatz bei Grossanlässen/Grossereignissen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'639'473	4'114'447	6'402'963
Erlös	19'257	40'444	43'502
Nettokosten	2'620'216	4'074'003	6'359'461
Kostendeckungsgrad in %	1.0	1.0	1.0

Nicht direkt den Produkten zuweisbare Kosten werden auf Grund der Zeitaufschreibung auf die Produkte verteilt. Die Stunden für 2006 wurden geschätzt, die Stunden für 2007 auf Grund bereits erfasster Monate hochgerechnet.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Intervention vor Ort innerhalb von 5 Minuten (in %)	95	75 %	75
Mit der Intervention zufriedene Opfer in Prozent	90	80 %	80

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Verkehrsunfälle	1'243	1'270	1'270
Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse	3'023	5'000	5'000
Überstunden Euro 08			11'000
Anzahl Delikte mit Intervention der Stadtpolizei	7'326	14'500	7'500
Anzahl übrige Intervention/Konfliktbewältigungen der Stadtpolizei	7'865	2'600	8'000
Anzahl Interventionen bei häuslicher Gewalt	150		150
Anzahl Anzeigerapporte bei häuslicher Gewalt	92		90
Anzahl Einsätze mit Dienststunden	191		160

Die Leistungsmengen Anzahl Interventionen bei häuslicher Gewalt, Anzeigerapporte bei häuslicher Gewalt und Einsätze mit Dienststunden werden ab Voranschlag 2008 geführt. Soll-Werte für den Voranschlag 2007 sind keine definiert worden.

Produkt 3 Ermittlung / Aufklärung

Leistungen

- Ermittlung bei Delikten
- Festhalten von Sachverhalten
- Personen- und Sachfahndung
- Suchen von Personen und Gegenständen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	8'831'394	9'945'039	7'226'416
Erlös	84'246	142'033	57'171
Nettokosten	8'747'148	9'803'007	7'169'246
Kostendeckungsgrad in %	1.0	1.0	1.0

Nicht direkt den Produkten zuweisbare Kosten werden auf Grund der Zeitaufschreibung auf die Produkte verteilt. Die Stunden für 2006 wurden geschätzt, die Stunden für 2007 auf Grund bereits erfasster Monate hochgerechnet.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Innert Monatsfrist erledigte und verfügte Fälle in Prozent	90	90 %	90

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gesamtstunden für Ermittlungsarbeiten	37'092		37'000
Anzahl Berichte und Rapporte	16'361	17'000	17'000
Gesamtstunden für Personen- und Sachfahndung	3'222		3'200
Anzahl Suchaktionen	2	-	0
Anzahl Verhaftungen tatverdächtiger Personen durch den Ermittlungsdienst	507		500
Anzahl Interventionen des Jugenddienstes	560		560

Die Gesamtstunden für Ermittlungsarbeiten, die Gesamtstunden für Personen- und Sachfahndungen und die Anzahl Suchaktionen können erst ab 1.1.2006 erhoben werden.

Produkt 4 Information / Prävention

Leistungen

- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Prävention allgemein
- Prävention Verkehr

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'449'510	1'953'283	1'362'921
Erlös	13'130	9'387	7'941
Nettokosten	1'436'380	1'943'896	1'354'980
Kostendeckungsgrad in %	1.0	0.0	1.0

Nicht direkt den Produkten zuweisbare Kosten werden auf Grund der Zeitaufschreibung auf die Produkte verteilt. Die Stunden für 2006 wurden geschätzt, die Stunden für 2007 auf Grund bereits erfasster Monate hochgerechnet.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Maximale Anzahl Delikte pro 1000 Einwohner/innen	122	< 146	146
Maximale Anzahl Verkehrsunfälle	1'243	< 1270	1'270

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Medieninformationen	269	240	250
Anzahl durchgeführte Präventionskampagnen	5	5	6
Anzahl unterrichteter Schulklassen (Verkehrsschulung)	560	520	550

Produkt 5 Polizeinahe Dienstleistungen

Leistungen

- Rechtshilfe
- Fundbüro
- Umwelt und Flurpolizei (Lebensraumschutz)
- Verkehrstechnik
- Marktwesen
- Diverse Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	7'216'850	6'823'666	6'046'531
Erlös	1'277'979	930'414	1'201'841
Nettokosten	5'938'871	5'893'251	4'844'690
Kostendeckungsgrad in %	18.0	14.0	20.0

Nicht direkt den Produkten zuweisbare Kosten werden auf Grund der Zeitaufschreibung auf die Produkte verteilt. Die Stunden für 2006 wurden geschätzt, die Stunden für 2007 auf Grund bereits erfasster Monate hochgerechnet.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Innert Monatsfrist erledigte Rechtshilfesuche in Prozent	80	80 %	80
Anteil erfolgreich vermittelter Fundgegenstände in Prozent	80	80 %	80

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl erledigte Rechtshilfesuche	11'822	12'000	12'000
Anzahl erfasste Fundgegenstände	2'184	10'000	2'100
Anzahl Verkehrsanordnungen	532	45	50
Anzahl durchgeführte Märkte	122	120	120
Anzahl Inkassofälle ärztlicher Notfalldienst	182	200	200
Anzahl Vermietungen Signalisationsmaterial	457	640	600
Anzahl Vermietungstage mobile Lichtsignalanlagen	914	850	850
Anzahl Lotsenposten (Schulwegsicherung)	21	18**	21
Anzahl gemeldete Alarmanlagen, bei denen gebührenpflichtig ausgerückt wird (inklusive angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen)	721	850	720
Anzahl angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen	173 (721)	160 (850*)	170

Produkt 6 Kontrolle ruhender Verkehr

Leistungen

- Inkasso der Nachtparkgebühren
- Bewirtschaftung von Parkplätzen auf öffentlichen Strassen und Plätzen
- Erteilen von Parkier- und Ausnahmegewilligungen
- Kontrolle der bewirtschafteten Parkplätze und der blauen Zonen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'678'350	1'379'536	2'080'497
Erlös	6'462'616	5'441'139	6'639'950
Nettokosten	-4'784'266	-4'061'602	-4'559'453
Kostendeckungsgrad in %	385.0	394.0	319.0

Nicht direkt den Produkten zuweisbare Kosten werden auf Grund der Zeitaufschreibung auf die Produkte verteilt. Die Stunden für 2006 wurden geschätzt, die Stunden für 2007 auf Grund bereits erfasster Monate hochgerechnet.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Kontrollstunden des ruhenden Verkehrs	10'817	10'000	10'000

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl in Winterthur immatrikulierte Fahrzeuge (Nachtparkgebühren)	50'930	50'000	51'000
Anzahl gebührenpflichtige Parkplätze	1'055	1'055	1'055
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	9'615	8'000*	9'500
Kontrollstunden Überwachung des ruhenden Verkehrs	10'817	10'000	

*Bewilligungen für invalide Lenkerinnen und Lenker werden nicht mehr durch die Stadtpolizei, sondern durch das Strassenverkehrsamt erteilt.

IAFP Stadtpolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	35'605	37'243	36'445	36'446	36'446	36'446
Erlös	15'650	15'034	16'598	16'598	16'598	16'598
Nettokosten/Globalkredit	19'955	22'209	19'847	19'847	19'847	19'847
Kostendeckungsgrad in %	44	40	46	46	46	46

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	40'025	0	1'245	0	1'000	1'500	6'000	30'280
Bewilligt	9'079	2'462	401	3'718	85	95	0	2'318
Gesamt	49'104	2'462	1'646	3'718	1'085	1'595	6'000	32'598

* Investitionsreserve = Volumen ./ . Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	209.0	247.4	195.4	193	192	192
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	44.0	37.0	46.0	46	46	46
2 Kundenorientierung						
1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit)						
2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung						
3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin						
4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent						
<i>Messung / Bewertung:</i>						
1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit						
2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr						
3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung						
4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind						
<i>Messgrössen:</i>						
1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in %	0	70	70	70	70	70
2. Interventionszeit	5' * (10')	5' * (10')	5' (10')*	5' (10')*	5' (10')*	5' (10')*
3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	0	70	70	70	70	70

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden	0	0	40	40	40	40

Einwohner/innen 2009: 99'500

Einwohner/innen 2010/2011: 100'000

Kosten pro Einwohner: Entwicklung hängt wesentlich davon ab, ob Aufgaben, die nicht polizeiliche Kernkompetenzen betreffen, ausgelagert werden können.

Kostendeckungsgrad insgesamt: Im Rahmen des POG und der Sparmassnahmen beim Kanton werden vermehrt gerichtspolizeiliche Aufgaben auf die Stadtpolizei überwält, deren Aufwendungen nur sehr beschränkt weiterverrechnet werden können.

Kundenorientierung: Erfahrungszahlen in diesem Bereich fehlen noch. Sie werden aber mittels Befragung in Zukunft erhoben.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Inbetriebnahme POLYCOM (2009)
- Abschluss WINPOL
- Planung Polizeigebäude (2009 - 2011)
- Fortlaufende Optimierung der polizeilichen Dienstleistungen und Einsatzschwerpunkte im Hinblick auf neue Kriminalitätsformen und aktuelle Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung
- Grundausbildung: Zusammenschluss mit Partnerkorps (Stadt- oder Kantonspolizei Zürich)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Das Bevölkerungswachstum der Stadt Winterthur hat Auswirkungen auf die Arbeit der Stadtpolizei gehabt und wird es weiterhin haben. Veränderte Lebensweisen und Ausgehverhalten haben bewirkt, dass Personal vermehrt in den Abendstunden und an Wochenenden eingesetzt wird. Dieser Trend wird sich weiter verstärken. Grossveranstaltungen werden ein zusätzliches Personalaufgebot verursachen, das auf Grund des knappen Personalbestandes nur durch Überstunden abgedeckt werden kann.

Das Gelingen von Polizeieinsätzen mit knappen Personalressourcen setzt eine einwandfrei funktionierende Infrastruktur voraus. Diese ist daher auf einem hohen Niveau zu halten.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Auftrag

Betrieb von Parkhäusern, Parkgaragen, Parkplätzen und eines Parkleitsystems

Produkte

1 Parkhäuser (Altstadt)

Betrieb von vier Parkhäusern in der Altstadt für Kurzparkieren und Dauermieten

2 Parkgaragen

Betrieb von drei Parkgaragen, die nur Dauermietern zur Verfügung stehen

3 Parkplätze (nicht öffentlicher Grund)

Betrieb von neun Parkplätzen für Dauermieter in den Quartieren

4 Parkleitsystem

Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems für die Parkhäuser und Parkplätze rund um die Altstadt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 22. Mai 1967 zur Errichtung einer besonderen Unternehmung "Parkplätze und Parkhäuser" beim Polizeiamt; Beschluss des Stadtrats vom 26. September 1986 zur Weiterführung der bisherigen "Unternehmung Parkplätze und Parkhäuser" nach neuem Rechnungsmodell als Gemeindebetrieb "Parkhäuser und Parkplätze"

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Ertragsüberschuss	1'093'276	1'130'414	1'072'138
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	95	90	90
2 Kundenorientierung			
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt			
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt			
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt			
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf			
<i>Messung / Bewertung:</i>			
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre			
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen			
<i>Messgrößen:</i>			
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	0	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	< 2x pro Woche	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	0	397	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der Globalkredit 2008 ist ausgeglichen. Im Globalkredit 2007 sind nachträgliche Umlagen nicht berücksichtigt worden. Der Ertragsüberschuss ist auf Grund der Abschreibungen für das 2007 installierte Parkleitsystem um rund CHF 60'000 geringer.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Der Ertragsüberschuss ist praktisch gleich bleibend.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	186'378	275'552	286'324
Sachkosten	1'068'332	854'700	891'800
Beiträge an Dritte	926'082	1'130'414	1'068'170
Residualkosten	12'998	13'000	20'800
Kalkulatorische Kosten	109'778	129'700	183'100
Übrige interne Kosten	111'454	8'031	50'562
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'415'022</i>	<i>2'411'397</i>	<i>2'500'757</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'415'022	2'411'397	2'500'757
Externe Erlöse	2'303'605	2'297'300	2'420'500
Interne Erlöse	111'417	113'700	80'257
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'415'022</i>	<i>2'411'000</i>	<i>2'500'757</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'415'022	2'411'000	2'500'757
Total Nettokosten/Globalkredit ***	0	397	0
Interne Kosten	234'230	150'731	254'462
Interne Erlöse	111'417	113'700	80'257
Total primäre Nettokosten *	-122'813	-36'634	-174'205
Kostendeckungsgrad in % **	100	100	100

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

*** Da der Gewinn aus den Produkten in die Betriebsreserve der Parkhäuser und Parkplätze abgeführt wird, beträgt der Globalkredit grundsätzlich +/- CHF 0.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	539'854	443'000	461'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	3.0	3.0	3.0
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	3.0	3 (0)	3 (0)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Zusätzliche Bewirtschaftung von Parkplätzen (Breite, Wässerwiesen)

Produkt 1 Parkhäuser (Altstadt)

Leistungen

- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'001'931	1'076'004	1'132'888
Erlös	2'085'116	2'099'681	2'186'690
Nettokosten	-1'083'185	-1'023'677	-1'053'802
Kostendeckungsgrad in %	208.0	195.0	193.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Hohe Auslastung der Parkhäuser			
▪ Dauermieter in %	96	90	90
▪ Kurzzeitparkierer in %	37	50	40

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Dauermietplätze	257	267	257
Anzahl Kurzzeitparkplätze	365	364	365

Produkt 2 Parkgaragen

Leistungen

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	213'349	83'049	91'525
Erlös	207'087	178'715	165'275
Nettokosten	6'262	-95'666	-73'749
Kostendeckungsgrad in %	97.0	215.0	181.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Hohe Auslastung der Parkgaragen			
▪ Dauermieter in %	92	90	90

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Dauermietplätze	145	119	119

Produkt 3 Parkplätze

Leistungen

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	106'467	111'930	85'942
Erlös	127'820	131'140	132'924
Nettokosten	-21'353	-19'210	-46'982
Kostendeckungsgrad in %	120.0	117.0	155.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Hohe Auslastung der Parkplätze			
▪ Dauermieter in %	95	90	90
▪ Kurzzeitparkierer in % *	-	60	

* Diese Zahl kann auf Grund der technischen Einrichtungen nicht ermittelt werden.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Dauermietplätze	201	187	201
Anzahl Kurzzeitparkplätze	57	57	65

Produkt 4 Parkleitsystem

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems, sofern das bestehende einfache Parkleitsystem durch eines ersetzt wird, das die freien Parkplätze in den angeschlossenen Häusern anzeigt.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	0	10'000	122'230
Erlös	-5'000	1'464	15'868
Nettokosten	5'000	8'536	106'363
Kostendeckungsgrad in %	0.0	15.0	13.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Hohe Betriebssicherheit des Parkleitsystems (maximale Ausfallzeit in %)	-	< 5	5

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Einfahrten in den angeschlossenen Parkhäusern	-	390'000	390'000

IAFP Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	2'415	2'411	2'500	2'501	2'501	2'501
Erlös	2'415	2'411	2'500	2'501	2'501	2'501
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	-825	0	0	0	0	0	0	-825
Bewilligt	5'263	2'658	1'600	103	0	0	0	902
Gesamt	4'438	2'658	1'600	103	0	0	0	77

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Ertragsüberschuss	1'093'276	1'130'414	1'072'138	1'070'000	1'070'000	1'070'000
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) *	95	90	90	90	90	90
2 Kundenorientierung						
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt						
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt						
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt						
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf						
Messgrößen:						
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	0.0	75.0	75.0	75	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	< 2x pro Woche	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2 x pro Woche / max. 1 Std.	2 x pro Woche / max. 1 Std.	2 x pro Woche / max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine

Feuerwehr

Auftrag

Die Feuerwehr ist zur Rettung von Menschen, Tieren und zur allgemeinen Schadenbekämpfung bei Bränden, Explosionen und Elementarereignissen verpflichtet. Sie trifft bei unmittelbarer Bedrohung durch solche Gefahren die erforderlichen Abwehrmassnahmen. Die Feuerwehr ist jederzeit in der Lage, den Ersteinsatz bei allen üblicherweise zu erwartenden Schadenereignissen zu leisten.

Die Feuerwehr leistet auf dem Schadenplatz in erster Linie bedrohten Menschen und Tieren Hilfe. Sie verhindert eine weitere Ausdehnung des Schadens und beseitigt die Gefahren.

Zusätzlich leistet sie Hilfe bei Öl-, Chemie- und Strahlenereignissen. Sie kann ebenfalls zur Hilfe im Strassenrettungsdienst herangezogen werden.

Weitere übertragene Aufgaben:

- Einsätze auf Autobahnen, Autostrassen und Bahnanlagen
- Einsätze in Tunnels
- Einsätze bei ABC-Terrorereignissen
- Flugzeugabsturz
- Seuchen
- Hilfeleistungen für Partnerorganisationen

Das Aufräumen des Schadenplatzes ist Sache der Feuerwehr, soweit dies für die völlige Löschung des Feuers, für die Beseitigung von weiteren Gefahren und für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist.

Aufgabenhauptkategorien:

- Brandbekämpfung
- Explosionen
- Blitzschlag ohne Brand
- Strasseneinsätze
- Elementarereignisse
- Ölwehr- und Chemieeinsätze
- Strahlenschutz-einsätze
- Pioniereinsätze
- Flugzeugabstürze
- Lifteinsätze
- Bienen und Wespen
- Falschalarme
- Fehlalarme Brandmeldeanlagen
- Organisation und Einsatzplanung
- Schieneneinsätze

Produkte

Ereignisbewältigung

Schutz von Leben, Gesundheit, Umwelt und Eigentum. Minimierung von Schadenereignissen und Schäden.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kantonales Gesetz über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen vom 24. September 1978, Nachgeführt bis Januar 2004

Kantonale Verordnung über die Feuerwehr vom 14. Dezember 1994, Nachgeführt bis Januar 2004

Kantonale Vollzugsvorschriften über die Feuerwehr vom 16. Dezember 1994, Nachgeführt Februar 1995

Kantonale Verordnung über die Subvention der Gebäudeversicherungsanstalt an den Brandschutz vom 18. September 1991, Nachgeführt bis Januar 2004

Verordnung über den ABC-Schutz (ABCV) vom 28. Februar 2007

Richtlinien und Vorschriften der Schweizerischen Regierungskonferenz für die Koordination im Feuerwehrwesen (Feuerwehr 2000plus und Ergänzungsbericht Richtlinien für die Organisation der Feuerwehren, Ausgabe Januar 2003)

Richtlinien und Vorschriften des Schweizerischen Feuerwehrverbandes SFV

Richtlinien und Vorschriften der GVZ/Kantonalen Feuerwehr (Feuerwehrkonzept 2010)

Leistungsvereinbarung mit der GVZ/Kantonalen Feuerwehr vom 25. Januar 2007

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Städtisches Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 7. September 1988

Nachtrag zum Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 8. April 1998

Städtisches Dienstreglement für die Freiwillige Feuerwehr vom 6. Dezember 2000

Stadtratsbeschluss betreffend Gebühren vom 10.03.1999 (SRB-Nr. 99-0364)

Stadtratsbeschluss betreffend Sold und Entschädigungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 11. Dezember 2002 (SRB-Nr. 2002-2141 und SRB-Nr. 2004-1329)

Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und den Schweizerischen Bundesbahnen SBB betreffend Bezug von Leistungen bei der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr Winterthur im Hinblick auf Ereignisse auf dem Schienennetz des SBB Betriebswehrstützpunktes Winterthur vom Mai 2007 (SRB-Nr.)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung 2006 - 2010 / Jahresziele 2008

Verantwortliche Leitung

Jürg Bühlmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit			
1.1 Kostendeckungsgrad in %	13.00	12.00	18.60
1.2 Nettokosten pro Person in CHF	56.60	59.00	58.30
2 Kennzahlen und Leistungsstandards			
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Personen	9.40	7.00	8.73
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Personen	1.87	1.80	1.73
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 * durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.30	0.20	0.29
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude			
Messung/Messgrösse:			
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%).	97.5%	> 97%	> 95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen im Einsatz und Fahrzeuge vor Ort			
Messung / Messgrösse:			
2 bis 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Berufsfeuerwehrleuten (AdBF) nach Alarmierung in:			
▪ dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	3%	> 95%	> 95%
▪ dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 90%)	99%	> 90%	> 90%
▪ Stützpunktgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 85%)	100%	> 85%	> 85%

Berechnungsgrundlagen:

- Einsatzrapporte 01.01.2008 bis 31.12.2008
- Personalbestand 24h-Schicht: 8
- Personalbestand Gesamtfeuerwehr: 170
- Einwohnerzahl 2008: 98'500
- 860 Einsätze der Fw

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	5'490'213	5'776'744	5'742'277

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der VA08 schliesst gegenüber dem VA07 mit einem besseren Ergebnis von CHF 34'468 ab. Der Gesamtaufwand und der Ertrag erhöhen sich um CHF 482'195 resp. CHF 516'663.

- Kto-Gruppe 30: Mehraufwand von CHF 562'371.
Hauptsächliche Mehraufwendungen: Mehrkosten Löhne Verwaltungs-/Betriebspersonal, Sold und Pikettentschädigungen BF und FFw (3010) von rund CHF 407'000. Mehrheitlich werden diese Mehrausgaben durch die Rückvergütung der GVZ (Bestandteil der Leistungsvereinbarung/von der GVZ finanzierte Arbeitsstellen) auf der Ertragsseite wieder kompensiert. Mehrkosten in den Bereichen Sozial-/ und Rentenleistungen/Ruhegehälter (3030/3070) von CHF 60'000 und Dienstkleider (3060/mit Freiwilliger Feuerwehr) von CHF 11'500 (1. Teil der Ersatzbeschaffung Einsatzrüstung). Der allgemeine Personalaufwand (3090/mit Freiwilliger Feuerwehr) erhöht sich um CHF 83'871. Hauptsächliche Mehraufwendungen sind CHF 75'000 Ausbildungskosten für die Berufsfeuerwehrrekrutenschule in Zürich und höhere Ausbildungsaufwendungen für die Berufs- und Freiwillige Feuerwehr von CHF 8'871.
- Kto-Gruppe 31: Minderaufwand von CHF 180'000.
Hauptsächliche Gründe Kontogruppe 3010: Wegfall der Kosten von CHF 40'000 für den Einbau der 1. Etappe der Fahrzeugabgasabsaugvorrichtung und CHF 70'000 für die Erweiterung der Alarmierungseinrichtung im Feuerwehrgebäude (Novemberbrief 07). Neuverbuchung der internen Kosten Stadtwerk (Strom, Wasser, Fernwärme) von CHF 62'000 in Kontogruppe 3970. Minderkosten beim Unterhalt von Mobilien von CHF 8'000.
- Kto-Gruppe 3970: Mehraufwand CHF 82'000.
Mehrkosten Verpflegung Adlergarten durch Erhöhung des Schichtbestandes (plus CHF 10'000). CHF 10'000 Mehrkosten bei der Verrechnung zwischen den Departementen. Neu werden in dieser Kontogruppe auch die Kosten für Strom, Wasser und Fernheizung verbucht (plus CHF 62'000).
- Kto-Gruppe 43 und 46: Mehrertrag von CHF 516'663.
Hauptsächliche Ertragssteigerungen in den Kontogruppen 4340 (Einsatzkostenrückerstattungen) von CHF 15'000, Konto 4360 (Rückerstattungen und Leistungsvereinbarung SBB) von CHF 115'000, Konto 4610 (Staatsbeiträge) von CHF 383'200 (Neue Leistungsvereinbarung mit der GVZ) und Konto 4993 (Umlagen Administration) von CHF 3'463.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Schlechteres Ergebnis von CHF 252'061 des VA08 gegenüber der RE06. Der Gesamtaufwand erhöht sich CHF 725'065 und der Ertrag kann um CHF 473'004 gesteigert werden.

- Kto-Gruppe 30: Mehraufwand von CHF 746'000.
Hauptsächliche Mehraufwendungen: Mehrkosten Löhne Verwaltungs-/Betriebspersonal und Pikettentschädigungen BF und FFw (3010) von CHF 513'000. Mehrheitlich werden diese Mehrausgaben durch die Rückvergütung der GVZ (Bestandteil der Leistungsvereinbarung/von der GVZ finanzierte Arbeitsstellen) auf der Ertragsseite wieder kompensiert. Mehrkosten in den Bereichen Sozial-/ und Rentenleistungen/Ruhegehälter sowie Umlagen (3030/3070) von CHF 110'000. Mehraufwendungen in den Kontogruppen 3060 (Dienstkleider/mit Freiwilliger Feuerwehr) von CHF 26'000 (1. Teil der Ersatzbeschaffung Einsatzrüstung) und 3090 (allgemeine Personalaufwand/mit Freiwilliger Feuerwehr) von CHF 97'000. Hauptsächliche Mehraufwendungen sind CHF 75'000 Ausbildungskosten für die Berufsfeuerwehrrekrutenschule in Zürich, höhere Ausbildungsaufwendungen für die Berufs- und Freiwillige Feuerwehr von CHF 17'000 sowie gesteigerte Gesundheitskosten (Feuerwehrarzt, Impfungen) von CHF 5'000.
- Kto-Gruppe 31: Minderaufwand von CHF 32'000.
Die Minderkosten begründen sich primär durch den Wegfall der Kosten für Strom, Wasser und Fernwärme. Dieser Anteil von CHF 62'000 wird neu in der Kontogruppe 3970, interne Verrechnungen verbucht.
Ohne diese Umbuchung wären in dieser Kontogruppe Mehrkosten für den baulichen Unterhalt von CHF 30'000 entstanden.
- Kto-Gruppe 3970: Mehraufwand CHF 66'000.
Mehrkosten Verpflegung Adlergarten und bei Verrechnungen zwischen den Departementen für bezogene Leistungen.

Mehrkosten Verpflegung Adlergarten durch Erhöhung des Schichtbestandes (plus CHF 4'000). Neu werden in dieser Kontogruppe auch die Kosten für Strom, Wasser und Fernheizung verbucht (plus CHF 62'000).
- Kto-Gruppe 43 und 46: Mehrertrag von CHF 473'004.
Hauptsächliche Ertragssteigerungen in den Kontogruppen 4360 (Rückerstattungen) von CHF 87'800 und 4610 (Staatsbeiträge) von CHF 383'814 (Neue Leistungsvereinbarung mit der GVZ, Kompensation der höheren Personalkosten).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	5'230'133	5'413'948	5'976'319
Sachkosten	837'486	955'100	774'832
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	269'253	210'696	310'788
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'336'873</i>	<i>6'579'744</i>	<i>7'061'939</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	6'336'873	6'579'744	7'061'939
Externe Erlöse	597'273	553'000	683'000
Interne Erlöse	0	0	3'463
Beiträge von Dritten	249'386	250'000	633'200
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>846'660</i>	<i>803'000</i>	<i>1'319'663</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	846'660	803'000	1'319'663
Total Nettokosten/Globalkredit	5'490'213	5'776'744	5'742'277
Interne Kosten	269'253	210'696	310'788
Interne Erlöse	0	0	3'463
<i>Total primäre Nettokosten*</i>	<i>5'220'960</i>	<i>5'566'048</i>	<i>5'434'951</i>
Kostendeckungsgrad in % **	13	12	19

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	0	0	0
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	35.5	35.5	35.6
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	3.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	37 (3)	37 (3)	40 (3)

Erklärung Stelleneinheitenzuwachs:

Per 1.12.2008 werden 2 Rekruten in den ordentlichen Stellenplan überführt (2 x 0.08 für je einen Monat = 0.16 Stelleneinheiten).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- **Feuerwehrkonzept 2010 der GVZ**
Weiterführung der Umsetzung des neuen GVZ Feuerwehrkonzept 2010 (Start 1. Januar 2007, Abschluss Ende 2010).
Erweiterte Einsatzgebiete im Bereich Strassenrettung und Sondereinsätze, div. Gesetzesanpassungen, erweiterte Einsatzkostenverrechnungsmöglichkeiten, Anpassungen in der Ausbildung der Freiwillige Feuerwehr etc.
- **Kompetenzzentrum**
Aufbau Material-Kompetenzzentrum Feuerwehr für kantonale Dienstleistungsaufgaben im Auftrag der GVZ (Basis Leistungsvereinbarung 2007).
- **Qualitätssicherung**
Einführung integriertes Managementsystem winFEE mit Zertifizierung nach ISO 9001/2000.
- **Dienstbetrieb**
Revision der Dienstreglemente Berufs- und Freiwillige Feuerwehr. BF: Arbeitszeitberechnung, Lohngruppenportfolio/kompetenzbasierende Funktionsbewertung. FFw: Leistungsauftrag, Dienstzeit, Entschädigungen etc.
- **Sachgeschäfte**
Beschaffung von neuen persönlichen Brandschutzausrüstungen (Jacke, Hose). 1. Teilbeschaffung BF und FF.
- **Investitionsvorhaben**
Ersatzbeschaffung Atemschutzgeräte und Einsatzhelme inkl. Einbauanpassungen an den Einsatzfahrzeugen.
- **Projekt "Kader der Zukunft"**
Gemeinsames Projekt der Städte Bern, Basel, Zürich, St. Gallen und Winterthur zum Aufbau eines Management-Entwicklungssystem zur Kompetenzerweiterung der Rettungsdienstkader (2008 Pilotmodul, Detailausarbeitung Kaderlehrgang).
- **Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz**
Projektabschluss und Einführung der gesetzlich vorgeschriebenen Dokumentationen und Schulungen der Mitarbeitenden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Öffentlichkeitsarbeit "Infoschrift/Werbeprospekt Feuerwehr"
Produktion einer Infoschrift über die Feuerwehr Winterthur mit dem Titel: Feuerwehr Winterthur - Selbstverständlich! Jeden Tag! Rund um die Uhr!
- Nachhaltigkeit
Energieoptimierungsprojekt (energetische Betriebsoptimierung des Feuerwehrgebäudes durch die Firma energho)
 - Betriebliche Energieoptimierung
 - Einfache bauliche Energieoptimierung
 - Vorstudie "Einsatz von Solarstrom für das Feuerwehrgebäude" (Fotovoltaikanlage auf unserem Flachdach)

Produkt 1 Ereignisbewältigung**Leistungen**

- Schutz von Leben, Umwelt, Gesundheit und Eigentum
- Minimierung von Schadenereignissen und Schäden

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	6'336'873	6'579'744	7'061'939
Erlös	846'660	803'000	1'319'663
Nettokosten	5'490'213	5'776'744	5'742'277
Kostendeckungsgrad in %	13.0	12.0	19.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Einsätze pro 1000 Personen	9.40	7.00	8.73
Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Personen	1.87	1.80	1.73
Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.30	0.20	0.29
Ausfahrt des ersten Fahrzeugs jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute.	97.5%	> 97%	> 95%
2 bis 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Berufsfeuerwehrleuten (AdBF) nach Alarmierung in:			
▪ dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	3%	> 95%	> 95%
▪ dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 90%)	99%	> 90%	> 90%
▪ Stützpunktgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 85%)	100%	> 85%	> 85%

Berechnungsgrundlagen:

- Einsatzrapporte 01.01.2008 bis 31.12.2008 - 860 Einsätze der Fw
- Personalbestand 24h-Schicht: 8
- Personalbestand Gesamtfeuerwehr: 170
- Einwohnerzahl: 98'500

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Brände	201	180	220
▪ Alarme automatischer Brandmelde- und Löschanlagen	152	160	180
▪ Öl- und Chemiewehr	134	80	150
▪ Technische Einsätze	428	260	310
Einsätze im Total	915	680	860
davon Einsätze zusammen mit der Freiwilligen-Feuerwehr	153	150	172

Grundlage: Einsatzrapporte

IAFP Feuerwehr

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	6'336	6'579	7'061	7'272	7'622	7'662
Erlös	846	803	1'319	1'470	1'770	1'790
Nettokosten/Globalkredit	5'490	5'776	5'742	5'802	5'852	5'872
Kostendeckungsgrad in %	13	12	19	20	23	23

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	1'090	0	0	125	770	-70	110	155
Bewilligt	0	0	0	0	0	-220	0	220
Gesamt	1'090	0	0	125	770	-70	110	155

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit						
1.1 Kostendeckungsgrad in %	13.0	12.0	18.6	20.5	23.7	23.6
1.2 Nettokosten pro Person in CHF	56.6	59.0	58.3	57.1	57.3	57.5
2 Kennzahlen und Leistungsstandards						
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Personen	9.40	7.00	8.73	9.15	9.30	9.30
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Personen	1.87	1.80	1.73	1.71	1.70	1.70
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.30	0.20	0.29	0.31	0.28	0.25
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude						
Messung/Messgrösse:						
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%).	97.5%	> 97%	> 95%	> 95%	> 95%	> 95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen im Einsatz und Fahrzeuge vor Ort						
Messung/Messgrösse:						
2 bis 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Berufsfeuerwehrleuten (AdBF) nach Alarmierung in:						
▪ dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	3%	> 95%	> 95%	> 95%	> 95%	> 95%
▪ dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 90%)	99%	> 90%	> 90%	> 90%	> 90%	> 90%
▪ Stützpunktgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 85%)	100%	> 85%	> 85%	> 85%	> 85%	> 85%

Berechnungsgrundlagen:

- Personalbestand 24h-Schicht: 8 (2009), 9 (2010), 10 (2011)
- Personalbestand Gesamtfeuerwehr: 170 (2009-2011)
- Einwohnerzahl: 99'500 (2009), 100'000 (2010/11)
- Einsätze: 910 (2009), 930 (2010/11)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Umsetzung des kantonalen Feuerwehrkonzeptes 2010 der GVZ bis Ende 2010 abgeschlossen und Mindestausrückungsbestand der Berufsfeuerwehr gemäss Leistungsvorgabe erreicht
- Ausbau der Berufsfeuerwehr zum GVZ Material-Kompetenzzentrum für den Kanton Zürich gemäss Leistungsvereinbarung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Gemeinsame Berufsfeuerwehrrekrutenschule mit Schutz und Rettung Zürich
- Werterhaltung des Feuerwehrgebäudes (Sanierungsbedarf Fassade, Fahrzeughallenboden, Nasszellen)
- Investitionen: Ersatz Autodrehleiter (2009), Ersatz Tanklöschfahrzeug (2010) und Kommandoeinsatzfahrzeug (2011)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Fw Konzept 2010, Material-Kompetenzzentrum GVZ und ISO 9001/2000
Die organisatorische und materielle Umsetzung des neuen Konzeptes muss bis Ende 2010 abgeschlossen sein. Insbesondere die Einhaltung der gesetzlich geforderten Leistungsnormen kann nur durch eine Personalaufstockung im Schichtbetrieb von 3 x 3 Stellen (Total 9) realisiert werden.
Durch die zukünftige Zusammenarbeit mit der GVZ im Bereich "Materialkompetenzzentrum Kanton Zürich" kann der Mindestbestand für den Einsatz bis Ende 2010 erreicht werden. Es muss jedoch für die Finanzierung der 9 durch die GVZ bezahlten Arbeitsplätze eine adäquate Gegenleistung erbracht werden. Erste Abklärungen haben klar aufgezeigt, dass für eine effiziente Auftragserledigung zu Gunsten GVZ von unserer Seite organisatorische wie betriebliche Anpassungen notwendig sind. Mit dem Projekt ISO 9001/2000, Einführung eines QMS, wollen wir unsere Stellung als serviceorientiertes Kompetenzzentrum für feuerwehrtechnische Dienstleistungen im Kanton Zürich unterstreichen.
- Berufsprüfung und höhere Kaderausbildung
Es ist in Planung, dass die Berufsfeuerwehren der Städte Bern, Basel, Zürich, St. Gallen und Winterthur in der Rekrutenausbildung wie in der Kaderweiterbildung enger zusammenarbeiten werden. Als erster Schritt werden wir unsere neuen Mitarbeitenden in der Herbstrekrutenschule 2008/2009 in Zürich ausbilden und zur Berufsprüfung anmelden. In diesem Zusammenhang werden wir uns an der Berufsfeuerwehrschule in Zürich mit Lehrpersonal und Material beteiligen. Es ist vorgesehen, dass die vorgenannten Städte gemeinsame Schulen durchführen. In die gleiche Richtung deutet die klare Absicht der Städtekommandanten, eine Ausbildungskonkordanz im Bereich der Kaderausbildung anzustreben. Ein Pilotkurs ist für Frühjahr 2008 geplant.
Grundsätzlich verfügen alle Rettungsdienste in den 5 Städten über gute Kaderangehörige. Die Förderung des mittleren Kaderns konzentrierte sich bisher mit Priorität auf die Einsatzbewältigung. Andere Bereiche wie die Betriebswirtschaft und das Personalmanagement wurden demgegenüber untergeordnet behandelt obschon diese zwischenzeitlich durchschnittlich 75% der Führungstätigkeit belegen. Mit der Umsetzung von New Public Management Ansätzen werden die Betriebswirtschaft, die Prozessorientierung und das Veränderungsmanagement auch in den Rettungsdiensten zu zentralen Schwergewichten der täglichen Führungsarbeit. Um diesen neuen Anforderungen zu genügen ist es nötig, dass die Führungskräfte im Bereich der Rettung weg von der reinen Einsatzführung und hin zu einer Kompetenzentwicklung in allen Managementdimensionen geführt werden (Persönlichkeits-, Sozial-, Fach- und Führungskompetenz).
- Betriebliches Gesundheitsmanagement
Unsere Mitarbeitenden im Kdo und Schichtdienst leisten alle Einsatzdienst bis ins Pensionierungsalter 63. Für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr endet die Dienstpflicht mit 50. Durch flankierende Massnahmen wie Sportkonzept, Beratungen durch externe Fachpersonen, ärztliche Pflichtkontrollen, Impfungen, bestmögliche Schutzausrüstungen etc. soll die Gesundheit unserer Mitarbeitenden erhalten bleiben. Nicht mehr ernstfalleinsatzfähige Mitarbeitende können im Normalfall bei der Berufsfeuerwehr nicht weiter beschäftigt werden.
- Werterhaltung Feuerwehrgebäude
Bei länger andauernden starken Niederschlägen dringt Wasser in das Gebäude ein. Speziell im Bereich Fz-Halle Untergeschoss tropft massiv Wasser aus der Decke. Zusätzlich müssen diverse Fugendichtungen und Risse an der Betonaussenfassade des Gebäudes saniert werden. Da die Nasszellen in Holzbauweise ausgeführt sind, drängt sich auch hier eine Sanierung in den nächsten Jahren auf. Massnahmenplanung und Umsetzung in Zusammenarbeit mit dem Baudepartement.
- Freiwillige Feuerwehr
Mit dem Wandel von der traditionellen Feuerwehr zu einer multifunktionalen Rettungs- und Dienstleistungsorganisation wird nicht nur laufend die Aufgabenvielfalt grösser, sondern auch die Anforderungen an jeden einzelnen AdFFw steigen stetig. Durch die Erweiterung des Einsatzspektrums sind die Feuerwehrleute nicht nur in fachlicher Hinsicht stark gefordert, sondern auch vermehrt in persönlichen, zwischenmenschlichen und kommunikativen Belangen.
Bei den Arbeitgebern sinkt die Bereitschaft, Personal für die Ausbildung und den Einsatz in der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Die Rekrutierung wird zunehmend schwieriger. Vor allem wird es schwieriger Kaderfunktionen mit geeigneten Leuten zu besetzen. Wohn- und Arbeitsort sind je länger je mehr nicht mehr identisch. Dies führt dazu, dass auswärts Erwerbstätige der Feuerwehr am Wohnort tagsüber nicht zur Verfügung stehen (verminderte Tagesverfügbarkeit). Der Verbleib in einer Feuerwehrorganisation ist durchwegs kürzer als dies früher der Fall war (hohe Fluktuationsrate). Verkehrsüberlastung und Verkehrsberuhigungsmassnahmen beeinflussen das zeitgerechte Einrücken der Freiwilligen Feuerwehr immer stärker.

Zivilschutz

Auftrag

Der Zivilschutz Winterthur schützt in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes die Menschen bei Katastrophen und Notlagen sowie bei bewaffneten Konflikten. Dabei trägt er wesentlich zur Begrenzung und Bewältigung von Schadenereignissen bei.

Produkte

Zivilschutzorganisation

Gewährleisten eines wirkungsvollen Bevölkerungsschutzes durch Werterhaltung der Zivilschutzinfrastruktur; durch Sicherstellung der Alarmierung mittels stationären und mobilen Sirenen; durch einen hohen Ausbildungsstand der Zivilschutzformationen; Schutz der beweglichen und unbeweglichen Kulturgüter; Fördern der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen; Steuerung des Schutzraumbaus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002
 Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz) vom 8. Oktober 1982 (Stand am 5. Juni 2001)
 Verordnung über die Warnung, Alarmierung und Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung (Alarmierungsverordnung AV) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft (VEZG) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen (VABS) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über die Funktionen, die Grade und den Sold im Zivilschutz (FGSV) vom 9. Dezember 2003
 Verordnung über die Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung (Organisationsverordnung Landesversorgung) vom 6. Juli 1983 (Stand am 22. Juli 2003)
 Weisungen des Bundesamtes für Sozialversicherung betreffend die Bescheinigung der Dienstage gemäss Erwerbsersatzordnung
 Weisung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die vorzeitige Entlassung aus der Schutzdienstpflicht vom 1.04.2004
 Technische Weisungen für die Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes TWO, 1977
 Technische Weisungen für spezielle Schutzräume TWS, 1982
 Technische Weisung für den Pflichtschutzraumbau TWP, 1984
 Reglemente des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS)
 Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962
 Regierungsrätliche Vorgaben zur Umsetzung des Zivilschutzes im Kanton Zürich, RRB vom 2. April 2003
 Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 19. März 2007, Inkrafttreten: 1. August 2007
 Weisung über den Vollzug der Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft im Kanton Zürich vom 1.03.2004
 Weisungen für Aufbau und Vollzug im Zivilschutz (WAV-ZS) vom 14.06.2000
 Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Militär und Zivilschutz über das Stützpunkt-Rettungsdetachment vom Februar 2002

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gebührenordnung für den baulichen Zivilschutz vom 23. Juni 2004

Stufe Verwaltungseinheit

Gliederung und Sollbestände der Zivilschutzorganisation Winterthur
 Anlage und Standorte der Zivilschutzorganisation Winterthur
 Zivilschutz Katastrophen- und Nothilfeplanung
 Ernstfalldokumentation für bewaffnete Konflikte (EFD)
 Mehrjahresplanungen für die Zivilschutzorganisation Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Leitidee

Strategische Erfolgspositionen (SEP)

Legislatur- und Jahreszielplanungen

Entschädigungsreglement vom 1.1.1997 (Regelung über Entschädigungen an Lehrpersonal, Kaderfunktionäre und Spezialisten des Zivilschutzamtes Winterthur sowie an nebenamtliches Instruktionspersonal)

Verantwortliche Leitung

Thomas Engesser, Amtsvorsteher / Kommandant Zivilschutz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF Kostendeckungsgrad insgesamt in %	23.95 35.0	27.80 27.0	25.10 31.0
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	* -----	>90 >95	>90 ----
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Überprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur	48 95 100.00 6	48 95 >98 6	50 95 >98 7

Das Gebiet der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst die Gemeinden Winterthur, Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Einwohnerzahl für das Jahr 2007: 106'750. Einwohnerzahl für das Jahr 2008: 110'400. (Winterthur: 98'500 gemäss Finanzamt; Bertschikon 987 / Seuzach 6'613 / Wiesendangen 4'317, Stand 31.12.2006 Quelle: statistisches Amt des Kantons Zürich.)
 Die markant tieferen Kosten pro Einwohner/-in sind auf die Anpassung der Einwohnerzahl - Erhöhung um 3'650 - zurückzuführen.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	2'557'320	2'967'650	2'824'500

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der Voranschlag für das Jahr 2008 ist gegenüber dem Voranschlag 2007 markant tiefer dank den zu erwartenden Mehreinnahmen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Der Voranschlag 2008 weist einen höheren Globalkredit aus als die Rechnung 2006. Die Mehrausgaben werden verursacht durch die Personalkosten aufgrund verzögerter Wiederbesetzung einer Stelle, neuer Verbuchungsart, der Lohnmassnahmen 2008 und höheren Kosten bei der Rententeuerung sowie durch den eingestellten Beitrag an den Rettungsdienst (Beiträge an Dritte). Das Ausbleiben einmaliger Staatsbeiträge für das Projekt Sirenenersatz im Jahr 2006 mindert die Erträge und trägt somit zur Erhöhung der Nettokosten bei.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	2'459'556	2'752'639	2'873'555
Sachkosten	795'895	768'700	619'080
Beiträge an Dritte	92'409	173'100	173'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	219'648	217'900	219'900
Übrige interne Kosten	339'015	553'910	211'802
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'906'524</i>	<i>4'466'250</i>	<i>4'097'337</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	413'000	0
Total effektive Kosten	3'906'524	4'053'250	4'097'337
Externe Erlöse	1'077'243	889'000	1'074'500
Interne Erlöse	112'670	488'000	116'737
Beiträge von Dritten	159'291	121'600	81'600
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'349'204</i>	<i>1'498'600</i>	<i>1'272'837</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	413'000	0
Total effektive Erlöse	1'349'204	1'085'600	1'272'837
Total Nettokosten/Globalkredit	2'557'320	2'967'650	2'824'500
Interne Kosten	558'663	358'810	431'702
Interne Erlöse	112'670	75'000	116'737
Total primäre Nettokosten*	2'111'327	2'683'839	2'509'535
Kostendeckungsgrad in % **	35	27	31

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	219'647	217'900	219'900
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	19.3	19.3	19.3
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	20 (3)	20 (3)	20 (2)

Im Personalbestand 2008 von 20 Personen ist der Auszubildende (Attestausbildung Fahrzeugwart) eingeschlossen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Unterstützung der Partnerorganisationen anlässlich der Euro 08.

Unterstützung von Anlässen zu Gunsten der Gemeinschaft im Rahmen der Bewilligungen von BABS, AMZ und Stadt Winterthur.

Abschluss Pandemieplan der Stadt Winterthur.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Einsatzbezogene Ausbildung im Massstab 1:1 für alle WK Einheiten.

Werterhalt und stete Einsatzbereitschaft der permanenten Einrichtungen garantieren.

Den Rettungsdienst mit seiner effizienten Einsatzzentrale, dem optimal ausgebildeten Personal und moderner Ausrüstung, stets an die Anforderungen der IVR-Richtlinien anpassen.

Produkt 1 Zivilschutzorganisation**Leistungen**

- Bereitstellung der Schutzinfrastruktur / Alarmierung der Bevölkerung
- Schutz und Betreuung von Schutzsuchenden und von obdachlosen Personen
- Schutz von Kulturgütern (Kulturgüterschutz KGS)
- Unterstützung der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes insbesondere bei Katastrophen und Notlagen
- Führungsunterstützung und Logistik
- Instandstellungsarbeiten
- Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'906'524	4'466'250	4'097'337
Erlös	1'349'204	1'498'600	1'272'837
Nettokosten	2'557'320	2'967'650	2'824'500
Kostendeckungsgrad in %	35	0	31

Obwohl die Produktgruppe Zivilschutz und das Produkt 1 identisch sind, wird der Kostendeckungsgrad für das Jahr 2007 an dieser Stelle nicht berechnet, da aufgrund der in den Kosten und dem Erlös (brutto) ausgewiesenen internen Verrechnungen ein anderes Ergebnis resultiert.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Keine schwerwiegenden Unfälle bei Zivilschutzübungen	0	0	0
Alle Kaderfunktionen der Organisation besetzt in %	89	85	85
Alle Zivilschutzpflichtigen sind für die Ernstfalleinsätze vollständig ausgerüstet in %	80	90	95
Betriebsbereitschaft der Anlagen zu 100 % gewährleistet.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Jährlicher Sirentest	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Schutzdienstpflichtige			
▪ Offiziere	60	67	67
▪ Unteroffiziere	172	140	140
▪ Zivilschutzsoldaten	569	715	715
Gesamte Anzahl Dienstage	4'148	3'700	4'300
▪ zu Gunsten WK / Werterhaltung	2'662	1'700	2'000
▪ zu Gunsten humanitärer Organisationen	320	1'000	300
▪ zu Gunsten der Gemeinschaft	1'166	1'000	2'000
Anzahl Uebernachtungen in Zivilschutzanlagen	1'249	1'700	1'700
Anzahl Schutzplätze für die Bevölkerung	105'634	105'000	105'000
Anzahl kontrollierte private Schutzplätze	18'158	20'000	20'000
Anzahl neu erstellte Schutzplätze	1'674	750	1'000
Anzahl Sirenen			
▪ stationär	41 *	41	41
▪ mobil	8	9	6
Anzahl Stabsübungen	2	2	2

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Stabsrahmenübungen	2	2	2
Anzahl eingeteilte aktive Zivilschutzpflichtige pro 1'000 EinwohnerInnen	8	11	8

IAFP Zivilschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	3'906	4'053	4'097	4'237	4'237	4'237
Erlös	1'349	1'085	1'272	1'193	1'143	1'143
Nettokosten/Globalkredit	2'557	2'967	2'824	3'045	3'095	3'095
Kostendeckungsgrad in %	35	27	31	28	27	27

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	275	-17	0	0	0	0	0	292
Gesamt	275	-17	0	0	0	0	0	292

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF Kostendeckungsgrad insgesamt in %	23.95 35.0	27.80 27.0	25.10 31.0	27.00 29.0	27.20 27.0	27.20 27.0
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrößen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	* -----	>90 >95	>90 ----	>90 >95	>90 ---	>90 >95
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Ueberprüfung der Funktionstüchtigkeit der						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
privaten Schutzräume						
3) Ueberprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel						
4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe						
Messgrössen:						
1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in %	48	48	50	50	50	50
2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in %	95	95	95	95	95	95
3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in %	100.0	>98	>98	>98	>98	>98
4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur	6	6	7	7	7	7

Grundlage für die Berechnung der Kosten pro Einwohner/-in sind folgende Einwohnerzahlen für die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung: Jahr 2009: 111'400 / Jahr 2010: 111'900 / Jahr 2011: 111'900.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Beschaffung neuer Übermittlungsmittel im Rahmen des Bevölkerungsschutzes.
Anpassen der Infrastruktur und des Ausbildungsmaterials an die Bedürfnisse des Bevölkerungsschutzes.
Einrichten eines Kommandopostens, welcher den heutigen Anforderungen entspricht.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die von Nationalrat Pierre Kohler (JU) eingereichte parlamentarische Initiative betreffend Aufhebung der Pflicht zum Bau von privaten Schutzräumen wird mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt, da der Entscheid auf Bundesebene bezüglich der Initiative mittelfristig für das Zivilschutzamt grössere Konsequenzen nach sich ziehen könnte.

Melde- und Zivilstandswesen

Auftrag

Zuverlässige gegenwarts- und vergangenheitsbezogene Registrierung aller Winterthurer Einwohner/innen und Bürger/innen des Bezirks Winterthur sowie Beurkundung aller Zivilstandsereignisse. Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus den Registern. Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen sowie Registrierung von eingetragenen Partnerschaften.

Mitwirkung bei der Organisation von Wahlen und Abstimmungen.

Auftragserledigung für das Migrationsamt des Kantons Zürich.

Produkte

1 Einwohnerkontrolle

Teilprodukte:

- Führen des Einwohnerregisters
- Führen des Stimmregisters
- Dienstleistungen für das Migrationsamt

2 Zivilstandsamt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

ZGB / Schweiz. Zivilstandsverordnung / Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz) und Verordnung dazu / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer/innen / Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) und Verordnungen / Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen / Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts / Bundesgesetz über das internationale Privatrecht / Eidg. Partnerschaftsgesetz.

Stufe Kanton

Zivilstandsverordnung des Kantons Zürich / Datenschutzgesetz und Datenschutzverordnung / Gemeindegesetz des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen / Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes / Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden / Weisungen des Migrationsamtes des Kantons Zürich / Verordnung über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung (Meldewesen Einwohnerregister)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Kennzahlen:

Bevölkerung am 31.12.2006: 97'732 (gemäss Bevölkerungsstatistik EK)

Bevölkerung am 31.12.2007: 98'000 (Annahme)

Bevölkerung 2008: 98'500 (Vorgabe Finanzamt)

Bevölkerung 2009: 99'500 (Vorgabe Finanzamt)

Bevölkerung 2010: 100'000 (Vorgabe Finanzamt)

Bevölkerung 2011: 100'000 (Vorgabe Finanzamt)

Verantwortliche Leitung

Wertli Esther, Bereichsleiterin

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen			
<i>Messgrößen</i>			
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	16.80	18.80	17.00
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	71.4	60.0	66.0
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	52.0	56.0	56.0
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	61.6	58.0	62.0
2 Kundenorientierung			
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden			
<i>Messgrößen</i>			
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle			
zufrieden und sehr zufrieden in %	97	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt			
zufrieden und sehr zufrieden in %	97	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen			
zufrieden und sehr zufrieden in %	97	97	97
Kurze Reaktionszeit			
<i>Messgrößen</i>			
Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	98	98	98
Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	91	95	95
Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	99	95	95
Kurze Wartezeiten			
<i>Messgrößen</i>			
Durchschnittliche Wartezeit bei der Einwohnerkontrolle in Min.	4.20	<5	<5

Bemerkungen zur Wirtschaftlichkeit:

Die Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in der Spalte Ist 2006 wurde ohne Einlage in die WOV-Reserve gerechnet, die Kosten waren effektiv Fr. 17.50 pro Einwohner/in.

Der Kostendeckungsgrad der Einwohnerkontrolle hat sich zu Gunsten des Zivilstandsamtes verschoben. Grund: Die Informatikkosten wurden den beiden Produkten im Jahre 2006 nicht korrekt zugeordnet.

Messgrößen Kundenorientierung

Zufriedenheitsgrad:

In der Praxis hat sich die Aufteilung in "zufrieden" und sehr zufrieden nicht bewährt, weshalb ab VA 2008 auf diese Unterteilung verzichtet wird.

Öffnungszeit / Telefonische Erreichbarkeit:

Der Stadtrat bestimmt sowohl die Öffnungszeit als auch die telefonische Erreichbarkeit. Es handelt sich deshalb nicht um Ziele des Bereichs M+Z.

2 Schalter für Eheschliessung / Schlanke Arbeitsabläufe:

Diese Ziele lassen sich nicht eindeutig - oder nur mit sehr grossem Aufwand - messen. Deshalb lassen wir sie - auch nach Rücksprache mit der Finanzkontrolle - ab VA 2008 weg.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	1'710'639	1'801'062	1'690'371

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der Nettoaufwand ist um ca. Fr. 110'000 tiefer budgetiert. Die Abweichung begründet sich wie folgt:
Die Ausgabenreduktionen resultieren in der Hauptsache beim Personal und bei den Kosten für InfoStar (Kanton, Bund).
Bei den Einnahmen resultieren die Mehrerträge vorwiegend aus der Hundesteuer sowie den Gebührenerträgen und Verkaufserlösen bei der Einwohnerkontrolle.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Der Nettoaufwand ist um ca. Fr. 20'000 tiefer budgetiert. Die Abweichung begründet sich wie folgt:
Die Ausgabenreduktionen resultieren in der Hauptsache bei den Kosten für InfoStar (Kanton, Bund) und der Einlage in die WoV-Reserve.
Bei den Einnahmen rechnen wir mit Mindererträgen bei der Einwohnerkontrolle (weniger Reisepapiere).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	2'983'447	3'100'310	3'136'708
Sachkosten	506'383	354'300	333'900
Beiträge an Dritte	0	0	5'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	260'169	257'700	258'100
Übrige interne Kosten	708'248	655'752	671'262
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'458'247</i>	<i>4'368'062</i>	<i>4'404'970</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'458'247	4'368'062	4'404'970
Externe Erlöse	2'742'416	2'567'000	2'712'000
Interne Erlöse	5'193	0	2'599
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'747'608</i>	<i>2'567'000</i>	<i>2'714'599</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'747'608	2'567'000	2'714'599
Total Nettokosten/Globalkredit	1'710'639	1'801'062	1'690'371
Interne Kosten	968'417	913'452	929'362
Interne Erlöse	5'193	0	2'599
Total primäre Nettokosten*	747'414	887'610	763'608
Kostendeckungsgrad in % **	62	59	62

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	257'142	257'700	258'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	29.8	30.4	30.4
▪ Lehrverhältnisse	3.0	3.0	4.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	36 (13)	36 (14)	36 (13)

Ab August 2007 wird in der Einwohnerkontrolle für ein Jahr versuchsweise eine 2. Lernende übernommen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Systematische Rück Erfassung von Bürgern und Bürgerinnen des Zivilstandskreises Winterthur (Bezirk Winterthur) intensiv fortsetzen.
- Vorbereitung auf die Registerharmonisierung (Volkszählung 2010).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Fachausweis im Zivilstandswesen für weitere 2 bis 3 Mitarbeitende.
- 5-Jahres-Jubiläum Zivilstandskreis Winterthur.

Produkt 1 Einwohnerkontrolle**Leistungen**

- Führen des Einwohnerregisters
- Erstellen von Auszügen aus dem Register, Erteilen von Auskünften und Beratung
- Antragstellung für Reisepapiere von schweizerischen Staatsangehörigen
- Führen des Hunderegisters und Einzug der Hundesteuer
- Führen des Stimmregisters, inkl. Auslandschweizer/innen
- Zustellung der Stimmunterlagen, Durchführen der brieflichen und vorzeitigen Stimmabgabe
- Entgegennahme, Prüfung und Weiterleitung von Gesuchen an das Migrationsamt
- Beratung der ausländischen Wohnbevölkerung, Gebühreninkasso für Bund und Kanton
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Meldungen an andere Amtsstellen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'403'534	2'446'851	2'505'489
Erlös	1'716'787	1'502'000	1'648'430
Nettokosten	686'747	944'851	857'059
Kostendeckungsgrad in %	71.0	61.0	66.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Das Einwohnerregister wird kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Registereintrag/-auszug (ohne Adressauskünfte) in CHF:	36.40	38.80	39.80
Kundenaufträge sind innert 2 Arbeitstagen bearbeitet. Zielerreichung in %:	98	98	98
Adressauskünfte werden innert 1 Arbeitstag beantwortet. Zielerreichung in %:	99	95	95
Durchschnittliche Wartezeit in Min:	4	< 5	<5

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Mutationen im Einwohnerregister	36'643	35'000	35'000
Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register	14'405	13'000	13'000
Anträge für CH Reisepapiere (Pass und Id'Karte)	14'941	15'000	15'000
Briefliche und vorzeitige Stimmabgaben	104'138	100'000	100'000
Kontrollierte Unterschriften (Initiative / Referendum)	24'619	25'000	25'000
Total aller Dienstleistungen	194'746	188'000	188'000

Produkt 2 Zivilstandsamt

Leistungen

- Führen der Zivilstandsregister
- Erstellen von Auszügen aus den Registern, Erteilen von Auskünften und Beratung
- Durchführung des Vorbereitungsverfahrens (inkl. Prüfung der Dokumente) zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen
- Vornahme von eingetragenen Partnerschaften
- Erstellen und Auswerten von Statistiken (Mitteilungen an andere Amtsstellen)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'984'178	1'921'211	1'899'481
Erlös	1'030'821	1'065'000	1'066'170
Nettokosten	953'357	856'211	833'311
Kostendeckungsgrad in %	52.0	55.0	56.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Einzel- und Familienregister werden kostengünstig geführt.	56.50	50.50	52.80
Bruttoaufwand pro Eintrag / Auszug in CHF			
Bestellte Auszüge von Registereinträgen verlassen das Amt innert 5 Arbeitstagen. Zielerreichung in %:	91	95	95

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Registereinträge (ereignisbezogen)	6'185	5'000	5'000
Erfassung von Geschäftsfällen im InfoStar	17'263	22'000	20'000
Auszüge aus den Registern	11'654	11'000	11'000
Vorbereitungsverfahren zur Eheschliessung (Beratung und Aktenprüfung)	845	900	850
Vornahme von Trauungen	776	850	800
Dienstleistungen Total	36'723	39'750	37'650

IAFP Melde- und Zivilstandswesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	4'458	4'368	4'404	4'405	4'405	4'345
Erlös	2'747	2'567	2'714	2'715	2'715	2'715
Nettokosten/Globalkredit	1'710	1'801	1'690	1'690	1'690	1'630
Kostendeckungsgrad in %	62	59	62	62	62	62

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen						
<i>Messgrössen</i>						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	16.80	18.80	17.00	17.00	17.00	16.50
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	71.4	60.0	66.0	66.0	66.0	66.0
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	52.0	56.0	56.0	56.0	56.0	58.0
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	61.6	58.0	62.0	62.0	62.0	62.0
Kundenorientierung						
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden						
<i>Messgrössen</i>						
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle zufrieden und sehr zufrieden in %	97.0	95.0	95.0	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt zufrieden und sehr zufrieden in %	97.0	95.0	95.0	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen zufrieden und sehr zufrieden	97.0	97.0	97.0	97	97	97
Kurze Reaktionszeit						
<i>Messgrössen</i>						
Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	98.0	98.0	98.0	98	98	98
Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	91.0	95.0	95.0	95	95	95
Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	99.0	95.0	95.0	95	95	95
Kurze Wartezeiten						
<i>Messgrössen</i>						
Durchschnittliche Wartezeit bei der Einwohnerkontrolle in Min	4.2	<5	<5	<5	<5	<5

Kundenorientierung: Kommentar auf Seite 5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Bis Ende 2012 sind alle noch lebenden Bürger/innen des Bezirks Winterthur in der Datenbank InfoStar erfasst.
- Registerharmonisierung so weit fortgeschritten, dass sie im Jahr 2009 abgeschlossen ist. Zielsetzung: Die Volkszählung 2010 kann registergestützt erfolgen.
- Sicherstellen, dass Winterthur auch künftig (nach Umsetzung von FOKUS) ein würdiges Traulokal hat.
- Aufhebung einer befristeten Stelle im Zivilstandswesen auf den 31.12.2010.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Wie gross der Aufwand (Personal und Finanzen) für das Projekt Registerharmonisierung wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden und ist deshalb in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Auftrag

- Gesundheitsschutz der Bevölkerung gewährleisten und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt fördern.
- Im Rahmen der Arbeitssicherheits-, Energie-, Lebensmittel- und Umweltschutzgesetzgebung und gesundheitspolizeilichen Anforderungen sind die Prüf-, Kontroll- und Vollzugsaufgaben kundenfreundlich sicherzustellen.
- Information und Beratung zu Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes.
- Koordination der städtischen Aktivitäten in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Energie.

Produkte

1 Vollzug und Kontrolle

Vollzug der einschlägigen Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lufthygiene, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Ortschaftshygiene. Koordination und Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP).

2 Dienstleistungen

Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie. Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur. Führung der Geschäftsstelle Region Ost (Fluglärm). Information der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik über den Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie die Nachhaltige Entwicklung.

3 Campingplatz

Betrieb Campingplatz am Schützenweiher.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)

Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz [LMG]) / Lebensmittelverordnung (LMV) / Hygieneverordnung (HyV) / Verordnung über Fremd- und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (Fremd- und Inhaltsstoffverordnung [FIV]) / Verordnung über Speisepilze (Pilzverordnung [VSp]) / Verordnung über Gebrauchsgegenstände (GebrV)

Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz [USG]) / Luftreinhalte-Verordnung (LRV) / Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) / Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) / Kantonale Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG) / Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)

Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz [ArG]) / Verordnungen I bis IV zum Arbeitsgesetz [ArGV I bis IV])

Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) / Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (Verordnung über die Unfallverhütung [VUV])

Tierseuchenverordnung

Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz)

Energiegesetz des Bundes (EnG) / Energieverordnung des Bundes (EnV)

Energiegesetz des Kantons / Verordnung über die Energieplanung und die Förderung von Pilotprojekten des Kantons (Energieverordnung)

Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung [StFV]) des Bundes / Verordnung über den Vollzug der Störfallverordnung des Kantons

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung / Massnahmenplan Feuerungen für die Stadt Winterthur / Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS)

Bericht zu Postulat Ökologische Buchhaltung vom 27. April 1987

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 (GGR Nr. 99/079) / Nachhaltige Stadtpolitik: Schaffung der notwendigen Voraussetzungen (SRB-Nr. 2001-0447)

Energiekonzept 2000-2020 (SRB-Nr. 2000-94) / Aktivitätenprogramm Energie (SRB-Nr. 2001-2206) / Konzept

Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt 2003-2006 (SRB-Nr. 2003-2224) / Programm Energieoptimierung öffentlicher Bauten (SRB-Nr. 2004-0882)

Beitritt zum Verein Klimabündnis (SRB-Nr. 94-0104) / Plattform zur Zusammenarbeit der Klimabündnis-Städte Schweiz (KBSS) (SRB-Nr. 96-0215) / Schaffhauser Memorandum der Schweizer Klimabündnis-Städte (SRB-Nr. 2002-0329)

Schaffung einer Fachstelle für Umweltschutz (GGR, 1986), Konzept Umweltschutzorganisation (SR, 1986) / Genehmigung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Strategiepapier 2004-2006 sowie personelle Zusammensetzung der Organisation Umwelt und Energie (SRB-Nr. 2004-0678), Zusammenlegung Gesundheitsamt und Umweltschutzfachstelle (SRB-Nr. 2005-1039), Organisation Umwelt und Energie: Strategiepapier 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2309), Energiekonzept 2000-2020: Aktivitätenprogramm 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2254), Ausbau Lebensmittelkontrolle für Gemeinden (SRB-Nr. 2007-0254), Kommunikationskonzept und Massnahmenprogramm Mobilität (SRB-Nr. 2007-0544),

Stufe Verwaltungseinheit

Strategie und Legislaturplanung 2006-2010 / Leistungsvereinbarung 2006-2010 / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Anna Roschewitz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF Kostendeckungsgrad insgesamt in % Einwohnerzahl	16.96 40.0	17.25 40.0	17.90 44.0 98'500
2 Kundenorientierung Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufrieden stellend erfüllt. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung erfolgreicher Einsprachen Kundenbefragungen <i>Messgrössen:</i> Kundenzufriedenheit Umwelt-Dienstleistungen in % Kundenzufriedenheit Campingplatz in %	k.A. 66.00	72.00 72.00	73.00 73.00
3 Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumenten vor verdorbenen Lebensmitteln und ungenügender Hygiene. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Kompetenter Vollzug Luftreinhaltung (VOCV und LRV) Kompetente und termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kunden sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit und den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptiert die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Kontrollergebnisse der erfolgten Nachkontrollen sowie der Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen. <i>Messgrössen:</i> Termingerechte Durchführung UVP Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb	100	100%	100%
4 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt <i>Messgrössen:</i> Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren Anzahl Besucher auf Internetseite Anzahl Kampagnen / Aktionen Umweltbericht (alle 4 Jahre) Label Energiestadt ■ Gesamt-Punkte ■ Punkte 'Interne Organisation' ■ Punkte 'Kommunikation, Kooperation'	11'672 17'987 8 1 k.A. k.A. k.A.	200 16'000 4 - - - -	200 18'000 6 - - - -

Re-Audit Label Energiestadt alle 4 Jahre, nächster im 2010.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	1'642'484	1'639'122	1'812'481

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Anpassung der personellen Ressourcen des Bereichs, im Wesentlichen an die gesetzlich erforderliche Kontrolltätigkeit auf dem Gemeindegebiet der Stadt Winterthur, verbunden mit der ab 2008 vorgeschriebenen risikobasierten Kontrolltätigkeit. Zusätzliche Unterhalts- und Sanierungskosten beim Campingplatz Winterthur.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Anpassung der personellen Ressourcen des Bereichs, im Wesentlichen an die gesetzlich erforderliche Kontrolltätigkeit auf dem Gemeindegebiet der Stadt Winterthur, verbunden mit der ab 2008 vorgeschriebenen risikobasierten Kontrolltätigkeit. Zusätzliche Unterhalts- und Sanierungskosten beim Campingplatz Winterthur.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	1'637'302	1'728'636	2'139'815
Sachkosten	710'056	769'300	741'525
Beiträge an Dritte	24'500	0	0
Residualkosten	4'642	4'700	6'400
Kalkulatorische Kosten	121'647	123'000	122'200
Übrige interne Kosten	240'649	106'486	212'959
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'738'796</i>	<i>2'732'122</i>	<i>3'222'899</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'738'796	2'732'122	3'222'899
Externe Erlöse	774'246	741'500	1'124'000
Interne Erlöse	116'197	131'000	69'418
Beiträge von Dritten	205'869	220'500	217'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'096'312</i>	<i>1'093'000</i>	<i>1'410'418</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'096'312	1'093'000	1'410'418
Total Nettokosten/Globalkredit	1'642'484	1'639'122	1'812'481
Interne Kosten	366'938	234'186	341'559
Interne Erlöse	116'197	131'000	69'418
Total primäre Nettokosten*	1'391'743	1'535'936	1'540'340
Kostendeckungsgrad in % **	40	40	44

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	121'647	123'000	123'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	13.0	13.0	16.6
▪ Lehrverhältnisse	0.0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	18 (10)	19 (11)	24 (15)

+2,5 Stellen für Partnergemeinden (SRB 2007-0254) kostenneutral. 1,1 Stellen Anpassung der personellen Ressourcen des Bereichs, im Wesentlichen an die gesetzlich erforderliche minimale Kontrolltätigkeit auf dem Gemeindegebiet der Stadt Winterthur, verbunden mit der ab 2008 vorgeschriebenen risikobasierten Kontrolltätigkeit und Abbau der permanenten, generellen Über-/Mehrzeit im Fach- und Sachbearbeitungsbereich.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Akkreditierung Lebensmittelinspektorat nach ISO 17'020 (falls nicht bereits im 2007 erreicht).

Projekte für Umsetzung Vorhaben "Nachhaltiges Denken und Handeln" (Legislatorschwerpunkte 2006-2010).

Projekte für Umsetzung Vorhaben "Energistadt und Klimaschutz" (Legislatorschwerpunkte 2006-2010).

Gewinnbringender Ausbau Lebensmittelkontrolle in Partnergemeinden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Kampagne "clever mobil".
 Öffentlichkeitsarbeit für Region Ost.

Produkt 1 Vollzug und Kontrolle**Leistungen**

- Lebensmittelkontrolle
- Pilzkontrolle
- Immissionsüberwachung
- Vollzug Luftreinhalte-Verordnung (LRV) und Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)
- Vollzug Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Durchführung des UVP-Verfahrens
- Kadaverentsorgung

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'826'813	1'860'224	2'282'626
Erlös	729'290	753'000	1'056'007
Nettokosten	1'097'523	1'107'224	1'226'620
Kostendeckungsgrad in %	40.0	40.0	46.0

Kosten steigen wegen zusätzlichen 2,5 Stellen für Lebensmittelkontrolleure für Partnergemeinden sowie 0,8 Stelle für Lebensmittelkontrollen auf Stadtgebiet. Der Erlös steigt aufgrund der Gebühreneinnahmen der neuen Partnergemeinden und deckt mindestens die zusätzlichen Kosten.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Lebensmittelkontrollen pro Mitarbeitende	655	650	650
EKAS Entschädigung (Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) in CHF	125'858	150'000	150'000
Termin- und fachgerechte Durchführung von UVP-Verfahren in %	100	100%	100%

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Lebensmittelkontrollen	1'017	1'200	1'500
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen)	605	500	500
Besucher/innen Pilzkontrolle	405	300	300
Wägungen von PM10-Filtern	3'895	3'300	3'300
Planbegutachtungen	151	170	170
Arbeitssicherheitskontrollen	176	180	180
Anzahl erfolgreicher gerichtlicher Beanstandung bei UVP-Verfahren	0	0	0
Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen	0	0	0
Kadaverentsorgung (t)	72	185	150

Angelieferte Menge tierische Abfälle von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) tiefer als bisher angenommen.

Produkt 2 Dienstleistungen

Leistungen

- Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie
- Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur
- Geschäftsstelle Fluglärmorganisation Region Ost
- Beratung der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik bei Fragen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	605'685	591'177	575'348
Erlös	13'534	500	369
Nettokosten	592'151	590'677	574'979
Kostendeckungsgrad in %	2.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kundenzufriedenheit Umwelt-Dienstleistungen in %	k.A.	72%	73%
Anzahl Besucher auf Internetseite	17'987	16'000	18'000
Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	11'672	200	200
Anzahl Punkte bei Audit Label Energiestadt			
- Gesamte Punkte	k.A.	-	-
- Punkte Teilbereich "Interne Organisation"	k.A.	-	-
- Punkte Teilbereich "Kommunikation, Kooperation"	k.A.	-	-

Re-Audit Label Energiestadt alle 4 Jahre, nächster im 2010

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Medienmitteilungen und Anfragen durch Medien	37	15	30
Anzahl durchgeführter Kurse, Seminare und gehaltener Referate	25	10	10
Anzahl Kampagnen / Aktionen	8	4	6
Umweltbericht (alle 4 Jahre)	1	-	-

Produkt 3 Campingplatz

Leistungen

Betrieb Campingplatz am Schützenweiher

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	275'372	280'721	364'925
Erlös	353'489	339'500	354'043
Nettokosten	-78'117	-58'779	10'882
Kostendeckungsgrad in %	128	121	97

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kundenzufriedenheit Campingplatz in %	66	72%	73%

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Übernachtungen auf Campingplatz	22'589	21'000	24'000

Annahme: Euro08 führt zu vermehrten Übernachtungen in der Sommersaison

IAFP Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	2'738	2'732	3'222	3'223	3'223	3'223
Erlös	1'096	1'093	1'410	1'410	1'410	1'410
Nettokosten/Globalkredit	1'642	1'639	1'812	1'812	1'812	1'812
Kostendeckungsgrad in %	40	40	44	44	44	44

2008: Ausbau Lebensmittelkontrolle für Partnergemeinden sowie neue 0,8 Stelle für Lebensmittelkontrollen auf dem Stadtgebiet.

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	1'225	1'222	0	0	0	0	0	3
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF	16.9	17.2	17.9	17	17	17
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	40.0	40.0	44.0	44	44	44
Einwohnerzahl	0	0	98'500	99'500	100'000	100'000
2 Kundenorientierung						
Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufrieden stellend erfüllt. Messgrössen:						
Kundenzufriedenheit Umwelt-Dienstleistungen in %	k.A.	72.0	73.0	74	75	75
Kundenzufriedenheit Campingplatz in %	66.0	72.0	73.0	74	75	75
3 Vollzug und Kontrolle						
Schutz der Konsumenten vor verdorbenen Lebensmitteln und ungenügender Hygiene. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Kompetenter Vollzug Luftreinhaltung (VOCV und LRV). Kompetente und termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Messgrössen:						
Termingerechte Durchführung UVP	100.0	100%	100%	100%	100%	100%
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb	0.00	0.00	0.00			
4 Dienstleistungen						
Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt						
Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltzustandsbericht alle 4 Jahre. Messgrößen:						
Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	k.A.	-	200.0	600	200	200
Anzahl Besucher auf Internetseite	17'987.0	16'000.0	18'000.0	19'000	20'000	20'000
Anzahl Kampagnen / Aktionen	8.0	4.0	6.0	4	4	4
Umweltzustandsbericht (alle 4 Jahre)	1.0	-	-	-	1	-
Label Energiestadt	0.0	0.0	0.0			
▪ Gesamt-Punkte	k.A.	-	-	-	80	-
▪ Punkte "Interne Organisation"	k.A.	-	-	-	80	-
▪ Punkte "Kommunikation, Kooperation"	k.A.	-	-	-	75	-

Nächster Umweltbericht soll im 2009 erscheinen (= mehr Publikationen). Re-Audit Label Energiestadt alle 4 Jahre, nächster im 2010.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Projekte zur Umsetzung der Vorhaben "Nachhaltiges Denken und Handeln" sowie "Energiestadt und Klimaschutz" (gemäss Legislaturschwerpunkte 2006-2010).

Überprüfung und allenfalls Anpassung der Gebühren und Entgelte.

Geschäftsstelle Region Ost weiter führen.

Kampagne "clever mobil".

Zertifizierung Managementsystem nach ISO 14'001 (Anforderungen an Umweltmanagementsystem).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Gewinnbringender Ausbau von Dienstleistungen für andere Gemeinden entlastet die laufende Rechnung und erlaubt die Weiterentwicklung von fachlicher Kompetenz.

Materialverwaltung

Auftrag

Die Materialverwaltung der Stadt Winterthur ist ein departementsübergreifender Dienstleistungsbetrieb für die professionelle Beschaffung und Verteilung von Verbrauchs- und Investitionsgütern. Sie sichert damit der Stadtverwaltung eine wichtige Kernkompetenz in Bezug auf das Beschaffungswesen.

Produkte

Beschaffung und Verkauf

Koordinierte Beschaffung von Investitions- und Verbrauchsgütern unter Berücksichtigung der ökologischen und qualitativen Aspekte.

Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Unterstützung von städtischen Verwaltungsstellen bei Beschaffungsvorhaben (Beschaffungsberatung), mit dem Zweck gezielt und preiswert zu beschaffen. Zentrales Kompetenzzentrum für Submissionen im Rahmen des GATT/WTO-Abkommens.

Lagerung, Transport und Entsorgung

Koordinierte und effiziente Lagerung und Verteilung von Investitions- und Verbrauchsgütern zwecks Kostenoptimierung. Sicherstellung einer nach ökologischen Gesichtspunkten organisierten Entsorgung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Lehrmittelverordnung für die Volksschule vom 5. Januar 2000
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen v. 15. März 2001

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss vom 21. Mai 2003 über die Richtlinien für das Beschaffungswesen
- Projekt "Nachhaltige ökologische Beschaffung" vom November 1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Materialverwaltung vom April 2000

Verantwortliche Leitung

Peter Buchwalder, Leiter Materialverwaltung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrößen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 ist im Durchschnitt Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	106 85	105 57	105 62
2 Wirkung Die 100 umsatzstärksten Produkte werden im Preisvergleich mit dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung mindestens 10% günstiger angeboten. <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	100	100	100
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der verwaltungsinternen und -externen Kundschaft wird mittels einer alle 4 Jahre (nächste Umfrage in 2011) durchgeführten Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Produktqualität, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit "zufrieden" oder "sehr zufrieden" Antwortenden	keine Befragung	>85	keine Befragung
4 Ökologie Der Anteil von Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> - Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % - Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird erhöht <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	62 70 85	60 70 90	65 70 90

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	-40'484	-48'398	-50'002

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Gegenüber dem Voranschlag 2007 sind nur geringfügige Abweichungen zu erwarten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Gegenüber der Rechnung 2006 kann der Globalkredit weiter reduziert werden.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	928'443	941'516	972'661
Sachkosten	4'184'213	4'057'500	4'221'500
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	231'821	241'800	223'700
Übrige interne Kosten	147'171	110'816	134'143
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'491'648</i>	<i>5'351'632</i>	<i>5'552'004</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'491'648	5'351'632	5'552'004
Externe Erlöse	5'526'150	5'400'000	5'300'000
Interne Erlöse	5'982	30	302'006
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'532'132</i>	<i>5'400'030</i>	<i>5'602'006</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	5'532'132	5'400'030	5'602'006
Total Nettokosten/Globalkredit	-40'484	-48'398	-50'002
Interne Kosten	378'992	352'616	357'843
Interne Erlöse	5'982	30	302'006
Total primäre Nettokosten*	-413'494	-400'984	-105'839
Kostendeckungsgrad in % **	101	101	101

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	198'120	207'700	189'200
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	9.0	9.0	8.9
▪ Lehrverhältnisse	2.0	2.0	2.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	12(3)	12(2)	12(2)

KV-Lehrverhältnis: 2004 - 1, 2005 - 1, 2006 - 1, 2007 - 1, 2008 - 1

Logistik-Lehrverhältnis: 2004 - 0, 2005 - 1, 2006 - 1, 2007 - 1, 2008 - 1

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Die HS07-Zielsetzungen bezüglich dem Beschaffungswesen werden umgesetzt.

Produkt 1 Beschaffung und Verkauf

Leistungen

- Sicherstellen der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und den damit verbundenen Dienstleistungen.
- Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie, Qualität, Bedarf und Lieferbereitschaft.
- Durch kosten-/ nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.
- Beschaffen und Auswerten der für den Bereich Materialwirtschaft wichtigen Informationen aus dem Beschaffungsmarkt.
- Führen und Aktualisieren einer umfassenden Lieferantendokumentation.
- Gesamtstädtische Bedarfserhebungen zur koordinierten Beschaffung von Agenden, Telefonbüchern etc.
- Beschaffung im Rahmen von Sammelbestellungen von Geschäfts- und Individualdrucksachen für Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	471'190	844'261	5'082'742
Erlös	331'704	718'205	5'328'000
Nettokosten	139'485	126'056	-245'258
Kostendeckungsgrad in %	70.0	85.0	105.0

Ab 1.1.2008 werden die Produkte 1 "Evaluation und Beschaffung von Mobiliar, Maschinen, Geräten und Dienstleistungen für Dritte" und 2 "Evaluation, Beschaffung und Verkauf von Hilfs- und Verbrauchsmaterial (Lager)" neu als Produkt 1 "Evaluation und Beschaffung von Mobiliar, Maschinen, Geräten und Dienstleistungen für Dritte" ausgewiesen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007
Kosten Total	4'231'952	4'905'593
Erlös Total	4'476'209	5'146'220
Nettokosten Total	-244'258	-240'627
Kostendeckungsgrad	106%	105%

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die pro Projekt vereinbarte Bearbeitungszeit wird eingehalten- Zielerreichungsgrad in %	>95	>95	>95
Das Verkaufsvolumen wird gesteigert ▪ Erhöhung des Umsatzes in %			2
Der Zufriedenheitsgrad unserer Kundinnen und Kunden stabil auf hohem Niveau halten. Kundenzufriedenheitsgrad in %	keine Befragung	>85	keine Befragung

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Umsatzentwicklung in Mio. CHF	4.6	4.6	5.4
Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen	479	500	500
Umsatzanteil der städtischen Schulen in %	58	60	60
Anzahl Bestellungen insgesamt	11'700	12'000	12'200
Anzahl Bestellungen im Internet-Shop	1'750	1'700	1'800
Anzahl Kundinnen und Kunden	1'100	1'120	1'140

Produkt 2 Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Leistungen

- Produkteberatung bei grösseren Beschaffungsvorhaben für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Vermittlung von Lieferanten und Kontaktpersonen bei Beschaffungsvorhaben der städtischen Verwaltungsstellen und

Leistungen

- Schulen.
- Budgetierung und Kontrolle der Anschaffungs-, Unterhalts- und Verbrauchsmaterialkonten der Volksschulen.
 - Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen wie Beschaffungskommission, FK Erscheinungsbild, AG Lehrmittel, Materialprüfungskommission, Maschinenkommission etc.
 - Beratungen bezüglich städtischem Erscheinungsbild.
 - Aufbereitung und Verteilung von Informationsmaterial für die städtischen Schulen.
 - Vermietung von Ausstellungsmaterial an Schulen, Verwaltung und Private.
 - Planung und Durchführung von Submissionen unter GATT/WTO für die gesamte Stadtverwaltung. Auch den Aussengemeinden wird diese Fachkompetenz zu gewinnbringenden Honoraren angeboten.
 - Wahrnehmen von GU-Funktionen im Rahmen von Neu- und Umbauten in Bezug auf Beschaffung und Koordination.
 - Planen und Durchführen einer jährlichen Ausstellung für Kindergartenmaterial.
 - Planen und Durchführen von Kursen in den Bereichen Handarbeit und Werken.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	588'511	229'777	241'741
Erlös	497'471	113'405	126'000
Nettokosten	91'040	116'372	115'741
Kostendeckungsgrad in %	85.0	49.0	52.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Budgets der zugeteilten Sachkonten und Klassenkredite der Volksschule werden eingehalten	99	99	99
- Zielerreichungsgrad in %			
Durch Einflussnahme während der Projektphase von Druckaufträgen werden Kosten gesenkt.	2	1	2
- Reduktion von Reklameberater-Kommissionen in %			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anteil des Aufwandes für städtische Schulen in %	75	75	75

Produkt 3 Lagerung, Transport und Entsorgung**Leistungen**

- Effiziente Lagerbewirtschaftung durch periodische Überprüfung der Lagerbestände und Anpassung der Lagerreichweiten unter Einbezug der Wiederbeschaffungsfristen.
- Zentrale Bewirtschaftung und koordinierte Verteilung sämtlicher Lagerartikel in den Bereichen Büromaterial, Schulmaterial, Handarbeitsmaterial, Reinigungsmaterial, Werkzeuge, Sportgeräte etc.
- Organisation und Durchführung von Umzügen und Transporten für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Sammeln von Tonermodulen, Druckerzubehör, Beleuchtungsmaterial etc. und Sicherstellung von ökologisch sinnvoller Entsorgung oder Wiederverwertung.
- Lagerung und Verteilung von Occasionsmobiliar und -maschinen für städtische Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	653'830	216'261	227'521
Erlös	552'748	140'405	148'000
Nettokosten	101'081	75'856	79'521
Kostendeckungsgrad in %	85.0	65.0	65.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Jeder Lagerartikel ist innert 4 Tagen lieferbar - Einhaltung der Lieferfristen in %	>90	>90	>90
Durch gezielte Kundeninformation wird der Rücklauf von sinnvoll wieder verwertbaren Produkten erhöht - Zielerreichungsgrad: prozentualer Rücklauf in Relation zur Anzahl verkaufter Produkte	95	96	96

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl der organisierten Umzüge und Transporte	280	320	300

IAFP Materialverwaltung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	5'491	5'351	5'552	5'552	5'552	5'552
Erlös	5'532	5'400	5'602	5'602	5'602	5'602
Nettokosten/Globalkredit	-40	-48	-50	-50	-50	-50
Kostendeckungsgrad in %	101	101	101	101	101	101

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrössen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 ist im Durchschnitt Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	106	105	105	105	105	105
	85	57	62	62	62	62

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
2 Wirkung Die 100 umsatzstärksten Produkte werden im Preisvergleich mit dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung mindestens 10% günstiger angeboten. <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	100	100	100	100	100	100
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der verwaltungsinternen und -externen Kundschaft wird mittels einer alle 4 Jahre (nächste Umfrage in 2011) durchgeführten Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Produktqualität, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit "zufrieden" oder "sehr zufrieden" Antwortenden	keine Befragung	>85	keine Befragung	keine Befragung	keine Befragung	>85
4 Ökologie Der Anteil von Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % ▪ Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird erhöht <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	62 70 85	60 70 90	65 70 90	66 70 90	67 70 90	68 70 90

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Familienergänzende Kinderbetreuung

Auftrag

Die Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung umfasst die folgenden familien- und schulergänzenden Betreuungsdienstleistungen:

- Organisieren der Betreuung von Vorschulkindern in subventionierten Kinderkrippen und in subventionierten Tagesfamilien
- Organisieren der Betreuung von Kindergarten- und Schulkindern in städtischen Kinderhorten und Tagesschulen, sowie in subventionierten Kinderhorten, Kindertagesstätten und Tagesfamilien
- Sicherstellung und Weiterentwicklung des gesamten Angebots an familien- und schulergänzender Betreuung
- Abschliessen der Leistungsaufträge mit den subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Tagesfamilienverein.

Die Umsetzung der Dienstleistungen und Aufgaben richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben.

Produkte

Die Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung umfasst die beiden Produkte:

1 Städtische Kinderhorte

Organisieren und Führen der städtischen Kinderhorte und Sicherstellung der Qualität der Angebote.

Aufbau und Durchführung von Pilotprojekten:

- "Betreuter Mittagstisch in Schulen der Sekundarstufe"
- "Tagesschulen in Winterthur"

2 Subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen

Leistungsaufträge mit subventionierten Kinderbetreuungsinstitutionen (subventionierte Kinderhorte [ab Kindergarten], Kinderkrippen [bis Kindergarten] und Kindertagesstätten [Krippen und Hort kombiniert]) und dem Tagesfamilienverein Winterthur und Bewirtschaften der Subventionen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 28. April 1998
Legt den Geltungsbereich, die Grundsätze, die Rahmenbedingungen und das Subventionierungsmodell fest. Im Subventionierungsmodell ist die Summe des Mindestelternbeitrages beziffert und der Betrag festgelegt, ab welchem massgebenden Einkommen die Eltern die kostendeckende Tagestaxe bezahlen müssen.
- Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998
Regelt die Berechnungsgrundlagen und die Betreuungsvereinbarung. Im Anhang vom 24. März 2004 wird das massgebliche Einkommen für den Elternbeitrag wie folgt gestaffelt in Fr.: 0 - 30'000, 30'001 - 40'000, 40'001 - 50'000, fortld. in 10'000'er Staffeln bis 130'001 - 140'000, über 140'001
- Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998
Regelt den Leistungsauftrag, die Organisation des Betriebes sowie Personalfragen
- Reglement über die Kinderhorte in der Stadt Winterthur
Legt u.a. den Geltungsbereich, die Organisationsformen, die Betriebsorganisation und die Aufsicht fest.

Stufe Kanton (KR / RR / BiD)

- Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 § 27
Die Gemeinden werden verpflichtet, für Schülerinnen und Schüler dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen.
- Verordnung des Kantons Zürich über die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten vom 6. Mai 1998 und den dazu gehörenden Richtlinien der Erziehungsdirektion über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 30. Juni 1998.
- Volksschulverordnung (VSV) vom 28. Juni 2006 § 27
- Richtlinien über die Bewilligung von Kinderhorten (Hortrichtlinien) vom 2. Juni 2007

Verantwortliche Leitung

Anna Wohnlich, Leiterin Abteilung Kinderbetreuung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots ▪ Bruttokosten pro angebotene Betreuungsstunde (städtische Kinderhorte, inkl. Tagesschulen) (1)			7.91
2 Quantität Produkt Städtische Kinderhorte ▪ Anzahl Plätze in städtischen Kinderhorten (Stichtag 31. Dezember) ▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Betreuter Lunch in Oberstufenschulhäusern" ▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Tagesschulen in Winterthur" Produkt Subventionierte Kinderbetreuungsinstitutionen ▪ Anzahl Kinderplätze ▪ Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate) ▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien (3)	643 0 0 184 25	664 75 120 205 41	720 75 120 221 52 50'000
3 Qualität Soziale Durchmischung in Betreuungsangeboten (städtische Kinderhorte + Tagesschulen) entspricht ungefähr dem Bevölkerungsanteil mit Betreuungspflichten (2)			
4 Wirkung Kinder, welche Betreuungseinrichtungen besuchen, sind im Allgemeinen (z.B. Hausaufgaben, besuchen den Nachmittagsunterricht pünktlich, Sozialkompetenz) gut auf die Schule vorbereitet. (Befragung der Lehrpersonen alle drei Jahre)			erfüllt

(1) Soll 2008: Angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienhortstunden pro Platz pro Jahr. Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten

(2) Die Abklärungen mit dem Steueramt sind initiiert. Ob die Auswertung technisch umsetzbar ist und wie hoch die anfallenden Programmierungskosten sein werden, ist zurzeit noch nicht bekannt.

(3) Gemäss SR-Beschluss wurde die Zuständigkeit für die Subventionierung des Tagesfamilienvereins per 1. Januar 2008 vom DSO dem DSS übertragen.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	7'748'816	8'906'504	10'571'114

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Gemäss der Volksschulverordnung vom 8. Juni 2006, Art. 27 Abs. 2 sind die Gemeinden verpflichtet, für Schülerinnen und Schüler dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Die Gemeinden hatten während des Schuljahrs 2006/2007 eine Bedarfserhebung durchzuführen.

Sie haben bis zum Schuljahr 2009/2010 Zeit, dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote aufzubauen. Die Stadt Winterthur weist bereits ein grosses Platzangebot an schulergänzender Betreuung aus. Sie wird in den Jahren 2008 und 2009 den Platzausbau so gestalten, dass bis zum Schuljahr 2009/2010 dem Bedarf nach Betreuungsplätzen möglichst entsprochen werden kann.

Beim Pilotprojekt "Tageschulen in Winterthur", Start auf Schuljahr 2007/2008, fallen 2008 erstmals die Betriebskosten für ein ganzes Kalenderjahr an. In beiden Quartieren bestand bisher kein Kinderhortangebot.

Systembereinigungen und -anpassungen im Bereich subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen und Weiterausbau der subventionierten Krippenplätze (11 Säuglingsplätze und 16 Plätze für Vorschulkinder) sind geplant.

Aufgrund der Systembereinigung werden subventionierte, aber durch "voll zahlende" Eltern blockierte Plätze frei. Dies hat zur Folge, dass mehr Subventionsbeiträge bei gleich bleibender Platzzahl ausbezahlt werden.

Der Rückgang bei den Sachkosten ist vor allem auf einmalige Kosten im 2007 zurückzuführen. Einerseits wird eine webbasierte Verwaltungslösung realisiert und andererseits stellen die Einrichtungen der 4 Standorte für die Tagesschulen ausserordentliche Kosten dar. Zusätzlich werden "Energie und Wasser" neu nicht mehr unter den Sachkosten, sondern unter den übrigen internen Kosten ausgewiesen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Massgeblich ist der Ausbau des Platzangebotes in der schulergänzende Betreuung und das Pilotprojekt "Tageschulen in Winterthur" GGR-Kreditantrag von 2.455 Mio. für Tagesschulen mit 120 Plätzen in den Schuleinheiten Brühlberg und Hegi. Sowie das Pilotprojekt "Betreuter Lunch" mit 75 Plätzen an der Sekundarstufe. Der mit dem Budgetbeschluss 2007 bewilligte Ausbau von Plätzen im 2007 muss im Vergleich Rechnung 2006 zum Voranschlag 2008 berücksichtigt werden.

Zudem ist für den Ausbau der subventionierten Krippenplätze der Subventionsbetrag erhöht worden. Der städtische Subventionsbeitrag pro Platz, resp. Öffnungsstunde wurde seit 1998 nie teuerungsbereinigt und angepasst.

Da über die Hälfte des Globalkredites für Lohnkosten aufzuwenden ist, fallen die Lohnerhöhungen 2006 und 2007 deutlich ins Gewicht.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	5'500'367	5'757'985	6'573'083
Sachkosten	1'390'178	1'756'100	1'484'367
Beiträge an Dritte	2'518'771	3'127'000	4'628'250
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	8'738	6'200	6'200
Übrige interne Kosten	455'388	374'372	435'247
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'873'442</i>	<i>11'021'656</i>	<i>13'127'147</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'873'442	11'021'656	13'127'147
Externe Erlöse	2'069'929	2'085'000	2'310'000
Interne Erlöse	773	152	33
Beiträge von Dritten	53'924	30'000	246'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'124'626</i>	<i>2'115'152</i>	<i>2'556'033</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'124'626	2'115'152	2'556'033
Total Nettokosten/Globalkredit	7'748'816	8'906'504	10'571'114
Interne Kosten	464'126	380'572	441'447
Interne Erlöse	773	152	33
Total primäre Nettokosten*	7'285'463	8'526'085	10'129'700
Kostendeckungsgrad in % **			

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten (ohne subv. Betreuungseinrichtungen) in CHF			66'600
Personal:			
▪ Stelleneinheiten Führung und Administration (inkl. Bewirtschaftung subv. Betreuungseinrichtungen)	4.4	4.4	5.6
▪ Stelleneinheiten Hortpersonal (ohne subv. Betreuungseinrichtungen)	40.4	46.7	47.0
▪ Anzahl Ausbildungs- und Praktikumsplätze (ohne subv. Betreuungseinrichtungen)	17.0	19.0	22.0
▪ Anzahl Mitarbeitende (davon Teilzeit)	120 (118)	147 (143)	149 (143)

Gebäudekosten: Die Kinderhorte befinden sich grösstenteils in den Schulliegenschaften. Diese Kosten werden nicht separat ausgewiesen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Pilotprojekt "Tageschule Winterthur"

Weiterer Ausbau der schulergänzenden Betreuung gemäss Bedarf

Systembereinigungen und -anpassungen im Bereich subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen und Weiterausbau der subventionierten Krippenplätze

Übernahme der Zuständigkeit für die Bewirtschaftung und die Subventionierung des Tagesfamilienvereines Winterthur

Produkt 1 Städtische Kinderhorte

Leistungen

- Organisieren und Führen der städtischen Kinderhorte und Sicherstellung der Qualität der Angebote:
 - Morgentische
 - Mittagstische
 - Mittag-Nachmittagshorte
 - Ferienhorte
- Aufbau und Durchführung des Pilotprojektes "Tagesschulen in Winterthur"
- Aufbau eines niederschweligen Betreuungsangebotes für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe

Zu den städtischen Kinderhorten, Mittagstischen (MT) und Tagesschulen zählen (Stand 20. August 2007):

Obertor, Neuwiesen, Inneres Lind, Tössfeld, MT Geiselweid, Schachen, Schachen Pavillon, Feldstrasse, Wiesenstrasse, Wieshof, Wartstrasse, Langwiesen, MT Langwiesen, Laubegg, Rebwiesen, Zelgli, Eichliacker, Gutschick, MT Gutschick, Schönggrund, MiTi Schönggrund für Kinder mit bes. Bedürfnissen, Tiefenbrunnen, Mattenbach, MT Mattenbach, Schooren, Guggenbühl, Unterwegli, Zinzikon, Wallrüti, Oberseen, Tägemoos 1, Tägemoos 2, Steinacker, MT Steinacker
 Tagesschule Brühlberg, Tagesschule Hegi TMZ, Tagesschule Hegi Dorf

Morgentische werden angeboten in den Kinderhorten Guggenbühl, Mattenbach, Schönggrund, Wieshof und Wiesenstrasse.

Öffnungszeiten ab 20. August 2007

Morgentische: 7.00 - 8.00

Mittagstische: 12.00 - 13.30

Kinderhorte und Tagesschulen: 12.00 - 18.00

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	6'954'354	7'530'081	8'449'142
Erlös	2'119'007	2'115'137	2'556'030
Nettokosten	4'835'347	5'414'943	5'893'112
Kostendeckungsgrad in %	30.0	28.0	30.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Total Elternbeiträge in CHF	1'998'287	2'090'000	2'310'000
▪ Vollkosten pro Betreuungstag in CHF (1)	85	85	85

1) Voller Betreuungstag à 11 Stunden

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anzahl Plätze (Stichtag 31. Dezember)	643	859	915
▪ Anzahl Betreuungsverträge (Stichtag 31. Dezember) (1)	1'055	1'260	1'380

1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

'Massgebliches Einkommen in Fr. für Elternbeitrag' - 'Anzahl Familien'
(Stand 31. Dezember 2004 / 2005 / 2006)

Fr. 0 - 30'000: 149 / 159 / 154
 Fr. 30'001 - 40'000: 32 / 26 / 43
 Fr. 40'001 - 50'000: 68 / 72 / 63
 Fr. 50'001 - 60'000: 70 / 72 / 92
 Fr. 60'001 - 70'000: 80 / 99 / 91
 Fr. 70'001 - 80'000: 56 / 68 / 72
 Fr. 80'001 - 90'000: 63 / 52 / 67
 Fr. 90'001 - 100'000: 56 / 59 / 60
 Fr. 100'001 - 110'000: 45 / 51 / 52
 Fr. 110'001 - 120'000: 38 / 52 / 54
 Fr. 120'001 - 130'000: 49 / 37 / 36
 Fr. 130'001 - 140'000: 13 / 18 / 30
 über Fr. 140'001 117 / 136 / 132

Produkt 2 Subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen

Leistungen

- Leistungsaufträge mit Trägerschaften von subventionierten Kinderhorten, Kinderkrippen und Kindertagesstätten sowie die Bewirtschaftung der Subventionen
- Leistungsauftrag mit dem Tagesfamilienverein Winterthur und Bewirtschaftung der Subventionen

Zu den subventionierten Kinderbetreuungsinstitutionen gehören (Stand 21. August 2007):

- Kinderkrippen Fantasia, Zauberschiff, Schnäggehus, Arche, Heckenrose, Lotus, Rana, Am Teich, Windrädli, Montessori, Kindertagesstätte Wässerwiesen, Luftibus, Sunneberg, Loki, sowie der Kindertreff Hegi, Kindertreff Hegi im Gern

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'853'977	3'491'576	4'678'005
Erlös	5'619	15	3
Nettokosten	2'848'358	3'491'560	4'678'001
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kennzahlen der privaten Anbieter (Trägervereine der Horte und Krippen)			
Subventionierte Kinderhorte			
▪ Elternbeiträge pro Jahr in CHF	118'174	75'000	118'000
▪ Kostendeckungsgrad in %	34.4	32.0	34.0
▪ Vollkosten pro Betreuungstag (1) in CHF	86	86	86
Subventionierte Kinderkrippen			
▪ Elternbeiträge pro Jahr	1'885'400	990'000	1'660'000
▪ Kostendeckungsgrad in %	43.7	38.0	30.0
▪ Vollkosten pro Betreuungstag (1) in CHF	93	93	101
Subventionierte Kindertagesstätten			
▪ Elternbeiträge pro Jahr in CHF	-	-	-
▪ Kostendeckungsgrad in %			
▪ Vollkosten pro Betreuungstag (1) in CHF			

1) Voller Betreuungstag à 11 Stunden

Die Kindertagesstätte Wässerwiesen ist 2006 und 2007 in subv. Kinderhorte bzw. subv. Kinderkrippen aufgeteilt; weitere subv. Kindertagesstätten existieren zur Zeit noch nicht, bzw. werden zur Zeit noch nicht separat ausgewiesen, da sie noch mit dem vom DSO übernommenen System erfasst werden.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Subventionierte Kinderhorte (Stichtag 31. Dezember)			
▪ Anzahl Plätze	18	18	18
▪ Anzahl Betreuungsverträge (1)	43	38	42
Subventionierte Kinderkrippen (Stichtag 31. Dezember)			
▪ Anzahl Kinderplätze	166	187	203
▪ Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate)	25	41	52
▪ Anzahl Betreuungsverträge (1)	524	640	700
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden in Tagesfamilien (2)			50'000
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge von Kindern in Tagesfamilien (1)			75

1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen

Im Soll 2007 sind die mit dem GGR-Budgetbeschluss 2007 bewilligten und von der Leopold Bachmann-Stiftung mitfinanzierten zusätzlichen 14 Plätze (12 Kinderplätze, 2 Säuglingsplätze) enthalten.

2) Gemäss SR-Beschluss wurde die Zuständigkeit für die Subventionierung des Tagesfamilienvereins per 1.1.2008 vom DSO dem DSS übertragen.

IAFP Familienergänzende Kinderbetreuung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	9'873	11'021	13'127	13'937	14'090	14'090
Erlös	2'124	2'115	2'556	2'606	2'636	2'636
Nettokosten/Globalkredit	7'748	8'906	10'571	11'331	11'454	11'454
Kostendeckungsgrad in % (1)						

1) Der Kostendeckungsgrad wird nicht ausgewiesen, da Produkt 2 nur Subventionen (Kosten) beinhaltet.

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	270	0	0	0	240	0	0	30
Bewilligt	30	0	0	0	30	0	0	0
Gesamt	300	0	0	0	270	0	0	30

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots						
▪ Bruttokosten pro angebotene Betreuungsstunde (städtische Kinderhorte, inkl. Tagesschulen) (1)			7.91	7.92	7.92	7.92
2 Quantität						
Produkt Städtische Kinderhorte						
▪ Anzahl Plätze in städtischen Kinderhorten (Stichtag 31. Dezember)	643	664	720	760	770	780
▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Betreuer Lunch in Oberstufenschulhäusern"		75	75	90	90	90
▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Tagesschulen in Winterthur"		120	120	120	120	120
Produkt Subventionierte Kinderbetreuungsinstitutionen						
▪ Anzahl Kinderplätze	184	205	221	231	251	271
▪ Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate)	25	41	52	62	67	72
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien (3)			50'000	55'000	60'000	65'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
3 Qualität Soziale Durchmischung in Betreuungsangeboten (städtische Kinderhorte + Tagesschulen) entspricht ungefähr dem Bevölkerungsanteil mit Betreuungspflichten (2)			0.0			
4 Wirkung Kinder, welche Betreuungseinrichtungen besuchen, sind im Allgemeinen (z.B. Hausaufgaben, besuchen den Nachmittagsunterricht pünktlich, Sozialkompetenz) gut auf die Schule vorbereitet. (Befragung der Lehrpersonen alle drei Jahre)			erfüllt			erfüllt

(1) Soll 2008: Angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienhortstunden pro Platz pro Jahr. Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten

(2) Die Abklärungen mit dem Steueramt sind initiiert. Ob die Auswertung technisch umsetzbar ist und wie hoch die anfallenden Programmierungskosten sein werden, ist zurzeit noch nicht bekannt.

3) Gemäss SR-Beschluss wurde die Zuständigkeit für die Subventionierung des Tagesfamilienvereins per 1.1.2008 vom DSO dem DSS übertragen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Umsetzung des Legislatorschwerpunktes des Stadtrates

S. 13 Chancengleichheit in der Bildung: (...) "Zudem wird die familienergänzende Kinderbetreuung (Krippen, Kinderhorte usw.) im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bedarfsgerecht ausgebaut. Aufgrund der Erfahrungen der Pilotprojekte werden nebst den herkömmlichen Schulformen auch Tagesschulen eingeführt. (...)

Weiterentwicklung gemäss Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 27. April 1998 Art. 3 Absatz 2: "Sie (die Stadt) fördert in geeigneter Weise nach den Grundsätzen der Subsidiarität in jedem Stadtkreis ein nachfrage- und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot."

Ziel ist ein sozialraumorientiertes Betreuungsangebot für Vorschulkinder und insbesondere für Schulkinder der Stadt Winterthur, d.h. Betreuungsangebot im eigenen Stadtkreis/Quartier.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Schuldienste

Auftrag

Die Produktgruppe Schuldienste ist zuständig für verschiedene unterstützende Dienstleistungen und Aufgaben während der Vorschulzeit und der obligatorischen Schulzeit. Diese Leistungen umfassen die Arbeiten der Unterstützenden Dienste (Schulpsychologischer Dienst, Schulsozialarbeit), die Gesundheitsförderung und Präventionsaufgaben des Schulzahnärztlichen Dienstes und des Schulärztlichen Dienstes sowie die umfassende Sonderschulung von Lernenden mit einer Behinderung.

Die Leistungen der Produktgruppe Schuldienste erhöhen die Chancengerechtigkeit für die Schülerinnen und Schüler. Weiter unterstützen sie die Schülerinnen und Schüler bis zum erfolgreichen Abschluss der Volksschule, d.h. die Schülerinnen und Schüler verfügen über eine hohe Selbst-, Sach- und Sozialkompetenz. Sie unterstützen die Schulen in der Erfüllung ihres Auftrages.

Die Umsetzung der Dienstleistungen und Aufgaben richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben und ist Bestandteil eines ausgewogenen Angebotes der Volksschule.

Die Produktgruppe Schuldienste ist in Zusammenhang mit der Einführung WoV-Schule (geplant ab 2010) neu zu überdenken.

Produkte

1 Unterstützende Dienste

Der "Schulpsychologische Dienst" und die "Schulsozialarbeit" erbringen die definierten Leistungen in Form der Teilprodukte

- Kurzberatungen SPD
- Fallbearbeitungen (Fälle) SPD
- Abklärungen SPD
- Kurzberatungen SSA
- Fallbearbeitungen (Fälle) SSA

zentral wie auch dezentral durch Teams, die den Schulkreisen bzw. den Schulhäusern zugeordnet sind.

2 Schulgesundheit

Das Produkt "Schulgesundheit" ist zuständig für Untersuchungen, Beratungen, Gesundheitsförderung und Prävention der in Winterthur wohnhaften Kinder im Kindergarten- und Volksschulalter (Privatschulen, auswärtige Sonderschüler/innen) sowie der Jugendlichen im Gymnasium und umfasst die Teilprodukte

- Schulzahnärztlicher Dienst (SZD [inkl. Schulzahnklinik, SZK])
- Schulärztlicher Dienst (SAeD)

3 Sonderschulung (städtisch geführte Sonderschulen)

Das Produkt "Sonderschulung" umfasst die Schulung, Betreuung und Therapie von Lernenden mit einer Behinderung und besteht aus den Teilprodukten

- Michaelschule (Heilpädagogische Schule, HPS) für Lernende mit geistiger Behinderung
- Maurerschule (Schule für cerebral gelähmte Kinder, CPS) für Lernende mit Körper- und Sinnesbehinderung
- Kleingruppenschule (KGS) für Lernende mit Verhaltensauffälligkeiten
- Sonderschulintegration von Sonderschülerinnen und Sonderschülern der HPS oder CPS in die Regelklasse der Volksschule

4 Kinder- und Jugendheim

Das Kinder- und Jugendheim betreut nach den kantonalen Qualitätsvorgaben verhaltens- und entwicklungsauffällige Kinder, die nicht unter der Obhut der Eltern leben können. Das Heim wird vom kant. Amt für Jugend- und Berufsberatung beaufsichtigt und erhält aufgrund der Anerkennung volle Defizitdeckung. Die Einrichtung ist vom Bundesamt für Justiz als Erziehungsheim anerkannt und erhält Betriebsbeiträge des Bundes.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (IVG)
- Verordnung über die Invalidenversicherung vom 17. Juni 1961 i.d. Fassung vom 10. Februar 2004

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- Div. Kreisschreiben der IV
- Bundesgesetz vom 5. Oktober 1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMV)
- Verordnung vom 29. Oktober 1986 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug

Stufe Kanton:

- Gesetz über das Gesundheitswesen vom 4. November 1962
- Die vom Regierungsrat am 28. Juni 06 in Kraft gesetzten Artikel des neuen Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005 und die noch gültigen Artikel des Volksschulgesetzes vom 11. Juni 1899 i. d. Fassung von Juni 1998
- Verordnung über die Schul- und Volkszahnpflege v. 15. November 1965
- Volksschulverordnung vom 28. Juni 2006
- Reglement über die Sonderschulklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Sonderklassenreglement) vom 03. Mai 1984
- Richtlinien zum Reglement über die Sonderklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Richtlinien zum Sonderklassenreglement) vom 27. Dezember 1985
- Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge
- Verordnung über die Jugendheime

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Schulzahnpflege der Stadt Winterthur vom 24. Oktober 1994
- Reglement über die Leitung und Aufsicht der Schulzahnpflege vom 28. Januar 1994
- Vertrag über die Schulzahnpflege (Stadt Winterthur-Vereinigung Winterthurer Zahnärzte) vom Oktober 1990
- Reglement über den Städtischen Schulpsychologischen Dienst vom 30. April 1982
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der Sonderschulen (Heilpädagogische Schulen) vom 09. Januar 2002
- Schulordnung der städtischen Sonderschule für cerebral gelähmte Kinder vom 30. April 1982
- Schulordnung der städtischen Heilpädagogischen Sonderschule (Michaelschule) vom 30. April 1982
- Volksabstimmung zur Einführung der Schulsozialarbeit vom 24. September 2006

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien über die Aufklärung und Prophylaxe in der Schulzahnpflege vom 22. Mai 2001
- Verträge mit Schulärzten/Schulärztinnen

Verantwortliche Leitung

Reto Zubler - Bereichsleiter Bildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt Schulgesundheits ▪ Durchschnittliche Kosten pro Fall in der Schulzahnklinik in CHF			300
2 Quantität ▪ Anzahl präventive Veranstaltungen (SZD und SAeD) Produkt Sonderschulung Anzahl bereitgestellte Plätze je sonderpädagogische Schulform: ▪ für die Michaelschule (HPS) ▪ für die Maurerschule (CPS) ▪ für die Kleingruppenschule (KGS) ▪ Sonderschulintegration von HPS & CPS	90 68 18 26	90 68 18 26	870 90 68 18 51
3 Qualität Zufriedenheit der Lehrpersonen mit den unterstützenden Angeboten der Produkte Unterstützende Dienste und Schulgesundheits (alle drei Jahre erheben, Umfrage webbasiert) erstmals (2008)			
4 Wirkung Produkt Schulgesundheits ▪ Anzahl gesunde Zñüni in % mindestens Produkt Unterstützende Dienste ▪ Wartezeit in Wochen von Anmeldung bis Beginn Abklärung (SPD)	7.5	7.0	70 6.0

Michaelschule (HPS): 13 Klassen mit je 6 Plätzen plus 2 Förderklassen für Mehrfachbehinderte mit je 6 Plätzen

Maurerschule (CPS): 60 Plätze in der Tagessonderschulung unterer Deutweg plus 8 Plätze in der Abteilung für Mehrfachbehinderte

Kleingruppenschule (KGS): 3 Klassen à 6 Plätze

Sonderschulintegration von HPS & CPS: Allgemein höhere Nachfrage und Ausbau vorgesehen in beiden Rahmenkonzepten HPS und CPS

Zusätzliche Ergänzung bei der Kleingruppenschule: Einführung der Schlaufenschule (12 Plätze) ab Schuljahr 2008/09 geplant vorbehaltlich der Genehmigung durch den Kanton.

Wirtschaftlichkeit des Angebots:

Fallkosten SZK: Neuer Indikator, erstmals 2008; Annahme aufgrund der Erfahrungswerte 2005 und 2006.

Quantität:

Präventive Veranstaltungen (= Schullektionen): Neuer Indikator, Zahl betrifft zur Zeit nur den SZD.

Wirkung:

Anzahl gesunde Zñüni: In Prozenten; wird 2008 erstmals erfasst.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	4'048'906	7'614'694	11'522'926

Kostensteigerung einerseits durch die erstmalige Aufführung der Schulsozialarbeit im Produkt Unterstützende Dienste und andererseits infolge verminderter Einnahmen im Produkt Sonderschulung im Zusammenhang mit dem NFA.

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Die Schulsozialarbeit wird im Jahr 2008 zum ersten Mal voll kostenwirksam und wird neu in der Produktgruppe Schuldienste ausgewiesen.
- Die Gesamtleitung der Sonderschulen wird im Verlauf des Jahres 2007 personell besetzt, und wirkt sich ab dem Jahr 2008 kostenmässig voll aus.
- Mit der Neuregelung des Finanzausgleichs (NFA) zieht sich der Bund per 1.1.08 aus der Finanzierung des Produkts Sonderschulung zurück. Die Kantonsbeiträge, welche an die Stelle der Bundesbeiträge treten, sind deutlich kleiner. Das schlägt sich bei den Beiträgen von Dritten nieder.
- Sofern alle Bewilligungen rechtzeitig eintreffen, wird im August 2008 die Schlaufenschule eröffnet.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Die Steigerung der Personalkosten bezieht sich auf die Sonderschulen und den Bereich Bildung. Bei den Sonderschulen handelt es sich teilweise um eine Angebotserweiterung, teilweise um die Eröffnung der Schlaufenschule im Sommer 2008. Im Bereich Bildung wird die Schulsozialarbeit ab 2008 voll kostenwirksam, und die Projektleiter "Umsetzung neues Volksschulgesetz" und "Geleitete Schulen Winterthur" sind 2007 neu eingestellt worden.

Im Jahr 2006 hat ein Wechsel der Verbuchung der Bundesbeiträge stattgefunden (Systemwechsel bei der Abgrenzung von IV-Beiträgen). Das gute Ergebnis ist deshalb einmalig.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	18'457'620	19'687'387	23'956'618
Sachkosten	2'678'716	3'058'906	3'667'581
Beiträge an Dritte	420'012	425'900	412'400
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	250'173	275'700	454'100
Übrige interne Kosten	2'005'736	1'536'718	1'876'953
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>23'812'257</i>	<i>24'984'611</i>	<i>30'367'653</i>
Verrechnungen innerhalb PG	834'620	934'700	706'000
Total effektive Kosten	22'977'637	24'049'911	29'661'653
Externe Erlöse	4'966'437	4'844'139	7'142'700
Interne Erlöse	2'835'005	2'767'784	3'108'326
Beiträge von Dritten	11'961'910	9'757'995	8'593'700
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>19'763'352</i>	<i>17'369'918</i>	<i>18'844'726</i>
Verrechnungen innerhalb PG	834'620	934'700	706'000
Total effektive Erlöse	18'928'732	16'435'218	18'138'726
Total Nettokosten/Globalkredit	4'048'906	7'614'694	11'522'926
Interne Kosten	1'421'289	877'718	1'625'053
Interne Erlöse	2'000'385	1'833'084	2'402'326
Total primäre Nettokosten*	4'628'001	8'570'059	12'300'200
Kostendeckungsgrad in % **	82	68	61

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	630'973	388'000	671'600
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	56.1	57.7	83.4
▪ Lehrpersonen (Stelleneinheiten)		72	73
▪ Lehrverhältnisse	14.5	21.4	22.3
▪ Bestand (davon Teilzeit)	134 (117)	132 (111)	180(152)

- Gebäudekosten: Miete für Liegenschaften, Kapitalzinsen und Abschreibungen.

- Bestand (davon Teilzeit): Verwaltungspersonal inkl. Praktikantinnen/Praktikanten, ohne Lehrpersonen/Therapeuten.
- Zunahme der Stelleneinheiten durch den Uebertrag der Zuständigkeit für das Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur vom DSO an das DSS und durch erstmalige Aufführung der Schulsozialarbeit im Produkt Unterstützende Dienste.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Neuregelung des Finanzausgleichs ab 2008, Finanzierung von ca. 55% der Sonderschulung geht vom Bund an den Kanton (und die Gemeinden) über.
- Start der Schlaufenschule im Schuljahr 2008/09, sofern alle Instanzen zustimmen.
- Neuausrichtung der Michaelschule (HPS) auf das Schuljahr 2008/09.
- Ab dem Schuljahr 2008/09 wird das neue Volksschulgesetz integral in Kraft sein.

Produkt 1 Unterstützende Dienste (SPD und SSA)

Leistungen

Die Unterstützenden Dienste, bestehend aus Schulpsychologischem Dienst (SPD) und Schulsozialarbeit (SSA), leisten Untersuchungs- und Beratungsarbeit im Schulbereich, die notwendig ist, um Schwierigkeiten, Störungen und Herausforderungen zu bewältigen. Der SPD ist zuständig für hochschwellige Massnahmen und bietet vor Ort Beratungs- und Interventionsangebote an. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind vor allem niederschwellig sozialpädagogisch tätig.

Beide Dienste leisten auch Mitarbeit in Projekten, an Runden Tischen und in Kommissionen. Zielgruppen sind alle im Schulbetrieb involvierten Personen, u.a. Schülerinnen, Schüler und deren Eltern sowie Lehrpersonen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'075'940	1'906'937	3'215'330
Erlös	21'842	140	1'383'112
Nettokosten	2'054'097	1'906'797	1'832'218
Kostendeckungsgrad in %	1.0	0.0	43.0

Im Soll 2008 sind die Budgets von SPD und SSA (Unterstützende Dienste) zusammengefasst ausgewiesen. Mehrkosten wegen Teuerung, Stufenanstieg, Sekretariatsaufstockung und Aushilfen.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anzahl Abklärungen durch SPD sinkt jährlich um 5%	0	0	0
▪ Anzahl Time-outs sinkt (Erhebung 2008)	0	0	0
▪ Anzahl vorzeitige Schulentlassungen sinkt (Erhebung 2008)	0	0	0

Begründung: Die Anzahl der Abklärungen durch den SPD wird 2007 zum ersten Mal mit EDV erfasst. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt bei den Berechnungen nicht auf eine Ist-Zahl zurückgegriffen werden. Die SSA verfügt noch über keine Zahlen, weil sie erst 2007 gestartet ist.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anzahl Kurzberatungen SPD	238	400	500
▪ Anzahl Fälle SPD	1'176	1'000	1'100
▪ Anzahl Kurzberatungen SSA	0	0	0
▪ Anzahl Fälle SSA	0	0	0

Anzahl Kurzberatungen umfasst alle Arten der Beratung (telefonisch/persönlich) mit bis zu 1.5 Std. Zeitaufwand. Anzahl Fälle: Umfasst alle Untersuchungen sowie Beratungen mit einem Zeitaufwand von min. 1,5 Std/Fall. Dies ist als kantonal einheitlicher Indikator geplant. Es ist zu beobachten, dass die Fälle an Komplexität stark zunehmen, das heisst, sie sind arbeitsintensiver (Vernetzung, Kombination von schulischer und sozialer Indikation). Neben Leitung und Sekretariat stehen dem SPD 855 Stellenprozente für diagnostische Abklärungen und Beratungen zur Verfügung.

Die SSA verfügt noch über keine Zahlen, weil sie erst 2007 gestartet ist.

Produkt 2 Schulgesundheit

Leistungen

Das Produkt "Schulgesundheit" umfasst die Teilprodukte

- Schulzahnärztlicher Dienst
 - Untersuchungen: kostenlose, jährliche, obligatorische Untersuchung
 - Kariesprävention und Gesundheitsförderung in der Schule (Prophylaxe-Unterricht)
 - Konservierende und kieferorthopädische Behandlungen auf Wunsch
 - Koordination, Kontrolle und Statistik der Untersuchungen
- Schulärztlicher Dienst
 - Untersuchungen im 1. Kindergartenjahr sowie 1. und 8. Klasse (gem. Volksschulverordnung)
 - Untersuchung in der 4. Klasse gem. Verordnung der Stadt Winterthur
 - Schulärztliche Beratungen zur Unterstützung von Schulen und Eltern
 - Gesundheitsschutz in den Schulen: Impfangebot, Epidemien verhindern/bekämpfen
 - Gesundheitsförderung in der Schule (z. B. Grundlagenvermittlung im Unterricht)
 - Koordination, Kontrolle und Statistik der Untersuchungen

Schulärztlicher Dienst: Neuausrichtung von Umfang und Anzahl der Untersuchungen gemäss Volksschulverordnung ab Schuljahr 2008/09.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	5'821'229	5'922'381	5'776'349
Erlös	3'207'936	3'348'750	2'924'710
Nettokosten	2'613'293	2'573'631	2'851'639
Kostendeckungsgrad in %	55.0	57.0	51.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Kosten jährliche Schuluntersuchung Schulärztlicher Dienst in CHF	397'900	428'000	407'000
▪ Kosten jährliche Schuluntersuchung Schulzahnärztlicher Dienst in CHF	483'000	370'000	513'000
▪ Städtische Beiträge an zahnärztliche Behandlungen in CHF	419'000	335'000	412'000

Kosten jährliche Schuluntersuchung:

- Schulärztlicher Dienst: 85% vom Kostenüberschuss; entsprechend dem Aufgabenteil.
- Schulzahnärztlicher Dienst: Nettokosten; inkl. Verwaltungspauschale für nicht untersuchte Kinder.

Städtische Beiträge umfasst die Summe der Zuwendungen und Beiträge an zahnärztliche und kieferorthopädische Behandlungen.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anzahl zu betreuende Schülerinnen und Schüler und Kindergartenkinder	10'441	10'600	10'600
Teilprodukt Schulzahnärztlicher Dienst:			
- Anzahl obligatorische Untersuchungen	7'531	7'100	7'500
- Anzahl Kinder mit konservierender Behandlungsnotwendigkeit	3'421	3'300	3'100
▪ Teilprodukt Schulärztlicher Dienst:			
- Anzahl obligatorische Untersuchungen	3'296	3'300	2'600
- Anzahl Kinder mit pathologischen Befunden	975	1'000	700
- Anzahl fehlende Impfungen gem. Impfplan	1'157	1'350	1'100

Zu betreuende Kinder: SJ 2006/07, davon 828 in Langzeitgymnasien und Privatschulen (Stichdatum Juni 07). Teilprodukt SZD: Zahlen auf Schuljahr bezogen. Konservierende Behandlungsnotwendigkeit: Hochrechnung aufgrund von Zahlen aus der Schulzahnklinik. Teilprodukt SÄD: Pathologische Befunde: Kopfläuse inklusiv. Fehlende Impfungen: Hochrechnung aufgrund durchgeführter Impfungen. Anzahl Untersuchungen und Befunde verändert aufgrund Neuausrichtung SAeD (neue Volksschulverordnung)

Produkt 3 Sonderschulung (städtisch geführte Sonderschulen)

Leistungen

Sonderschulung in städtisch geführten Sonderschulen gemäss Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG, Art. 19) sowie des Kantonalen Reglements über die Sonderklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Sonderklassenreglement, §§ 29-45):

- Michaelschule (HPS) für Geistigbehinderte und Mehrfachbehinderte (§§41, 45 Sonderklassenreglement)
- Maurerschule (CPS) für Körperbehinderte, Sinnesgeschädigte und Mehrfachbehinderte (§§ 42, 45 Sonderklassenreglement),
- Schule in Kleingruppen (KGS) für Verhaltensauffällige (§ 44 Sonderklassenreglement)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	14'501'483	15'913'292	16'641'698
Erlös	15'134'741	12'779'018	9'802'625
Nettokosten	-633'258	3'134'274	6'839'073
Kostendeckungsgrad in %	104.0	80.0	59.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Platzangebot und Auslastung in % der sonderpädagogischen Schulangebote per 1. November			
Teilprodukt HPS:			
▪ Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie)	78/95	78/95	78/100
▪ Kinderhort (Tagesstruktur)	28/90	36/100	40/100
▪ Förderklassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	12/100	12/100	12/100
Teilprodukt CPS:			
▪ Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	60/107	60/100	60/100
▪ Abteilung Mehrfachbehinderung (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	8/87.5	8/100	8/100
Teilprodukt KGS			
▪ Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	18/106	18/100	18/100
Teilprodukt Integrierte Sonderschulung (Anzahl Plätze)			
▪ Integrierte Sonderschulung HPS	17/100	21/100	26/100
▪ Integrierte Sonderschulung CPS	19/100	18/100	25/100
Anteil Schülerinnen und Schüler mit Transport in %			
▪ Teilprodukt HPS	81	80	80
▪ Teilprodukt CPS	77	95	90
Kosten pro Schulplatz bei Sonderschulung und Therapie in CHF			
▪ Teilprodukt Michaelschule (HPS)		71'000	71'000
▪ Teilprodukt Maurerschule (CPS)		78'000	78'000
▪ Teilprodukt Kleingruppenschule (KGS)		66'000	66'000
▪ Teilprodukt Integrierte Sonderschulung		55'000	55'000

Teilprodukt HPS: Aufgrund einer Zunahme der Schülerzahlen wird die Auslastung erhöht.

Kosten pro Schulplatz inkl. Umlagen.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008

Produkt 4 Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur

Leistungen

- Betreuung vonentwicklungsauffälligen Kindern und Jugendlichen von erziehungsunfähigen Eltern im Rahmen von Kinderschutzmassnahmen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten			3'034'276
Erlös			3'034'276
Nettokosten			0
Kostendeckungsgrad in %			100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Belegung, Auslastung pro Jahr in %	97	95	95

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anzahl durchschnittlich betreuter Kinder pro Jahr	32	29 - 35	30 - 35

IAFP Schuldienste

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	22'977	24'049	29'661	30'833	30'852	30'912
Erlös	18'928	16'435	18'138	18'506	18'650	18'650
Nettokosten/Globalkredit	4'048	7'614	11'522	12'327	12'202	12'262
Kostendeckungsgrad in %	82	68	61	60	60	60

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	-3'830	0	140	630	440	0	0	-5'040
Bewilligt	19'220	7'085	5'250	3'440	-900	0	0	4'345
Gesamt	15'390	7'085	5'390	4'070	-460	0	0	-695

* Investitionsreserve = Volumen ./ . Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt Schulgesundheit						
▪ Durchschnittliche Kosten pro Fall in der Schulzahnklinik in CHF	0	0	300	300	300	280
2 Quantität Produkt Sonderschulung						
▪ Anzahl präventive Veranstaltungen (SZD und SAeD)			870	870	870	870
Anzahl bereitgestellte Plätze je						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
sonderpädagogische Schulform:						
▪ für die Michaelschule (HPS)	90	90	90	90	90	90
▪ für die Maurerschule (CPS)	68	68	68	68	68	68
▪ für die Kleingruppenschule (KGS)	18	18	18	18	18	18
▪ Sonderschulintegration von HPS & CPS	26	26	51	51	51	51
3 Qualität Zufriedenheit der Lehrpersonen mit den unterstützenden Angeboten der Produkte Unterstützende Dienste und Schulgesundheit (alle drei Jahre erheben, Umfrage webbasiert) erstmals (2008)	0	0	0	0	0	0
4 Wirkung Produkt Schulgesundheit ▪ Anzahl gesunde Znüni in % mindestens Produkt Unterstützende Dienste ▪ Wartezeit in Wochen von Anmeldung bis Beginn Abklärung (SPD) Kostendeckungsgrad in %	0 7.5	0 7.0	70 6.0	70 5.0	70 4.0	70 4.0

Anzahl gesunde Znüni: Neuer Indikator ab 2008; es können noch keine Wirkungsziele formuliert werden. Mit den vorhandenen Daten können keine verlässlichen Prognosen gemacht werden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Erweiterungsbau Maurerschule (CPS), voraussichtlich nutzbar ab Schuljahr 2009/10.
- Sonderschulangebot für schwer sprachbehinderte Kinder, voraussichtlich ab 2009
- Ab dem Jahr 2009 wird die Schlaufenschule, sofern die notwendigen Bewilligungen vorliegen, ganzjährig betrieben und voll budgetwirksam. Die Bewilligung des Kantons ist noch ausstehend.
- Integration Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur vom DSO in die Abteilung Sonderpädagogik des DSS.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Berufsbildung

Auftrag

Die Produktgruppe Berufsbildung umfasst die Berufswahlschule, die Werkjahrschule, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die msw-winterthur.

Sie stellt ein ausgewogenes Angebot an Schulungsplätzen für das 10. Schuljahr sicher. Sie engagiert sich in der Schnittstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und dem Eintritt in eine Berufsgrundausbildung. Sie bietet Lehrplätze in technischen, zukunftsorientierten Berufen an.

Produkte

1 msw-winterthur

Die msw-winterthur bietet als Vollzeitschule folgende Ausbildungsgänge an:

- Lehre als Polymechaniker oder Polymechanikerin
- Anlagen- und Apparatebauer oder Anlagen- und Apparatebauerin
- Automatiker oder Automatikerin
- Elektroniker oder Elektronikerin
- Informatiker oder Informatikerin

2 Werkjahrschule

Die Werkjahrschule (WJS) bietet ein 10. Schuljahr handwerklicher- und gestalterischer Richtung an.

3 Berufswahlschule

Die Berufswahlschule (BWS) bietet ein 10. Schuljahr berufswahlorientierter Richtung an.

4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) bietet ein 10. Schuljahr hauswirtschaftlicher Richtung an, führt Integrationsjahreskurse durch und bietet für Erwachsene Elternbildungs- und Hauswirtschaftliche Kurse an.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

msw-winterthur:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Personalgesetz des Kantons Zürich vom 1. Januar 2002
- Mittel- und Berufsschullehrerverordnung vom 7. April 1999
- Verordnung über die Staatsbeiträge an die Berufsbildung vom 15. Dezember 1993
- Regierungsratsbeschluss vom 01.02.2006; Beitragsberechtigung
- Schulordnung
- Ausbildungsreglemente

BWS / WJS:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Volksschulgesetz
- Schulleistungsgesetz

HFS:

- Bundesverordnung über die hauswirtschaftliche Ausbildung vom 27. November 1989
- Kantonales Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 28. September 1986
- Verordnung über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 21. Januar 1998

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Volksabstimmungen
- Volksabstimmung über die Führung der BWS 1973
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der BWS + WJS vom 9. Januar 2002
- Personalstatut vom 12. April 1999
- Verordnung über die berufliche und hauswirtschaftliche Ausbildung vom 14. Dezember 1984
- Submissionsordnung
- Datenschutzgesetz
- Weitere GGRB und Erlasse des Stadtrates

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Verwaltungseinheit

- Finanzkompetenz DSS vom 21.05.2007

Verantwortliche Leitung

Franz Trottmann, Bereichsleiter Berufsbildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt msw-winterthur			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF Brückenangebote 10. Schuljahr	17'059.00	17'281.00	17'234.00
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF		12'913.00	12'443.00
2 Angebot Produkt msw-Winterthur			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	213	227	240
▪ Anteil Winterthurer/Winterthurerinnen an Lernenden in %	27.00	28.90	29.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Brückenangebote)	390	390	410
3 Wirkungsorientierter Faktor Produkt msw-Winterthur			
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.98	5.00	4.80
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)			Bericht
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anschlusslösung an das 10. Schuljahr in %	95.70	88.30	86.70

Kostendeckungsgrad:

(Ertrag aus prod. Aufträgen + Schulgeld + div. Einnahmen + Subventionen Bd./Kt) in Relation zum Aufwand

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	9'285'373	8'911'525	9'432'314

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Die msw hat die Anzahl Lektionen der Berufsschule dem neuen Konzept angepasst. Vollbesetzung der Lehrplätze, mehr Lernende besuchen die Allgemeinbildung der Berufsschule an der msw.

Die Einnahmen der Subventionsgelder bei der Werkjahrschule wurde den IST Werten 2006 angepasst. Dadurch wurden weniger Einnahmen budgetiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Infolge Integration der HFS vom Kanton zur Stadt Winterthur mussten die Personalkosten höher budgetiert werden, dafür entfällt eine pauschale Entschädigung an den Kanton bei den Sachkosten.

Die msw hat die Anzahl Lektionen der Berufsschule dem neuen Konzept angepasst Vollbesetzung der Lehrplätze, mehr Lernende besuchen die Allgemeinbildung der Berufsschule an der msw.

Bei der msw musste der Verkaufserlös der Marktsituation angepasst werden und ist deshalb tiefer budgetiert.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	13'324'617	14'902'981	15'698'303
Sachkosten	4'683'026	2'996'880	2'629'458
Beiträge an Dritte	42'000	45'000	21'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	1'216'482	1'267'600	1'233'400
Übrige interne Kosten	510'939	288'634	323'605
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>19'777'063</i>	<i>19'501'095</i>	<i>19'905'766</i>
Verrechnungen innerhalb PG	50'267	52'000	52'000
Total effektive Kosten	19'726'797	19'449'095	19'853'766
Externe Erlöse	4'499'320	4'338'920	4'352'420
Interne Erlöse	115'594	222'040	197'012
Beiträge von Dritten	5'876'776	6'028'610	5'924'020
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'491'690</i>	<i>10'589'570</i>	<i>10'473'452</i>
Verrechnungen innerhalb PG	50'267	52'000	52'000
Total effektive Erlöse	10'441'424	10'537'570	10'421'452
Total Nettokosten/Globalkredit	9'285'373	8'911'525	9'432'314
Interne Kosten	1'677'155	1'504'234	1'505'005
Interne Erlöse	65'327	170'040	145'012
Total primäre Nettokosten*	7'673'546	7'577'331	8'072'322
Kostendeckungsgrad in % **	53	54	52

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	1'216'481	1'267'600	1'233'400
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	13.7	17.5	17.5
▪ Lehrverhältnisse	213.0	230.0	240.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	19/11	32 (23)	33 (22)

Die Gebäudekosten betreffen das Produkt msw-winterthur.

Lehrverhältnisse betreffen nur das Produkt msw-winterthur.

Infolge Integration der HFS vom Kanton zur Stadt Winterthur ist der Personalbestand leicht gestiegen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Das Projekt HS07j) ‚Aufwandverminderung msw-winterthur‘ wird fortgesetzt.

Das Projekt ‚Neuorientierung der Brückenangebote‘ wird mit verschiedenen Teilprojekten wie

- Besoldungsharmonisierung
- Berufsfeldorientierung
- Raumplanung
- Behördenstrukturanpassung

weiter entwickelt.

Produkt 1 msw-Winterthur**Leistungen**

- Ausbildung von Lernenden in folgenden Berufen:
 - Polymechaniker und Polymechanikerinnen in Theorie und Praxis
 - Automatiker und Automatikerinnen in Theorie und Praxis
 - Anlagen- und Apparatebauer und Anlage- und Apparatebauerinnen in der Praxis
 - Elektroniker und Elektronikerinnen in Theorie und Praxis
 - Informatiker und Informatikerinnen in der Praxis
- Vermitteln von Lerninhalten die für den Eintritt in Bildungsinstitute des tertiären Bereichs von massgebender Bedeutung sind.
- Herstellung von Produkten mit möglichst grossem Lerninhalt und marktüblichem Ertrag.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	9'728'413	9'814'229	10'137'923
Erlös	5'566'115	5'694'070	5'783'450
Nettokosten	4'162'299	4'120'159	4'354'473
Kostendeckungsgrad in %	57.0	58.0	57.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Abschlusserfolgsquote in %	100	100	100
Lehrabbruchquote in %	1	0	0
Ø Anzahl Lernende /Klasse	17	17	17
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	32'164	32'275	32'701
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'059	17'281	17'234
Ertrag aus produktiven Aufträgen in CHF	913'471	790'000	921'000

Ertrag produktive Aufträge = Verkaufserlös abzüglich Materialaufwand, inkl. Bestandesänderung

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Plätze	213	227	240
Anzahl Lernende			235

Produkt 2 Werkjahr

Leistungen

- Führen von Werkjahrklassen als 10. Schuljahr.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'661'505	1'746'259	1'835'630
Erlös	819'105	983'000	901'500
Nettokosten	842'400	763'259	934'130
Kostendeckungsgrad in %	49.0	56.0	49.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	12.8	11.0	14.0
Schulabbruchquote in %	10	8	7
Anschlussersfolgsquote in %	98	90	90
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	24'325	23'250	20'779
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	14'524	13'160	12'921

Durchschnittliche Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse Soll 2007 (korrigiert): 14

Schulgeld für Winterthurer und Winterthurerinnen in Fr. 1'200

Schulgeld für auswärtige Lernende in Fr. 14'000

Die Berechnungsgrundlage im Bereich Berufsbildung der Kosten pro Ausbildungsplatz wurde für 2006 unterschiedlich angewendet

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Plätze	68	70	70
Anzahl Schülerinnen und Schüler	64	70	70
davon Winterthurer und Winterthurerinnen	42	49	50

Budget 2007, es wurden sämtliche mögliche Plätze aktiviert

Anschlussersfolgsquote; bei den Anschlusslösungen sind nur die Ausbildungen/Praktika berücksichtigt.

Produkt 3 Berufswahlschule

Leistungen

- Führen von Berufswahlklassen als 10. Schuljahr.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Beratung der Schülerinnen und Schüler in der Berufswahl.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'985'527	2'032'917	2'079'946
Erlös	754'833	777'500	775'500
Nettokosten	1'230'694	1'255'417	1'304'446
Kostendeckungsgrad in %	38.0	38.0	37.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	20	20	20
Schulabbruchquote in %	1	1	1
Anschlussersfolgsquote in %	98	95	90
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	14'243	14'580	14'709
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	12'307	12'580	12'709

Schulgeld für Winterthurer und Winterthurerinnen in Fr. 1'200.00

Schulgeld für auswärtige Lernende in Fr. 14'000.00

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Plätze	100	100	100
Anzahl Schülerinnen und Schüler	100	100	100
davon Winterthurerinnen und Winterthurer	71	75	70

Produkt 4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Leistungen

- Durchführung von Hauswirtschaftlichen Jahreskursen als 10. Schuljahr.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Gezielte berufsfeldbezogene Vorbereitung.
- Durchführung von Vorintegrations- und Integrations- Jahreskursen.
- Durchführung von Erwachsenenbildungskursen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	6'401'618	5'907'690	5'852'267
Erlös	3'351'637	3'135'000	3'013'002
Nettokosten	3'049'981	2'772'690	2'839'265
Kostendeckungsgrad in %	52.0	53.0	51.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Hauswirtschaftlicher Jahreskurs			
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	16	16	16
Schulabbruchquote in %	6	5	5
Anschlussersfolgsquote in %	91	80	80
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF		18'000	16'900
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF		13'000	11'700
Integrationskurs			
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse			13
Schulabbruchquote in %			7
Anschlussquote in %			70
Erwachsenenbildung			
Ø Anzahl Erwachsenen pro Klasse			11
Ø Kosten pro Lektion für die Stadt Winterthur			100
Inhalt der Kurse			
▪ Erwachsenenbildung (Ernährung, usw.)			Bericht
▪ Elternbildung (Erziehung von Jugendlichen, usw.)			Bericht
▪ Integrationskurse (Sprache, Kultur, usw.)			Bericht

Schulabbruchquote - umfasst auch die Abbrüche aufgrund von Anschlusslösung

Die Berechnungsgrundlage im Bereich Berufsbildung der Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur wurde für 2006 unterschiedlich angewendet

Der Inhalt der Kurse (Erwachsenenbildung) wird mit einem jährlichen Bericht dokumentiert

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Plätze	220	220	240
Anzahl Schülerinnen und Schüler	216	220	240
▪ davon Winterthurerinnen und Winterthurer	145	155	145

IAFP Berufsbildung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	19'726	19'449	19'853	19'854	19'854	19'854
Erlös	10'441	10'537	10'421	10'421	10'421	10'421
Nettokosten/Globalkredit	9'285	8'911	9'432	9'432	9'432	9'432
Kostendeckungsgrad in %	53	54	52	52	52	52

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	23'700	0	50	935	256	3'079	12'060	7'319
Bewilligt	50	3'575	50	0	0	0	0	-3'575
Gesamt	23'750	3'575	100	935	256	3'079	12'060	3'744

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots						
Produkt msw-winterthur						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'059.0	17'281.0	17'234.0	17'200	17'200	17'200
Brückenangebote 10. Schuljahr						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	0.0	12'913.0	12'443.0	12'400	12'400	12'400
2 Angebot						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	213	227	240	240	240	240
▪ Anteil Winterthurerinnen/Winterthurer an Lernenden in %	27.00	28.90	29.00	29.00	29.00	29.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Brückenangebote)	390	390	410	410	410	410
3 Wirkungsorientierter Faktor						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.9	5.0	4.8	5.0	5.0	5.0
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)	0.0	0.0	Bericht	0	0	0
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anschlusslösung an das 10. Schuljahr in %	95.7	88.3	86.7	90.0	90.0	90.0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Das Projekt HS07j) ‚Aufwandverminderung msw-winterthur‘ wird fortgesetzt

Das Projekt ‚Neuorientierung der Brückenangebote‘ wird mit verschiedenen Teilprojekten weiter entwickelt

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Sportamt

Auftrag

Die Stadt Winterthur fördert den Sport im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Sie betreibt eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Sportorganisationen abgestimmte Sportpolitik.

Die Leitsätze der städtischen Sportpolitik

- Der Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung wird erhöht.
- Es wird ein gutes Angebot an Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt geschaffen.
- Die Stadt stellt attraktive Sportanlagen bereit und sorgt für deren Unterhalt und intensive Nutzung.
- Speziell gefördert werden der obligatorische und der freiwillige Schulsport, der Jugendsport, der Breiten sowie der Frauensport.
- Die Stadt würdigt die Leistungen der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler und leistet in Einzelfällen Unterstützung.
- Sportlich besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Volksschule werden speziell gefördert.
- Die Stadt setzt in der Sportförderung Prioritäten und unterstützt gezielt Projekte von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung.
- Die Sportentwicklung der Stadt Winterthur hat eine Ausstrahlung auf die Region Winterthur.
- Der Stellenwert und die Akzeptanz des Sports in der Stadt (-Politik) werden erhöht.
- Auf ökologische Anliegen wird beim Bau von Sportanlagen und bei der Durchführung von Sportanlässen Wert gelegt.

Produkte

1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung Restaurant

2 Quartierbäder

Beteiligung: 4 Freibäder inkl. Saunen sind im städtischen Besitze. Die Betriebsgenossenschaften werden unterstützt.

3 Eissportanlage Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Eissportanlage Deutweg und Verpachtung Restaurant

4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk

5 Fussballplätze

Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese

6 Übrige Sportanlagen

Beteiligung am Unterhalt der Sportinfrastruktur

7 Dienstleistungen / Information

Auslastung, Disposition und Vermarktung der Sportanlagen, Vermietung der Räume in Schulanlagen ausserhalb der Schulzeit, freiwilliger Schulsport, Hochschulsport der ZHW, Sportförderungsprojekte, Information

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport (1972)

- Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
- Konzept des Bundesrates für eine Sportpolitik der Schweiz (2000)
- Kantonale Verordnung über die Koordinationsstelle Sport und die Sportkommission (2000)
- Kantonale Volksschulverordnung (Schulturnen)
- NASAK (Nationales Sportanlagen Konzept)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Leitbild zur Sportförderung in der Stadt Winterthur 2006
- WOV-Rahmenbedingungen und Globalbudget

Stufe Verwaltungseinheit

- Ganzheitliches Sportkonzept Winterthur 1992
- Grundsätze des Sportamtes 1996
- Betriebs-Verträge mit Eulachhallen AG, Schwimmbadgenossenschaften und Genossenschaft Schützenwiese
- Dienstleistungsvereinbarung mit der Zürcher Hochschule Winterthur
- Raumbedeutsames Leitbild 1997

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- Leistungsvereinbarung

Verantwortliche Leitung

Urs Wunderlin, Bereichsleiter Sportamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit - Ausgaben für Sport pro Einwohner/Einwohnerin (1) in CHF - Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten - Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten - Beitrag Jugendsportförderung in CHF	107 25	117 23	118 23 37 110'000
2 Qualität - Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4) In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte befragt oder ausgewertet. - Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle - Gebäudezustand erfassen; - Fussballplätze: Zustandsbericht - Energieverbrauch: Entwicklung (5-J. Durchschnitt)	841'447.00		Bericht Bericht Bericht Bericht 830'000.00
3. Quantität - Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2) - Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3) - Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben) - Freiwilliger Schulsport Anzahl Kurse/Teilnehmer (Mädchen/Knaben)			325'000 65'000 3'700 1200/2500 74 / 900 (500/400)
4 Wirkungsziele Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.			

(1) 98'500 Einwohner (Vorgabe Finanzamt für Budget 2008)

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2002 - 2006: 327'164 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2002 - 2006: 67'702 Eintritte

(4) Erhebung im 2012

Energieverbrauch: nur 2-J. Durchschnitt da ab 2005 inkl. Eishalle und Schützenwiese (Fr. 816'300)

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	10'537'467	11'315'513	11'771'840

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Personal:
 - Teuerung / Stufenanstieg
 - Ausbau Schulsport (Neu: Leiter Schulsportprojekte)
 - Zusätzlicher Praktikant (Abteilung Sportanlagen)
 - Zusätzliche Sachbearbeiterin Administration / Finanzen
- Sachkosten:

Die Sachkosten sind im Rahmen des Budgets 07. Grössere Investitionsvorhaben führen zu höheren kalkulatorischen Kosten. Die Stadtgärtnerei verrechnet für Ihren Aufwand beim Sportplatzunterhalt neu kostendeckende Preise. Dies führt zu höheren internen Kosten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Personal:
 - Teuerung / Stufenanstieg
 - Ausbau Schulsport (Neu: Leiter Schulsportprojekte)
 - Zusätzlicher Praktikant (Abteilung Sportanlagen)
 - Zusätzliche Sachbearbeiterin Administration / Finanzen
 - Rentenleistungen im 2006 noch nicht zentral auf Konto 307001 umgelegt
 - Seit 2007 müssen alle Vakanzen voll budgetiert werden
- Sachkosten:

Eine Bewertung der Bausubstanz auf allen Sportanlagen zeigt, dass der bauliche Unterhalt sowie der Unterhalt der Betriebseinrichtungen intensiviert werden muss. Dies führt zu höheren Sachkosten.

Die Stadtgärtnerei verrechnet für ihren Aufwand beim Sportplatzunterhalt neu kostendeckende Preise. Dies führt zu höheren internen Kosten.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	3'532'691	3'922'283	4'281'669
Sachkosten	3'541'043	3'707'200	2'801'371
Beiträge an Dritte	780'574	772'200	772'200
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	5'346'441	5'535'500	5'638'300
Übrige interne Kosten	822'789	718'320	1'768'726
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'023'537</i>	<i>14'655'503</i>	<i>15'262'266</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	14'023'537	14'655'503	15'262'266
Externe Erlöse	3'363'330	3'203'000	3'353'500
Interne Erlöse	122'741	136'990	136'926
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'486'071</i>	<i>3'339'990</i>	<i>3'490'426</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'486'071	3'339'990	3'490'426
Total Nettokosten/Globalkredit	10'537'467	11'315'513	11'771'840
Interne Kosten	6'169'230	6'253'820	7'407'026
Interne Erlöse	122'741	136'990	136'926
Total primäre Nettokosten*	4'490'978	5'198'683	4'501'740
Kostendeckungsgrad in % **	25	23	23

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	5'346'441	5'512'000	5'614'800
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.0	42.7	43.1
▪ Lehrverhältnisse	4.0	4.0	5.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	63 (31)	62 (27)	66 (33)

Stelleneinheiten (inkl. 4 "eigene" Lehrverhältnisse).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Abschluss der Bauarbeiten und Inbetriebnahme des sanierten Freibades Geiselweid
- Letzte Etappe der Gebäudesanierung im Schwimmbad Wolfensberg
- Sanierung Schwimmbad Oberwinterthur im Winter 08/09
- Umbau des Allwetterplatzes in ein Kunstrasenfeld auf der Schützenwiese
- Inbetriebnahme des neuen Hauptspielfeldes auf dem Reitplatz

Produkt 1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades Geiselweid inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Wassersport

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'626'377	3'722'168	4'089'179
Erlös	2'065'956	1'999'014	2'097'011
Nettokosten	1'560'421	1'723'153	1'992'168
Kostendeckungsgrad in %	57.0	54.0	51.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb des Hallen- und Freibades Geiselweid			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt (Eintritte Hallen- und Freibad, inkl. Sauna) in CHF	4	5	6
Kostendeckung Zusatzangebote (Aqua Gym, ZHW-Sport) in %	270	250	270

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Öffnungszeiten des Hallenbades Geiselweid (Tage pro Jahr)	342	342	343
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (1)	328'923	325'000	325'000
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher Hallenbad Geiselweid pro Tag	962	950	948
▪ Anzahl Eintritte Sauna Geiselweid (2)	22'414	24'000	25'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2002-2006: 327'164 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2002-2006) 24'294 Eintritte

Produkt 2 Quartierbäder

Leistungen

- Beteiligung an vier Freibädern (Wülflingen, Wolfensberg, Oberwinterthur und Töss) inkl. Saunen
- Fachliche und finanzielle Unterstützung der Genossenschaften.
- Werterhalt der Bausubstanz

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'864'800	2'002'984	1'992'692
Erlös	2'254	7	2
Nettokosten	1'862'546	2'002'977	1'992'690
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Jährlicher Betriebsbeitrag an die Bäder Töss, Wülflingen und Oberwinterthur Fr. 150'000 bzw. Wolfensberg Fr. 125'000

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Finanzen: Halten des Kostenniveaus pro Eintritt			
▪ Nettokosten pro Eintritt Wülflingen in CHF	8.9	9.0	7.8
▪ Nettokosten pro Eintritt Oberwinterthur in CHF			7.2
▪ Nettokosten pro Eintritt Töss in CHF			11.2
▪ Nettokosten pro Eintritt Wolfensberg in CHF			9.6
▪ Betriebsbeitrag pro Eintritt Quartierbäder Total in CHF	2.7	3.0	2.6

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Erhaltung des Angebotes			
▪ Anzahl Freibäder	4	4	4
Nutzung: Optimale Auslastung der Quartierbäder			
▪ Anzahl Eintritte Quartierbäder Total, inkl. Saunen (1)	207'996	220'000	224'000
▪ Anzahl Eintritte Wülflingen (2)	74'631		84'000
▪ Anzahl Eintritte Oberwinterthur (3)	37'437		41'000
▪ Anzahl Eintritte Töss (4)	45'845		52'000
▪ Anzahl Eintritte Wolfensberg (5)	45'375		47'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2002-2006: 223'487 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2002-2006: 83'586 Eintritte

(3) 5-J.-Durchschnitt 2002-2006: 41'033 Eintritte

(4) 5-J.-Durchschnitt 2002-2006: 46'886 Eintritte

(5) 5-J.-Durchschnitt 2002-2006: 47'133 Eintritte

Produkt 3 Eissportanlage Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Eishalle Deutweg, Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Eissport
- Vermarktung der Eishalle

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'105'317	3'245'336	3'393'583
Erlös	893'389	888'413	978'909
Nettokosten	2'211'928	2'356'923	2'414'674
Kostendeckungsgrad in %	29.0	27.0	29.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Eishalle Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt in CHF	32	31	37

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
Öffnungszeiten der Eishalle Deutweg (Tage pro Eissaison)	249	249	249
Nutzung: Optimale Auslastung der Eishalle Deutweg			
▪ Anzahl Eintritte Eishalle Deutweg (1)	67'529	75'000	65'000
▪ Anzahl Veranstaltungen	12	14	12
▪ Belegung durch Vereine (Anzahl Std./Saison)			2'200
▪ Belegung durch öffentlichen Eislauf (Anzahl Std./Saison)			2'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2002-2006: 67'702 Eintritte

Produkt 4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk
- Infrastruktur für Leichtathletik und polysportive Nutzung

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	926'462	948'344	844'310
Erlös	46'654	53'511	53'501
Nettokosten	879'807	894'833	790'809
Kostendeckungsgrad in %	5.0	6.0	6.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Sportanlage Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Öffnungstag in CHF	2'458	2'488	2'198

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
▪ Leichtathletikstadion mit polysportiven Nebenanlagen	1	1	1
▪ Öffnungszeiten der Gesamtanlage (Anzahl Tage pro Jahr von 8.00-21.30 Uhr)	358	358	358
Nutzung: Optimale Auslastung der Sportanlage Deutweg			
▪ Anzahl Veranstaltung auf der Sportanlage Deutweg	138	150	140
▪ Anzahl Dauerbelegungen	59	60	60

Produkt 5 Fussballplätze

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese
- Infrastruktur für den Fussballsport und polysportive Nutzung der Anlagen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'153'473	3'227'783	3'370'747
Erlös	92'325	101'011	98'002
Nettokosten	3'061'148	3'126'772	3'272'745
Kostendeckungsgrad in %	3.0	3.0	3.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Fussballanlagen			
▪ Nettokosten pro dem städtischen Fussballverband angeschlossene Mannschaft (1)	23'016	24'396	22'457

(1) Saison 2006/07: 145, davon 1 Damen-, 6 Juniorinnen- und 102 Junioren-Teams

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Angebot: Erhaltung des Angebots			
▪ Anzahl Fussballanlagen	7	7	7
▪ Anzahl Fussballplätze (Normspielfelder)	21	22	23
▪ Naturrasenfläche aller Fussballplätze in m2 (ohne Fussballstadion)	181'000	188'000	184'500
▪ Davon Kunstrasenflächen in m2			13'000
▪ Fussballstadion	1	1	1

Produkt 6 Übrige Sportanlagen

Leistungen

- Beteiligung und Unterhalt der Sportinfrastruktur (Finnenbahnen, Vitaparcours, Reitsport)
- Finanzielle und fachliche Unterstützung der Eulachhallen AG
- Angebote im Trendsportbereich

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	298'388	471'462	479'000
Erlös	70'063	61'004	66'000
Nettokosten	228'325	410'458	413'000
Kostendeckungsgrad in %	23.0	13.0	14.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Förderung von Trendsportangeboten			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Erhaltung des Angebots			

Produkt 7 Dienstleistung / Information

Leistungen

- Auslastung, Vermietung und Vermarktung der Sportanlagen
- Vermietung der Schulräume, Singsäle, Turnhallen, Schulzimmer und Schulschwimmanlagen ausserhalb der Schulzeit. Ertrag budgetiert in der Abteilung Schulbauten.
- Freiwilliger Schulsport
- Hochschulsport der ZHW gem. Leistungsauftrag
- Sportförderungsprojekte (Senioren-sport, Tössstafette u.a.m.)
- Information und Beratung (Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung des Sportes)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'030'680	1'037'426	1'092'756
Erlös	312'524	237'030	197'001
Nettokosten	718'156	800'397	895'755
Kostendeckungsgrad in %	30.0	23.0	18.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Sportnutzung: Verkauf möglichst vieler Sportpässe			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	13'117	12'000	13'000
▪ davon Jahrespässe gesamt	9'587	7'500	9'600

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Jugendsportförderung: Auszahlung von Beiträgen an Vereine mit jugendlichen Mitgliedern			
▪ Beitrag an Jugendsportförderung in CHF	110'000	110'000	110'000
▪ Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche	3'720	3'700	3'700
Sportinformation: Verbesserung der Information über das Sportangebot in Winterthur			
▪ Anzahl Ausgaben des Prospektes über den Sportpass	1	1	1
▪ Anzahl Besuche auf der Homepage im Internet (durchschnittlich pro Monat)	11'647	10'000	12'000
Übrige Daten			
▪ Anzahl städtische Turnhallen (davon 3 Grossraumhallen)	35	35	35
▪ Auslastung Turnhallen Wochentage (Mo-Fr, 18.00-22.00 Uhr) in %	98	98	98
▪ Auslastung Turnhallen Wochenende (Sa-So, 08.00-22.00 Uhr) in %	15	15	15

IAFP Sportamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	14'023	14'655	15'262	15'512	15'662	15'762
Erlös	3'486	3'339	3'490	3'490	3'590	3'590
Nettokosten/Globalkredit	10'537	11'315	11'771	12'022	12'072	12'172
Kostendeckungsgrad in %	25	23	23	23	23	23

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	67'760	0	0	4'190	8'200	8'340	7'050	39'980
Bewilligt	28'401	9'834	6'660	7'852	524	54	20	3'457
Gesamt	96'161	9'834	6'660	12'042	8'724	8'394	7'070	43'437

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit						
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohnerin und Einwohner (1)	107	117	118	120	120	121
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	25	23	23	23	23	23
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	0	0	37	36	37	37
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	0	0	110'000	210'000	210'000	210'000
2 Qualität						
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4) In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte befragt oder ausgewertet.			Bericht			
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle			Bericht	Bericht	Bericht	Bericht
▪ Gebäudezustand erfassen;			Bericht	Bericht	Bericht	Bericht
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht			Bericht	Bericht	Bericht	Bericht
▪ Energieverbrauch: Entwicklung (5-J. Durchschnitt)						
3. Quantität						
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	0	0	325'000	325'000	340'000	340'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	0	0	65'000	65'000	70'000	70'000
▪ Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben)	0	0	3'700	3'700	3'700	3'700
▪ Freiwilliger Schulsport Anzahl Kurse/Teilnehmer (Mädchen/Knaben)	0	0	1200/2500	1200/2500	1200/2500	1200/2500
			74 / 900 (500/400)	74 / 900 (500/400)	74 / 900 (500/400)	74 / 900 (500/400)
4 Wirkungsziele						
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.						

(1) Einwohnerzahl 2008: 98'500, ab 2009: 100'000

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2002-2006: 327'164 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2002-2006: 67'702 Eintritte

(4) nächste Umfrage 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Subventionskonzept
- Attraktivitätssteigerung Sport- und Freizeitanlage Reitplatz
- Konzept "Raum für Bewegung und Sport"
- HB Geiselweid: Sanierung Garderoben und Badbereich (2009)
- HB Geiselweid: Sanierung Gebäudehüllen (2010)
- Schwimmbad Oberwinterthur: Sanierung / Neubau
- Alle 2 Jahre wird ein Kunstrasenfeld erstellt.
- Neubau einer Dreifachturnhalle (2001/20012)
- Eishalle: Überdachung des 1. Ausseneisfeldes (2011)
- Neubau Stadion Schützenwiese (ab 2012)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Vormundschaftsamt

Auftrag

Für die in der Stadt Winterthur wohnenden Erwachsenen, Kinder und Jugendlichen, die wegen fehlender oder eingeschränkter Handlungsfähigkeit nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu besorgen sowie Schutz und Hilfe benötigen, wird eine adäquate begleitete und überwachte vormundschaftliche oder kindesrechtliche Betreuung angeordnet. Der zivilrechtliche Kindes- und Erwachsenenschutz wird gewährleistet. Die gesetzeskonforme Führung der vormundschaftlichen Massnahmen in persönlichen und finanziellen Belangen ist sichergestellt und die rechtlichen Interessen der Klienten sind gewahrt.

Die Vormundschaftsbehörde, eine durch den Gemeinderat gewählte nebenamtliche Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen, trifft die rechtskräftigen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide. Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde behandelt das Vormundschaftsamt die Gefährdungsmeldungen und Gesuche und erteilt die erforderliche Beratung, führt die vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Verfahren, überprüft die gesetzeskonforme Mandatsführung, bereitet generell die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte professionell vor und ist für deren Abwicklung besorgt.

Produkte

1 Vormundschaftspflege

Im Rahmen der Vormundschaftspflege werden sämtliche vormundschaftlichen Verfahren durchgeführt und die erforderlichen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide gefällt. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften erfolgt eine entsprechende Mitwirkung bei der Mandatsführung und es wird eine Aufsichtsfunktion wahrgenommen. An Mandatspersonen, Klientinnen und Klienten sowie an deren Umfeld wird eine fachkundige Beratung und Information erteilt sowie gezielte Vernetzungsarbeit geleistet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- ZGB Art. 361: Vormundschaftliche Behörden sind die Vormundschaftsbehörde und die Aufsichtsbehörde. Die Kantone bestimmen diese Behörden.
- EG ZGB des Kantons Zürich § 73 und § 74: Vormundschaftsbehörde ist der Gemeinderat der politischen Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Besorgung des Vormundschaftswesens entweder einer Kommission von 3 oder 5 Mitgliedern aus seiner Mitte oder einer besonderen Kommission von mindestens 3 Mitgliedern übertragen, deren Wahl durch die Gemeinde erfolgt. In gleicher Weise können durch Gemeindebeschluss einzelne Aufgaben der vormundschaftlichen Fürsorge besonderen Amtsstellen übertragen werden.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtische Gemeindeordnung § 64 und 65: Regelung der konkreten Zusammensetzung der Vormundschaftsbehörde und des Auftrages, dass die Vormundschaftsbehörde die vormundschaftlichen Aufgaben gemäss den gesetzlichen Vorschriften (ZGB, EG ZGB) und den Staatsverträgen zu erledigen hat. Die Vormundschaftsbehörde ist eine Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen. Ausserdem wird auf die Geschäftsordnung der Vormundschaftsbehörde verwiesen.

Stufe Verwaltungseinheit

- Geschäftsordnung vom 14. März 2006: Gemäss Art. 24 der Geschäftsordnung bereitet das Vormundschaftsamt die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte vor und ist für deren Abwicklung besorgt, soweit die Erledigung nicht anderen Vollzugsorganen übertragen ist.
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987, § 14: Beratungen zu vormundschaftlichen Fragestellungen sowie die Erledigung der Geschäfte der Vormundschaftsbehörde gelten als Aufgabenbereich des Vormundschaftsamtes.

Verantwortliche Leitung

Silvia Rey

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes Messgrössen - Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF - Anzahl Berichtabnahmen pro Jahr Belastung in der Verfahrensleitung: - Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung - Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr - pendente Verfahren Ende Jahr	874 936 723 2'070 534	900 - 950 800 630 1'800 500	900 850 600 2'200 450
2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksamt (alle zwei Jahre) <i>Messgrösse:</i> - Audit erfüllt <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. <i>Messgrösse:</i> - Prozent der bestätigten Fälle	keine Visitation 97	Audit erfüllt 92 %	keine Visitation 95 %

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	1'853'826	1'920'924	2'039'048

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Damit zusätzliche Aufgaben, die Zunahme von Fällen und die steigende Komplexität der einzelnen Verfahren abgedeckt werden können, sind die personellen Ressourcen um 1.05 Stellenprozent zu erhöhen.

Die zusätzlichen Aufgaben entstehen durch das per 1.4.2007 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz. Das Gesetz dient dem Schutz gefährdeter Personen, der Unterstützung betroffener Familien und Partnerschaften sowie der Prävention gegen Häusliche Gewalt. Jährlich wird mit rund 60 bis 70 Meldungen allein gemäss GSG gerechnet, wobei mit den Eltern/Partnern getrennte Besprechungen/Anhörungen (Dauer der Besprechung ca. ¼ bis 1 Stunde sowie zusätzlich Vor- und Nachbearbeitung) durchzuführen sind, da sehr oft ein Kontaktverbot ausgesprochen wurde. In diesen Fällen muss mit einer erheblichen Steigerung der Anzahl Gespräche gegenüber der bisherigen Praxis bei der Prüfung von Kindesschutzmassnahmen gerechnet werden.

Aus den Erhebungen der letzten drei Jahre ist ersichtlich, dass sich die Anzahl der jährlich zu bearbeitenden vormundschaftlichen Verfahren (d.h. die im laufenden Jahr erledigten und per Ende Jahr noch pendenten Verfahren) um 18.5% erhöht hat.

Zudem steigt die Komplexität der vormundschaftlichen Verfahren ständig an. Dies spiegelt sich u.a. im Umfang und in der Ausführlichkeit der Begründungen der Beschlüsse. Die Seitenzahl des VB-Protokolls pro Jahr hat sich beispielsweise von 1895 Seiten im Jahr 2000 auf 3992 Seiten im Jahr 2006 mehr als verdoppelt.

Dadurch fällt der Globalkredit um Fr. 118'000.-- höher aus als im Vorjahr.

Trotz des Personalausbaus liegen die Sachkosten tiefer und dank den geplanten Mehrreinnahmen kann der Kostendeckungsgrad verbessert werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Hauptursache für den höheren Globalkredit sind wiederum die gestiegenen Personalkosten (Erklärung siehe oben). Im Jahr 2006 wurden bei der Berichtsprüfung Pendenzen abgearbeitet, wodurch die Gebühreneinnahmen überdurchschnittlich hoch ausfielen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	1'774'540	1'832'131	2'015'887
Sachkosten	164'897	166'800	143'800
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	3'317	3'400	3'400
Übrige interne Kosten	368'450	295'594	302'043
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'311'203</i>	<i>2'297'924</i>	<i>2'465'130</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'311'203	2'297'924	2'465'130
Externe Erlöse	420'714	377'000	425'000
Interne Erlöse	1'997	0	1'083
Beiträge von Dritten	34'667	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>457'378</i>	<i>377'000</i>	<i>426'083</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	457'378	377'000	426'083
Total Nettokosten/Globalkredit	1'853'826	1'920'924	2'039'048
Interne Kosten	371'766	298'994	305'443
Interne Erlöse	1'997	0	1'083
Total primäre Nettokosten*	1'484'056	1'621'931	1'734'687
Kostendeckungsgrad in % **	20	16	17

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	3'317	151'688	194'838
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	14,85	14,7	15,75
▪ Lehrverhältnisse	0.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	20 (20)	20 (20)	21 (20)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Weiterentwicklung der beiden Teams im Kindes- und Erwachsenenschutz des Vormundschaftsamtes.
- Fortlaufende Überprüfung der Verfahrensabläufe im Hinblick auf ihre Rationalität und Effizienz.
- Anpassung der Zusammenarbeitsformen mit der nebenamtlichen Vormundschaftsbehörde an die laufenden Bedürfnisse.
- Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Vormundschaftsamt, GBD, Sozial- und Wirtschaftshilfe, Jugendsekretariat, Schule, ipw sowie Polizei.

Produkt 1 Vormundschaftspflege

Leistungen

Massnahmeprüfung und Entscheid

Durchführung aller vormundschaftlichen Verfahren: Behandlung und Überprüfung sämtlicher Gefährdungsmeldungen, Gesuche und Anträge auf Anordnung einer vormundschaftlichen Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahme. Fall/Geschäftseröffnung, Sachverhaltsabklärung, Gewährung des rechtlichen Gehörs, Bestimmen der Mandatsperson, Antragstellung/Entscheid, Vernehmlassung in Beschwerdeverfahren, Geschäftsabschluss

Mitwirkung bei der Mandatsführung und Aufsichtstätigkeit

Geschäftseröffnung, Inventaraufnahme, Prüfung der zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfte, Aufbewahrung, Verwaltung, Anlage und Aushändigung von Mündelvermögen, Berichts- und Rechnungsprüfung, Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatsperson, Einschreiten von Amtes wegen, Antragstellung/Entscheid, Geschäftsabschluss

Beratung und Information

Erteilen von Auskünften, Beratung, Vermittlung und Schlichtung

Vernetzungsarbeit

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'276'525	2'297'924	2'465'130
Erlös	457'378	377'000	426'083
Nettokosten	1'819'147	1'920'924	2'039'048
Kostendeckungsgrad in %	20.0	16.0	17.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl laufende Verfahren	2'604	2'300	2'500
Anzahl vormundschaftliche Beschlüsse	1'771	1'600	1'750
Anzahl Inventarverfahren	139	140	140

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Massnahmeprüfung und Entscheid			
Anzahl Prüfungen / Entscheide für Kinder			
- Errichtungen	125	130	130

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Aufhebungen	108	80	70
- Übernahmen	14	13	15
- Übertragungen	17	12	15
- Verzicht	103	110	100
Anzahl Prüfungen / Entscheide für Erwachsene			
- Errichtungen	112	100	115
- Aufhebungen	33	25	30
- Übernahmen	9	4	5
- Übertragungen	5	5	5
- Verzicht	5	10	5
Mitwirkung bei Mandatsführungen und Aufsichtstätigkeit			
- Anzahl Inventaraufnahmen	139	150	140
- Anzahl Prüfungen zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte	175	150	160
- Höhe des verwalteten Mündelvermögens	72'297'865	70'000'000	70'000'000
- Anzahl Berichts- und Rechnungsprüfungen	949	800	850
- Anzahl Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen	5	2	4

IAPF Vormundschaftsamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	2'311	2'297	2'465	2'626	2'626	2'626
Erlös	457	377	426	426	426	426
Nettokosten/Globalkredit	1'853	1'920	2'039	2'200	2'200	2'200
Kostendeckungsgrad in %	20	16	17	16	16	16

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes Messgrössen						
▪ Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF	874	900 - 950	900	900	900	900
▪ Anzahl Berichtabnahmen pro Jahr	936	800	850	850	850	850
Belastung in der Verfahrensleitung:				0	0	0
▪ Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung	723	630	600	600	600	600
▪ Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr	2'070	1'800	2'200	2'200	2'200	2'200
▪ pendente Verfahren Ende Jahr	534	500	450	450	450	450
2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksrat (alle zwei Jahre)						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
<i>Messgrösse:</i> ■ Audit erfüllt	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation	Audit erfüllt
<i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird.						
<i>Messgrösse:</i> ■ Prozent der bestätigten Fälle	97	92 %	95 %	95 %	95 %	95 %

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Treffen der erforderlichen Vorbereitungen auf die bevorstehende Gesetzesrevision des Vormundschaftsrechts.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Jugend- und Familienhilfe

Auftrag

Mitwirken in den kantonalen Gremien, im Hinblick auf die Erhaltung der qualitativ notwendigen Beratungsangebote für Kinder-/Jugendliche und Familien in der Stadt. Bearbeiten von städtischen Jugendhilfefragen und sicherstellen der notwendigen Vernetzung von Jugendhilfeangeboten zwischen städtischen, privaten und kantonalen Einrichtungen. Betreuen und fördern der vielfältigen präventiven Angebote im Jugendbereich. Präventive Unterstützung von Eltern nach der Erstgeburt mit geeignetem Informationsmaterial.

Gewährleisten von gesetzlichen Ansprüchen und ausrichten der finanziellen Leistungen an Alleinerziehende, Geschiedene und finanziell schlecht gestellte Familien mit Kleinkindern.

Beraten und unterstützen von privaten Einrichtungen und Organisationen, welche Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen. Vertreten der Interessen Jugendlicher. Entwicklungsarbeit bei Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung des intergenerationellen Dialogs und bei der Nutzung des öffentlichen Raumes.

Produkte

1 Jugendhilfe

Die städtische Jugendhilfe wirkt bei den kantonalen Gremien aktiv mit, damit die von kantonalen Stellen zu leistenden Jugendhilfeangebote den städtischen Bedürfnissen angepasst sind. Sie bearbeitet die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Einrichtungen und sorgt für die notwendige Vernetzung. Ferner bearbeitet sie die städtischen Jugend- und Familienanliegen und führt das Sekretariat der städtischen Jugendkommission. Mit dem Versand von Informationsmaterialien unterstützt sie präventiv Eltern nach der Erstgeburt.

2 Alimentenwesen

Das Alimentenwesen leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus. Die ordentliche Abwicklung der Rechtsansprüche und die Auszahlung der finanziellen Leistungen sind gewährleistet.

3 Jugendförderung

Die Fachstelle Jugendförderung (Jugenddelegierter) betreut die vielfältigen Angebote in der offenen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendpartizipation, berät politische Behörden und private Trägerschaften. Sie ist verantwortlich für die Vernetzung mit den Departementen Schule und Sport, Sicherheit und Umwelt, mit kantonalen Fachstellen und privaten Trägerschaften im Bereich der offenen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendpartizipation.

4 Kinder- und Jugendheim

Ab 2008 beim Departement Schule und Sport.

5 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Die städtische Jugendhilfe betreut private Einrichtungen, welche Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen des GGR, des SR oder von Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

ZGB, Vormundschaftsrecht, Kindesrecht, kantonales Jugendhilfegesetz und dazugehörige Verordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verschiedene Beschlüsse des GGR, des Stadtrates und verschiedene Leistungsaufträge mit privaten Trägerschaften

Stufe Verwaltungseinheit

Geschäftsordnung des Departements Soziales, Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Unterstützung von privaten Institutionen Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt. <i>Messgrößen:</i> Summe der Förderungskredite Anzahl Förderungskredite	883'993 19	919'100 21 - 24	919'100 21 - 24
2 Betreuungsangebot Im Kinder- und Jugendheim Oberi werden entwicklungsauffällige Kinder betreut. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	n.a.

Erklärungen zu den Zielvorgaben sind bei den Begründungen Abweichung Voranschlag 2007/2008 vermerkt.

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	7'332'564	7'545'851	7'215'277

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der Globalkredit reduziert sich um rund 330'000 Franken. Dies aufgrund der Erfahrungswerte von 2006 tiefer budgetierten Kosten im Produkt 2 "Alimentenwesen" und der Übertragung des Kinder- und Jugendheimes Oberi (Produkt 4 Kinder- und Jugendheim) sowie der Aufgabe der Subventionsauszahlung zugunsten des Tagesfamilienvereins (Produkt 5 Beiträge und Leistungen an Institutionen) an das Departement Schule und Sport.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Da das Kinder- und Jugendheim Oberi auf den 1. Januar 2008 in den Verantwortungsbereich des Dept. Schule und Sport wechselt, fällt die Parlamentarische Zielvorgabe "2 Betreuungsangebot / Kostendeckungsgrad in %" weg.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Keine wesentliche Veränderung, da der Mehraufwand infolge höherer Personalkosten (Stufenanstieg, Teuerung, individuelle Leistungsquote) durch Mehrerträge kompensiert werden kann.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	2'428'875	2'586'336	486'288
Sachkosten	3'419'520	3'438'900	3'130'746
Beiträge an Dritte	7'188'057	7'571'100	7'039'100
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	154'000	154'000	0
Übrige interne Kosten	215'797	200'869	265'662
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'406'249</i>	<i>13'951'205</i>	<i>10'921'796</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	90'462
Total effektive Kosten	13'406'249	13'951'205	10'831'334
Externe Erlöse	5'439'793	5'662'100	3'400'000
Interne Erlöse	212'935	216'254	306'519
Beiträge von Dritten	420'958	527'000	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'073'686</i>	<i>6'405'354</i>	<i>3'706'519</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	90'462
Total effektive Erlöse	6'073'686	6'405'354	3'616'057
Total Nettokosten/Globalkredit	7'332'564	7'545'851	7'215'277
Interne Kosten	369'797	354'869	175'200
Interne Erlöse	212'935	216'254	216'057
Total primäre Nettokosten*	7'175'701	7'407'236	7'256'134
Kostendeckungsgrad in % **	45	46	33

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	200'306	202'700	201'300
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	20.4	19.1	19.1
▪ Lehrverhältnisse	3.3	4.3	4.3
▪ Bestand (davon Teilzeit)	27 / 21	28 (24)	27 (22)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Begleitung der Überführung des Kinder- und Jugendheimes Oberi an das Departement Schule und Sport.
- Integration der Aufgaben, welche im Auftrag der Fürsorgebehörde geleistet werden, des Alimentenwesens und der Kleinkinderbetreuungsbeiträge in die Organisation der Sozial- und Erwachsenenhilfe (Sozialhilfe).
- Projekt Töss: Evaluation der Kinder- und Jugendarbeitspilotprojekte Open-Sunday (offene Sporthalle für Kinder) und Jugendkiosk (Jugendarbeit im öffentlichen Raum).
- Stadtteilentwicklung Oberwinterthur/Hegi: Entwicklung neuer Jugendarbeitsprojekte.

Produkt 1 Kinderschutz und Beratung**Leistungen**

Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe

- Die städtische Mitwirkung in der vom Regierungsrat gewählten Bezirksjugendkommission hat dafür zu sorgen, dass die Grundversorgung der kantonalen Jugendhilfeangebote die städtischen Bedürfnisse abdecken. Im Zusammenhang mit der Kostenbeteiligung sind Wirkung und Angebote laufend zu überprüfen.

Generelle Jugendhilfeaufgaben

- Im Rahmen der städtischen Jugendkommissionsarbeit werden innerstädtische Jugend- und Familienanliegen besprochen und bearbeitet, welche die kantonalen Stellen nicht übernehmen. Ferner sind die Interessen der Stadt in verschiedenen gemeinnützigen- und öffentlichen Gremien wahrzunehmen. Die neuen Schnittstellen und die notwendige Vernetzung mit den kantonalen Einrichtungen sind zu bearbeiten.

Prävention

- Alle Eltern von Erstgeborenen erhalten während drei Jahren periodisch unterstützende Informationen für ihre Erziehungsaufgabe.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'522'123	1'586'339	1'617'394
Erlös	99'685	81'095	94'524
Nettokosten	1'422'438	1'505'244	1'522'869
Kostendeckungsgrad in %	7.0	5.0	6.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe	1'248'360	1'473'000	1'473'000
Anzahl präventiv erfasste Familien mit Informationsmaterial nach der Erstgeburt	1'065	1'000 - 1'100	1'000 - 1'100

Die Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe betrifft die Produkte 1 und 2

Produkt 2 Alimentenwesen

Leistungen

- Die Alimentenhilfe leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	7'836'769	7'865'339	7'795'377
Erlös	3'387'265	3'369'095	3'494'525
Nettokosten	4'449'504	4'496'244	4'300'852
Kostendeckungsgrad in %	43.0	43.0	45.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Kinder mit bevorschussten Alimenten	818	800 - 830	800 - 830
Anzahl Kleinkinderbetreuungsfälle	151	160 - 180	160 - 180
Anzahl der Inkassofälle	920	900 - 940	900 - 940
Summe der vermittelten Alimenten	1'495'563	1'450'000	1'450'000
Summe der bevorschussten Alimenten	4'452'629	4'500'000	4'500'000
Summe der ausgerichteten Kleinkinderbetreuungsbeiträge	1'469'538	1'500'000	1'500'000

Produkt 3 Jugendförderung

Leistungen

- Betreuung der Angebote der Jugendarbeit (Offene Jugendarbeit, Projekte)
- Fachberatung gegenüber politischen Behörden, privaten Trägerschaften, Stadtverwaltung
- Mitarbeit in Kommissionen und Projekten
- Vernetzung mit anderen öffentlichen und privaten Stellen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'098'402	1'135'713	1'151'631
Erlös	27'617	27'032	27'007
Nettokosten	1'070'785	1'108'681	1'124'624
Kostendeckungsgrad in %	3.0	2.0	2.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Beratungen und Netzwerkkontakte	800	500 - 600	500 - 600
Anzahl Projekte zur Konfliktlösung und Prävention	8	5 - 10	5 - 10

Produkt 4 Kinder- und Jugendheim

Leistungen

- Betreuung vonentwicklungsauffälligen Kindern und Jugendlichen von erziehungsunfähigen Eltern im Rahmen von Kinderschutzmassnahmen.

Das Kinder- und Jugendheim Oberi wechselt auf den 1. Januar 2008 in den Verantwortungsbereich des Dept. Schule und Sport.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'559'118	2'711'813	0
Erlös	2'559'118	2'928'132	0
Nettokosten	0	-216'319	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	108.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Belegung, Auslastung pro Jahr in %	97	95	n.a.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl durchschnittlich betreuter Kinder pro Jahr	32	29 - 35	n.a.

Produkt 5 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

- Das Jugend- und Familienhilfe betreut private Jugendhilfeeinrichtungen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen und Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

(neue Bezeichnung der Abteilung)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	381'897	652'000	220'000
Erlös	0	0	0
Nettokosten	381'897	652'000	220'000
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Tagesfamilienverein	213'330	232'000	neu bei DSO
Verein Partnerschafts- und Eheberatung, Scheidungsberatung	60'000	60'000	60'000
Verein Frauenhaus Winterthur*	48'566	300'000	100'000
Frauen - Nottelefon	60'000	60'000	60'000

*Defizitgarantie für Verein Frauenhaus Winterthur max. Fr. 300'000.--. Aufgrund der bezahlten Beiträge in den letzten fünf Jahren nur Fr. 100'000.-- im Budget 2008 eingestellt.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Organisationen und Anbieter wird vertraglich geregelt.			

IAFP Jugend- und Familienhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	13'406	13'951	10'831	10'831	10'831	10'831
Erlös	6'073	6'405	3'616	3'616	3'616	3'616
Nettokosten/Globalkredit	7'332	7'545	7'215	7'215	7'215	7'215
Kostendeckungsgrad in %	45	46	33	33	33	33

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Unterstützung von privaten Institutionen Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt. <i>Messgrössen:</i> Summe der Förderungskredite	883'993.0	919'100.0	919'100.0	919'100	919'100	919'100
Anzahl Förderungskredite	19.0	21 - 24	21 - 24	21 - 24	21 - 24	21 - 24
2 Betreuungsangebot Im Kinder- und Jugendheim Oberi werden entwicklungsauffällige Kinder betreut. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	n.a.	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Keine geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Wie bereits im Vorjahr erwähnt sind die möglichen Auswirkungen der Umsetzung des NFA und des innerkantonalen Lastenausgleichs auf die Finanzierung der Jugendhilfe kaum abzuschätzen.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Auftrag

- Die Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe umfasst die Existenzsicherung und die persönliche Hilfe in Notlagen. Sie erbringt Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz im Auftrag der Fürsorgebehörde und führt deren Sekretariat.
- Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde führt die Sozial- und Erwachsenenhilfe vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene. Sie fördert und begleitet private Mandatsträger/innen.
- Die Produktgruppe umfasst auch die Ausrichtung von Zusatzleistungen bestehend aus Ergänzungsleistungen des Bundes, kantonalen Beihilfen und Gemeindegeldzuschüssen zur AHV und IV.
- Mit der Erbringung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen verhindert die Sozial- und Erwachsenenhilfe materielle Armut, soziale Desintegration sowie Krankheit und sie unterstützt damit die Erhaltung des Sozialen Friedens in der Stadt Winterthur. Wichtigste Ziele sind die Förderung der beruflichen Integration (Projekte und Programme) und der sozialen Integration (Tagesstrukturen und sinnvolle Beschäftigung).

Produkte

1 Sozialhilfe gemäss SHG

Durchführung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur mit dem Ziel der materiellen Existenzsicherung in Notlagen, Förderung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung ihrer sozialen und beruflichen Integration.

2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene werden im Rahmen des behördlichen Auftrags durch Gesetzliche Betreuer/innen und private Mandatsträger/innen geführt.

3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Anspruchsklärung, Berechnung und Ausrichtung der Zusatzleistungen nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

4 Krankenkassenwesen

Im Rahmen der Existenzsicherung werden Krankenkassenprämien übernommen.

5 Beiträge an Institutionen

Beiträge an Institutionen mit einer sozialen Zielsetzung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfe gemäss SHG

- Bundesverfassung
- Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz / ZUG)
- Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz
- Einführungsgesetz zum AHV-Gesetz
- Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

- ZGB Art. 369 ff.
- EG ZGB § 82 ff.

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Gesetz über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV) und Verordnungen (EL Gesetz)
- Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV-Gesetz)
- Gesetz über die Invalidenversicherung
- Verordnung zum Gesetz über die Invalidenversicherung Kantonsgesetzgebung

Krankenkassenwesen

- Bundesgesetz über die Krankenversicherungen (KVG)
- Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Sozialhilfe gemäss SHG

- Gemeindeordnung der Stadt Winterthur
- Geschäftsordnung der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Verordnung über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV)

Stufe Verwaltungseinheit

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

- Geschäftsordnung der Verwaltung der sozialen Dienste, Art. 20 ff. (GGRB 1974)

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Interkommunaler Anschlussvertrag betreffend Durchführung der Zusatzleistungen zur AHV/IV

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF	 2'123 3'316 532	 2'100 3'100 650	 2'300 3'100 660
2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende	 63 140 36 88	 60-65 110-120 40-45 85-95	 60-65 110-120 40-45 85-95
3 Fachstelle Sozialversicherungen Die Fachstelle Sozialversicherungen entlastet die Sozialhilfe optimal. <i>Bemessung/Bewertung:</i> Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle <i>Messgrösse:</i> Neuaufnahmen pro 100%-Stelle			500-600

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	75'276'608	78'069'620	77'729'684

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Der Globalkredit liegt um rund 340'000 Franken tiefer als im Jahr 2007 budgetiert. Diese erfreuliche Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bei der Sozialhilfe die Fallzahlen leicht rückläufig sind und bei den Zusatzleistungen das Wachstum gebremst werden konnte.

Bei der Sozialhilfe werden 2.0 Stellen für die Fachstelle junge Erwachsene zusätzlich budgetiert. Diese Fachstelle soll weiter ausgebaut werden, um junge Erwachsene gezielt in das Berufsleben zu führen und so nachhaltig Sozialhilfekosten einzusparen. Dies entspricht auch den Legislaturzielen des Stadtrates.

Produkt 1 "Sozialhilfe gemäss SHG":

Es wird mit einem moderaten Fallrückgang gerechnet. Trotzdem werden die Nettokosten voraussichtlich nicht im selben Mass sinken. Der Bruttoaufwand ist wohl tiefer als im Jahr 2007 budgetiert, hingegen geht auch der Anteil an Rückerstattungen zurück. Dies, weil infolge der verbesserten Wirtschaftlage weniger Arbeitslosengelder bevorschusst werden müssen. Zudem führt eine schnellere Bearbeitung bei Sozialversicherungsfällen dazu, dass die Leistungen schneller ausbezahlt werden und somit die Rückerstattungen tiefer sind.

Produkt 2 "Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene":

Keine wesentliche Veränderung.

Produkt 3 "Zusatzleistungen zur AHV/IV":

Die Fallzahlen steigen im Jahr 2007 moderater an als angenommen. Entsprechend fallen die Zahlen für das Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr tiefer aus. Bei den Kosten könnte die geplante Einführung des Neuen Finanzausgleiches (NFA) Auswirkungen zeigen, welche allerdings zum heutigen Zeitpunkt nicht berechenbar sind. Der Kanton geht davon aus, dass die Gemeinden durch die Einführung des NFA nicht stärker belastet werden.

Produkt 4 "Krankenkassenwesen":

Auch hier ist das Wachstum gebremst worden. Entsprechend reduzieren sich sowohl Aufwand wie Ertrag, da die Kosten mit Ausnahme der Verwaltungskosten vollständig von Bund und Kanton zurückvergütet werden.

Produkt 5 "Beiträge an Institutionen":

Keine wesentliche Veränderung.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die Kosten für die Fallführung steigen leicht an, weil die Fallzahlen gegenüber 2007 nach unten korrigiert worden sind. Zudem wurde dem Personal ein Stufenanstieg sowie 0.1 % Teuerung und individuelle Leistungsquoten gewährt.
- Bei der Kundenorientierung wird die Fallbelastung im gleichen Rahmen wie 2007 vorgegeben.
- Aufgrund eines WOV-Postulates (GGR-Nr. 2007/032), wurde als neue neue Zielvorgabe die Ziff. 3 "Fachstelle Sozialversicherungen" aufgenommen. Als Messgrösse dient die Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle. Der Bedarf an speziellem Fachwissen in Sozialversicherungsfragen ist je nach Fall sehr unterschiedlich. Eine sinnvolle Grösse ergibt sich am ehesten bei den Neuaufnahmen, da dort eine grundlegende Überprüfung von Ansprüchen zum Standard der Fallaufnahme gehört. Allerdings sind auch hier die Problemstellungen sehr unterschiedlich. Bei geschätzten 1'000 Neuaufnahmen ergibt dies für die 1.6 Stellen, welche dafür eingesetzt werden, eine Zahl von 625 Fällen pro Stelle. Als Zielgrösse macht aus diesem Grund 600 - 700 Fälle Sinn.

Im Rahmen der Diskussion in der SSK des GGR wurde festgestellt, dass es eine hohe Belastung ist und beantragt, die Zielgrösse auf 500 - 600 Fälle festzusetzen. Dies führt dazu, dass 0.25 Stellen zusätzlich geschaffen werden müssen. Da es sich um einen geringen Betrag handelt, wird der Globalkredit nicht angepasst. Dem Anliegen, die Zielgrösse tiefer anzusetzen, ist der GGR am 10.12.2007 gefolgt und hat es genehmigt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Die Abweichung des Globalkredites resultiert vor allem aufgrund gestiegener Personalkosten durch zusätzlich bewilligte Stellen. Im Jahr 2007 waren es + 2.9 Stellen (davon 0.9 interne Verschiebung vom Vormundschaftswesen) und für das Jahr 2008 werden zwei weitere Stellen mehr budgetiert.

Ein weiterer Grund für die Abweichung ergibt sich aus der Tatsache, dass die Quote der Rückerstattungen bei der Sozialhilfe in den letzten beiden Jahren spürbar zurückgegangen ist.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	9'514'553	10'290'622	10'902'999
Sachkosten	2'870'242	3'651'200	2'831'856
Beiträge an Dritte	134'720'456	144'119'400	134'312'500
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	10'563	5'000	10'300
Übrige interne Kosten	2'276'235	2'193'271	2'153'443
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>149'392'048</i>	<i>160'259'493</i>	<i>150'211'099</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	149'392'048	160'259'493	150'211'099
Externe Erlöse	29'812'038	34'875'500	26'890'011
Interne Erlöse	9'044	972	3'103
Beiträge von Dritten	44'294'358	47'313'400	45'588'300
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>74'115'439</i>	<i>82'189'872</i>	<i>72'481'414</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	74'115'439	82'189'872	72'481'414
Nettokosten / Globalkredit	75'276'608	78'069'620	77'729'684
Interne Kosten	2'286'798	2'198'271	2'163'743
Interne Erlöse	9'044	972	3'103
<i>Total primäre Nettokosten*</i>	<i>72'998'854</i>	<i>75'872'322</i>	<i>75'569'044</i>
Kostendeckungsgrad in % **	50	51	48

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	647'098	1'058'400	1'021'350
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	80.0	83.4	85.6
▪ Lehrverhältnisse	2.3	5.7	5.5
▪ Bestand (davon Teilzeit)	107 / 70	104 (67)	109 (71)

Bei den Gebäudekosten 2006 wurde ein Betrag von Fr. 397'900.-- vergessen, welcher der Produktgruppe durch Umlagen belastet wird.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Weiterführung des Strategieprozesses der Sozial- und Erwachsenenhilfe mit entsprechenden organisatorischen Anpassungen, wie Integration des Sozialdienstes der Asylkoordination und von Aufgaben der Familien- und Jugendhilfe.
- Weiterführung des Projektes "administrative Fallführung" bei der Sozialberatung.
- Start des Projektes "neue Fallführungs-Software" zur Evaluation eines Ersatzes für die heute drei unterschiedlichen Anwendungen.
- Bei den Zusatzleistungen Umsetzung der neuen Gesetzgebung bzw. Grundlagen aufgrund Inkraftsetzung NFA.

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG

Leistungen

- Erstberatung mit Klärung der Ansprüche auf Sozialhilfe
- Erbringung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe gemäss SHG und Richtlinien der Fürsorgebehörde, insb. Sicherung der Existenz, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration
- Beratung von Klienten in persönlichen und finanziellen Notlagen, Vermittlung von Hilfeleistungen
- Abrechnung mit kostenpflichtigen Gemeinwesen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	66'586'555	72'816'735	65'490'033
Erlös	26'642'006	32'896'966	24'470'021
Nettokosten	39'944'550	39'919'769	41'020'012
Kostendeckungsgrad in %	40.0	45.0	37.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl unterstützte Personen pro Jahr.	4'901	5'300	4'830
Anzahl Unterstützungsfälle pro Jahr.	2'923	3'120	2'880
Anzahl Neuaufnahmen pro Jahr	1'047	1'100	1'000
Anzahl abgeschlossene Fälle pro Jahr	1'069	1'000	1'020
Anzahl Behördenbeschlüsse pro Jahr	3'056	3'660	3'200
Unterstützungsleistungen brutto in CHF	57'215'810	62'500'000	55'638'000
Unterstützungsleistungen netto in CHF	33'253'642	33'100'000	33'817'589

Produkt 2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Leistungen

- Konkretisierung und Umsetzung des Auftrages der Vormundschaftsbehörde
- Beratung und Begleitung von Klienten in allen Lebensbereichen, insb. Budget, Wohnen, Arbeit/Beschäftigung, soziales Umfeld, Gesundheit
- Vermittlung von Ressourcen (Sachhilfe)
- Wahrung von Klienten-Interessen aufgrund der Vertretungsaufgaben, insb. Geltendmachen von Ansprüchen und Finanzverwaltung (Stellvertretendes Handeln)
- Förderung, Schulung und Begleitung von privaten Mandatsträger/innen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'833'741	3'993'323	4'064'499
Erlös	944'602	654'368	572'174
Nettokosten	2'889'139	3'338'956	3'492'325
Kostendeckungsgrad in %	25.0	16.0	14.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl vormundschaftliche Massnahmen pro Jahr	996	1'000	1'000
Anzahl Fälle persönlicher Hilfe nach SHG pro Jahr	47	100	100
Total Fälle pro Jahr	1'021	1'100	1'100
- davon durch Privatpersonen geführt (PRIMA)	216	250	250

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV / IV

Leistungen

- Abklärung der Ansprüche auf Zusatzleistungen
- Auszahlung von Ergänzungsleistungen des Bundes, der kantonale Beihilfen und Gemeindegzuschüssen zur AHV und IV gemäss Gesetzen und Richtlinien
- Führung von Fällen für andere Gemeinden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	56'579'622	59'658'734	57'731'382
Erlös	24'331'831	25'388'839	25'025'920
Nettokosten	32'247'792	34'269'896	32'705'463
Kostendeckungsgrad in %	43.0	43.0	43.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl unterstützte Fälle per 31.12.	3'114	3'230	3'160
- davon Betagte	1'544	1'550	1'550
- davon Behinderte	1'489	1'590	1'530
- davon Hinterlassene	81	90	80
Anzahl unterstützte Fälle für andere Gemeinden per 31.12.	124	44	50
Anzahl pendente Gesuche per 31.12.	62	75	70
Anzahl Verfügungen pro Jahr	10'232	12'570	11'000
Gesamtbelastung der Stadt (in Mio. CHF)	30	32	30
- davon Gemeindegzuschüsse (in Mio. CHF)	2	2	2

Produkt 4 Krankenkassenwesen

Leistungen

- Abrechnung mit dem Kanton und den Krankenkassen
- Bewirtschaftung von Verlustscheinen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	22'030'560	23'427'000	22'607'638
Erlös	22'039'805	23'249'700	22'413'300
Nettokosten	-9'245	177'300	194'338
Kostendeckungsgrad in %	100.0	99.0	99.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Summe der Prämienübernahmen	18'634'987	20'870'000	19'628'300
- davon für Zusatzleistungen	12'618'503	12'570'000	12'880'300
- davon für Sozialhilfe	5'495'464	5'000'000	6'198'000
- davon für Fälle ohne wirtschaftliche Hilfe	521'020	3'300'000	550'000
Anzahl Verlustscheine	2'062	2'800	2'870
Summe der Verlustscheine	2'484'165	2'680'000	2'750'000
Individuelle Prämienverbilligung: Manuelle Nachmeldungen	2'116	2'160	2'160

Produkt 5 Beiträge an Institutionen

Leistungen

Leistung von Beiträgen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	249'482	363'700	317'546
Erlös	157'196	0	0
Nettokosten	92'286	363'700	317'546
Kostendeckungsgrad in %	63.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Unterstützte Rechtsauskunftsstellen			
Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes	42'000	42'000	42'000
Rechtsauskunft des kaufm. Verbandes	2'500	2'500	2'500
Christlichsoziale Rechtsauskunftsstelle	3'700	3'700	3'700
Unentgeltliche Rechtsauskunft (der Stadt Winterthur)	17'105	17'500	17'500
Beträge an Institutionen in CHF			
Tele-Hilfe der Dargebotene Hand	18'000	18'000	18'000
Frauenzentrale	85'000	85'000	85'000
Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte)*	0	150'000	100'000
Verschiedene Beiträge in CHF	38'950	45'000	45'000

*Beitrag an Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte) max. Fr. 250'000.--. Aufgrund der Erfahrungswerte der letzten Jahre nur Fr. 100'000.-- im Budget 2008 eingestellt.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Zusammenarbeit mit den Geldempfängern wird in der Regel vertraglich geregelt.			

IAFP Sozial- und Erwachsenenhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	149'392	160'259	150'211	150'211	150'211	150'211
Erlös	74'115	82'189	72'481	72'481	72'481	72'481
Nettokosten/Globalkredit	75'276	78'069	77'729	77'730	77'730	77'730
Kostendeckungsgrad in %	50	51	48	48	48	48

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	500	0	0	0	300	200	0	0
Bewilligt	50	0	0	50	0	0	0	0
Gesamt	550	0	0	50	300	200	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrößen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF	2'123 3'316 532	2'100 3'100 650	2'300 3'100 660	2'250 3'070 690	2'300 2'950 680	2'300 2'830 710
2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messgrößen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende	63.0 140.0 36.0 88.0	60-65 110-120 40-45 85-95	60-65 110-120 40-45 85-95	60-65 110-120 40-45 85-95	60-65 110-120 40-45 85-95	60-65 110-120 40-45 85-95
3 Fachstelle Sozialversicherungen Die Fachstelle Sozialversicherungen entlastet die Sozialhilfe optimal. <i>Bemessung/Bewertung:</i> Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle <i>Messgrösse:</i> Neuaufnahmen pro 100%-Stelle			500-600	500-600	500-600	500-600

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Laufende Anpassung der Prozesse an veränderte Rahmenbedingungen und Weiterentwicklung der Organisation, um eine optimale Leistungserbringung sicherzustellen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Obwohl sich die wirtschaftliche Lage beruhigt hat, ist kaum mit einem Rückgang an Fällen auszugehen. Es werden verschiedene vorgelagerte Sozialversicherungssysteme (IV, Arbeitslosenversicherung) revidiert, um diese finanziell zu entlasten. Es ist daher anzunehmen, dass die Stadt Winterthur dadurch entsprechend stärker finanziell belastet wird.

Asylwesen

Auftrag

Die Asylkoordination Winterthur gewährleistet die fachlich qualifizierte Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden, die der Stadt Winterthur zugewiesen werden. Sie erbringt im Auftrag des Kantons und Gemeinden der Region Leistungen in den Bereichen Unterbringung / Betreuung und Bildung / Beschäftigung und schliesst entsprechende Verträge ab.

Produkte

1 Betreuung und Unterbringung von Personen mit ANAG/NEE Status

Ab 2008 werden keine Kollektivunterkünfte im Auftrag des Kantons geführt und dieses Produkt aufgehoben.

2 Betreuung und Unterbringung Asyl Suchende 2. Phase und Personen mit ANAG/NEE Status

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Rahmen des Aufnahmekontingentes der Stadt Winterthur gemäss den Richtlinien der kantonalen Direktion für Soziales und Sicherheit.

3 Bildungs- und Beschäftigungsprogramme

Ab 2008 werden durch die Sozialen Dienste keine Bildungs- und Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende geführt. Das Unterhaltszentrum wechselt per 1.1.2008 innerhalb des Departement Soziales zur KAP.

4 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden und Personen mit ANAG/NEE Status in der Region

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Auftrag von Gemeinden der Region.

Neue Bezeichnung der Produkte 1, 2 und 4 ab 2006 (Ersatz bzw. Ergänzung der Bezeichnung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Asylgesetz vom 26. Juni 1998, Stand am 28. September 1999
- Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 11. August 1999, Stand 28. September 1999
- Kantonales Sozialhilfegesetz
- Vertrag vom 18.11.2005 zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Winterthur betreffend Nothilfe an Personen mit rechtskräftigem Nichteintretensentscheid
- Kantonales Leitbild für die Unterbringung und Betreuung von unterstützungsbedürftigen Asyl Suchenden und Vorläufig Aufgenommenen vom September 1997
- Vereinbarungen mit dem Kanton betreffend die Unterbringung von Asyl Suchenden in Durchgangszentren und die Durchführung von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss der Fürsorgebehörde vom 19. April 1996 (Auftrag der Fürsorgebehörde an die Asylkoordination)

- Leistungsvereinbarung mit dem GemeindepräsidentInnen-Verband des Bezirks Andelfingen betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden im Bezirk Andelfingen
- Vereinbarungen mit 14 Gemeinden des Bezirks Winterthur betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden

Stufe Verwaltungseinheit

- "Grundhaltungen im Umgang mit Asyl Suchenden" der Asylkoordination Winterthur

Ergänzung der Rechtsgrundlagen Stufe Bund/Kanton mit

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons in %	97	90 - 95	90 - 95
2 Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.) in %	106	85	100
3 Tagesstruktur / Rückkehrfähigkeit Asyl Suchende nehmen an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen teil. <i>Messung / Bewertung</i> Anzahl Teilnehmende im Verhältnis zu allen Asyl Suchenden in %	5.1	5.0	n.v.
4 Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen in % Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur in % Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten in %.	100 123.1 A 100, W 100	100 100.0 A 100 / W 100	100 100.0 A 100 / W 100

W = Winterthur, A = Andelfingen

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	341'225	546'141	136'188

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Im Asylwesen ergeben sich verschiedene Veränderungen. So wird der Betrieb des Nothilfezentrums Kloster (Produkt 1) per 31.12.2007 eingestellt und das Unterhaltszentrum (Produkt 3) wechselt per 1.1.2008 innerhalb des Departementes Soziales zur Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte KAP.

Der Globalkredit fällt um rund 410'000 Franken tiefer aus als im Voranschlag 2007. Die Gründe dazu sind: Wechsel Unterhaltszentrum zum KAP 160'000 Franken, tiefere Nettokosten beim Produkt 2 "Betreuung und Unterbringung 2. Phase" von rund 250'000 Franken aufgrund der Erfahrungswerte von 2006.

Produkt 1 "Betreuung und Unterbringung 1. Phase":

Entfällt aufgrund Einstellung Betrieb des letzten verbliebenden Zentrums Kloster.

Produkt 2 "Betreuung und Unterbringung 2. Phase":

Die Anzahl der zu betreuenden Personen wird sich aufgrund der neuen Gesetzgebung (Nothilfe) reduzieren. Das genaue Ausmass und der Zeitpunkt ist allerdings noch nicht absehbar. Aufgrund der Erfahrungswerte von 2006 reduzieren sich die Nettokosten für dieses Produkt.

Produkt 3 "Bildungs- und Beschäftigungsprogramme":

Entfällt, da das Unterhaltszentrum zur KAP wechselt.

Produkt 4 "Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region":

Generell ist davon auszugehen, dass die Präsenztage zurückgehen werden. Kostenmässig hat dies jedoch keinen Einfluss.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die Wirtschaftlichkeit wird analog 2007 festgesetzt. Allerdings sind Mechanismen und Höhe der finanziellen Beiträge durch den Bund bzw. Kanton für das Jahr 2008 noch nicht geregelt.
- Durch Reduktion der Zuweisungsquote von 0.7 auf 0.5 % der Bevölkerung sollte 100 % erreichbar sein.
- Das Unterhaltszentrum wechselt 2008 zur KAP. Auch in diesem Bereich sind die Strategien von Bund und Kanton für das Jahr 2008 noch nicht geklärt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Der Voranschlag 2008 orientiert sich stark an den effektiven Zahlen von 2006. Die Abweichung entsteht durch den Wegfall von den zwei Produkten (siehe oben).

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	2'286'734	2'213'200	1'128'887
Sachkosten	4'058'262	3'609'100	2'329'231
Beiträge an Dritte	5'529'702	5'427'800	4'944'500
Residualkosten	102'130	102'200	114'400
Kalkulatorische Kosten	324'944	324'900	331'100
Übrige interne Kosten	379'519	432'005	592'575
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'681'290</i>	<i>12'109'205</i>	<i>9'440'692</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	52'600	0
Total effektive Kosten	12'681'290	12'056'605	9'440'692
Externe Erlöse	11'973'913	11'121'300	9'234'200
Interne Erlöse	281'464	323'064	104
Beiträge von Dritten	84'689	118'700	70'200
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'340'065</i>	<i>11'563'064</i>	<i>9'304'504</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	52'600	0
Total effektive Erlöse	12'340'065	11'510'464	9'304'504
Total Nettokosten/Globalkredit	341'225	546'141	136'188
Interne Kosten	806'593	806'505	1'038'075
Interne Erlöse	281'464	270'464	104
Total primäre Nettokosten*	-183'904	10'100	-901'782
Kostendeckungsgrad in % **	97	95	99

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	2'816'471	2'501'200	401'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	20.3	19.7	9.1
▪ Lehrverhältnisse	1.6	1.0	1.6
▪ Bestand (davon Teilzeit)	33 / 24*	29 (24)	13 (11)

Mit den Gebäudekosten werden ab Voranschlag 2008 nur die Mietkosten für Räume, welche der Verwaltung dienen, ausgewiesen. Bis anhin wurden auch die Mietkosten für Unterkünfte dazugerechnet. Diese Kosten werden aber von Bund über eine Unterbringungspauschale zurückerstattet.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Integration des Sozialdienstes in die Organisation der Sozial- und Erwachsenenhilfe (Sozialberatung).
- Umsetzung der Veränderungen, welche sich aus der Inkraftsetzung des neuen Ausländer- und Asylgesetzes sowie der Finanzierung im Asylwesen ergeben.

Produkt 1 Betreuung und Unterbringung 1. Phase

Leistungen

- Unterbringung in Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination

Dieses Produkt wird ab 2008 nicht mehr angeboten.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'758'661	1'478'915	0
Erlös	1'569'710	1'481'746	0
Nettokosten	188'951	-2'831	0
Kostendeckungsgrad in %	89.0	100.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	22.26	19.00 - 21.00	n.V.
Uebrige Kosten pro Präsenztage in CHF	30.31	27.00 - 30.00	n.V.

n.v. = nicht vorhanden

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kapazität gemäss Leistungsvereinbarung (reguläre Durchgangszentren)	0	85	n.V.
Notunterkünfte	85	0	n.V.
Abgerechnete Präsenztage	24'353	25'500 - 26'500	n.V.

n.v. = nicht vorhanden

Produkt 2 Betreuung und Unterbringung 2. Phase

Leistungen

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	6'142'499	6'069'029	6'625'747
Erlös	5'896'379	5'682'035	6'496'592
Nettokosten	246'121	386'994	129'154
Kostendeckungsgrad in %	96.0	94.0	98.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	3.55	3.30 - 3.60	3.40 - 3.70
Uebrige Kosten pro Präsenztage in CHF	28.77	28.00 - 31.00	28.00 - 31.00
Anteil der in Kollektivunterkünften (Wohnheim Hegifeld) untergebrachten Asyl Suchenden in %	27	24 - 27	26 - 29

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Abgerechnete Präsenztage	170'802	165'000 - 170'000	165'000 - 170'000

Produkt 3 Bildungs- und Beschäftigungsprogramme

Leistungen

- Beschäftigungsprogramm "Unterhaltszentrum" (handwerkliche Dienstleistungen)

Dieses Produkt wird per 1.1.2008 zur Produktgruppe "Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)" verschoben und dort in das Produkt "KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe Beziehende" integriert. (SRB 2007-0984 vom 13. Juni 2007)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'692'238	1'560'222	0
Erlös	1'536'327	1'397'972	0
Nettokosten	155'911	162'249	0
Kostendeckungsgrad in %	91.0	90.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten pro Stelleneinheit in CHF	106'377	105'000 - 110'000	n.v.

n.v. = nicht vorhanden

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Programmplätze pro Jahr	29	25	n.v.
Anzahl Teilnehmende pro Jahr	229	50	n.v.

n.v. = nicht vorhanden

Produkt 4 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region

Leistungen

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination
- Durchführung von Beschäftigungsprogrammen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'011'357	3'001'039	2'814'946
Erlös	3'337'650	3'001'310	2'807'912
Nettokosten	-326'293	-271	7'034
Kostendeckungsgrad in %	111.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	2.47	2.70 - 3.00	2.50 - 3.50
Übrige Kosten pro Präsenztage in CHF	24.40	27.00 - 30.00	24.00 - 28.00

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Abgerechnete Präsenztage	110'716	95'000 - 100'000	90'000 - 94'000
Bez. Andelfingen: Beiträge an die Verwaltung Asylkoordination (CHF. 1.- pro Präsenztage) in CHF	53'649	52'000 - 53'000	45'000 - 47'000

IAFP Asylwesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	12'681	12'056	9'440	9'441	9'441	9'441
Erlös	12'340	11'510	9'304	9'305	9'305	9'305
Nettokosten/Globalkredit	341	546	136	136	136	136
Kostendeckungsgrad in %	97	95	99	99	99	99

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons in %	97	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
2 Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.) in %	106	85	100	100	100	100
3 Tagesstruktur / Rückkehrfähigkeit Asyl Suchende nehmen an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen teil. <i>Messung / Bewertung</i> Anzahl Teilnehmende im Verhältnis zu allen Asyl Suchenden in %	5.1	5.0	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
4 Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen in % Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur in % Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten in %.	100 123.1 A 100, W 100	100 100.0 A 100 / W 100	100 100.0 A 100 / W 100	100 100 A 100 / W 100	100 100 A 100 / W 100	100 100 A 100 / W 100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Keine geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Veränderungen, welche sich aufgrund des neuen Ausländer- und Asylgesetzes ergeben, werden kontinuierlich umgesetzt. In wie weit dies die Aufgabe der Gemeinden (Städte) und Kostenentwicklung betrifft, ist noch nicht abzuschätzen.

Prävention und Suchthilfe

Auftrag

- Gewährleistung der fachgerechten Beratung, Unterstützung, Behandlung und Therapie suchtgefährdeter und suchtkranker Personen.
- Sicherstellen einer suchtbewussten Prävention
- Zur Verfügungstellen von niederschweligen und teilweise begleiteten Angeboten in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Tagesstruktur

Produkte

1 Prävention

Suchtthemenbezogene Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Projektarbeit, d.h. entwickeln, planen und umsetzen von primär- und sekundärpräventiven, zielgruppenspezifischen Dienstleistungsangeboten und Projekten auf personenorientierter und struktureller Handlungsebene.

2 Betreuung und Wohnen

Leitung und Koordination der niederschweligen Angebote Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen in der Stadt Winterthur. Die Angebote sind in den Bereichen Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen. Die Koordinationsaufgaben bestehen in der Mitarbeit und Vernetzung bei den städtischen Angeboten und den privaten Anbietern (Projekt Taglohn, Subita Strassensozialarbeit, Caritas Hot Pot und Wohnheime Heilsarmee). Ziele sind Verhinderung einer offenen Drogenszene und Obdachlosigkeit, ferner die Gewährleistung der Angebote Infektionsprophylaxe, Beschäftigung und Aufenthaltsorte.

3 Therapie und Behandlung

Substitution, Therapie und Behandlung von suchtgefährdeten und suchtkranken jungen und erwachsenen Personen aus der Stadt, dem Bezirk und der Psychiatrieregion Winterthur auf der Basis (sozial)-psychiatrischer und psychotherapeutischer Verfahren (Leistungen Krankenkassenberechtigt).

4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Beiträge an Institutionen, die im Bereiche Prävention und/oder niederschwelliger Suchthilfe tätig sind.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kant. Sozialhilfegesetz, Kant. Gesundheitsgesetz
- Kant. Psychiatriekonzept
- Kant. Suchtpräventionskonzept
- Krankenhausverordnung
- Krankenversicherungsgesetz
- Tarmed
- Versorgungsmodell ipw
- RRB 6199 vom 11.11.1971 (BSD)
- Betäubungsmittelgesetz/Verordnung 812.121.6 über die ärztliche Verschreibung von Heroin (Ikarus)
- dringlicher Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin vom 13.6. 1999 (Ikarus)
- Institutionsbewilligung des Bundesamtes für Gesundheit BAG (Ikarus)
- Arztbewilligung des BAG (Ikarus)
- Bewilligung für Betäubungsmittel, Krankenanstalt der Gesundheitsdirektion des Kanton Zürichs (BSD und Ikarus)
- Vertrag zwischen Santésuisse Zürich-Schaffhausen und dem Departement Soziales der Stadt Winterthur (Ikarus)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- GGR vom 20.3.1991 (Drogenanlaufstelle)
- Volksabstimmung vom 17.5.1992 zum Drogenkonzept und GGR Nr. 92/082 Sicherung von Arbeitsplätzen (Projekt Taglohn)
- GGR Entscheid Nr. 2001/078 (Subita Strassensozialarbeit)
- Volksabstimmung Drogenkonzept vom 17.5.1992 (Begleitetes Wohnen)
- SRB vom 7.2.1990 (Notwohnungen)
- städtische Abstimmung zur Teilnahme am Versuch zur heroingestützten Behandlung 25.6.1995 (Ikarus)
- Dringlicher Bundesbeschluss vom 13.6.1999 über die ärztliche Verschreibung von Heroin bis im Jahre 2009 (Ikarus)
- SRB Nr. 95/01 vom 1.3.1995 (WFA)
- GGR-Beschluss Nr. 95/01 vom 4.1.1995 (WFA)
- SRB 1366 vom 12.11.1970 (Drogenberatungsstelle)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- GGR-Beschluss vom 22.9.2003 (jump und jumpina)

Stufe Verwaltungseinheit

- Verträge mit ipw
- Verträge mit 19 Bezirksgemeinden betreffend der Beratung , Unterstützung, Therapie und Behandlung von alkoholgefährdeten und alkoholkranken Personen durch die Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme WFA ab 1.10.2003

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Kostendeckungsgrad der Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) in % des Zentrums für heroïn- und methadongestützte Behandlung Ikarus in % der Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA) in %	97.60 82.10 65.20	90 - 95 85 - 90 63 - 65	90 - 95 85 - 90 63 - 65
2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen in CHF	1'213	1'150	1'340
3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina	30	30	36
4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	93		90
5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den Suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	41	41	41

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	3'637'761	3'962'036	3'903'454

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Gegenüber 2007 resultiert ein um rund 60'000 Franken tieferer Globalkredit. Dies, obwohl beim Produkt 4 "Beiträge und Leistungen an Institutionen" der Beitrag für den Verein Läbesruum aufgrund des vom Stimmvolk bewilligten Kreditbeschlusses um 134'000 Franken erhöht wurde und im Rahmen der Debatte des Voranschlages im Parlament der Globalkredit um 80'000 Franken erhöht wurde, um die Plätze der Programme "Jump" und "Jumpina" von 30 auf 36 zu erhöhen. Damit wurde auch einer Erhöhung des Stellenplanes um 0.3 Stellen zugestimmt.

Die Leitung der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe wurde 2007 neu besetzt. Bisher waren beide Leitungspersonen durch den Kanton (ipw) angestellt. Neu ist nur noch die ärztliche Leitung durch den Kanton angestellt und die betrieblich/administrative Leitung durch die Stadt. Aus diesem Grund erhöht sich der Stellenplan um 0.8 Stelleneinheiten. Auf die Kosten hat dies jedoch keinen Einfluss, da die entsprechende Verrechnung mit dem Kanton entfällt.

Produkt 1 "Prävention":

Im Rahmen der Debatte des Voranschlages im Parlament wurde Zielvorgabe von 30 auf 36 Plätze erhöht, was Mehrkosten von 80'000 Franken ergibt.

Produkt 2 "Betreuung und Wohnen":

Aufgrund der Erfahrungswerte von 2006 wurde der Ertrag optimistischer budgetiert als im Vorjahr.

Produkt 3 "Therapie und Behandlung":

Mehrerträge aufgrund höherer verrechenbarer Taxen (Krankenkassenleistungen) führen zu einer Resultatsverbesserung.

Produkt 4 "Beiträge und Leistungen an Institutionen":

Der Beitrag an den Verein Läbesruum erhöht sich aufgrund der Erweiterung des Angebotes, welche durch die Kreditbewilligung (Volksabstimmung) möglich geworden ist.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Keine Veränderung beim Kostendeckungsgrad, Präventionsangebot und der Zugänglichkeit.
- Die Kosten für den Personalaufwand pro Notwohnung steigen aufgrund der Lohnmassnahmen und der Annahme, dass die Anzahl Notwohnungen leicht reduziert werden kann.
- Aufgrund Beschluss des GGR wurde die Zielgrösse von 30 auf 36 Plätze erhöht.
- Bei der Kundenorientierung liegen dank der Umfrage von 2006 erstmals Resultate vor. Ein Satz von 90 % von zufriedenen und sehr zufriedenen Kundinnen und Kunden ist realistisch.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Unter Berücksichtigung der höheren Leistung für den Vereins Läbesruum (Fr. 134'000) entspricht der Globalkredit 2008 demjenigen vom Ist 2006.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	4'106'295	4'161'700	4'464'875
Sachkosten	4'292'976	4'159'500	4'232'560
Beiträge an Dritte	508'400	521'000	655'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	310'837	304'200	303'800
Übrige interne Kosten	812'949	779'545	815'911
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'031'457</i>	<i>9'925'945</i>	<i>10'472'146</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	10'031'457	9'925'945	10'472'146
Externe Erlöse	5'230'964	4'927'600	5'566'600
Interne Erlöse	17'284	409	15'092
Beiträge von Dritten	1'145'447	1'035'900	987'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'393'696</i>	<i>5'963'909</i>	<i>6'568'692</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'393'696	5'963'909	6'568'692
Total Nettokosten/Globalkredit	3'637'761	3'962'036	3'903'454
Interne Kosten	1'123'786	1'083'745	1'119'711
Interne Erlöse	17'284	409	15'092
Total primäre Nettokosten*	2'531'259	2'878'700	2'798'835
Kostendeckungsgrad in % **	64	60	63

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt. ** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	2'827'458	2'715'200	433'400
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	32.5	32.3	33.4
▪ Lehrverhältnisse	3.5	6.1	4.9
▪ Bestand (davon Teilzeit)	65 / 58	59 (52)	55 (49)

Mit den Gebäudekosten werden ab Voranschlag 2008 nur die Mietkosten für Räume, welche der Verwaltung dienen, ausgewiesen. Bis anhin wurden auch die Mietkosten der Notwohnungen und der Wohnungen des Begleiteten Wohnens dazugerechnet. Diese Kosten werden aber von den Bewohnern zurückerstattet.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Abschluss der laufenden Reorganisation der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe.
- Kontinuierliche Umsetzung der Massnahmen, welche durch die "Suchtpolitik 2007 - 2011" vorgegeben worden sind.
- Ausbau der Programme "jump" und "jumpina" gemäss Vorgabe des GGR.

Produkt 1 Prävention

Leistungen

Suchtprävention

- Die Suchtpräventionsstelle Winterthur ist Anlauf-, Informations- und Impulsstelle für präventive Anliegen in Stadt und Bezirk Winterthur und arbeitet koordiniert mit den kantonalen Fachstellen. Sie ist zur Hauptsache in den Bereichen Information, Bildung, Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und strebt auf mehreren Einflussebenen sowohl im individuellen als auch strukturellen Bereich präventive Wirkung an. Die Suchtprävention ist ein Teilbereich der Gesundheitsförderung.

Programme JUMP und Jumpina

- Die Programme Jumpina bzw. Jump sprechen potentiell suchtgefährdete weibliche (bzw. männliche) Jugendliche an der Schnittstelle Oberstufe – Ausbildung – Eintritt ins Erwerbsleben an. Die Programme sollen dazu führen, dass diesen eine bessere berufliche und soziale Integration ermöglicht wird und sie trotz ihrer high risk Lebens- und Persönlichkeitsmerkmale nicht drogen- oder alkoholabhängig werden.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'179'148	1'196'682	1'311'732
Erlös	344'245	285'542	319'609
Nettokosten	834'903	911'140	992'122
Kostendeckungsgrad in %	29.0	24.0	24.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Tagesvollkosten in den Projekten Jump / Jumpina in CHF	1216 / 1109	1298 / 1184	1301 / 1204
Wartefrist für Aufnahme in Projekt (in Tage)	32	30-35 Tage	28 - 33 Tage

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl laufende Projekte in der Suchtprävention	35	28 - 32	28 - 32
Anzahl initialisierte Projekte in der Suchtprävention	15	23 - 27	20 - 24
Anzahl Veranstaltungen in der Suchtprävention	61	65 - 75	60 - 70
Anzahl Teilnehmende Jump / Jumpina	48 / 39	40 / 34	48 / 39
Anzahl Anschlusslösungen Jump / Jumpina	21 / 18	18 / 19	27 / 20

Produkt 2 Betreuung und Wohnen

Leistungen

Drogenanlaufstelle

- Treff für suchtmittelabhängige und ausgegrenzte Menschen, Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe, Information und Triage, Tagesstruktur, Verhindern einer offenen Szene und aufsuchende Sozialarbeit am Musikpavillon.

Begleitetes Wohnen

- Das Begleitete Wohnen stellt Wohnraum für suchtmittelabhängige und verhaltensauffällige Menschen zur Verfügung und begleitet die Bewohner/innen in ihrem Lebensalltag. Die Angebote sind in der Stadt dezentral verteilt. Es werden Zimmer in Wohngruppen und Einzimmer-Wohnungen in Untermiete zur Verfügung gestellt. Ziel ist die Erhaltung oder Verbesserung von Wohn- und Sozialkompetenzen und Verhindern des Aufenthalts in stationären Einrichtungen.

Notwohnungen

- Es wird Wohnraum zur Verfügung gestellt für kinderreiche Familien mit beschränkten Mitteln, sozial auffällige Menschen, Ausländer/innen aus fremden Kulturkreisen, generell Personen mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen und bei Ausweisungen. Ziel ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	4'777'876	4'660'777	4'886'502
Erlös	3'264'957	2'944'640	3'222'531
Nettokosten	1'512'919	1'716'136	1'663'971
Kostendeckungsgrad in %	68.0	63.0	66.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Nutzende pro Jahr / Stellenprozent der Drogenanlaufstelle	2'428	3'000	2'960
Anzahl begleiteter Personen / Stellenprozent des Begleiteten Wohnen	25.0	25 - 29	25 - 30
Mietaufwand im Verhältnis zum Mietertrag bei den Notwohnungen in %	101	100 - 105	100 - 105

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Drogenanlaufstelle:			
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher pro Jahr (Frequenz)	8'985	12'000	11'000
▪ Abgegebene Spritzen pro Jahr	82'400	90'000	80'000
Begleitetes Wohnen:			
▪ Anzahl begleitete Personen	80	80 - 85	80 - 85
▪ Anzahl Mietobjekte	80	80 - 85	80 - 85
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	52 / 22 / 11	60 / 25 / 15	70 / 30 / 15
Notwohnungen:			
▪ Anzahl Wohnungen / Einfamilienhäuser / Zimmer	141 / 1 / 18	180 / 1 / 20	145 / 0 / 25
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Erwachsene / Kinder	230 / 237	230 / 220	220 / 240
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Familien / Alleinerziehende / Einzelpersonen / Paare	60 / 38 / 49 / 8	60 / 40 / 65 / 10	60 / 20 / 60 / 25
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	370 / 48 / 28	380 / 60 / 45	370 / 55 / 45

Produkt 3 Therapie und Behandlung

Leistungen

Beratungsstelle für Drogenprobleme

- Die Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) ist Teil des 4 Säulenmodells. (Prävention, Therapie, Risikoverminderung und Repression), das auf eidgenössischer, kantonaler und städtischer Ebene abgesichert ist. Die BSD gibt Methadon ab. Die BSD ist in der kantonalen Spitalliste als poliklinisches ambulantes (sozial-)psychiatrisches Spital und als ambulante Fachklinik aufgeführt. Die erbrachten Leistungen werden den Krankenkassen in Rechnung gestellt.

Ikarus

- Im Zentrum zur heroingestützten Behandlung Ikarus werden
 - Bei Menschen mit langjährigen chronifizierten Suchtentwicklung und bei denen andere Behandlungen versagten, heroingestützte Behandlungen durchgeführt.
 - Methadonbehandlung in einem niedrig strukturierten Setting durchgeführt sowie übergetretene Klientinnen und Klienten vom Heroinprogramm weiter behandelt.
 Die HeGeBe-Zentren (Heroin gestützte Behandlung) stehen gesamtschweizerisch unter der Kontrolle des BAG (Bundesamt für Gesundheit).

Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme

- Die Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme ist eine ambulante psychiatrische/psychologische Behandlungseinrichtung für erwachsene Personen aus der Stadt Winterthur mit einer Suchterkrankung (Alkohol-, Medikamenten- und Spielsucht). Sie bietet ambulante psychiatrische Behandlungen, Psycho- und Sozialtherapien an, sowohl Einzeltherapie als auch Paar- und Gruppentherapie, führt strafrechtliche Massnahmen durch, berät und begleitet Angehörige von suchtkranken Menschen. Das Behandlungsmodell der WFA basiert auf zeitgemässen, professionellen und interdisziplinären Behandlungskonzepten und richtet sich nach den individuellen Bedürfnissen, Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Patientinnen und Patienten.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'494'202	3'528'487	3'599'912
Erlös	2'784'494	2'733'727	3'026'551
Nettokosten	709'708	794'760	573'361
Kostendeckungsgrad in %	80.0	77.0	84.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben (Kostendeckungsgrad) abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Beratungsstelle für Drogenprobleme			
▪ behandelte Fälle	407	460 - 480	460 - 480
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse	12'154	10000 - 12000	10000 - 12000
▪ Konsultationen (Gesprächstermine)	4'279	3900 - 4100	3900 - 4100
▪ Patienten im Methadonprogramm	229	160 - 180	160 - 180
Ikarus			
▪ Anzahl Plätze im Heroinprogramm	55	55	55
▪ Anzahl Patienten per 31.12. im Heroinprogramm	55	50 - 55	50 - 55
▪ Anzahl Ein- / Austritte im Heroinprogramm	10 / 9	8 / 8	8 / 8
▪ Anzahl Patienten per 31.12. im Methadonprogramm	20	15	15
▪ Anzahl Ein- / Austritte im Methadonprogramm	7 / 5	2 / 2	2 / 2
Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme			
▪ behandelte Fälle	362	310 - 330	330 - 350
▪ Konsultationen	3'269	2900 - 3100	3600 - 3800

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

Projekt Taglohn

- Beschäftigung von Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen, Süchtigen, Randständigen. Arbeit im Taglohn-System und mit festen Arbeitszuteilungen. Schaffung einer Tagesstruktur durch Arbeit. Autonomierückgewinnung durch eigenen Erwerb.

Wohnheim der Heilsarmee

- Angebot und Führung eines Wohnheimes für Männer und Frauen mit insgesamt 30 Betten und Verpflegung. Verhinderung von Obdachlosigkeit. Das Haus gehört der Stadt und wird für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Aids-Infostelle

- Das Angebot der AIDS-Infostelle Winterthur richtet sich im Bereich Prävention und Beratung an die Einwohner der Stadt Winterthur und seiner Umgebung.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	504'019	540'000	674'000
Erlös	0	0	0
Nettokosten	504'019	540'000	674'000
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Verein "Läbesruum" -Projekt Taglohn- (Beitrag in CHF)*	440'900	461'000	595'000
Wohnheim der Heilsarmee (Beitrag in CHF)	3'119	4'000	19'000
Verein Aids-Infostelle (Beitrag in CHF)	60'000	60'000	60'000

*Beitrag an Verein "Läbesruum" gemäss Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 maximal Fr. 770'000.-- pro Jahr.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Projekten wird durch Subventionsverträge und Leistungsvereinbarungen geregelt.			

IAFP Prävention und Suchthilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	10'031	9'925	10'472	10'547	10'547	10'547
Erlös	6'393	5'963	6'568	6'569	6'569	6'569
Nettokosten/Globalkredit	3'637	3'962	3'903	3'978	3'978	3'978
Kostendeckungsgrad in %	64	60	63	62	62	62

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	820	0	0	320	600	0	0	-100
Bewilligt	2'895	1'532	350	80	0	0	0	933
Gesamt	3'715	1'532	350	400	600	0	0	833

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Kostendeckungsgrad der Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) in %	97.6	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95
des Zentrums für heroïn- und methadongestützte Behandlung Ikarus in %	82.1	85 - 90	85 - 90	85 - 90	85 - 90	85 - 90
der Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA) in %	65.2	63 - 65	63 - 65	63 - 65	63 - 65	63 - 65
2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen	1'213.0	1'150.0	1'340.0	1'400	1'400	1'400
3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina	30.0	30.0	36.0	36	36	36
4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	93.0	0.0	90.0	90	90	90
5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	41.0	41.0	41.0	41	41	41

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Umsetzung der "Suchtpolitik 2007 - 2011" des Stadtrates im Rahmen des bisherigen Globalkredites.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine.

Alterszentren

Auftrag

Die Alters- und Pflegeheime des Bereichs Alter und Pflege bieten in Alters- und / oder Tageszentren ein Zuhause mit nach Bedarf abgestuften Dienstleistungen in Betreuung, Begleitung und Pflege für Erwachsene, in der Regel betagte Menschen. Daneben werden diverse Dienstleistungen aus Hotellerie und / oder ärztlich / therapeutischen Bereichen für Dritte erbracht.

Produkte

1 Langzeitbetreuung und -pflege

Wohngruppen für Menschen mit Demenz

Betreutes Wohnen

Alterswohnungen

2 Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Ferienabteilungen

Temporäre Betreuung und Pflege (länger als 24 Stunden)

Tagespflege

3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Hotellerie

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering

- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen

- Liegenschaften insbesondere Raumvermietung

Ärztliche Dienstleistungen mit separater Verrechnung

Therapeutische Dienstleistungen insbesondere Physiotherapie an Externe

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmung

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Altersplanung Stand 2005 - Schlussbericht der Projektgruppe
- Ausführungsplan "Altersplanung Stand 2005"

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Der Betrieb der stationären Organisationen des Bereichs Alter und Pflege ist kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Produktegruppe 'Alterszentren' in % Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	 95 98.5	 92 93.2	 90 96.1
2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen mit gut bis sehr gut bewerten in %.			
3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitpflege - in der Langzeitbetreuung und -pflege - im Langzeitwohnen - in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz - in den temporären Angeboten Wartezeit in Monaten bei der zentralen Wohnberatung - Pflegewohnen - Alterswohnen	 377 337 56 3 Mt. 9 Mt.	 377 337 55 1 Mt. 12 Mt.	 667 49 55 1 Mt. 12 Mt.
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hoch stehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	 77 318 652 2.5	 80 752 1'728 2,5	 81 780 936 2.5

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	3'702'614	5'049'830	7'508'754

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass 2008 in der Produktgruppe Alterszentren neue Kostenstellenstrukturen eingeführt werden. Dies führt zu einer verbesserten Kostentransparenz und bewirkt, dass weniger indirekte, dafür höhere direkte Kosten ausgewiesen werden. Ein Teil der höheren Personalkosten ist dadurch begründet, ebenso die gestiegenen Sachkosten, wohingegen die übrigen internen Kosten entsprechend sinken.

Steigerung der Personalkosten – wichtigste Ursachen:

1. Produkte Langzeitpflege und -wohnen:

1.1 Der Stellenplan muss aus verschiedenen Gründen insbesondere in der Abteilung "Pflege und Betreuung" erhöht werden um in Zukunft die Leistungen weiterhin auf einem gleichen Qualitätsstandard erbringen zu können. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt insbesondere in den Heimen mit einem hohen Anteil am Produkt "Alterswohnen" einen kontinuierlichen Anstieg der Pflegebedürftigkeit, der sich durch gestiegene BESA-Stufen zeigt, so z. B. im Altersheim Brühlgut von durchschnittlich 141 BESA-Punkten pro Bewohner im Januar 2006 auf durchschnittlich 236 BESA-Punkte im April 2007. Die Strategie des Bereiches Alter und Pflege wird, wie im Massnahmenplan zur städtischen Altersplanung des Stadtrates vorgesehen, dahingehend geändert, dass Bewohnende, die in einem Altersheimzimmer leben, auch bei Pflegebedürftigkeit dort wohnen bleiben können, ohne in eine Pflegeabteilung umziehen zu müssen.

1.2 Weiterhin müssen wir der Nachfrage nach Pflegeplätzen im stationären Bereich gerecht werden, die ebenfalls steigend ist. Dieser Punkt zeigt sich insbesondere in der Entwicklung der parlamentarischen Zielvorgabe "Wartezeit", die auch in diesem Jahr wieder überschritten wird. Daneben sieht man bei der Zahl der Auswärtsplatzierungen, dass diese von 2003 (15 Auswärtsplatzierungen) bis 2006 auf 68 Auswärtsplatzierungen pro Jahr gestiegen ist und keinen Schwankungen mehr unterliegt, sondern auf dem hohen Niveau bleibt. Die Öffnung der bisherigen Altersheime auch für die Aufnahme von pflegebedürftigen Betagten ermöglicht es die dringende Nachfrage besser decken zu können und mit der Zeit die parlamentarischen Zielvorgaben zu erfüllen.

Eine daraus folgende Massnahme ist die Erhöhung der Kapazität an Pflegeplätzen in den Alterszentren. Zudem ist vorgesehen, dass Neueintritte in allen Heimen in immer höheren BESA-Stufen erfolgen, d.h. pflegebedürftige alte Menschen aufgenommen werden, egal in welchem Heim. Die übrigen, noch nicht pflegebedürftigen können mit Unterstützung der Spitex so lange wie möglich zu Hause bleiben, bevor sie in ein Heim eintreten müssen. Die Betreuung von pflegebedürftigen Bewohnenden ist aber mit höherem personellem Aufwand verbunden. Insbesondere die bisherigen Altersheime sind in der "Pflege und Betreuung" nicht ausreichend darauf vorbereitet und müssen deshalb durch zusätzliches Personal verstärkt werden. Die dafür vorgesehenen 12.3 Stellen, vor allem im Zentrum Brühlgut/Oberi/Rosental, führen dazu, dass ca. 26 Bewohnende mehr mit höherer Pflegebedürftigkeit betreut werden können, und damit Auswärtsplatzierungen reduziert werden und die Wartezeit sich verringert. Der Personalaufbau ist weitgehend finanziell neutral, weil die höheren BESA-Stufen auch höhere Taxerlöse nach sich ziehen und Mitarbeitende nur im Ausmass dieser Mehreinnahmen eingestellt werden.

1.3 Weitere personelle Auswirkungen haben die Veränderungen der letzten Jahre in der Berufsbildung im Gesundheits- und Pflegebereich.

Bis 2006 wurden in der städtischen Schule für Pflegeberufe jährlich 56 DN1-Lernende ausgebildet. Während der obligatorischen Praktika arbeitete eine grosse Zahl dieser Lernenden, aber auch DN2 Lernende aus anderen Schulen (im Schnitt über das Jahr verteilt und nach Anwesenheitszeit bewertet etwa 32 Lernende) auf den Pflegeabteilungen im Adlergarten und Oberi mit. Sie konnten ausserhalb des Stellenplans wie vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt werden, weil sie lange Praktikumsseinsätze hatten und meistens bereits über Erfahrung im Pflegebereich verfügt haben. Diese Lernenden wurden in die Schichtplanung der Wohngruppen integriert und vollumfänglich eingesetzt. Die Ausbildung zur DN1 existiert nun seit letztem Jahr nicht mehr und auch die Ausbildung zur DN2 ist 2008 im Auslaufen begriffen. Damit entfallen auch die Leistungen, die im Rahmen der Praktika erbracht wurden. Die neuen Ausbildungsberufe wie FAGE, FABE oder Pflegefachfrau/-mann HF sind durch geänderte Zugangsvoraussetzungen, andere Lerninhalte und kürzere Praktikumszeiten nicht in der Lage den Ausfall abzudecken, obwohl wir weiterhin in grosser Zahl ausbilden.

Die Auswirkungen der "fehlenden Hände" auf den Pflegewohngruppen sind bereits in diesem Jahr spürbar und führen insbesondere in Oberi, wo überproportional viele Auszubildende eingesetzt wurden, immer wieder zu Qualitätsdiskussionen, auch in der Öffentlichkeit. Um den Ausgleich zu erreichen, müssen insgesamt 14.1 Stellen verschiedener Funktionen in der Pflege im Stellenplan neu geschaffen werden. Dies entspricht, wie aufgezeigt, nicht einem 1:1 Ersatz, sondern wurde durch die Pflegedienstleitungen seriös berechnet.

Wie festgestellt und in den parlamentarischen Zielsetzungen gewünscht engagiert sich der Bereich Alter und Pflege sehr in der Berufsbildung der Gesundheits- und Sozialberufe zur Sicherstellung des Bedarfs an Personalnachwuchs in der Zukunft. Die neuen Ausbildungsvorschriften bringen einen erhöhten Aufwand an Betreuung während der praktischen Einsätze in den Betrieben mit sich. Um die Ausbildung auch in den Heimen Rosental und Brühlgut adäquat sicherstellen zu können, muss zum Ausgleich des vermehrten Einsatzes der Berufsbilderinnen 1 Stelle in der "Betreuung und Pflege" neu geschaffen werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Die vorgesehenen Änderungen werden im Rahmen des vom GGR genehmigten Voranschlag und dem vom SR verabschiedeten Stellenplan realisiert.

2. Produkt Temporäre Angebote:

Das Konzept "Ambulant vor Stationär" zur langfristigen Vermeidung von zusätzlichen Kapazitäten im stationären Bereich führt auch zu einem Ausbau des Angebots der Tagesklinik. Es soll dabei bedarfsgerecht eine zusätzliche Gruppe zur Halbtagsbetreuung von alten Menschen eingerichtet werden. Um dies umsetzen zu können muss die Tagesklinik personell verstärkt werden. Dazu werden zusätzliche 1.05 Stellen eingeplant. Auf der anderen Seite wird aber mit einem Zusatzertrag in Höhe von 220'000 Franken gerechnet. Die Umsetzung dieser Massnahme erfolgt erst ab 01.07.08.

Eine weitere Stellenerhöhung im gleichen Zusammenhang ergibt sich in der Wohngruppe "Überbrückungspflege". Hier hat sich die Nachfrage innerhalb eines Jahres massiv erhöht. Bei gleichzeitigem Rückgang der Verweildauer hat die Zahl der Eintritte von insgesamt 156 im Jahr 2006 auf 224 in den ersten Monaten 2007 zugenommen, was zu erheblichen Mehrbelastungen des Personals führt und mit 0.3 Stellen in der Pflege und dem Kundendienst auszugleichen ist.

3. Im Produkt weitere Dienstleistungen an Dritte ergibt sich eine Stellenerhöhung um 0.2 Stellen im ärztlichen Dienst. Hier ist geplant die "Heimärzte" in den 3 bisherigen Altersheimen abzulösen und die Funktion durch einen Arzt des Medizinischen-Therapeutischen Dienst und Tagesklinik (MTT) zu übernehmen. Dies führt im Gegenzug zu einer Reduktion der Kosten bei den externen Verrechnungen durch eine einvernehmliche Auflösung der bisherigen Heimarztverträge.

Sachkosten / Übrige interne Kosten:

Die Sachkosten 2008 bleiben gegenüber Budget 2007 praktisch unverändert, durch die neue Kostenstellenstruktur ergibt sich lediglich eine Verschiebung zwischen den Positionen Sachkosten und übrige interne Kosten.

. Zudem sind verschiedene durch den Bereich nicht beeinflussbare Kosten wie das Programm zur betrieblichen Energieoptimierung 2007 – 2011 und die teureren Leistungen der IDW enthalten.

Erlöse:

Die externen Erlöse können gegenüber dem Budget 2007 um rund 1.9 Mio. Franken gesteigert werden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die oben aufgeführte Verschiebung zu Bewohnenden mit höheren BESA-Stufen stattfindet und die Senkung der Pflorgetaxen in den BESA-Stufen 1 und 2, welche aufgrund eines BR-Entscheides vorübergehend gesenkt werden mussten, per 1.1.2008 durch Abschluss eines Vertrages mit den Krankenversicherern auf kantonaler Ebene rückgängig gemacht werden kann. Weiterhin wurden die Erlöse der Restaurants und Verkäufe an Dritte nach oben angepasst.

Die meisten internen Erlöse entstehen durch die Verrechnung interner Leistungen innerhalb der Produktgruppe bzw. des Bereichs Alter und Pflege. Durch die Abnahme der internen Verrechnungen sinken auch die entsprechenden Erlöse. An internen Erlösen mit anderen Bereichen innerhalb des Departements bzw. mit anderen Departementen können genannt werden: Mahlzeitenlieferungen an die Feuerwehr und die Polizei oder Energielieferungen an die Schule.

Kostendeckungsgrad:

Der Kostendeckungsgrad nimmt von 93% auf 90% ab. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass wie oben beschrieben die Personalkosten stärker steigen als die Erlöse.

Der Kostendeckungsgrad im Produkt 1 "Langzeitbetreuung und -pflege" sinkt auf 90 %, da hier die Personalkosten überproportional steigen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Das Jahr 2006 war ein untypisches Jahr, da der Bereich Alter und Pflege noch voll in der Reorganisation steckte und viele geplante Projekte in Anbetracht der grossen zeitlichen Belastung der Mitarbeitenden nicht umgesetzt werden konnten, bzw. die notwendigen Massnahmen erst in Diskussion waren.

Personalkosten:

Die Zunahme der Personalkosten wurde ausführlich oben (Abweichung Voranschlag 2008 zu 2007) dargelegt. Ein Teil des Personalkostenanstiegs ist auf die vom Stadtrat beschlossenen Personalmassnahmen (Stufenanstiege, Teuerung) zurückzuführen und kann nicht beeinflusst werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Sachkosten / Übrige interne Kosten:

Im Bereich der Sachkosten konnten im Jahr 2006 verschiedene Projekte nicht realisiert werden (z. B. im Unterhalt der Infrastruktur oder Ersatzbeschaffungen von veraltetem und defektem Pflegematerial), da die dazu notwendige Personalkapazität durch die Reorganisationsarbeiten absorbiert war. Der Ausfall einer Leitung Hotellerie erschwerte die Situation zusätzlich, da viele Projekte vor allem im Bereich der Hotellerie geplant waren. Diese Projekte konnten im Jahr 2007 und vor allem im Jahr 2008 an die Hand genommen werden und führen deshalb zu höheren Kosten.

Erlöse:

Da die Erlöse nur durch Taxerhöhungen nachhaltig gesteigert werden können sinkt der Kostendeckungsgrad von 95% auf 90%. Die Auslastung der Heime liegt schon jetzt bei 98%, was kaum mehr erhöht werden kann.

Die in der Rechnung 2006 ausgewiesenen externen Erlöse enthalten die Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 1.15 Mio. Franken. Dies war ein einmaliger Effekt und muss zur vorliegenden Abweichung hinzugezählt werden, deshalb resultiert eine Steigerung der Erlöse um rund 2 Mio. Franken. Diese setzt sich, wie aufgezeigt, vor allem aus den Einnahmen von vermehrt höheren BESA-Stufen und der per 1. Januar 2008 zu vollziehenden Anhebung der Taxen in den BESA-Stufen 1 und 2.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	49'591'310	48'894'040	59'700'557
Sachkosten	9'377'264	9'782'700	10'250'449
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	805'590	858'600	844'700
Übrige interne Kosten	10'082'225	10'694'594	3'503'579
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>69'856'389</i>	<i>70'229'934</i>	<i>74'299'286</i>
Verrechnungen innerhalb PG	811'137	1'137'400	523'700
Total effektive Kosten	69'045'251	69'092'534	73'775'586
Externe Erlöse	62'807'993	61'824'400	63'774'250
Interne Erlöse	1'090'675	1'389'004	752'782
Beiträge von Dritten	2'255'107	1'966'700	2'263'500
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>66'153'775</i>	<i>65'180'104</i>	<i>66'790'532</i>
Verrechnungen innerhalb PG	811'137	1'137'400	523'700
Total effektive Erlöse	65'342'638	64'042'704	66'266'832
Total Nettokosten/Globalkredit	3'702'614	5'049'830	7'508'754
Interne Kosten	10'076'678	10'415'794	3'824'579
Interne Erlöse	279'538	251'604	229'082
Total primäre Nettokosten*	-6'094'526	-5'114'360	3'913'256
Kostendeckungsgrad in % **	95	93	90

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	1'682'000	1'682'000	1'628'800
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	537.2	523.3	555.3
▪ Lehrverhältnisse	77.0	80.0	81.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	775 (618)		802 (547)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Wesentliche Projekte sind die Einführung einer besseren Bewohnerdokumentation, sowie der Abschluss und die Umsetzung verschiedener Projekte in der Hotellerie (Wäscherei, Küchen, Hausdienst, Restaurant) und Betreuung und Pflege (z. B. Definition einheitlicher Standards), aber auch im Personalwesen oder im strategischen Einkauf.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Verschiedene kleinere Projekte, z. B. im Bereich der Beschaffung von Hilfsmitteln (Rollstühle etc.) und Umbauten sind für 2008 geplant. Diese Projekte konnten aus Zeitmangel bisher nicht realisiert werden.

Im administrativen Bereich kann per 2008 die neue vereinfachte Kostenrechnung in Betrieb genommen werden. Zudem sind Verbesserungen im Bereich des internen Controllings und Reportings geplant.

Zukunftsweisend wird auch das oben genannte Projekt über die Definition der Leistungen in der direkten Pflege und Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner.

Neue Kennzahlen:

Für das Budget 2008 wurden die Produkte "Langzeitpflege" und "Langzeitwohnen" zusammengelegt und verschiedene neue Kennzahlen im WoV-Reporting eingeführt. Dies wurde durch den Stadtrat am 13.6.2007 genehmigt. Aus technischen Gründen war das Finanzamt nicht in der Lage diese Änderungen im gelben Buch vorzunehmen, dies wurde aber im Novemberbrief nachgeholt.

Produkt 1 Langzeitbetreuung- und pflege

Leistungen

- Alterszentren:
Den individuellen Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes professionelles Angebot an Betreuung, Pflege und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Je nach Angebot inklusive medizinischer und therapeutischer Versorgung vom Eintritt bis zum Austritt/Tod. Besonderer Wert wird auf ein möglichst autonomes und eigenverantwortliches Leben gelegt. Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Bewohnenden, z.B. durch ein Bezugspersonensystem und flexible Tagesstrukturen.
- Angebot von Aktivitäten aller Art in den Tagesstrukturen, Einbezug von Freiwilligendiensten.
- Beratung und Information von Angehörigen in allen Fragen vor und während des Aufenthaltes sowie Einbezug in den Alltag, soweit sinnvoll und gewünscht.
- Spezielle Angebote für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenzerkrankung im Sinne von entsprechender pflegerischer und ärztlicher Betreuung sowie therapeutischer und hauswirtschaftlicher Dienstleistungen.
- Betreutes Wohnen / Alterswohnungen:
Wohnformen, in denen die Bewohner / Mieter – je nach ihren individuellen Möglichkeiten – möglichst selbständig leben können. Den Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes Angebot an Betreuung und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Die Mieter können verschiedene weitere Dienstleistungen beziehen und an allen Anlässen der Institution teilnehmen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	59'867'028	60'638'782	64'791'611
Erlös	57'523'445	57'272'029	58'144'588
Nettokosten	2'343'583	3'366'753	6'647'023
Kostendeckungsgrad in %	96.0	94.0	90.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Auslastung der Betten in % (Bettenbelegung)	98.0	98.0	98.0
- Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	9.0	13.0	26.0
- Qualitätskennziffern			
▪ Anzahl Stürze	1'172	337	2'200
▪ Dekubiti	139	22	220
▪ Menge der Anwendung freiheitsbeschränkender Massnahmen	---	---	500
- Durchschnittliche Anzahl Stellen der Abteilung Betreuung und Pflege im Verhältnis zur durchschnittlichen BESA-Punktzahl pro Jahr	---	---	60.0
- Prozentualer Anteil des Personals der Abteilung Betreuung und Pflege am Stichtag 31.12. nach Fachbereichen			
▪ Fachmitarbeiterinnen in %	---	---	65.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Mitarbeiterinnen in % - Assistentinnen in %	---	---	20.0 15

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Bewohnertage	257'055	254'900	256'500
Durchschnittliche Anzahl Bewohnende je BESA (Stufe 0-4) im Jahr			
- Stufe 0 - Stufe 1 - Stufe 2 - Stufe 3 - Stufe 4	---	---	130 100 115 135 220
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen pro Bewohner	---	---	1'200

Produkt 2 Temporäre Angebote

Leistungen

- Zeitlich begrenzter Aufenthalt in Pflege-, Alters- und/oder Tageszentren für Ferien, Entlastung der Helfenden, Erholung von einer Krankheit oder Operation, Abklärung der weiteren Wohnform.
- Je nach Angebot differenzierte Betreuung, Begleitung und Pflege für betagte Temporäraufenthalter.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	4'352'628	4'371'495	4'108'969
Erlös	3'231'422	3'014'725	3'528'524
Nettokosten	1'121'206	1'356'770	580'445
Kostendeckungsgrad in %	74.0	69.0	86.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Auslastung der Betten Plätze in %	78	82	81
Kostendeckungsgrad Produkt Temporäre Angebote in %	74.2	69.0	86.0
Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	76	82	38
Anteil der Übertritte aus temporären in Langzeitangebote in %	7.4	15.0	12.0

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Bewohnertage	14'697	16'460	15'140
Durchschnittliche Anzahl KlientInnen in der Tagesklinik pro Tag	---	---	14
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Überbrückungspflege pro Jahr	---	---	24

Produkt 3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Leistungen

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering: Die Restaurants und die damit ermöglichten weiteren Nutzungen wie Sitzungen, Schulungen, Seminare haben den Auftrag, die Institution Heim für die Bewohnenden und die Bevölkerung transparenter und durchlässiger zu machen. Das Angebot von Speisen und Getränken für Interne, Besucher und Externe wie z.B. Kursteilnehmer ist gästeorientiert, schmackhaft, abwechslungsreich und zeitgemäss (z.B. vegetarisch). Die Mitarbeitenden der Restauration bieten einen individuellen Service an. Die Durchführung von Sonderanlässen aller Art wird gewinnbringend geleistet.
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen: Verkauf von Artikeln verschiedenster Art an Bewohner und Besucher.
- Liegenschaften: Vermietung von Räumen, Wohnungen, Garagen- und Parkplätzen.
- Diverse Dienstleistungen aus den Bereichen Therapie, insbesondere Physiotherapie und ärztlichem Dienst an Dritte.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	5'235'569	5'219'658	5'398'706
Erlös	5'284'137	4'893'351	5'117'420
Nettokosten	-48'568	326'307	281'286
Kostendeckungsgrad in %	101.0	94.0	95.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kostendeckungsgrad Produkt 'Weitere Dienstleistungen' in %	100.9	94.0	95.0
Aufwandüberschuss pro Bohnertag in CHF	0	1	1

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Bruttoumsatz Restaurant in CHF	2'347'442	2'348'500	2'480'000
Bruttoumsatz Verkäufe / Dienstleistungen / Vermietungen	1'753'501	1'694'700	1'505'850
Anzahl Raumvermietungstage	130	290	130
Therapieleistungen für Dritte in Taxipunkten	109'600	125'000	120'000
Arztbehandlungen für Dritte / Patienten			
Bruttoumsatz Therapie- und Arztleistungen in CHF	307'923	257'500	289'300

IAFP Alterszentren

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	69'045	69'092	73'775	76'276	77'476	78'676
Erlös	65'342	64'042	66'266	67'267	68'267	69'267
Nettokosten/Globalkredit	3'702	5'049	7'508	9'009	9'209	9'409
Kostendeckungsgrad in %	95	93	90	88	88	88

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	25'843	0	1'930	4'023	1'707	9'000	7'600	1'583
Bewilligt	3'705	638	690	670	-193	0	0	1'900
Gesamt	29'548	638	2'620	4'693	1'707	9'000	7'600	3'290

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in %	95	92	90	88	88	88
Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	98.5	93.2	96.1	96.0	96.0	96.0
2 Kundenorientierung						
Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen mit gut bis sehr gut bewerten in %.	0	0	0	80	--	80
3 Kapazität						
Verfügbare Plätze						
- in der Langzeitbetreuung und -pflege	0	0	667	667	667	667
- in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz	0	0	49	49	49	49
- in den temporären Angeboten	56	55	55	55	55	55
Wartezeit in Monaten bei der zentralen Wohnberatung						
- Pflegewohnen	3 Mt.	1 Mt.	1 Mt.	1.5 Mt.	1.5 Mt.	1.5 Mt.
- Alterswohnen	9 Mt.	12 Mt.	12 Mt.	12 Mt.	12 Mt.	12 Mt.
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten						
Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i>						
- Vollausbildungsplätze	77	80	81	80	80	80
- Ausbildungswochen Pflegefachpersonen	318	752	780	780	780	780
- Praktikumswochen	652	1'728	936	936	936	936
- bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	2.5	2,5	2.5	2.5	2.5	2.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Weitere Umsetzung der Sanierung des Alterszentrums Adlergarten insbesondere die Vorbereitungen der Auslagerung des Betriebs während der Sanierungsphase.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Kapazität der verfügbaren Langzeitpflegeplätze muss in den kommenden Jahren erweitert werden, um die Wartezeit auf einen Pflegeplatz auf dem Standard der parlamentarischen Zielvorgabe zu halten. Entsprechend der zu erwartenden demographischen Entwicklung ist ein weiterer Ausbau zu mehr Pflegeplätzen in den bestehenden Altersheimen zulasten der Plätze im Langzeitwohnen nötig. Daraus resultiert eine Steigerung der Kosten durch höheren Pflege- und Betreuungspersonaleinsatz. Mit einer Zunahme der externen Erlöse (Erträge Heimkosten) im selben Mass kann nicht gerechnet werden. Die in der Altersplanung der Stadt Winterthur prognostizierte demografische Entwicklung zeigt eine Steigerung der über 80jährigen Bevölkerung in Winterthur von ca. 100 Personen jährlich bis 2010 auf. Geht man davon aus, dass der Pflegequotient stabil bei 18% bleibt, so ist mit einem zusätzlichen Bedarf an Pflegeplätzen von jährlich mehr als den kalkulierten 20 Betten zu rechnen. Nachdem wir mit einer kalkulierten "Unterdeckung" der Gesamtbettenzahl fahren, ist diese Zahl nur haltbar, wenn konsequent das Konzept "ambulant vor stationär" weiter verfolgt wird.

Spitex

Auftrag

Die Spitexdienste gewährleisten die Pflege, Betreuung und Unterstützung zu Hause für kranke, verunfallte oder sonst in ihrer Gesundheit eingeschränkte Einwohner von Winterthur.

Produkte

1 Pflege

- Abklärung des Pflegebedarfs und Planung der notwendigen Massnahmen
- Beratung der Klienten sowie deren Angehörigen
- Massnahmen der Untersuchung und der Behandlung (Messung der Vitalzeichen, Wundversorgung, Verabreichung von Medikamenten, etc.)
- Massnahmen der Grundpflege (Körperpflege, Mobilisierung und psychiatrische und psychogeriatrische Grundpflege)

2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

- Hilfe und Unterstützung bei der Hausarbeit
- Zubereiten von Mahlzeiten (inkl. Schon- und Heilkost)
- Betreuung und Aktivierung von kranken, betagten und behinderten Menschen
- Vermietung von Hilfsmitteln zur Bewältigung von täglichen Aktivitäten (Rollator, Gehstöcke, etc.)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
 Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
 Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
 Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962
 Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über die spitalexterne Pflege vom 24. November 1986 (mit Änderung vom 14.9.1992 und VI Nachträgen)

Stufe Verwaltungseinheit

Alterskonzept der Stadt Winterthur
 Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
 Spitex-Leitbild der Stadt Winterthur
 Spitex-Konzept 1991

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	55	62	64
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.			
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	644 144	1'350 120	1'050 120
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	58	67	70
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	8 136 0 7.4	10 112 216 2.1	9 650 0 2.1

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	4'132'956	5'043'243	5'423'111

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Die demografische Entwicklung, wie sie auch in der Altersplanung ausgewiesen wird, zeigt auf, dass die Anzahl der über 80-jährigen in Winterthur in den nächsten Jahren jährlich stark zunehmen wird. Das dort formulierte Ziel für die städtische Alterspolitik ist "ambulant vor stationär", d.h. alte Menschen sollen so lange wie möglich zu Hause wohnen können und dort durch die Spitex betreut werden um zusätzliche Heimplätze zu vermeiden. Deshalb wird die Anzahl der Spitex Einsätze zukünftig noch weiter zunehmen. Schon im Jahr 2006 mussten 144 Anfragen an die anderen, insbesondere die konfessionellen Spitex-Organisationen weitergeleitet werden. Da auch diese anderen Spitex-Organisationen kapazitätsmässig stark ausgelastet sind und kaum mehr zusätzlichen Anfragen von der Spitex der Stadt Winterthur übernehmen können, ist es nicht möglich, zusätzliche Einsätze ohne eine weitere personelle Verstärkung leisten zu können.

Personalkosten, insbesondere im Produkt Pflege:

Um die Zahl der weitergeleiteten Einsätze im Rahmen der parlamentarischen Zielvorgaben halten zu können und dem Ausbau der Spitex durch die zu erwartende weitere demografische Entwicklung Rechnung zu tragen wird beantragt, bei der Spitex zusätzliche 4.5 Stellen in der Pflege und 0.2 Stellen zur Abdeckung des steigenden administrativen Aufwandes zu schaffen. Ein Teil des Personalkostenanstiegs ist auf die vom Stadtrat beschlossenen Personalmassnahmen (Stufenanstiege, Teuerung), aber auch der Umsetzung von Berewi zurückzuführen und kann nicht beeinflusst werden. Ein weiterer Teil entspricht der Anpassung der Stellen der Haushilfe auf den nach der Budgetierung genehmigten Soll-Stellenplan.

Sachkosten:

Die Sachkosten gehen gegenüber dem Budget 2007 leicht zurück.

Erlöse:

Durch Einführung einer neuen Leistungserfassung wurde es möglich, die geleisteten und verrechneten Zeiten besser zu erfassen. Dies führt zu einer erhöhten Effizienz und damit einer Steigerung der externen Erlöse.

Der Staatsbeitrag wird sich im Jahr 2008 durch die Umsetzung des Neuen Finanz Ausgleich (NFA) voraussichtlich um Fr. 800'000 erhöhen.

Kostendeckungsgrad:

Durch die Erhöhung der externen Erlöse und des Staatsbeitrages kann trotz gestiegener Kosten der Kostendeckungsgrad von 55 auf 64% gesteigert werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Da ab 01.01.2007 die Haushilfe von der Pro Senectute als neue Leistung hinzugekommen ist, können Rechnung 2006 und das Budget 2008 nicht miteinander verglichen werden. Neben den höheren Personal- und Sachkosten, sind auch die Erträge entsprechend gestiegen, insbesondere auch durch den Anstieg des Staatsbeitrages in Höhe von insgesamt etwa Fr. 900'000. Die stark gestiegenen Verrechnungen hängen vor allem mit Umlagen zwischen den beiden Produkten zusammen.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	7'667'140	11'675'406	13'138'808
Sachkosten	656'957	848'100	829'590
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	135'040	129'600	129'000
Übrige interne Kosten	771'313	1'572'433	1'962'558
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'230'449</i>	<i>14'225'539</i>	<i>16'059'956</i>
Verrechnungen innerhalb PG	107'678	908'000	975'000
Total effektive Kosten	9'122'771	13'317'539	15'084'956
Externe Erlöse	3'953'404	6'277'000	6'836'300
Interne Erlöse	26'015	915'296	988'046
Beiträge von Dritten	1'118'073	1'990'000	2'812'500
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'097'493</i>	<i>9'182'296</i>	<i>10'636'846</i>
Verrechnungen innerhalb PG	107'678	908'000	975'000
Total effektive Erlöse	4'989'815	8'274'296	9'661'846
Total Nettokosten/Globalkredit	4'132'956	5'043'243	5'423'111
Interne Kosten	798'675	794'033	1'116'558
Interne Erlöse	-81'663	7'296	13'046
Total primäre Nettokosten*	3'252'619	4'256'506	4'319'598
Kostendeckungsgrad in % **	55	62	64

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	314'400	314'400	326'600
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	75.4	126.7	129.0
▪ Lehrverhältnisse	8.0	10.0	9.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	143 (140)		256 (235)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Es sind keine nennenswerten Massnahmen und Projekte geplant.

Produkt 1 Pflege

Leistungen

- Abklärung und Beratung
- Behandlungspflege
- Grundpflege
- Beschaffung und Verkauf von Pflegematerial und Medikamenten

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	8'144'162	8'968'536	10'292'918
Erlös	4'725'086	5'342'194	6'968'113
Nettokosten	3'419'076	3'626'342	3'324'805
Kostendeckungsgrad in %	58.0	60.0	68.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	56	56	62
Kostendeckungsgrad Produkt Pflege in %	58.0	60.0	68.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	136	135	145

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl betreute Personen	1'178	1'150	1'300
Anzahl Einsatzstunden	59'932	66'000	71'000

Produkt 2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

Leistungen

- Unterstützung bei der Haushaltsführung
- Vermietung von Hilfsmitteln
- Beschaffung und Verkauf von Material

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'016'720	5'257'003	5'767'038
Erlös	372'404	3'840'102	3'668'732
Nettokosten	644'316	1'416'901	2'098'306
Kostendeckungsgrad in %	37.0	73.0	64.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	83.0	80.0	78.0
Kostendeckungsgrad Produkt Hilfe bei Alltagsbewältigung in %	36.6	73.0	64.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	163	69	71

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl betreute Personen	433	1'000	1'300
Anzahl Einsatzstunden	6'227	76'000	81'000

IAFP Spitex

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	9'122	13'317	15'084	15'285	15'485	15'685
Erlös	4'989	8'274	9'661	9'776	9'890	10'004
Nettokosten/Globalkredit	4'132	5'043	5'423	5'509	5'595	5'681
Kostendeckungsgrad in %	55	62	64	64	64	64

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	-20	0	0	0	0	0	0	-20
Bewilligt	260	167	0	0	0	0	0	93
Gesamt	240	167	0	0	0	0	0	73

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	55	62	64	64	64	64
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenzufriedenheit erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	0	0	0	80	--	80
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	644 144	1'350 120	1'050 120	1'080 120	1'110 120	1'140 120
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	58	67	70	70	70	70
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	8 136 0 7.4	10 112 216 2.1	9 650 0 2.1	9 650 0 2.1	9 650 0 2.1	9 650 0 2.1

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Da die Nachfrage nach Spitex-Leistungen in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen wird, wird auch die Kapazität ausgebaut werden müssen, um diese befriedigen zu können. Es wird mit jährlichen Zusatzkosten in Höhe von Fr. 200'000 und zusätzlichen Erträgen von Fr. 120'000 gerechnet.

Grössere Projekte sind bei der Spitex momentan nicht vorgesehen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich der Gesundheit bzw. des Alters gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Beiträge

Finanzielle Unterstützung von Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich. Die Beiträge erfolgen subsidiär.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kantonale Verordnung vom 26.02.1968 (Kantonsspital Winterthur)

Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich vom 04.11.1962 (Sockelbeiträge der Gemeinden)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 02.06.1991 (Pro Senectute)

Volksabstimmung vom 30.11.2003 (Verein Pflegewohngruppe)

GGR-Beschluss vom 21.06.2004 (Kinderspitex)

Stadtratsbeschluss vom 28.01.1971 (Gaiwo)

Stadtratsbeschluss vom 6.12.85 (Altersheim St. Urban)

Stadtratsbeschluss vom 28.06.2000 (Verein Freiwilligenagentur)

Stadtratsbeschluss vom 10.11.2004 (Taxreduktion Heimbewohner)

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner (96'144 Stand per 31.12.05) in CHF	189	172	168
2 Kundenorientierung Die Bevölkerung ist mit den unterstützten Institutionen zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Die Zufriedenheit wird im Rahmen einer gesamtstädtischen Umfrage erfasst. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Dienstleistungen der unterstützten Institutionen mit gut bis sehr gut bewerten in %.	---	---	---
3 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.	100	100	100

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	18'206'800	16'501'500	16'562'600

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Verglichen mit dem Voranschlag 2007 gibt es 2008 in dieser Produktgruppe kaum Abweichungen. Zwischen den einzelnen, an verschiedene Institutionen ausgerichteten Beiträgen gibt es lediglich Verschiebungen was deren Höhe anbelangt. Die meisten Beiträge sind mit rechtlichen Grundlagen oder Leistungsvereinbarungen geregelt und beinhalten einen jährlichen fixen Beitrag der Stadt Winterthur an die Organisationen. Insbesondere was die Sockelbeiträge und die Taxerduktionen an Heimbewohner anbelangt ist eine verlässliche Budgetierung praktisch unmöglich, da die Höhe der jährlichen Beiträge abhängig ist von der Anzahl Fälle die konkret auftreten.

Neu aufgeführt sind die geplanten Defizitbeiträge an verschiedene Spitexorganisationen insbesondere die kantonale Onko-Spitem und die konfessionellen Spitexorganisationen, die im nächsten Jahr durch die Veränderungen im Rahmen des NFA ihre Defizitgarantien in Anspruch nehmen müssen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Verglichen zur Rechnung 2006 sind die geplanten Kosten um rund 1.7 Mio. Franken tiefer. Dies resultiert vor allem aus den reduzierten Beiträgen die an das Kantonsspital Winterthur ausgerichtet werden. Dieser Kostenbeitrag kann nicht beeinflusst werden, sondern wird jeweils kantonal festgesetzt. Der Beitrag an den Verein Pflegewohngruppe nimmt 2008 um 410'000 Franken zu, was auch damit zusammenhängt, dass der Verein im Jahr 2007 2 neue Pflegewohnungen in Wülflingen in Betrieb nehmen wird. Der Beitrag an die Pro Senectute nimmt hingegen um 900'000 Franken ab, was mit der Übernahme der Haushilfe in die Spitex zusammenhängt.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	34'800	35'000	35'000
Beiträge an Dritte	18'172'000	16'466'500	16'500'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	0	0	27'600
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>18'206'800</i>	<i>16'501'500</i>	<i>16'562'600</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	18'206'800	16'501'500	16'562'600
Externe Erlöse	0	0	0
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	0	0	0
Total Nettokosten/Globalkredit	18'206'800	16'501'500	16'562'600
Interne Kosten	0	0	27'600
Interne Erlöse	0	0	0
Total primäre Nettokosten*	18'206'800	16'501'500	16'535'000
Kostendeckungsgrad in % **	0	0	0

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Keine wesentlichen Massnahmen und Projekte.

Produkt 1 Beiträge

Leistungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	18'206'800	16'501'500	16'562'600
Erlös	0	0	0
Nettokosten	18'206'800	16'501'500	16'562'600
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kantonsspital Winterthur	12'364'382	11'400'000	10'500'000
Pro Senectute	1'100'000	300'000	200'000
Pro Senectute-Sozialberatung		450'000	477'600
Verein Pflegewohngruppe	400'000	700'000	810'000
Kinderspitex	83'123	80'000	80'000
Gaiwo (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)	20'000	20'000	20'000
Altersheim St. Urban	34'800	35'000	35'000
Wohnheim für Menschen mit Demenz Sonnenberg		20'000	20'000
Verein Freiwilligenagentur	20'000	20'000	20'000
Sockelbeiträge der Gemeinden	2'916'772	2'400'000	2'900'000
Taxreduktion Heimbewohner	1'210'252	1'000'000	1'300'000
Institut für Gesundheitsökonomie	3'000	3'000	3'000
Auswärtigenzuschlag	16'971	24'000	50'000
Honorare Hebammen		25'000	25'000
ZALK ARGE Ligen und Heilstätten		24'500	25'000
GeWint (Gesundheitsregion WT)	37'500		
Stiftung Onko-Spitex			10'000
Verein Kath. Gemeindekrankenpflege Winterthur			50'000
Verein Kath. Schwestern-Krankenpflege Oberwinterthur			16'000
Evangelischer Krankenpflegeverein Winterthur			16'000

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den Institutionen wird durch Verträge geregelt.			

IAFP Beiträge

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	18'206	16'501	16'562	16'663	16'763	16'863
Erlös	0	0	0	0	0	0
Nettokosten/Globalkredit	18'206	16'501	16'562	16'663	16'763	16'863
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0	0	0	0

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	125	0	0	155	120	0	0	-150
Bewilligt	1'105	0	660	135	0	0	0	310
Gesamt	1'230	0	660	290	120	0	0	160

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner (95'482 Stand per 31.12.04) in CHF	189.0	172.0	168.0	170	170	170
2 Kundenorientierung Die Bevölkerung ist mit den unterstützten Institutionen zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Die Zufriedenheit wird im Rahmen einer gesamtsstädtischen Umfrage erfasst. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Dienstleistungen der unterstützten Institutionen mit gut bis sehr gut bewerten in %.	---	---	---	---	---	---
3 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.	100.0	100.0	100.0	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Keine wesentlichen Massnahmen und Projekte.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

Auftrag

Die KAP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte führt arbeitsmarktliche Massnahmen durch zur Förderung der Vermittelbarkeit sowie der beruflichen und sozialen Integration Stellen suchender Menschen.

Produkte

1 KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende

Förderung, Betreuung und Unterstützung arbeitsloser Stellen suchender Menschen, die Anspruch auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung (ALV) haben, gemäss Richtlinien des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) und der Verordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIV) durch Arbeit, Bildung und Beratung mit dem Ziel der beruflichen Qualifizierung und Förderung der Vermittelbarkeit. Unterstützung der zuweisenden Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) bei ihren Bemühungen der Integration Stellen Suchender in den Arbeitsmarkt.

Das Produkt 1 wird vom Bund (AVIG) und vom Kanton (EG AVIG) finanziert.

2 KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende

Förderung, Betreuung und Unterstützung arbeitsloser Sozialhilfe beziehender Menschen gemäss Richtlinien des kantonalen Einführungsgesetzes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG), der SKOS-Richtlinien sowie städtischen Vorgaben durch Arbeit, Bildung und Beratung mit dem Ziel der beruflichen Qualifizierung und Förderung der Vermittelbarkeit. Bereitstellung von Angeboten zur sozialen Integration von Sozialhilfe beziehenden Menschen wie Teillohnjobs und Arbeitsplätze in Firmen. Unterstützung der zuweisenden Sozialbehörden und Arbeitsvermittlungszentren (RAV) bei ihren Bemühungen der Integration Stellen Suchender in den Arbeitsmarkt.

Das Produkt 2 wird von den zuweisenden Sozialstellen und vom Kanton (EG AVIG) finanziert.

3 KAP-Jugendprojekte

Förderung, Betreuung und Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher gemäss eidgenössischen und kantonalen Richtlinien sowie städtischen Vorgaben mittels Brückenangeboten (Arbeit, Schulung und Beratung) zwischen obligatorischer Schulpflicht und weiterführenden beruflichen und schulischen Angeboten. Bereitstellung von niederschweligen Attestausbildungsplätzen. Projekte für Jugendlichen mit Mehrfachproblemen.

Das Produkt 3 (Motivationssemester) wird vom Bund (AVIG) finanziert. Das Projekt Trampolin von der Stadt und von der Hilfsgesellschaft Winterthur.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz (AVIG) und Verordnung (AVIV) über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung
Kreisschreiben des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) über die arbeitsmarktlichen Massnahmen

Richtlinien des Bundesamtes für Bildung und Technologie (BBT)

Kantonales Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG)

Vorgaben des kantonalen Mittelschul- und Berufsbildungsamtes

Rahmenverträge für Qualifizierungsangebote für Stellen Suchende mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

Zuspracheverfügungen der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich

Stufe Stadt (GGR / SR)

Auftrag der Stimmbürger/innen der Stadt Winterthur zur Durchführung arbeitsmarktlicher Massnahmen für Erwerbslose gemäss Volksabstimmung im Jahre 1989

Beschlüsse der stadträtlichen Kommission Arbeitsmarkt

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild DSO und Leitbild Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Verantwortliche Leitung

Christoph Pohl

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad - KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende in % - KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende in % - KAP-Jugendprojekte in % Durch die Eingliederung ALV-bezugsberechtigter und Sozialhilfe beziehender Menschen in den Arbeitsmarkt stehen dem Aufwand für die Bereitstellung von Arbeitsprojekten massive Minderausgaben der Sozialen Dienste gegenüber, da die Kosten für die Ausrichtung von Wirtschaftshilfe entsprechend niedriger ausfallen.	98 29 118	98 45 86	100 53 93
2 Zielgruppenorientierung Die KAP stellt im Auftrag der übergeordneten Behörden auf verschiedene Zielgruppen zugeschnittene Angebote in der erforderlichen Zahl bereit. KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende (Produkt 1) Anzahl und Art der voll subventionierten Angebote werden vom kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) festgelegt: - Plätze in Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung Erwerbsloser - Plätze im Rahmen von Praktika in der Wirtschaft KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende (Produkt 2) Anzahl und Art der Angebote werden in Absprache mit den Sozialen Diensten des Departements Soziales festgelegt: - Plätze in Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung Erwerbsloser - Präventive Plätze in Kurzeinsätzen für Zuweisungen der zentralen Anlaufstelle (ZAS) der Sozialbehörde KAP-Jugendprojekte (Produkt 3) Anzahl und Art der Angebote werden vom AWA festgelegt: - Plätze in Motivationssemestern für Schulabgänger/innen - Städtisches Jugendprojekt "Trampolin"	99 49 51 22 95 -	130 77 108 20 96 -	112 61 169 20 104 25
3 Auslastung Bei den bewilligten Subventionen handelt es sich um Kostendächer, das heisst es werden lediglich die effektiven Aufwendungen erstattet. Notwendige Auslastung zur Erreichung der angestrebten Wirtschaftlichkeit in %	-	95	

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	2'826'587	3'730'510	3'262'591

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Mit dem beantragten Globalkredit finanziert die KAP ausschliesslich Leistungen im Auftrag der Sozialen Dienste resp. des Departement Soziales der Stadt Winterthur. Leistungen im Auftrag des Kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit AWA (arbeitsmarktliche Massnahmen, Produkte 1 und 3) werden kostendeckend erbracht.
- 33% (1.952 Mio) der Kosten vom Produkt 2 betreffen Lohnkosten für Programmteilnehmende. Rund 40% dieser Lohnkosten (0.795 Mio) entstehen beim Projekt "Passage". Die ausbezahlten Löhne dienen der Existenzsicherung von arbeitsfähigen Personen während eines Monats, welche sich neu bei der zentralen Anlaufstelle (ZAS) der Sozialen Dienste zum Bezug von Sozialhilfeleistungen anmelden. Der Rest der Lohnkosten (1.162 Mio) wird für Teillohn-Einsätze in der Wirtschaft, in der Verwaltung und in KAP-Betrieben eingesetzt.
- Mit den bei der KAP budgetierten Lohnkosten für das Projekt "Passage" und das Teillohn-Projekt werden die Aufwendungen der Sozialhilfe um den gleichen Betrag entlastet.
- Die KAP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte beteiligt sich an den Submissionsverfahren des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit AWA für Erwachsenen- und Jugendprojekte. Die in den Produkten 1 und 3 vorgesehene Anzahl Programmplätze sind Annahmen aufgrund der eingereichten Offerten. Den genauen Umfang der zu erbringenden Leistungen (Platzzahlen) legt das AWA erst im Herbst (Programme für Erwachsene) respektive im Frühjahr 2008 (Programme für Jugendliche) fest.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Die Kosten im Produkt 2 sind im Voranschlag 2008 um 1.37 Mio höher als in der Rechnung 2006. 73% des höheren Aufwandes (1 Mio) resultieren aus der Integration des Unterhaltszentrums der Asylkoordination in die KAP per 1. Januar 2008, der Rest aus zusätzlichen Lohnkosten (Teillohn-Projekt)
- Die deutlich höhere Zahl an Programmplätzen im Produkt 2 (+ 116 Plätze) beinhaltet hauptsächlich die Programmplätze des Unterhaltszentrums (30 Plätze) und des Teillohn-Projektes (70 Plätze).
- Für das Jugendprojekt "transit Plus" (Basisjahr Attestausbildung Gastro) können ab Sommer 2008 voraussichtlich keine Bundesmittel mehr beansprucht werden. Gleichzeitig ist vorgesehen, ab Sommer 2008 die Zahl der Ausbildungsplätze zu verdoppeln. Dadurch erhöht sich der Globalkredit der KAP um rund 300'000 Franken, abgebildet im Aufwandüberschuss beim Produkt 3.
- Mit der Integration des Unterhaltszentrums in die KAP erhöht sich der Aufwandüberschuss im Produkt 2 einerseits um 160'000 Franken. Andererseits wurde die von der Finanzkontrolle im Revisionsbericht 2006 geforderte Auflösung einer Rückstellung von 225'000 Franken ebenfalls im Produkt 2 abgebildet. Diese im Januar 2006 gebildete Rückstellung wurde begründet mit "Projektrisiken der Koordinationsstelle".

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	9'038'653	10'927'700	11'005'147
Sachkosten	1'712'399	1'829'400	1'985'991
Beiträge an Dritte	20'000	20'000	20'000
Residualkosten	140'196	140'200	189'500
Kalkulatorische Kosten	550'254	492'300	504'600
Übrige interne Kosten	309'085	355'410	465'786
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'770'587</i>	<i>13'765'010</i>	<i>14'171'025</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	11'770'587	13'765'010	14'171'025
Externe Erlöse	1'528'387	2'369'900	3'249'600
Interne Erlöse	0	0	260'034
Beiträge von Dritten	7'415'614	7'664'600	7'398'800
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'944'001</i>	<i>10'034'500</i>	<i>10'908'434</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	8'944'001	10'034'500	10'908'434
Total Nettokosten/Globalkredit	2'826'587	3'730'510	3'262'591
Interne Kosten	999'535	987'910	1'159'886
Interne Erlöse	0	0	260'034
Total primäre Nettokosten*	1'827'052	2'742'600	2'362'738
Kostendeckungsgrad in % **	76	73	77

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt. ** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	867'259	920'800	1'083'700
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	55.0	66.2	72.2
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	63 (41)	71 (41)	81 (44)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Integration des Unterhaltszentrums der Asylkoordination in die Arbeitsgebiete und Strukturen der KAP.
- Erweiterung des Projektes "transit Plus" von 10 auf 20 Plätze (Attestausbildung im Gastrobereich, Basislehrjahr) ab Sommer 2008: Die gegenwärtige Infrastruktur des Projektes bietet zu wenig konkrete Ausbildungsmöglichkeiten. Geplant wird der Betrieb eines Ausbildungsrestaurants.
- Umsetzung der Vergabeentscheide des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bei den Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) für Erwachsene und bei den Motivationssemester (SEMO) für Jugendliche.

Produkt 1 KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende

Leistungen

- In selbst geführten Betrieben oder an externen Einsatzorten werden erwachsenen, Stellen suchenden Menschen Arbeitsplätze angeboten (Projekte Papiermanufaktur, Elektrorecycling, Velostation, Einzeleinsatzplätze und Praktika in Wirtschaft und Verwaltung).
- Die Teilnehmenden werden bei der Arbeit angeleitet und gefördert.
- Der Arbeitsteil wird mit Schulung im Bereich der Schlüsselqualifikationen sowie im fachlichen Bereich ergänzt. Wo nötig wird der Schulungsteil mit Deutschkursen ergänzt.
- Die Teilnehmenden werden während des Einsatzes betreut und beraten und bei der Stellensuche unterstützt.
- Es erfolgt eine Standortbestimmung, und die Bewerbungsunterlagen werden überarbeitet.
- Die zuweisenden RAV erhalten eine Rückmeldung über den Verlauf des Einsatzes mit einer Empfehlung für weitere Schritte.
- Die Abwicklung aller administrativen und arbeitsrechtlichen Belange ist gewährleistet.
- Das Produkt 1 wird vom Bund (AVIG) finanziert.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	4'402'302	4'866'932	3'972'546
Erlös	4'309'470	4'765'419	3'905'114
Nettokosten	92'832	101'513	67'433
Kostendeckungsgrad in %	98.0	98.0	98.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die zuweisenden RAV erhalten qualifizierte Rückmeldungen:			
▪ zu Beginn des Einsatzes (in %)	100	100	100
▪ nach der ersten Hälfte des Einsatzes (in %)	100	100	100
▪ am Ende des Einsatzes mit einer Empfehlung für das weitere Vorgehen (in %)	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) (Anzahl Plätze)			
▪ Papiermanufaktur und Vereins-Service	21	32	34
▪ Velostation	5	10	0
▪ Elektrorecycling	24	23	22
▪ Kompetenzzentrum Holz	3	5	14
▪ Kompetenzzentrum Metall	2	5	0
▪ Einzeleinsatzplätze in der Verwaltung und in Nonprofit-Organisationen	44	55	42
Praktika in der Wirtschaft (Anzahl Plätze)			
▪ Wirtschaftsförderungspraktikum Start Job	6	10	8
▪ Berufspraktikum learn + earn für Leiharbeiter/innen	36	45	45
▪ Ausbildungspraktikum A-Plus	7	22	8
Kursangebot (Anzahl Plätze)			
▪ Strategiekurs Kaleidoskop	0	0	0
Gesamtangebot der KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende (Anzahl Plätze)	148	207	173

Produkt 2 KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende

Leistungen

- In selbst geführten Betrieben oder an externen Einsatzorten werden erwachsenen, Stellen suchenden Menschen Arbeitsplätze angeboten (Projekte Papiermanufaktur, Elektrorecycling, Velostation, Kompass und Fabrikhalle Töss, Einzeleinsatzplätze in Wirtschaft und Verwaltung).
- Die Teilnehmenden werden bei der Arbeit angeleitet.
- Der Arbeitsteil wird mit Schulung im Bereich der Schlüsselqualifikationen sowie im fachlichen Bereich ergänzt. Wo nötig wird der Schulungsteil mit Deutschkursen ergänzt.
- Die Teilnehmenden werden während des Einsatzes betreut und beraten und bei der Stellensuche unterstützt.
- Es erfolgt eine Standortbestimmung, und die Bewerbungsunterlagen werden überarbeitet.
- Die zuweisende Sozialbehörde erhält eine Rückmeldung über den Verlauf des Einsatzes mit einer Empfehlung für weitere Schritte.
- Die KAP führt monatliche Abklärungskurse durch (Projekt Kompass).
- Für Menschen, welche sich neu bei der zentralen Anlaufstelle (ZAS) des Sozialamtes zum Bezug von Fürsorgegeldern anmelden, werden kurzfristige Arbeitsmöglichkeiten mit existenzsichernder Entlohnung angeboten (Projekt Passage).

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	4'490'105	5'790'447	5'920'397
Erlös	1'300'723	2'576'310	3'095'031
Nettokosten	3'189'382	3'214'138	2'825'366
Kostendeckungsgrad in %	29.0	44.0	52.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die zuweisende Fürsorgebehörde erhält qualifizierte Rückmeldungen:			
▪ zu Beginn des Einsatzes (in %)	100	100	100
▪ nach der ersten Hälfte des Einsatzes (in %)	100	100	100
▪ am Ende des Einsatzes mit einer Empfehlung für das weitere Vorgehen (in %)	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) (Anzahl Plätze)			
▪ Papiermanufaktur und Vereins-Service	8	8	0
▪ Velostation (Teillohn)	9	7	10
▪ Elektrorecycling (Teillohn)	5	13	20
▪ Fabrikhalle Töss und Kompass	14	40	23
▪ Kompetenzzentrum Holz	2	4	0
▪ Kompetenzzentrum Metall	0	1	12
▪ Einzeleinsatzplätze in der Verwaltung und in Nonprofit-Organisationen sowie Teillohn-Arbeitsplätze (Privatwirtschaft, Verwaltung, externe Sozialfirmen)		35	74
▪ Unterhaltszentrum	-	-	30
Präventive Plätze für Kurzeinsätze (Anzahl Plätze)			
▪ ZAS-KAP-Projekt "Passage"	22	20	20
Kursangebot (Anzahl Plätze)			
▪ Abklärungskurs Kaleidoskop	0	0	0
Gesamtangebot KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende (Anzahl Plätze)	73	128	189

Produkt 3 KAP-Jugendprojekte

Leistungen

- In selbst geführten Betrieben oder an externen Einsatzorten werden jungen Schulabgänger/innen ohne berufliche Perspektiven Arbeitsplätze angeboten (Projekt transit).
- Die Teilnehmenden werden bei der Arbeit angeleitet.
- Der Arbeitsteil wird mit Schulung im Bereich der Schlüsselqualifikationen sowie in den Fächern Deutsch und Mathematik ergänzt.
- Die Teilnehmenden werden während des Einsatzes betreut und beraten und bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz unterstützt.
- Es werden Schnupperlehren organisiert.
- Die zuweisenden RAV erhalten eine Rückmeldung über den Verlauf des Einsatzes mit einer Empfehlung für weitere Schritte.
- Die Abwicklung aller administrativen (z.B. arbeitsrechtlichen) Belange ist gewährleistet.
- Im Gastroprojekt transit Plus können die Jugendlichen ein erstes Anlehrjahr im KAP-eigenen Gastrobetrieb absolvieren. Für das zweite Lehrjahr wird ein Ausbildungsplatz in einem externen Gastrobetrieb gesucht.
- Es werden Arbeits- und Integrationsmassnahmen für Jugendliche mit Mehrfachproblematiken angeboten (Projekt Intermezzo).
- Das Produkt 3 wird mit einer Kostenbeteiligung der Stadt vom Bund finanziert.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'819'228	3'107'631	4'278'081
Erlös	3'328'980	2'692'771	3'908'289
Nettokosten	-509'751	414'860	369'792
Kostendeckungsgrad in %	118.0	87.0	91.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Die zuweisenden RAV erhalten qualifizierte Rückmeldungen:			
▪ zu Beginn des Einsatzes (in %)	100	100	100
▪ nach der ersten Hälfte des Einsatzes (in %)	100	100	100
▪ am Ende des Einsatzes mit einer Empfehlung für das weitere Vorgehen (in %)	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Motivationssemester transit (Anzahl Plätze)			
▪ Kompetenzzentrum Holz	20	20	20
▪ Kompetenzzentrum Metall	19	15	17
▪ Textilwerkstatt	9	9	10
▪ Integrationsprojekt	8	10	10
▪ Praktika in externen Betrieben	20	20	20
Anlehrprojekt (Anzahl Plätze)			
▪ Anlehre im Gastrobereich transit Plus	10	10	15
Niederschwelliges Motivationssemester (Anzahl Plätze)			
▪ Intermezzo	9	12	12
Städtisches Jugendprojekt			
▪ Trampolin	-	-	25
Gesamtangebot KAP-Jugendprojekte (Anzahl Plätze)	95	96	129

IAFP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	11'770	13'765	14'171	14'321	14'321	14'321
Erlös	8'944	10'034	10'908	10'908	10'908	10'908
Nettokosten/Globalkredit	2'826	3'730	3'262	3'413	3'413	3'413
Kostendeckungsgrad in %	76	73	77	76	76	76

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	300	0	300	300	0	0	0	-300
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad						
▪ KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende in %	98.0	98.0	100.0	100	100	100
▪ KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende in %	29.0	45.0	53.0	53	53	53
▪ KAP-Jugendprojekte in %	118.0	86.0	93.0	93	93	93
2 Zielgruppenorientierung						
Die KAP stellt im Auftrag der übergeordneten Behörden auf verschiedene Zielgruppen zugeschnittene Angebote in der erforderlichen Zahl bereit.						
KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende (Produkt 1)						
▪ Plätze in Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung Erwerbsloser	99	130	112	112	112	112
▪ Plätze im Rahmen von Praktika in der Wirtschaft	49	77	61	61	61	61
KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Beziehende (Produkt 2)						
▪ Plätze in Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung Erwerbsloser	51	108	169	169	169	169
▪ Präventive Plätze in Kurzeinsätzen für Zuweisungen der zentralen Anlaufstelle (ZAS) der Sozialbehörde	22	20	20	20	20	20
KAP-Jugendprojekte (Produkt 3)						
▪ Plätze in Motivationssemestern für Schulabgänger/innen	95	96	104	104	104	104
▪ Städtisches Jugendprojekt "Trampolin"			25	25	25	25
3 Auslastung Bei den bewilligten Subventionen handelt es sich um Kostendächer, das heisst es werden lediglich die effektiven Aufwendungen erstattet. Notwendige Auslastung zur Erreichung der angestrebten Wirtschaftlichkeit in %	-	95.0	0.0	-	-	-

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Für die Umsetzung des Vorhabens von hoher Bedeutung "Perspektiven für die Jugend" im Rahmen der Legislaturschwerpunkte 2006-2010 des Stadtrates sind ab 2009 jährlich 150'000 Franken eingestellt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die Angebote der KAP sind abhängig von den Bedürfnissen des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit und des Departements Soziales der Stadt Winterthur.

Stadtwerk Winterthur

Auftrag

Stadtwerk Winterthur

- versorgen Haushalte und Wirtschaft der Stadt Winterthur mit Wasser, Elektrizität, Erdgas und Fernwärme.
- reinigen das Abwasser der Stadt Winterthur und weiterer topografisch geeigneter Gemeinden.
- verwerten thermisch den Abfall der Stadt Winterthur und eines weiteren Einzugsgebietes an einem Standort, der die Nutzung der anfallenden Abwärme ermöglicht.
- betreiben weitere mit den vorstehenden Aufgaben zusammenhängende unterstützende Geschäfte wie Energie-Contracting, Telecom, Hausinstallationsgeschäft.
- bieten ihre Leistungen weiteren Gemeinden und Körperschaften an, zwecks Optimierung der Gesamtwirtschaftlichkeit, der Marktstellung oder zur langfristigen Zukunftssicherung.
- erbringen zugewiesene öffentliche Leistungen wie an die Konzession gebundene Lieferung von Zuschusswasser an Drittgemeinden, Klärschlammverbrennung für Dritte, Tankkontrolle oder Aufgaben der Gewässerschutzfachstelle, sofern die Leistung in einem engen Zusammenhang mit der Grundgeschäftstätigkeit steht.

Im Bereich der Wasser- und Stromversorgung sowie der Abwasserreinigung, der Schlammverbrennung und Kehrichtverbrennung kommt die Stadt Winterthur mit Stadtwerk Winterthur ihrem gesetzlichen Auftrag nach.

Produkte

1 Stromhandel

An- und Verkauf von Strom. Das Profit-Center „Verteilung Elektrizität“ verrechnet dem Stromhandel den Netzbenutzungspreis.

2 Gashandel

An- und Verkauf von Gas. Das Profit-Center „Verteilung Gas“ verrechnet dem Gashandel einen internen Netzbenutzungspreis.

3 Haustechnik

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich von Elektro- und Sanitärinstallationen.

4 Verteilung Elektrizität

Bereitstellung der Infrastruktur für eine sichere, zukunftsgerichtete und effiziente Versorgung der Stadt Winterthur mit Strom. Die Verrechnung der Netzbenutzung erfolgt entsprechend dem neuen Produkte- und Preissystem.

5 Telekom

Verkauf und Vermietung von Datentransportkapazitäten.

6 Öffentliche Beleuchtung

Bau, Unterhalt und Betrieb der Strassenbeleuchtung im Auftrag der Stadt.

7 Verteilung Gas

Bereitstellung der Infrastruktur für eine sichere, zukunftsgerichtete und effiziente Versorgung der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden mit Gas. Die Verrechnung erfolgt mittels eines internen Netzbenutzungspreises an das Profit-Center „Gashandel“.

8 Wasserversorgung

Versorgung der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden mit Wasser.

9 KVA

Thermische Verwertung von Abfällen aus dem Sammeldienst der Stadt Winterthur, von zugewiesenen Gemeinden und von Privaten. Stromverkauf an Profit-Center „Stromhandel“, Dampfverkauf an Profit-Center „Fernwärme“.

10 Kläranlage

Reinigung des Abwassers der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden. Verbrennung des eigenen Klärschlammes und Klärschlamm von zugewiesenen Fremdgemeinden.

11 Fernwärme

Versorgung von festgelegten Stadtteilen mit Fernwärme.

12 Energie-Contracting

Bau und Betrieb von Heiz- und Kälteanlagen sowie weiterer energietechnischer Anlagen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Gewässerschutzverordnung (GSchV)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG)
- Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (StoV)
- Bundesgesetz betreffend die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen (ELG)
- Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (RLG)
- Rohrleitungsverordnung (RLV)
- Verordnung über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen
- Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)
- Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)
- Energiegesetz (EnG)
- Stromverteilungsgesetz (Strom VG)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG)
- Lebensmittelverordnung (LMV)
- Energienutzungsbeschluss (ENB)
- Klärschlammverordnung
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Verordnung über Abwassereinleitungen
- Verordnung über den Verkehr von Sonderabfällen
- Verordnung über elektrische Schwachstromanlagen
- Verordnung über elektrische Starkstromanlagen
- Verordnung über elektrische Leitungen (LeV)
- Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV)
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserverordnung in Notlagen (VTN)
- Abfallgesetz Kanton Zürich
- Bewilligung zur Annahme von Sonderabfällen
- Betriebsbewilligungen KVA und SVA
- EKAS Richtlinien
- Finanzhaushaltsgesetz
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Submissionsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Reglement über die Abgabe elektrischer Energie inkl. Nachträge
- Regulativ über die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserversorgung
- Verordnung über die Abgabe von Gas
- Verordnung über die Fernwärmeversorgung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Verordnung über die Siedlungsentwässerung

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild und Strategie
- Zielvorgaben
- Kompetenzregelungen

Verantwortliche Leitung

Christian von Burg

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
1.1 Marktgerechte Versorgungspreise <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Strompreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städte	92	90	90
1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Kehrichtverbrennungspreise mit denjenigen anderer zürcherischer KVA <i>Messgrösse:</i> Verbrennungspreise Stadtwerk Winterthur in % des Durchschnitts der zürcherischen KVA's	77	85	85
1.3 Marktgerechte Versorgungspreise <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Gaspreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städte	98	100	100
1.4 Marktgerechte Versorgungspreise <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Wasserpreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts mit Wasserversorgungen grösser 50'000 Einwohner (gem. SVGW Klasse 1).	93	95	95
1.5 Betriebsreserve Stromhandel <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Stromhandel <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-234	2'300	944
1.6 Betriebsreserve Gashandel <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Gashandel <i>Messgrösse:</i> in TCHF	1'857	602	1'785
1.7 Betriebsreserve Haustechnik <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Haustechnik <i>Messgrösse:</i> in TCHF	30	10	6
1.8 Betriebsreserve Energie-Laden <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Laden <i>Messgrösse:</i> in TCHF	248	entfällt	entfällt
1.9 Betriebsreserve Verteilung Elektrizität <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Elektrizität <i>Messgrösse:</i> in TCHF	2'006	2'375	2'193
1.10 Betriebsreserve Telekom <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Telekom <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-634	56	-300

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1.11 Betriebsreserve Verteilung Gas <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Gas <i>Messgrösse:</i> in TCHF	956	608	1'786
1.12 Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messgrösse:</i> in TCHF	2'229	-109	2'570
1.13 Betriebsreserve KVA <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve KVA <i>Messgrösse:</i> in TCHF	11'309	4'870	13'823
1.14 Betriebsreserve Kläranlage <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Kläranlage <i>Messgrösse:</i> in TCHF	2'911	1'008	-498
1.15 Betriebsreserve Fernwärme <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Fernwärme <i>Messgrösse:</i> in TCHF	854	457	873
1.16 Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messgrösse:</i> in TCHF	252	-57	697
2 Versorgungssicherheit			
2.1 Qualität des Stromversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 50 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 2,0% <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	23 Jahre / 1,5%	23 Jahre / 1,5%	23 Jahre / 1,7%
2.2 Qualität des Wasserversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 60 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,7%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	31 Jahre / 1,7%	30 Jahre / 1,7%	30 Jahre / 1,7%
2.3 Qualität des Gasversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 60 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,7%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	26 Jahre / 0,7%	24 Jahre / 1,0%	27 Jahre / 1,0%
2.4 Qualität des Fernwärmeversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 33 Jahre, die langfristige			

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Erneuerungsrate somit 3,0%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge	18 Jahre / 4,5%	18 Jahre / 4,2%	19 Jahre / 1,2%
3 Qualität 3.1 Wasserqualität <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Einhaltung der massgeblichen Vorschriften, obwohl keine Wasseraufbereitung erfolgt. <i>Messung:</i> Anzahl gesetzekonforme Proben in %	100	100	100
3.2 Reinigungsleistung ARA <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Einhaltung der massgeblichen Vorschriften <i>Messung:</i> Die Quartalskontrollen des AWEL werden bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt
3.3 Gesicherte Geschäftsprozesse als Quelle der Qualität <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur laufen qualitätsgesichert ab <i>Messgrösse:</i> Die vorgeschriebenen ISO 9001-Audits (Qualitätsnorm) werden erfolgreich bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt
4 Aus- und Weiterbildung 4.1 Lehrlingsausbildung <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl Lehrlinge im Betrieb <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der beschäftigten Lehrlinge	10,5	10	13
5 Kundenorientierung 5.1 Reklamationen <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl der (berechtigten) Reklamationen <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Reklamationen.	52	65	60
5.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Medienkontakte und Medienberichte <i>Messgrösse:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Medienkontakte (K) und positive Medienberichte (B)	693 K / 307 B	300 K / 200 B	350 K / 250 B
6 Nachhaltigkeit 6.1 Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Im Berichtsjahr durchgeführte Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messung:</i> Jährliche Vorlage eines Nachhaltigkeitsberichts	erfüllt	erfüllt	erfüllt
6.2 Nachhaltige Geschäftsprozesse <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur tragen den Nachhaltigkeitsgesichtspunkten Rechnung <i>Messgrösse:</i> Die jährlichen ISO 14001-Audits (Umweltnorm) werden erfolgreich bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt
6.3 Ökostrom-Verkauf <i>Messung / Bewertung:</i> Ökostromverkauf pro Jahr in GWh <i>Messgrösse:</i> In GWh	2.28	2.70	3.00
6.4 Ökostrom-Anteil			

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
<i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich Anteil des verkauften Ökostroms zum Stromabsatz mit vergleichbaren Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Ökostromanteil in % des Durchschnitts des Ökostromanteils von anderen Schweizer Städten 6.5 Fernwärmeabsatz auf Stadtgebiet <i>Messung /Bewertung:</i> Steigerung des Fernwärmeabsatzes <i>Messgrösse:</i> Neu angeschlossene Leistung in kW/Jahr	1)	180	100
	988	2'500	3'000

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Allgemein:

Es werden nur wesentliche Abweichungen zu den Vorjahren begründet.

Die Einlagen/Entnahmen Betriebsreserven sind direkt abhängig vom Erfolg (Gewinn/Verlust) der einzelnen Profit-Center.

Dieser ist in den entsprechenden Erfolgsrechnungen ersichtlich und kommentiert.

2 Versorgungssicherheit

2.4 Qualität des Fernwärmeversorgungsnetzes:

Durch die Leitungsumverlegungen und die Neuversorgung im Sulzerareal Oberwinterthur wurden in den Vorjahren grössere Abschnitte erneuert.

4 Aus- und Weiterbildung

4.1 Lehrlingsausbildung:

Die durch die Schliessung des Ladengeschäftes weggefallenen 3 Verkäufer/innen-Stellen konnten durch zusätzlich geschaffene Lehrstellen (Sanitär, Netzelektriker und Logistiker) wieder auf 13 Lehrstellen erhöht werden.

5 Kundenorientierung

5.1 Reklamationen:

Zunahme, da Stadtwerk Winterthur nicht mehr über ein Kundenzentrum verfügt, das allfälligen Reklamationen noch vor dem eigentlichen Entstehen hätte entgegenwirken könne.

5.2 Öffentlichkeitsarbeit:

2006 ausserordentlich hohe Medienberichterstattung wegen KVA-Standortabgabe, Ervel 1 und ausserordentlich viele Medienkontakte, da mehr Medienkonferenzen stattgefunden haben, als ursprünglich geplant

6 Nachhaltigkeit

6.3 Ökostrom-Verkauf

Mehrmengen infolge neuem Produktsystem

6.4 Ökostrom-Anteil

Bei der Kleinwasserkraft, die 90% des Ökostroms ausmacht, war Winterthur ein Vorreiter. Bereits 2002 liess Stadtwerk Winterthur das Kleinwasserkraftwerk Hard zertifizieren und konnten in der Folge grosse Mengen an Ökostrom verkaufen. Dies brachte Stadtwerk gegenüber anderen Werken in eine sehr gute Position.

Mittlerweile haben Zürich, Bern, Thun und Biel bestehende Gross- und Kleinwasserkraftwerke nach naturemade Star zertifizieren lassen. Da diese grossen Mengen aus nicht neu gebauten, sondern bereits bestehenden Kraftwerken günstig angeboten werden können, konnten die entsprechenden Werke im Verkauf dieses Stroms stark zulegen. Da der Strom naturemade Star zertifiziert ist, gilt er neu als Ökostrom.

Dadurch hat Stadtwerk seinen Vorsprung eingebüsst und liegt neu im Durchschnitt der anderen Werke.

6.5 Fernwärmeabsatz auf Stadtgebiet:

Neuerschliessung im Mattenbachquartier, verbesserte Akquisition und Verkauf

Stadtbus Winterthur

Auftrag

Stadtbus erbringt die vom ZVV bestellten Angebots- und Marktleistungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Marktgebiet Winterthur.

Produkte

1. Betrieb Stadtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Linien 1 – 14 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

2. Betrieb Regional- und Nachtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Regionallinien 610, 611, 658, 660, 662, 665, 670, 680, 681, 765 sowie der Nachtlinien N61, N65, N66, N67 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

3. Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Produktemarketing für das gesamte Marktgebiet Winterthur: Einführung und Vermarktung der ZVV-Leistungen, Angebotsplanung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

4. Nebenleistungen

Vermietungen von Gebäuden und Parkplätzen, Werbung für Dritte, Extrafahrten

5. Unterhalt Infrastruktur

Betrieb und Unterhalt von Fahrleitungen und Haltestelleninfrastruktur (ZVV-Standard)

6. ZVV-Aufgaben

Im Auftrag des ZVV zu erbringende verbundweite Aufgaben: Verkauf von Fahrscheinen an Verkaufspunkten (Verkaufsstelle HB, Kioske, Fahrzeuge, Billettautomaten) und Leadhouse-Aufgaben

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesamt für Verkehr (BAV)

- Diverse Konzessionen für regelmässige gewerbsmässige Personenbeförderung
- Eisenbahngesetz vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Personenbeförderung und die Zulassung als Strassentransportunternehmen vom 18.6.1993
- Bundesgesetz über die Trolleybusunternehmen vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Arbeit in Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (Arbeitszeitgesetz) vom 19.3.1993
- Verordnung über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen vom 15.3.1999

Kanton / Zürcher Verkehrsverbund

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Zusammenarbeitsvertrag mit ZVV vom 3.10.89 und 24.3.99
- Transportvertrag 2005/06 vom 28.02.2005
- Zielvereinbarung 2012 (SRB-Nr. 2005-1235)
- Finanzierung gemäss § 25 PVG (SRB-Nr. 2005-2693)
- Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr vom 14.12.1988
- Verordnung über das Fahrplanverfahren im Verkehrsverbund vom 15.10.1997
- ZVV-Strategie 2009 - 2012
- Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild
- Strategie
- Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung Fahrleistungserbringung in % <i>Messgrösse:</i> - CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Produktivität Fahrdienst <i>Messgrösse:</i> - Krankheitsstunden pro MA - Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region <i>Messgrösse:</i> - Linienerefolgsrechnung ZVV / KDG in %	erfüllt	4.1	3.9
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste <i>Messgrösse:</i> - Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer - Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Fahrplanpünktlichkeit <i>Messgrösse:</i> - Verspätung von höchstens 3 Minuten in %	56'100'000 23'020'000 keine Messung	52'300'000 21'500'000 98	60'600'000 23'200'000 --
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Reklamationen <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Reklamationen Stadtbus und Contact-Center ZVV - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	75 75 472	76 77 420	76 77 -- 50
4 Öffentlichkeitsarbeit Kommunikation <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Medienmitteilungen - Anzahl Medienanlässe Image <i>Messgrösse:</i> - Anzahl positive / negative Medienberichte	11 1 3 : 1	25 3 5 : 1	12 2 5 : 1
5 Mitarbeitende Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte - Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung und Rechnungsergebnis / Betrag pro Mitarbeitenden - Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums Interne Kommunikation <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung Lehrlingsausbildung <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	79 fehlt 470 nicht freiwillig 1.50	80 700 135 2.00	78 70 -- 50.00 135 3.00

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

- Keine Abweichung zum Voranschlag 2007

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Keine Abweichung zu Rechnung 2006

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	25'369'891	25'916'709	26'237'474
Sachkosten	12'038'192	11'749'895	12'501'660
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	250'000	250'000	250'000
Kalkulatorische Kosten	1'238'253	1'251'700	1'214'100
Übrige interne Kosten	594'885	152'000	1'539'960
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>39'491'220</i>	<i>39'320'304</i>	<i>41'743'194</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	39'491'220	39'320'304	41'743'194
Externe Erlöse	39'112'838	38'947'004	40'929'394
Interne Erlöse	378'382	373'300	813'800
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>39'491'220</i>	<i>39'320'304</i>	<i>41'743'194</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	39'491'220	39'320'304	41'743'194
Total Nettokosten/Globalkredit	0	0	0
Interne Kosten	2'083'137	1'653'700	3'004'060
Interne Erlöse	378'382	373'300	813'800
Total primäre Nettokosten*	-1'704'756	-1'280'400	-2'190'260
Kostendeckungsgrad in % **	100	100	100

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	1'319'000	1'218'000	1'208'000
Personal:			
▪ Stelleneinheiten (Anzahl Pensen)	231.78	232.40	234.93
▪ Lehrverhältnisse und Praktikanten	1.5	1.0	3.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	246 (32)	244 (21)	252 (19)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Teilumsetzung S-POS
- Ausschreibung und Vergabe Ersatzbeschaffung Trolleybusse
- Wichtigste Massnahmen im Projekt "Busbeschleunigung" sind bekannt
- Projektierung "Depot Neubau" abgeschlossen
- Fahrplanwechsel Dezember 2008 erfolgreich umgesetzt

Produkt 1 Betrieb Stadtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Stadtgebiet gemäss Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2005/2006)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	28'066'410	27'944'940	30'055'100
Erlös	28'066'410	27'944'940	30'055'100
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Stadt" gem. Zielvereinbarung 2012 mit ZVV	erfüllt	4.1	3.9
▪ Sicherstellen zusätzlicher Einsatzfahrzeuge bei ausserordentlichen Ereignissen (Anzahl Fahrzeuge)	3	--	
▪ Qualität: Projekt "Einzelschulung Fahrpersonal" umgesetzt	erfüllt	erledigt	
▪ Sicherheit: Ausbildung Fahrpersonal zum Thema "Gewalt- und Eskalationsprävention"	erfüllt	erledigt	
▪ Maximaler Überzeitsaldo Fahrpersonal Ende Jahr (in Std.)		5'000	9'000
▪ Projekt Busbevorzugung (Massnahmen definiert)		Dezember	
▪ Trolleybusbeschaffung 2010 (Systementscheid liegt vor)		Dezember	
▪ Technische Verfügbarkeit Leitstelle für Kunden in %			98
▪ Sauberkeit Busse innen (Resultat MSQ)			78
▪ Sauberkeit Busse aussen (Resultat MSQ)			80

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Fahrplankilometer (Stadtnetz)	3'426'000	3'482'000	3'469'000
▪ Fahrplanstunden (Stadtnetz)	239'079	241'200	223'515

Produkt 2 Betrieb Regional- und Nachtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Regional- und Nachtnetz gem. Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2005/2006)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	4'786'336	4'765'621	5'635'331
Erlös	4'786'336	4'765'621	5'635'331
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Regional" gemäss Zielvereinbarung 2012 mit ZVV - siehe operative Ziele "Stadtlinien"	erfüllt	4.1	3.9

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Fahrplankilometer (Regional- und Nachtnetz) - Fahrplanstunden (Regional- und Nachtnetz)	1'002'000 43'031	1'013'000 46'100	1'025'000 44'700

Produkt 3 Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Leistungen

- Planen von Angebotserweiterungen und -veränderungen (Angebotsplanung)
- Bewerben des Linienangebotes im Marktgebiet (Produktemarketing)
- Durchführen von Marktbearbeitung und Promotion (Produktemarketing)
- Sicherstellen von aktuellen und vollständigen Fahrgastinformationen (Produktemarketing)
- Veranlassen einer aktiven Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (PR-Massnahmen)

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'152'272	2'142'957	1'502'755
Erlös	2'152'271	2'142'957	1'502'755
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Zuverlässigkeit Fahrplan: Billettverkauf in Fahrpläne einberechnen - Anschlüsse und Umsteigezeiten optimieren - Angebotsveränderungen frühzeitig kommunizieren - Verbesserte Information bei Verspätungen/Leitstelle in Betrieb - Angebotskonzept nächste Fahrplanperiode liegt vor - Marktanalyse Preise Fahrzeugwerbung (Analyse durchgeführt) - Betriebsabwicklung EURO 08 sichergestellt - Erschliessung Niderfeld und Dättbau umgesetzt - Neue Linienführung Nr. 7 + Nr. 5 umgesetzt - Aufhebung Linie 8 umgesetzt	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt	erledigt erledigt Mai Januar Dezember Dezember	Mai/Juni -- -- -- Juni Dezember Dezember Dezember

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Auflage Taschenfahrpläne pro Jahr - Auflage "Stadtbus AKTUELL" pro Jahr - Auflage Geschäftsbericht pro Jahr	175'000 120'000 800	175'000 110'000 800	125'000 110'000 800

Produkt 4 Nebenleistungen

Leistungen

- Erzielen von Zusatzeinnahmen aus Geschäften die sich als "Nebenprodukt" der Hauptaufgabe von Stadtbus (Fahrleistungserbringung) ergeben. Hauptsächlich:
 - Werbeeinnahmen Fahrzeuge
 - Vermietung von Gebäuden
 - Reparaturreinnahmen aus Werkstattarbeiten
 - Extrafahrten und Bahnersatz

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'386'142	1'380'143	1'210'553
Erlös	1'386'142	1'380'143	1'210'553
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Mindestumsatz mit neuem Werbeträger "Trafficboard"	70'000	120'000	--
▪ Durchschnittsgewinn pro Extrafahrt (in %)	17	20%	20%
▪ Mietertrag erhöhen Caravan-Parkplätze (bisher Fr. 45.00 pro Mt.)		75	--
▪ Vermietungen Depot Deutweg und Grüzefeld (keine Leerstände)		Dezember	90%
▪ Einnahmen aus Fahrzeugwerbung			650'000

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anzahl verkaufte Trafficboard pro Jahr	6	6	6
▪ Anzahl verkaufte Heckwerbung pro Jahr	64	60	65
▪ Anzahl verkaufte Dachreklamen pro Jahr	42	40	45
▪ Anzahl Extrafahrten pro Jahr	129	150	135
▪ Anzahl vermietete Caravan-Parkplätze		53	--

Produkt 5 Unterhalt Infrastruktur

Leistungen

- Betrieb und Instandhaltung der Infrastrukturanlagen an der Fahrstrecke, insbesondere Fahrleitungen, Haltestellen und Buswartehallen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'397'989	1'391'939	1'669'728
Erlös	1'397'989	1'391'939	1'669'728
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Sauberkeit Haltestellen: Kontroll- und Meldeorganisation verbessern Einsatz Clean-Team (Zusatzkosten) in CHF - Haltestelleninfrastruktur: Neuausrüstung mit Sitzgelegenheit - Anzahl neue Wartehallen - Vandalenschäden: - Zeitvorgabe für Wiederinstandstellung (nach Eingang Meldung) in Stunden - Ersatzbedarf Fahrleitungen bekannt - Energieverbrauch Immobilien / Infrastruktur senken (Im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrauch der letzten 5 Jahre) in % - Neuausrüstung mit Haltestellenanzeigen	erfüllt 12'600 6 2 70% erfüllt	Dezember -- 2 48 Februar	-- 48 5 10

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Unterhalt des Fahrleitungsnetzes (Länge in km) - Unterhalt von Haltestellen im Stadtnetz (Anzahl) - Unterhalt Buswartehallen im Stadtnetz (Anzahl)	26 246 100	26'126 252 114	26'162 252 --

Produkt 6 ZVV-Aufgaben

Leistungen

- Aufgaben, die Stadtbus gemäss separatem Auftrag für den Zürcher Verkehrsverbund ausführt. Hauptsächlich:
 - Verkauf von Fahrausweisen (Verkaufsstellen, Fahrzeuge, Billettautomaten und Dritte)
 - Instandhaltung, Unterhalt und Leerung der Billettautomaten
 - Geldabrechnung und Statistikwesen der Fahrausweisverkäufe (Inkasso, Ablieferung und Statistikdaten)
 - Umsetzung der Leistungsaufträge als Leadhouse im ZVV Gebiet

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'702'072	1'694'705	1'669'728
Erlös	1'702'072	1'694'705	1'669'728
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100.0	100.0	100.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Verkaufsstelle HB: Öffnungszeiten überprüfen (Frequenzstatistik) - Beheben von Vandalenschäden an Billettautomaten (in Stunden) - Anzahl qualifizierte Kontakte zu Neuzuzüglern - Projekt S-POS / Testbetrieb Verkaufsgeräte in Fahrzeugen	erfüllt 70% erfüllt 5'530	erledigt 48 5'000 Januar	 48 -- --

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Unterhalt Verkaufsgeräte (Anzahl) - Billettautomaten - Entwerter (stationär) - Fahrscheinausgabegeräte Fahrzeuge	195 26	195 42 28	195 45 28

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Fahrscheinausgabegeräte Verkaufsstellen	3	3	3
▪ Anzahl Drittverkaufsstellen (Kioske)	15	16	11
▪ Anzahl Fahrzeuge mit AFAZ ausgerüstet			13

IAFP Stadtbus Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	39'491	39'320	41'743	41'619	44'028	43'644
Erlös	39'491	39'320	41'743	41'619	44'028	43'644
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	50'400	0	3'570	14'000	21'993	14'413	487	-4'063
Bewilligt	26'840	22'192	1'930	1'200	297	328	0	893
Gesamt	77'240	22'192	5'500	15'200	22'290	14'741	487	-3'170

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV für Bereich Fahrleistungserbringung (max. Abw. in %) Messgrösse: - CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Produktivität Fahrdienst Messgrösse: - Krankheitsstunden pro MA - Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region Messgrösse: - Linienfolgsrechnung ZVV / KDG in %	erfüllt	4.1	3.9	3.0	2.6	2.4
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste Messgrösse: - Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer - Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Fahrplanpünktlichkeit Messgrösse: - Verspätung von höchstens 3 Minuten in %	113 1'682	85 1'715	97 1'715	93 1'720	90 1'735	85 1'750
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben Messgrösse: - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben Messgrösse: - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	49.0	50.0	52.0	52.5	53.0	54.0
	56'100'000 23'020'000	52'300'000 21'500'000	60'600'000 23'200'000	63'000'000 23'900'000	65'500'000 24'600'000	68'100'000 25'300'000
	keine Messung	98.0	--	--	--	--
	75	76	76	--	78	--
	75	77	77	--	78	--

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Reklamationen <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Reklamationen Stadtbus und Contact-Center ZVV - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	472 0	420 0	-- 50	-- --	55	--
4 Öffentlichkeitsarbeit Kommunikation <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Medienmitteilungen - Anzahl Medienanlässe Image <i>Messgrösse:</i> - Anzahl positive / negative Presseberichte	11 1 3 : 1	25 3 5 : 1	12 2 5 : 1	12 2 5 : 1	12 2 5 : 1	12 2 5 : 1
5 Mitarbeitende Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit am Arbeitsplatz <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte - Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung und Rechnungsergebnis / Betrag pro Mitarbeitenden - Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums Interne Kommunikation <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung Lehrlingsausbildung <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12.)	79 fehlt 470 0 nicht freiwillig 1.5	80 0 700 0 135 2.0	78 70 -- 50 135 3.0	-- -- -- 60 140 4	79 -- -- 60 140 4	-- 75 -- -- 140 5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Neubau Depot Grüzefeld
- Fahrzeugbeschaffung 2010
- Angebotsplanung Fahrplanjahr 2011/2012
- Einhalten der Kostenvorgaben aus der Zielvereinbarung 2012 mit dem ZVV
- Projekt Busbeschleunigung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Druck auf die Betriebskosten von Stadtbus seitens ZVV wird auch nach 2012 anhalten. Deshalb sind frühzeitig - mit allen massgebenden Stellen - geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Stadtbus in einem wettbewerbsorientierten Umfeld bestehen kann.
- Die Verkehrszunahme bewirkt eine Abnahme der Kundenzufriedenheit (Qualitätsmessung ZVV), da die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit darunter leidet. Dieser Tendenz ist mit wirkungsvollen Massnahmen zu begegnen.

FinöV Stadt

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Finanzierung des jährlichen Gemeindebeitrages an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes gemäss ZVV-Abrechnung und Verkehrsratsbeschluss

2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Finanzierung von Fahrplanleistungen, Angebotserweiterungen und Haltestelleninfrastruktur über das Verbundangebot hinaus

3 Leistungen an Stadtbus

Finanzierung von Aufwand bei Stadtbus welcher nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes gedeckt ist

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Verkehrsverbund vom 14.12.1988

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeinderatsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi) vom 28.6.2004
- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg) vom 27.10.2004, SR-Beschluss Nr. 2004-2142
- Stadtratsbeschlüsse 2000-315 und 2001-243 zu den Leistungen an Stadtbus

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit Angebotsverweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg) Messgrösse: ▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	8'266	--	--
Angebotsverweiterung Linie 14 (HB – Hegi) Messgrösse: ▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	779'381	770'000	950'000
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit Messgrösse: ▪ Fahrgastfrequenzsteigerung der Linie 12 in % (Plan VJ) ▪ Fahrgastfrequenzsteigerung der Linie 14 in % (Plan VJ)	1 18	-- 130	-- 23
Haltestelleninfrastruktur Messgrösse: ▪ Anzahl neue Buswartehallen			2.00
▪ Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen	70.00		72.00
▪ Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	74.00		76.00

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	10'746'200	12'181'424	12'575'760

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Produkt 1:

Tieferer Akonto-Beitrag 2008 an Kostenunterdeckung ZVV, Fr. 55'000

Produkt 2:

Neue Kosten für Erstellung und Unterhalt von Buswartehallen, Fr. - 250'000

Neue Einnahmen aus Werbung an Buswartehallen, Fr. 340'000

Neue Einnahmen aus PP-Abgaben (Migros und Coop) / Beitrag an Linie 14, Fr. 162'000

Produkt 3:

Mehr Rückerstattung an die Rententeuerung von SBW, Fr. - 44'436

Mehr Rückerstattung an die Residualkosten von SBW, Fr. - 148'000

Mehr Rückerstattung an die DTB-Sekretariatskosten von SBW, Fr. - 2'000

Keine Vergütung 2008 für Betriebsausflüge Fahrdienst, Fr. 41'500

Verrechnung des 1. Anteils (1/4) an die vom ZVV nicht finanzierten

Mehrkosten aus den Lohnerhöhungen 2006, Fr. - 200'000

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

- Die Vorauszahlung an die Kostenunterdeckung ZVV für 2008 ist um Fr. 1'353'000 höher, da im Jahr 2006 eine Rückzahlung für zu hohe Akonto-Zahlungen aus dem Jahr 2005 erfolgte.
- Im Rechnungsjahr 2006 keinen Aufwand und Ertrag für Buswartehallen (bis 2007 in Rechnung SBW verbucht), keine Einnahmen aus PP-Abgaben für Linie 14, sowie keine Kosten mehr für die Linie 12 (ab 2007 im ordentlichen ZVV-Angebot), insgesamt weniger Nettokosten von Fr. 298'000
- Im Voranschlag 2008 sind Mehrkosten enthalten aus Rückerstattungen an SBW für Rententeuerung, Residualkosten, DTB-Sekretariat und ein Teilbetrag an die Lohnerhöhungen 2006, insgesamt Fr. 426'000. Diese Kostenanteile werden vom ZVV - gemäss Zielvereinbarung - nicht finanziert.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	0	337'424	381'860
Sachkosten	1'292	1'300	1'300
Beiträge an Dritte	10'052'196	11'414'000	11'705'000
Residualkosten	244'865	244'900	392'900
Kalkulatorische Kosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	447'847	183'800	596'700
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'746'200</i>	<i>12'181'424</i>	<i>13'077'760</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	58'500	0
Total effektive Kosten	10'746'200	12'122'924	13'077'760
Externe Erlöse	0	0	0
Interne Erlöse	0	0	502'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>502'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	58'500	0
Total effektive Erlöse	0	-58'500	502'000
Total Nettokosten/Globalkredit	10'746'200	12'181'424	12'575'760
Interne Kosten	692'712	370'200	989'600
Interne Erlöse	0	-58'500	502'000
Total primäre Nettokosten*	10'053'488	11'752'724	12'088'160
Kostendeckungsgrad in % **	0	0	4

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Entscheid zum Projektantrag "Neues Haltestellenkonzept Stadt" liegt bis Ende April 2008 vor

Produkt 1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund**Leistungen**

- Finanzielle Leistung gemäss Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) und der Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Zürcher Verkehrsverbund

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	9'266'434	10'674'000	10'950'000
Erlös	0	0	0
Nettokosten	9'266'434	10'674'000	10'950'000
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Periodengerechte Verbuchung der ZVV-Abrechnung aus Vorjahren (Vorauszahlungen)	Dezember	Dezember	Dezember

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
▪ Anrechenbare, gewichtete Haltestellenabfahrten ▪ Kostenanteil an Kostenunterdeckung in % (Anteil Gemeindebeiträge)	--	--	16'400'000 6.8%

Produkt 2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV**Leistungen**

- Gemeindееigene Finanzierung diverser zusätzlicher Leistungen (Angebotserweiterungen, Studien, Haltestellen etc.) welche nicht durch den ZVV finanziert werden.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	785'762	740'000	1'005'000
Erlös	0	0	502'000
Nettokosten	785'762	740'000	503'000
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	50.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Linie 12: Einhaltung Vollkostensatz pro km (inkl. Heidi-Taxi AG) - Linie 14: Erhöhung Fahrgastfrequenz (zu Vorjahr) - Linie 14: Übertreffen der Vorgabe ZVV (\$20) für Übernahme in Verbundangebot ab 2009 (420'000) - Werbeeinnahmen (APG) aus Haltestellenwerbung in Fr.	7.45 121'351	-- 435'000	-- 530'000 340'000

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Linie 12: Durchschnittliche Anzahl Fahrgäste pro Tag - Linie 14: Durchschnittliche Anzahl Fahrgäste pro Tag - Linie 14: Fahrplankilometer (inkl. Depotfahrten) pro Jahr	110 2'163	-- 2'100	-- -- 322'000

Produkt 3 Leistungen an Stadtbus

Leistungen

- Interne Vergütungen der Stadt für Leistungen oder Aufwendungen von Stadtbus, die nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes finanziert sind

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	694'004	767'424	1'122'760
Erlös	0	0	0
Nettokosten	694'004	767'424	1'122'760
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Keine neuen oder zusätzlichen Kosten für Stadtbus, die nicht durch Leistungsentgelt ZVV finanziert sind, Veränderung zu Vorjahr - Bereitstellen genügender Transportleistungen für UBS-Arena an EURO 08	268'504	0	0 Juni

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
- Betriebsausflüge Fahrdienst (Anzahl Stunden) - Kompensationstage Weihnachten/Neujahr (Anzahl Stunden) - Verkehrsdienst und Überwachung (Anzahl Anlässe)	0 0 3	680 0 3	0 3

IAFP FinöV Stadt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	10'746	12'122	13'077	15'743	16'549	17'744
Erlös	0	-58	502	602	662	722
Nettokosten/Globalkredit	10'746	12'181	12'575	15'141	15'887	17'022
Kostendeckungsgrad in %	0	0	4	4	4	4

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	5'350	0	0	100	250	1'350	1'400	2'250
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	5'350	0	0	100	250	1'350	1'400	2'250

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit						
Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	8'266.0	--	--			
Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	779'381.0	770'000.0	950'000.0			
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit						
Messgrösse:						
▪ Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 12) in % (Plan VJ)	1.0	--	--			
▪ Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 14) in % (Plan VJ)	18	130	23			
Haltestelleninfrastruktur						
Messgrösse:						
▪ Anzahl neue Buswartehallen	0.0	0.0	2.0	3	3	3
▪ Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen	70.0	0.0	72.0		73	
▪ Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	74.0	0.0	76.0		77	

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Bereich Haltestellen: Umsetzen des neuen Haltestellenkonzeptes (Entscheid 2008)
- Weitere §-20-Angebote prüfen für Fahrplanperiode 2009/2010 und folgende

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Kostenanteil Winterthurs an die Kostenunterdeckung des ZVV wird sich bis ins Jahr 2011 um ca. Fr. 3'450'000 erhöhen

Forstbetrieb

Auftrag

Der Forstbetrieb Winterthur ist verantwortlich für Unterhalt, Pflege und Nutzung des Natur- und Erholungsraums Wald. Er betreibt den Wildpark Bruderhaus als Ausflugsziel und Umweltbildungsort. Die Bevölkerung findet beim Forstbetrieb kompetente Ansprechpartner für alle Belange von Wald, Wild und Natur. Der Forstbetrieb Winterthur nimmt die hoheitlichen Aufgaben des kommunalen Forstdienstes gemäss Waldgesetzgebung wahr.

Produkte

1. Verrechenbare Leistungen:

Verkauf von Holz und Holzprodukten, Erbringen von Dienstleistungen innerhalb der Stadtverwaltung und für Dritte gegen Verrechnung.

2. Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen:

Jungwaldpflege, Wildschadenverhütung und Biotophege, Betrieb Wildpark Bruderhaus, Bau, Betrieb und Unterhalt von Erholungs- und Sportanlagen, Strassen und Wegen, Führungen, Vorträge und Exkursionen, Planung und Ausführung von Naturschutzmassnahmen, Sicherheitsholzerei, Hochwasserschutz, Forstpolizei, Querschnittsaufgaben, Beförderung Privatwald.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991
Verordnung über den Wald vom 30. November 1992
Kantonales Waldgesetz vom 7. Juni 1998
Kantonale Waldverordnung vom 28. Oktober 1998

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild Forstbetrieb, Oktober 2000

Verantwortliche Leitung

Beat Kunz, Stadtförstermeister

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in % Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	125 111	>100 >110	>100 >110
2 Kundenorientierung Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5
3 Nachhaltigkeit Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz <i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen in % Laufmeter Waldrandpflege Anzahl grössere öffentliche Aktionen Anzahl Stunden für Umweltbildung	11 733 3 610.00	11 % 1'000 3 >500	11 % 1'000 3 >500
5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandarts hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	1'633'618	2'023'435	1'961'485

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Kosten

Stufenanstieg und Beförderungen, weniger Treueprämien.

Höherer Anteil Rententeuerung - Total Fr. 128'000.

Sachkosten: Mehr Holzverkauf aus Privatwald - Auszahlung an Waldbesitzer.

Interne Kosten: Mehr Leistungen von IDW und Vermessungsamt.

Erlöse

Höhere Holzpreise, mehr Holzverkauf aus Privatwald.

Höhere Naturschutzbeiträge.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Kosten

Höhere Personalkosten wie oben beschrieben.

Anstellungsbremse mit Vakanzen in Rechnung 2006.

(Aufsummierte Überzeit 4'180 Std.)

Rententeuerung Fr. 120'000 in den internen Kosten der Rechnung 2006.

Erlöse

Höhere Holzpreise.

Keine Staatsbeiträge mehr an die Borkenkäferbekämpfung.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	2'800'453	3'170'535	3'254'232
Sachkosten	1'730'341	1'437'600	1'733'901
Beiträge an Dritte	7'679	8'000	8'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	31'271	31'800	31'100
Übrige interne Kosten	213'836	94'500	124'299
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'783'580</i>	<i>4'742'435</i>	<i>5'151'532</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'783'580	4'742'435	5'151'532
Externe Erlöse	2'995'513	2'624'000	3'076'000
Interne Erlöse	31'857	0	0
Beiträge von Dritten	122'591	95'000	114'047
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'149'961</i>	<i>2'719'000</i>	<i>3'190'047</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'149'961	2'719'000	3'190'047
Total Nettokosten/Globalkredit	1'633'618	2'023'435	1'961'485
Interne Kosten	245'107	126'300	155'399
Interne Erlöse	31'857	0	0
Total primäre Nettokosten*	1'420'368	1'897'135	1'806'085
Kostendeckungsgrad in % **	66	57	62

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	35'720	64'800	65'100
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	24.0	25.0	25.0
▪ Lehrverhältnisse	4.0	4.0	4.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	25 (3)	26 (4)	26 (4)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Holznutzung im Stadtwald gemäss dem zu erwartenden reduzierten Hiebsatz von 19'000 Tfm. (Jährlich nachwachsende Holzmenge)
- Sinnvolle Nutzung des grossen Holzpotenzials im Privatwald.
- Optimierung und Ausbau des Energieholzbetriebes.
- Revision der Betriebspläne für die Reviere Eschenberg-Seen-Töss, Kümberg und Hornsäge.
- Abschluss Projekt Bau Wolfsgehege im Wildpark Bruderhaus.
- Projektierung Wildpferd-Mufflonanlage im Wildpark Bruderhaus.
- Weiterführung Projekt "Aufwertung Reitplatz".
- Sanierung Walcheweier - Hochwasserschutz.

Produkt 1 Verrechenbare Leistungen

Leistungen

- Produktion und Verkauf von Stammholz, Industrieholz, Brennholz, Holzschnitzeln, Kleinmaterial (Weihnachtsbäume, Dekorationsmaterial, Tische, Bänke, Pfähle, Scheitstöcke)
- Spezialholzerei in Gärten und Parkanlagen, Tiefbau, Ingenieurbilogie und Grünverbau, Planungen und Konzepte

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'320'833	2'130'676	2'246'645
Erlös	2'901'629	2'438'000	2'614'782
Nettokosten	-580'796	-307'324	-368'137
Kostendeckungsgrad in %	125.0	114.0	116.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kostendeckungsgrad Holz ab Wald in %	125.7	113.0	120.0
Keine Unfälle bei der Holzerei mit gravierenden Personenschäden	0	0	0
Umsatz Dienstleistungen für Private in CHF	276'674	160'000	180'000
Umsatz Dienstleistungen Stadtverwaltung in CHF	192'828	200'000	200'000
Kostendeckungsgrad Dienstleistungen in %	111.2	110.0	110.0
Brennstofflogistik Schnitzelheizungen jederzeit sichergestellt	k.B.	k.B.*	k.B.
Messgrösse: Betriebsunterbrüche			

* keine Betriebsunterbrüche

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Hiebsatz Stadtwald in m3	22'400	20'000	19'000
Produktion Nadelholz in m3	10'000	9'600	9'000
Produktion Laubholz in m3	2'200	2'400	2'000
Produktion Brennholz und Holzschnitzel in m3	9'860	8'000	8'000

Produkt 2 Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Leistungen

- Jungwaldpflege
- Wildschadenverhütung, Biotophege, Wild und Jagd
- Wildpark Bruderhaus
- Planung, Bau und Unterhalt Sport- und Erholungsanlagen im Wald
- Unterhalt von Waldstrassen und Wegen
- Umweltbildung, Exkursionen, Führungen, Vorträge
- Bau, Unterhalt und Pflege von Naturschutzflächen im Wald
- Sicherheitsholzerei entlang von Strassen, Siedlungen, Infrastrukturanlagen
- Bachunterhalt und -Verbau, Rutschungs- und Hangverbau
- Forstpolizei, Bewilligungswesen
- Forstliche Planung
- Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung (Umwelt, Naturschutz, Energie)
- Beförsterung des Privatwaldes auf Stadtgebiet

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	2'404'835	2'515'759	2'904'887
Erlös	247'675	185'000	575'265
Nettokosten	2'157'160	2'330'759	2'329'622
Kostendeckungsgrad in %	10.0	7.0	20.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Jungwaldpflege: 45 Hektaren gepflegt	erledigt	erledigt	erledigt
Wildpark Bruderhaus: Wildpferd-Mufflonanlage realisiert			erledigt
Waldweg-Unterhaltskonzept aktualisiert			erledigt
Sicherheitsholzerei: Eschenbergstrasse, ganzer Lindberg		erledigt	2 Holzschläge
Naturschutz: Eichenförderungskonzept erarbeitet			erledigt
Naturschutz: Holzschläge für lichten Wald:			
Federnbuck Chomberg (Eichen), Taggenberg (Waldrand), Totentäli (Nassbiotop)		erledigt	2 Holzschläge
Naturschutz: Neophyten in Wald-Naturschutzgebieten eingedämmt			erledigt
Beförsterung Privatwald in ha	462	462 ha	462
Betriebspläne Eschenberg-Seen-Töss, Kümberg und Hornsäge abgeschlossen			erledigt

* erledigt, Umsetzung gestartet

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Jungwaldpflege in Hektaren	60	45	45
Wildschadenverhütung (Einzelschutz)	700	1'000	800
Laufender Unterhalt Wegnetz in km	170	170	170
Periodischer Unterhalt Wegnetz (Bekiesung) in km	*	5	5
Sicherheitsholzerei (Anzahl Holzschläge)	4	4	4
Kontrolle und Unterhalt von Bächen und Entwässerungsgräben im Wald in km	60	60	60

* Keine zusammenhängenden Neubekiesungen. Zahlreiche örtliche Ausbesserungen.

IAFP Forstbetrieb

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	4'783	4'742	5'151	5'152	5'152	5'152
Erlös	3'149	2'719	3'190	3'155	3'155	3'155
Nettokosten/Globalkredit	1'633	2'023	1'961	1'996	1'996	1'996
Kostendeckungsgrad in %	66	57	62	61	61	61

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	3'120	0	890	2'060	1'130	360	0	-1'320
Bewilligt	1'520	196	790	350	0	0	0	184
Gesamt	4'640	196	1'680	2'410	1'130	360	0	-1'136

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in %	125.0	>100	>100	>100	>100	>100
Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	111.0	>110	>110	>110	>110	>110
2 Kundenorientierung						
Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. Messgrösse: Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0.0	<5	<5	<5	<5	<5
3 Nachhaltigkeit						
Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. Messgrösse: FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz						
Anteil Total-/Sonderwaldreservate, Naturschutzflächen oder Altholzinseln an der Stadtwaldfläche	610.0	11 %	11 %	11 %	12 %	12 %
5 Objektschutz und Sicherheit						
Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und entsprechendem Unterhalt. Messgrösse: Anzahl Fälle	0.0	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle
Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. Messgrösse: Anzahl Haftungsfälle	0.0	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle
Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandarts: Hoch 66 Kilometer Reduziert 91 Kilometer Stark reduziert 17 Kilometer Messgrösse: Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Wildpark Bruderhaus, Entwicklungskonzept 2020 zur Hälfte umgesetzt
- Sanierung Walcheweiher:
Hochwasserschutz- und Gestaltungsplanung realisiert
Sanierung umgesetzt
- Aufwertung Reitplatz gemäss Ergebnissen Studie 2006 umgesetzt
- Infrastruktur Energieholz:
Energieholz nimmt im Rahmen der Energiebilanz an Bedeutung zu.
Zur Optimierung der Produktion und Lagerung muss die Infrastruktur ausgebaut werden.
- Denkmalschutzobjekt Klosterruine Mariazell im Beerenberg saniert

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Stadtgärtnerei

Auftrag

Die Stadtgärtnerei Winterthur stellt eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung der städtischen Grünräume sicher. Dies beinhaltet Projektierungs- und Pflegemassnahmen, Nutzungsaufsicht und Grünberatung. Sie gewährleistet pietätvolle Bestattungen und qualitativ hochstehende Grab- und Friedhofpflege.

Produkte

1 Leistungen mit vollem Ertrag

Objektplanung für Investitionsrechnung; Baumanagement Aussenanlagen; Grünpflege Schulanlagen; Grünpflege Sportanlagen; Grünpflege Liegenschaften Stadtverwaltung; Pflanzenproduktion für Verkauf; Produktion Floristik; Innenbegrünung städtische Liegenschaften; Bestattung auswärts Wohnende; Grabpflege; Bestattungszusatzleistungen.

2 Leistungen mit Teilertrag

Naturschutzplanung und -controlling; Pflege überkommunes Verkehrsgrün; Diverse Dienstleistungen.

3 Leistungen ohne Ertrag

Grünraum- und Entwicklungskonzepte; Objektplanung für laufende Rechnung; Baubewilligungsverfahren; Bewirtschaften GIS-Daten; Pflege öffentliche Grünanlagen; Pflege Naturschutzobjekte; Pflege kommunales Verkehrsgrün; Pflanzenproduktion für Grünanlagen; Pflege Friedhofanlagen; Bestattung Einwohner/innen Winterthurs.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung (§ 58 OR)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz
- Eidg. Stoffverordnung
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich
- Kantonale Bestattungsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofswesen
- Grabmalverordnung
- Gebührentarif für die Friedhöfe
- Geschäftsreglement der Naturschutzkommission
- Naturschutzkonzept
- Alleenkonzept

Stufe Verwaltungseinheit

- Entwicklungskonzepte für Grünanlagen und Friedhöfe
- Jahreszielsetzungen

Verantwortliche Leitung

Christian Wieland

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> - Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt 1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF <i>Messgrössen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	90.00	<100	<100
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut' 2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufende Rechnung)	keine Umfrage	70	70
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle) 3.2 Die Sicherheit + Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> - Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	99.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0
4 Nachhaltigkeit/Oekologie 4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.			30.0

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> Aktionen pro Jahr	8	4	6
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen in % <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	18.0	17.0	20.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> Projekte im Jahr	2	2	3
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	18.0	8.0	8.0

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	7'901'752	8'042'884	8'180'351

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Das Total der effektiven Kosten ist um Fr. 760'000 höher budgetiert. Mehraufwand bei den Personalkosten infolge Lohnmassnahmen 2007 und 2008 sowie eine zusätzliche Lehrstelle. Höhere Umlagen bei der Rententeuerung. Höhere Sachkosten müssen wegen zusätzlichen Aufgaben (Eulachpark, Alleen, Naturschutz, Urnenwände, Gemeinschaftsgräber, Massnahmen Projekt Töss) und wegen Mehrverbrauch von Energie und Wasser budgetiert werden.

Das Total der effektiven Erlöse ist um Fr. 620'000 höher budgetiert. Generell wird die Teuerung auf die Dienstleistungspreise überwältigt. Mehreinnahmen fallen für die Pflege von Schul- und Sportanlagen, Bestattungsdienstleistungen und erstmals für die Verrechnung von Leistungen für das Baumanagement an. Höhere Staatsbeiträge für Naturschutz und zeitliche Abgrenzung für überkommunale Strassen.

Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen um Fr. 137'000 und der Kostendeckungsgrad steigt um 2 %.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Das Total der effektiven Kosten ist um Fr. 700'000 höher. Mehraufwand bei den Personalkosten infolge Lohnmassnahmen 2007 und 2008 sowie zwei zusätzliche Lehrstellen. Für den Unterhalt des Eulachparks wird ein zusätzlicher Mitarbeiter budgetiert. Höhere Sachkosten müssen wegen zusätzlichen Aufgaben (Eulachpark, Alleen, Naturschutz, Urnenwände, Gemeinschaftsgräber, Massnahmen Projekt Töss) und wegen Mehrverbrauch von Energie und Wasser budgetiert werden. Die effektiven Erlöse werden Fr. 420'000 höher budgetiert. Generell wird die Teuerung auf die Dienstleistungspreise überwältigt. Mehreinnahmen fallen für die Pflege von Schul- und Sportanlagen, Bestattungsdienstleistungen und erstmals für die Verrechnung von Leistungen für das Baumanagement an. Höhere Staatsbeiträge für Naturschutz und zeitliche Abgrenzung für überkommunale Strassen.

Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen um Fr. 280'000.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	8'781'039	9'093'757	9'533'675
Sachkosten	5'053'144	4'934'300	4'653'806
Beiträge an Dritte	22'299	27'300	31'300
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	115'375	96'400	96'400
Übrige interne Kosten	436'429	198'527	793'270
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'408'285</i>	<i>14'350'284</i>	<i>15'108'451</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	14'408'285	14'350'284	15'108'451
Externe Erlöse	3'967'720	3'890'200	3'943'300
Interne Erlöse	2'367'396	2'266'700	2'709'800
Beiträge von Dritten	171'416	150'500	275'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'506'533</i>	<i>6'307'400</i>	<i>6'928'100</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'506'533	6'307'400	6'928'100
Total Nettokosten/Globalkredit	7'901'752	8'042'884	8'180'351
Interne Kosten	551'804	294'927	889'670
Interne Erlöse	2'367'396	2'266'700	2'709'800
Total primäre Nettokosten*	9'717'344	10'014'657	10'000'481
Kostendeckungsgrad in % **	45	44	46

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	115'375	96'400	96'400
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	87.1	87.7	87.7
▪ Lehrverhältnisse	10.0	10.0	11.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	100 (26)	104 (21)	99 (28)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Brühlgutpark: Baubeginn Neugestaltung
- Eulachpark: Abschluss 1. Etappe
- Projekt Töss: Umsetzung Spielplätze
- Bestand und Entwicklung "Flora und Fauna" der neuen Inventarobjekte
- Friedhof Rosenberg: Neues Gemeinschaftsgrab erstellt
- Friedhof Rosenberg: Friedhof für Muslime Projekt in Bearbeitung
- Friedhof Rosenberg: Behindertengerechter Zugang zu Aufbahrungshalle im Bau
- Friedhof Oberwinterthur: Neues Gemeinschaftsgrab erstellt
- Friedhof Oberwinterthur: Sanierung Leitungsnetz abgeschlossen

Produkt 1 Leistungen mit vollem Ertrag

Leistungen

- Objektplanung für Aussenanlagen welche über die Investitionsrechnung finanziert werden
- Baumanagement für Aussenanlagen, wie Kostenvoranschläge, Submission, Bauleitung
- Grünpflege für die Umgebung von Schulhäusern, Kindergärten und Horten
- Grünpflege für Sportanlagen, wie Rasen-, Gehölz- und Baumpflege
- Grünpflege für Liegenschaften der Stadtverwaltung
- Pflanzenproduktion für Verkauf im Friedhof und an Dritte
- Produktion Floristik, wie Dekorationen, Büroschmuck, Grabschmuck, Trauerbinderei
- Innenbegrünung für städtische Liegenschaften
- Bestattung auswärts Wohnende, Kremation i.A. von Gemeinden, Beisetzungen auf städtischen Friedhöfen
- Grabpflege für Private als Jahres- oder Dauerauftrag
- Bestattungszusatzleistungen, wie Grabplatzvermietung, Nischenbeschriftungen u.dgl.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	5'776'302	5'744'288	5'900'554
Erlös	5'595'962	5'587'900	6'111'100
Nettokosten	180'339	156'388	-210'546
Kostendeckungsgrad in %	97.0	97.0	104.0

Soll 2008 erhöhter Kostendeckungsgrad, weil Baumanagement neu verrechnet wird, Baubewilligungsverfahren neu im Produkt 3 geführt wird.

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kostendeckungsgrad für alle Leistungen des Produkts 1 in %	97.0	97.0	103.0
Kostendeckungsgrad für Bestattung auswärts Wohnende in %	110.0	104.0	105.0
Verrechnungsansätze für Planungsleistungen in % der KBOB-Ansätze	86	<100	<100
Nachhaltigkeitskriterien VSSG bei Pflanzenproduktion eingehalten in %	92	100	**
Auslastung der Kulturf Flächen in den Gewächshäusern in %			60

**siehe "Parlamentarische Zielvorgaben", 4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Planungsleistungen in Std.	3'927	2'900	2'000
Pflegeflächen Sportanlagen in m2	189'675	185'000	183'000
Pflegeflächen Schulanlagen in m2	469'299	470'000	475'000
Pflegeflächen Kindergärten in m2	104'558	104'500	104'500
Anzahl für Verkauf produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	182'000	180'000	197'000
Anzahl Kremationen auswärts Wohnende	1'456	1'380	1'450
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg-, Urnen-, Privatgräber) FH Rosenberg	5'783	5'800	5'550
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg- und Urnengräber) Vorortsfriedhöfe	2'457	2'500	2'500
Anzahl neu erstellte Privat- und Baumgräber	36	40	45

Produkt 2 Leistungen mit Teilertrag

Leistungen

- Naturschutzplanung und -controlling, wie Naturschutzprojekte und Umsetzung, Beitragswesen, Kontrollen
- Pflege überkommunales Verkehrsgrün, wie Alleen, Hecken und Rabatten an "überkommunalen" Strassen
- Diverse Dienstleistungen, wie Rückerstattungen, Vermietungen, Verwaltungsleistungen

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	1'749'162	1'764'456	1'868'224
Erlös	880'841	719'500	817'000
Nettokosten	868'321	1'044'956	1'051'224
Kostendeckungsgrad in %	50.0	41.0	44.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Vernetzungsprojekte für Landschaftsräume erstellt, Anzahl	1	0	**
Anteil erstellter Pflegepläne aller Naturschutzflächen auf Stadtgebiet in %	49.3	52.0	52.0
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Allee-bäume an überkommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	51	50	40
Anzahl Arbeitsplätze für Integration	9	8	8

**siehe "Parlamentarische Zielvorgaben", 4.4 Projekte im Naturschutzbereich.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Planungsleistungen für Naturschutz in Std.	721	650	700
Beaufsichtigte Naturschutzgebiete überkommunal, m2	237'000	237'000	237'000
Beaufsichtigte Naturschutzgebiete kommunal, m2	156'700	166'700	167'700
Anzahl Strassenbäume, überkommunal	2'393	2'400	2'450

Produkt 3 Leistungen ohne Ertrag

Leistungen

- Grünraum- und Entwicklungskonzepte für Park- und Friedhofanlagen, Kinderspielanlagen und Verkehrsgrün
- Objektplanung für die laufende Rechnung, wie Umgestaltungen, Neubelegungen und Pflegepläne
- Baubewilligungsverfahren für Umgebungsgestaltung im Auftrag des Baupolizeiamtes (bis Rechnung 2007 im Produkt 1)
- Bewirtschaften von GIS-Daten, Baum- und Grünflächenkataster
- Pflege öffentlicher Grünanlagen, wie Parkanlagen, Kinderspielplätze und Kleinanlagen
- Pflege der stadt-eigenen Naturschutzobjekte (exkl. Wald)
- Pflege kommunales Verkehrsgrün, wie Strassenbäume, Hecken, Rabatten an Strassen

Leistungen

- Pflanzenproduktion für Grünanlagen für Rabatten und Blumenschalen
- Pflege Friedhofanlagen; Rasen, Beläge, Rabatten, Gehölze, Bäume, Einrichtungen
- Bestattung Einwohner/innen Winterthurs; Sarg, Einsargen, Transport, Aufbahrung, Kremation, Beisetzung

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	6'876'972	6'841'540	7'339'672
Erlös	0	0	0
Nettokosten	6'876'972	6'841'540	7'339'672
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl der erstellten Entwicklungskonzepte		3	2
Anteil der extensiv/naturnah gepflegten Flächen in öffentlichen Grünanlagen in %	23	22	23
Pflegepläne für öffentliche Grünanlagen, anteilmässig erstellt in %	48	55	30*
Durchschnittliche Pflegekosten pro m2 für Naturschutzobjekte	0.92	0.90	**
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Allee-bäume an kommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	28	20	20
Durchschnittliche Kosten einer Bestattung in CHF	1'962	1'830	1'900

*ab VA2008 nur noch Produkt 3 öffentliche Grünanlagen.

**siehe "Parlamentarische Zielvorgaben", 1.2 Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte.

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Planungsleistungen in Std.	2'750	1'900	3'000
Pflegeflächen öffentliche Grünanlagen, m2	406'377	420'000	426'000
Naturschutzflächen durch StG gepflegt, m2	280'200	261'000	280'000
Anzahl Strassenbäume, kommunal	1'581	1'570	1'621
Anzahl für Grünanlagen produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	36'000	30'700	36'000
Pflegeflächen Friedhofanlagen, m2	199'100	199'100	208'000
Anzahl Bestattungen Einwohner/innen Winterthurs	870	900	900

IAFP Stadtgärtnerei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	14'408	14'350	15'108	15'304	15'419	15'576
Erlös	6'506	6'307	6'928	6'802	6'822	6'842
Nettokosten/Globalkredit	7'901	8'042	8'180	8'502	8'597	8'734
Kostendeckungsgrad in %	45	44	46	44	44	44

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions-reserve *
Vorgesehen	7'210	0	1'330	2'865	3'210	1'805	780	-2'780
Bewilligt	15'126	1'286	4'210	3'020	2'000	900	1'400	2'310
Gesamt	22'336	1'286	5'540	5'885	5'210	2'705	2'180	-470

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt	90.00	<100	<100	<100	<100	<100
1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF <i>Messgrössen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	2.17 2.24 5.03 5.66 4.80 0.92	2.20 2.50 5.40 5.80 4.90 0.90	2.30 2.60 5.40 6.00 5.10 1.00	2.30 2.60 5.40 6.10 5.10 1.20	2.40 2.70 5.50 6.20 5.20 1.40	2.40 2.70 5.60 6.30 5.30 1.50
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut'	keine Umfrage	70.0	70.0	70	70	70
2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufenden Rechnung)	2.6	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle)	99.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0
3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit)						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Schweiz) <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Nachhaltigkeit/Oekologie 4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	0.0	0.0	30.0	30.0	35.0	35.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> ▪ Aktionen pro Jahr	8	4	6	5	5	5
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	18.0	17.0	20.0	20.0	21.0	22.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> ▪ Projekte pro Jahr	2	2	3	3	3	3
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> ▪ Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	18.0	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

- Bau der weiteren Etappen des Eulachparks.
- Aufwertung der öffentlichen Grünanlagen im Gebiet Brühlberg - Tössfeld.
- Aufwertung der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze in Töss (Projekt Töss).
- Natur- und Landschaftsschutzmassnahmen: Aktualisierung der Inventare, Überprüfung der Strategie, Umsetzung.
- Umsetzung des Entwicklungskonzepts für die Gebäude im Friedhof Rosenberg.
- Erstellung eines Friedhofteils für Muslime.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Im Zentrumsgebiet Oberwinterthur wird der Eulachpark als wesentliches städtebauliches Element in 4 Etappen 2006 bis 2017) erstellt.
- Das Freiraumkonzept Brühlberg - Tössfeld sieht vor, dass die öffentlichen Grünanlagen rund um das Umnutzungsgebiet "Sulzer" aufgewertet werden, um den Bedürfnissen der neu hier wohnhaften Bevölkerung gerecht zu werden.
- Ein Teilprojekt des "Projekts Töss" betrifft die Optimierung der Kinderspielplätze und die Aufwertung des Freiraums. Das Anliegen soll gestaffelt in den folgenden Jahren umgesetzt werden.
- Die Naturschutzinventare müssen periodisch aktualisiert und die Strategie entsprechend angepasst werden. Wichtige Themen werden die Bekämpfung von Neophyten und die Auswirkungen der Klimaveränderung auf Fauna und Flora sein.
- Das Entwicklungskonzept zeigt sinnvolle Nutzungsänderungen für die bestehenden Inventargebäude des Friedhofs auf. Zudem ist der bauliche Erweiterungsbedarf für den Betrieb untersucht worden. Die Massnahmen sollen in Etappen umgesetzt werden.
- Das Erstellen eines Friedhofteils für Muslime ist ein dringliches Anliegen der muslimischen Bevölkerung und ein wesentlicher Mosaikstein der Integration.

Stadtkanzlei

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtkanzlei stellt die administrativen Kernfunktionen der legislativen und exekutiven Tätigkeiten innerhalb der Stadt Winterthur sicher. Neben dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat sind auch Wahlen/Abstimmungen und Einbürgerungen sowie das Stadtarchiv in dieser Produktgruppe enthalten.

Produkte

1 Behörden

Zu den Behörden werden der Grosse Gemeinderat (Legislative) und der Stadtrat (Exekutive) gezählt.

2 Kanzleifunktionen

Die Stadtkanzlei ist das zentrale Sekretariat von Stadtrat und Grosse Gemeinderat. Sie unterstützt und berät beide Behörden auch in juristischen Fragen. Zudem betreut sie das Einbürgerungswesen und organisiert die Wahlen und Abstimmungen. Der Stadtkanzlei ist der Informationsdienst als zentrale Stelle für die städtische Öffentlichkeitsarbeit angegliedert.

3 Stadtarchiv

Das Stadtarchiv dient gemäss gesetzlichem Auftrag der Bewahrung, Erschliessung und Vermittlung einer dauerhaften dokumentarischen Überlieferung zu administrativen, rechtlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zwecken.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über die Politischen Rechte
- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes
- Gemeindegesetz
- Kantonales Archivgesetz und Vollzugsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnungen Stadtrat und Grosser Gemeinderat
- Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur
- Verordnung betr. die Organisation des Wahlbüros
- Städtisches Archivreglement
- Beschluss betreffend Informationspolitik des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

- Ablieferungsvereinbarungen mit städtischen Amtsstellen
- Depositaverträge mit Kirchgemeinden, Firmen, Privaten
- Beschluss des Stadtrates vom 19. Dezember 2001 ("Richtlinien für den Versand von Parteienwerbung vor Proporzahlen")

Verantwortliche Leitung

Arthur Frauenfelder

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr.			
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 30
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	7'379'031	9'833'127	9'188'711

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Personalkosten:

red. Entschädigungen für Wahlbüros infolge Wegfalls von KR- und NR-Wahlen (Fr. 355'000.--); Wegfall von Rentenzahlungen an ehem. SR-Mitglieder (Fr. 161'000.--); Mehrkosten für neue Stelle "Records Management ELAR" im Stadtarchiv (Fr. 110'000.--).

Sachkosten:

Minderaufwand i.Z. mit Wahlen/Abstimmungen für Büromaterial, Abstimmungsunterlagen, Inserate und Versandkosten (Fr. 72'000.--); Minderaufwand für Verrechnung Fotokopien der SK --> neu interne Verrechnung IDW (Fr. 30'000.--); geringerer Porto-Aufwand (Fr. 11'000.--) und Wegfall der PUBLITEST-Umfrage (Fr. 35'000.--). Beschaffung von Geschenken für abtretende GGR-Mitglieder abgeschlossen (- Fr. 20'000.--). Erhöhung der SR-Kredite auf Niveau vor Kürzungen: freier Kredit (+ Fr. 8'000.--), Kredite für neue einmalige Ausgaben (+ Fr. 75'000.--) und für neue wiederkehrende Aufgaben (+ Fr. 2'000.--). Aufgrund des Gesuchseinganges im laufenden Jahr ist im Voranschlagsjahr mit um Fr. 135'000.-- reduzierten Einbürgerungsgebühren zu rechnen.

interne Verrechnungen:

Wegfall von Informatik-Dienstleistungen für Wahlen/Abstimmungen (Fr. 123'500.--); geringere Aufwendungen der IDW nach Abschluss Einführung Geschäftskontrolle WINGEVER (Fr. 90'000.--); Mehraufwendungen des Stadtarchivs für Datenspeicherung neu durch IDW (Fr. 60'000.--) und künftige Miete der IT-Infrastruktur (Fr. 6'000.--); erhöhte Residualkosten (Fr. 228'800.--).

Beiträge an Dritte:

Wegfall der Beiträge an Parteienwerbungsversand KR- und NR-Wahlen (Fr. 128'000.--)

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Kredite des SR für einmalige (Fr. 1'500'000.--) und wiederkehrende (Fr. 40'000.--) Aufgaben sind im Globalkredit enthalten. Diese Kosten werden nach der Zusprennung an die einzelnen Abteilungen vom Voranschlag der Stadtkanzlei in diejenigen der begünstigten Abteilung übertragen.

Mehrkosten für Entschädigungen an GGR-Mitglieder und -Fraktionen aufgrund der neuen Entschädigungsregelung schlagen mit rund Fr. 170'000.-- zu Buche. Im Voranschlagsjahr fallen PK-Einkäufe, Ruhegehälter und Ersatzrenten für SR-Mitglieder im Gesamtbetrag von Fr. 375'000.-- weg. Demgegenüber fallen aufgrund der Teuerung Personalmehrkosten für die Stadtkanzlei an in der Höhe von rund Fr. 80'000.--. Im Stadtarchiv ist aufgrund der neu zu schaffenden Stelle "Records Management ELAR" und der zu leistenden AHV-Ersatzrente mit höheren Personalkosten von ca. Fr. 97'000.-- zu rechnen.

Die Aufwendungen für den Internetauftritt lagen 2006 um rund Fr. 120'000.-- und die Kosten für die Einführung der Geschäftskontrolle WINGEVER um rund Fr. 30'000.-- unter dem Voranschlag. Für 2008 sind dafür sowie für die Miete der IT-Infrastruktur (neu inkl. Miete Fotokopierer) und die zentrale Datenspeicherung des Stadtarchivs durch die IDW Mehrkosten von rund Fr. 216'000.-- veranschlagt.

Gegenüber der Rechnung 2006 ist im Voranschlagsjahr kein Beitrag an einen Parteienversand im Rahmen von Proporzahlen zu leisten (- Fr. 64'000.--). Im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen fallen gegenüber der Rechnung 2006 Mehrkosten von insgesamt rund Fr. 250'000.-- an für Einkauf von Abstimmungsunterlagen, Versand, Ausstellungen etc.. Demgegenüber reduzieren sich die Kosten für Wahlbüros um rund Fr. 100'000.--.

Aufgrund des Gesuchseinganges im laufenden Jahr ist für 2008 mit einem Minderertrag von rund Fr. 25'000.-- zu rechnen. Die der Stadtkanzlei gutzuschreibenden Residualkosten erhöhen sich um Fr. 228'800.--.

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	5'413'660	5'698'327	5'484'911
Sachkosten	1'102'361	3'035'200	2'949'400
Beiträge an Dritte	478'683	623'000	495'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	775'855	786'300	782'200
Übrige interne Kosten	653'114	834'000	712'500
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'423'673</i>	<i>10'976'827</i>	<i>10'424'011</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Kosten	8'413'673	10'966'827	10'414'011
Externe Erlöse	333'360	432'400	297'200
Interne Erlöse	711'282	711'300	938'100
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'044'642</i>	<i>1'143'700</i>	<i>1'235'300</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Erlöse	1'034'642	1'133'700	1'225'300
Total Nettokosten/Globalkredit	7'379'031	9'833'127	9'188'711
Interne Kosten	1'418'969	1'610'300	1'484'700
Interne Erlöse	701'282	701'300	928'100
Total primäre Nettokosten*	6'661'344	8'924'127	8'632'111
Kostendeckungsgrad in % **	12	10	12

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	796'854	786'300	782'200
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	17.4	17.4	18.4
▪ Lehrverhältnisse	1.0	1.0	1.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	27 (13)	27 (13)	28 (13)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

Langzeitarchivierung: Archivierungsstrategie und Pilot Einwohnerkontrolle

Produkt 1 Behörden

Leistungen

Grosser Gemeinderat

- Erfüllung der Legislativaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch 60 nebenamtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Stadtrat

- Erfüllung der Exekutivaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch sieben vollamtliche Stadträte und Stadträtinnen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	4'211'412	5'701'711	5'686'477
Erlös	0	0	0
Nettokosten	4'211'412	5'701'711	5'686'477
Kostendeckungsgrad in %	0.0	0.0	0.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Auf die Angabe von operativen Zielen wird verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Sitzungen des Grossen Gemeinderates	25	26	27
Anzahl Kommissionssitzungen des Grossen Gemeinderates	103	113	118
Anzahl Sitzungen des Stadtrates	41	44	41
Anzahl Stadtratsgeschäfte	2'312	2'500	2'500

Produkt 2 Kanzleifunktionen

Leistungen

- Die Stadtkanzlei ist Stabsstelle für den Grossen Gemeinderat (GGR) und den Stadtrat (SR). Überdies sind hier der Rechtskonsulent des Stadtrates, der Informationsdienst und der Weibeldienst beheimatet. Ferner organisiert die Stadtkanzlei eine Vielzahl von Veranstaltungen des GGR und des SR. Sie ist auch zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Bearbeitung von Einbürgerungsgesuchen.

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	3'557'874	4'662'735	3'940'132
Erlös	1'005'918	1'115'700	1'209'300
Nettokosten	2'551'956	3'547'035	2'730'832
Kostendeckungsgrad in %	28.0	24.0	31.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Wahlen und Abstimmungen			
Anzahl Urnengänge pro Jahr	5	6	5
Anzahl Sachvorlagen pro Jahr	14	25	20
Durchführung einer Proporzwahl (ja/nein)	ja	ja	nein

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Einbürgerungen			
Anzahl eingereichter Einbürgerungsgesuche von ausländischen Personen	366	500	350
Anzahl durch GGR eingebürgerte ausländische Personen	536	450	280
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte ausländische Personen	153	300	150
Anzahl durch den GGR abgelehnte Einbürgerungsgesuche	9	10	10

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Rückstellungen	41	45	25
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte schweizerische Personen Stadtkanzlei	35	40	30
Anzahl Versände an den Grossen Gemeinderat	80	100	90
Anzahl Stadtratsbeschlüsse	589	550	550
Anzahl Stadtratsbriefe	490	550	550
Anzahl organisierte Veranstaltungen	104	100	100
Informationsdienst			
Anzahl Medienmitteilungen	354	400	400
Anzahl Pressekonferenzen, Besichtigungen und Anlässe	64	50	50

Produkt 3 Stadtarchiv

Leistungen

Das dauernd bedeutsame Schriftgut (alle Arten von Daten und Dokumenten) der Stadt(verwaltung) erfassen, sichten, sichern und für den administrativen Gebrauch und die historische Forschung erschliessen und vermitteln.

- a) Vorarchiv Bereich: Registraturplanung, Beratung, Akzession, Bewertung
- b) Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung, Digitalisierung
- c) Ordnung, Erschliessung
- d) Benutzung und Vermittlung

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	599'963	612'381	797'402
Erlös	38'723	28'000	26'000
Nettokosten	561'240	584'381	771'402
Kostendeckungsgrad in %	6.0	5.0	3.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Eingesetzte Stunden für Registraturplanung, Beratung, Akzession und Bewertung	1'000	1'000	1'500
Eingesetzte Stunden für Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung und Digitalisierung	1'900	1'900	1'500
Eingesetzte Stunden für Ordnung und Erschliessung	1'000	1'000	3'000
Eingesetzte Stunden für Benutzung und Vermittlung	1'900	1'900	1'500

Ausfall einer Mitarbeiterin 2004

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Akzessionen Anzahl / Umfang in Laufmeter	29 / 30	*	*
Anzahl Aufnahmen (Mikrofilm / Digitalisierung)	132'000 / 31'200	60'000 / 2'000	60'000 / 2'000
Anzahl Benutzer aus der Verwaltung / zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	480 / 1076	500 / 1'000	500 / 1'000
Anzahl benutzter Archivalien	5'608	5'400	5'400
Anzahl Auskünfte: mündliche / schriftliche	451 / 279	450 / 250	450 / 250
Führungen / Ausstellungen	4 / 1	3 / 3	3 / 3

* nicht prognostizierbar. Zusätzlicher Schub an Lieferungen, Erschliessungsarbeit und Kundennachfrage bei Inkraftsetzung des Informations- und Datenschutzgesetzes, das die Aufbewahrungsfrist bei den Amtsstellen auf 10 Jahre herabsetzt.

IAFP Stadtkanzlei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	8'413	10'966	10'414	10'425	10'871	11'133
Erlös	1'034	1'133	1'225	1'225	1'225	1'225
Nettokosten/Globalkredit	7'379	9'833	9'188	9'200	9'646	9'908
Kostendeckungsgrad in %	12	10	12	12	11	11

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitions- reserve *
Vorgesehen	940	0	1'781	2'300	2'250	2'300	2'300	-9'991
Bewilligt	60	0	60	0	0	0	0	0
Gesamt	1'000	0	1'841	2'300	2'250	2'300	2'300	-9'991

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr. Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung.						
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5
Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5
Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5
Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	30	30	30	30	30	30
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

Weiterführung des Projektes "Langzeitarchivierung". Ganzheitliche Archivierung von Unterlagen aus elektronischen Systemen; Umsetzung.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Auftrag

Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle als verwaltungsunabhängige Stelle prüft

- aufgrund einer Beschwerde, auf Anregung oder von sich aus, ob städtische Behörden und Verwaltungsstellen sowie alle Institutionen und Organisationen des privaten Rechts, denen öffentliche Aufgaben übertragen worden und die überwiegend von der Stadt finanziert werden, nach Recht und Billigkeit verfahren (Grundsätze der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Fairness und des Handelns nach Treu und Glauben usw.).
- ob die Bestimmungen des kantonalen Datenschutzgesetzes durch die städtischen Behörden und Verwaltungsstellen eingehalten werden.

Produkte

1 Ombudsstelle

Behandlung der Beschwerden (Beratung, Abklärungen, nach Möglichkeit Vermittlung und notfalls Empfehlung) und der Anfragen (Geschäfte mit vergleichsweise kleinerem Bearbeitungsaufwand).

2 Datenaufsichtsstelle

Überwachung der Anwendung der Vorschriften über den Datenschutz, Auskunfterteilung und Information, ggf. Vermittlung, unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenaufsichtsstelle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Datenaufsichtsstelle

- Datenschutzgesetz vom 6. Juni 1993 (LS 236.1)
- Informations- und Datenschutzgesetz (IDG) vom 12. Februar 2007
- Datenschutzverordnung vom 7. Dezember 1994 (LS 236.11)
- RRB-Nr. 3304 vom 27. November 1996

Stufe Stadt (GGR / SR)

Ombudsstelle

- § 70 der Gemeindeordnung
- Verordnung über den Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsmann) vom 21. Januar 1991
- Beschluss des GGR über die Besoldung des Ombudsmannes vom 21. Januar 1991

Datenaufsichtsstelle

- Beschluss des GGR betreffend Datenschutzaufsichtsstelle vom 10. November 1997

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Karl Stengel

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
1 Zugänglichkeit Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist leicht und formlos erreichbar. <i>Messgrößen:</i> ▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche ▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	 32.0 24.0	 24.0 24.0	 24.0 24.0
2 Kundenorientierung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist spezifische Kontaktstelle für Anfragen von Dritten bzw. von städtischen Stellen. <i>Messgrößen:</i> Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle: ▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF ▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF Ombudsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme Datenaufsichtsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	 231'718 42'920 192 41 < 1 Tag 25 24 < 1 Tag	 237'600 111'000 129 30 < 2 Tag 22 20 4 Tage	 239'396 104'802 129 30 < 2 Tage 24 18 3 Tage
3 Leistungserbringung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert. <i>Messgrößen:</i> ▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes) ▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	 19.06.07 MO am 11.4.06	 bis 15.05.08 MO bis 30.06.08	 Mai/Juni 2009 MO vor Beginn Rechnungsdebatte AK 09

Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Nettokosten / Globalkredit	208'321	277'300	266'598

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2007/2008

Weniger Personalkosten etc. bei der Datenaufsichtsstelle (insgesamt 10 Stellenprozent weniger)
Keine Kinderzulagen mehr

Im VO 2007 wurde die Stellenaufstockung bei den Zusatzinformationen nicht nachgetragen (richtig wäre 1,3 Stellenprozente gewesen). In den Lohnkosten ist diese Aufstockung jedoch enthalten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2008 zu Rechnung 2006

Mehraufwand Datenaufsichtsstelle (40 Stellenprozente mehr)
Keine Honorarzahungen im Rechnungsjahr 2006
Höherer Residualkostenbeitrag

Nettokosten/Globalkredit	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Personalkosten	237'549	294'900	293'898
Sachkosten	39'428	50'700	47'800
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Kosten	300	0	0
Übrige interne Kosten	1'718	2'200	2'500
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>278'995</i>	<i>347'800</i>	<i>344'198</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	278'995	347'800	344'198
Externe Erlöse	0	0	0
Interne Erlöse	70'674	70'500	77'600
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>70'674</i>	<i>70'500</i>	<i>77'600</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	70'674	70'500	77'600
Total Nettokosten/Globalkredit	208'321	277'300	266'598
Interne Kosten	2'018	2'200	2'500
Interne Erlöse	70'674	70'500	77'600
Total primäre Nettokosten*	276'977	345'600	341'698
Kostendeckungsgrad in % **	25	20	23

* Die primären Nettokosten dienen zur Vergleichbarkeit der Vorjahreswerte. Alle Veränderungen von Verrechnungen (plus oder minus) wegen der Einführung von WoV sind hier nicht mehr berücksichtigt.

** Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Zusatzinformation	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Gebäudekosten in CHF	27'410	27'400	27'410
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	.8	1.0	1.2
▪ Lehrverhältnisse	0/0	0.0	0.0
▪ Bestand (davon Teilzeit)	3/3	4/4	4 (4)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2008

- Mögliche Kantonalisierung der Ombudsstelle
- Inkrafttreten des IDG

Produkt 1 Ombudsstelle

Leistungen

Gemäss der Vorordnung über den Beauftragten (Ombudsmann) vom 21. Januar 1991

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	231'718	237'600	239'396
Erlös	60'784	60'800	65'500
Nettokosten	170'934	176'800	173'896
Kostendeckungsgrad in %	26.0	26.0	27.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Aufgabenerfüllung nach Art. 1 VO Ombudsstelle	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Anzahl Fälle	173	100	100

Produkt 2 Datenaufsichtsstelle

Leistungen

Gemäss § 23 DSG

Nettokosten	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Kosten	42'920	110'200	104'802
Erlös	9'890	9'700	12'100
Nettokosten	33'030	100'500	92'702
Kostendeckungsgrad in %	23.0	9.0	12.0

Operative Ziele	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Aufgabenerfüllung nach § 23 DSG	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008
Beschäftigungsgrad (in %)	15.7	55.0	45.0

IAFP Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
Kosten	278	347	344	344	344	344
Erlös	70	70	77	78	78	78
Nettokosten/Globalkredit	208	277	266	267	267	267
Kostendeckungsgrad in %	25	20	23	23	23	23

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2006	Soll 2007	Soll 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011
1 Zugänglichkeit						
▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	32.0	24.0	24.0	24	24	24
▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	24.0	24.0	24.0	24	24	24
2 Kundenorientierung						
Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle:						
▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	231'718	237'600	239'396	238'000	238'000	238'000
▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	42'920	111'000	104'802	88'000	88'000	88'000
Ombudsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	192.0	129.0	129.0	129	129	129
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	41.0	30.0	30.0	30	30	30
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	< 1 Tag	< 2 Tag	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage
Datenaufsichtsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	25.0	22.0	24.0	20	20	20
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	41.0	20.0	18.0	18	18	18
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	< 1 Tag	4 Tage	3 Tage	3 Tage	3 Tage	3 Tage
3 Leistungserbringung						
Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert.						
Messgrössen:						
▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes)	19.06.07	bis 15.05.08	Mai/Juni 2009	Mai/Juni 10	Mai/Juni 11	Mai/Juni 12
▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	MO am 11.4.06	MO bis 30.06.08	MO vor Beginn Rechnung sdebatte AK 09	MO vor Beginn Rechnung sdebatte AK 10	MO vor Beginn Rechnung sdebatte AK 11	MO vor Beginn Rechnung sdebatte AK 12

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2009 - 2011 / geplante Realisierung

n/a

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen
